Gemeindebetriebe

Dritter Band Erster Teil

Die Gemeindebetriebe in Österreich



Im Auftrag des Vereins für Socialpolitik herausgegeben von Carl Johannes Fuchs



Duncker & Humblot reprints

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

130. Zand. Grster Teil.

Gemeindebetriebe.

Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit in Deutschland und im Ausland.

Dritter Banb.

Erster Teil.



Leipzig,

Verlag von Dunder & Humblot.
1909.

Die Gemeindebetriebe in Österreich.

Von

Dr. C. Horáček, Professor in Prag, Rarl Schwarz, Magistratsoberkommissär in Wien,

Dr. R. T. Wächter,

Dr. L. Bernard,
Stadtbaurat in Villach.

Dr. Julius Sylvester, Sof- und Gerichtsadvotat in Salabura.

Der Gemeindebetriebe dritter Band. Erster Teil.

Im Auftrag des Bereins für Socialpolitik herausgegeben von Carl Johannes Fuchs.



Leipzig, Verlag von Duncker & Humblot. 1909. Alle Rechte vorbehalten.

Altenburg Piererice Hofbuchbruderei Stephan Geibel & Cc.

Vorwort zum dritten Band.

Die Beschaffung von Monographieen über beutsche Städte ist im allgemeinen sehr erfolgreich gewesen (Bd. 129, Abt. I—VII; es stehen noch aus und werden, so weit möglich, noch bis zur Generalversammlung erscheinen: Königsberg schon eingegangen], Nürnberg, Hannover, Halle a. S., Charlottenburg) — so erfolgreich, daß in mehreren Fällen der den einzelnen Bearbeitern eingeräumte Umfang um ein vielsaches überschritten wurde, ohne daß bei der späten Einlieserung noch an eine Kürzung gedacht werden konnte. Ist dadurch der Gesamtumfang der Publikation über Gemeindebetriebe nicht unerheblich größer geworden, als geplant war, so dürsten doch andererseits auch gerade diese ausschrlichen, meist von kommunalen Berwaltungsbeamten oder Statistikern versaßten, auch die sinanzielle Seite eingehender behandelnden Darstellungen als wertvolle Duellen sür die Geschichte und Bedeutung der Gemeindebetriebe in Deutschland willsommen geheißen werden.

Weit schwieriger gestaltete sich die Erlangung von Berichten für das Ausland, auf die vom Ausschuß mit Recht besonderer Wert gelegt worden mar. Für Öfterreich ist es allerdings durch die gütige Bermittlung des Herrn Dr. v. Philippovich gelungen, ein ziemlich reichhaltiges Bild ber Entwidlung zu erhalten: burch ihn find bie fämtlichen in bem vorliegenden Band vereinigten Beiträge — mit Ausnahme besjenigen über Brigen beschafft worden. Auch Stalien hat - burch Bermittlung bes Herrn Dr. Max Weber in Beidelberg - von Frau Gisela Michels= Lindner in Turin eine ganz umfassende und namentlich auch ge= schichtlich sehr eingehende Bearbeitung erfahren (Bb. 130, II). ist für die Schweiz leiber nur ein Beitrag eingegangen, und für bas lehrreichste frembe Land: England, ift, nach mehrmaligem Bechfel ber Bearbeiter, schließlich nur eine Darftellung für Manchester zu erlangen gewesen, von der eben erst der Anfang eingegangen ist (vermittelt durch Herrn Dr. Heath in Birmingham). Für Frankreich steht noch eine Gefamtbarftellung aus (burch Bermittlung bes herrn Professor Blonbel

VI Vormort.

in Paris), während für Belgien (vermittelt burch herrn Professor Mahaim in Lüttich) und für Australasien Bearbeitungen gebruckt vorliegen; für die Vereinigten Staaten dagegen war eine solche nicht zu bekommen und muß daher auf den Report der Civic Federation verwiesen werden. Infolgedessen wird nach Eingang der noch ausstehenden Arbeiten dem jetzt erscheinenden Band 130, III noch ein zweiter solgen. Allen direkten und indirekten Mitarbeitern sei auch an dieser Stelle für ihre Mitwirkung herzlicher Dank gesagt.

Auch in dieser Lückenhaftigkeit ermöglichen diese Beiträge über das Ausland, zusammen mit der sonstigen — gerade hier großen — Literatur doch einen Sinblick in die außerordentliche, durch allgemeine Wirtschafts= und Kulturentwicklung, politische Verfassung und Volkscharakter bedingte Mannigsaltigkeit, welche gerade dieses Problem in den modernen Kulturstaaten ausweist, und welche hier noch mehr als anderswo von vorschnellen Generalisationen, Analogien und — Nachahmungen abhalten muß.

Tübingen, 15. August 1909.

Carl Johannes Fuchs.

Inhaltsverzeichnis.

	ite
Die Gemeindebetriebe der Stadtgemeinde Brag. Bon Brof. Dr. C. Horáček 1-	
I. Augemeines	3
II. Unbeweglicher Besitz	6
1,	10
,, ,	13
	15
	17
	19
	20
IX. Schlußwort	20
Der Biener Zentralvichmarkt St. Marx, seine Bedeutung für den Biehschandel und seine volkswirtschaftliche Funktion. Bon Karl Schwarz, Magistratsoberkommissär und Borstand der städtischen Übernahmskelle für Bieh und Fleisch in Wien	9 3 2 5
I. Die Organisation des Marktes	27
1. Der Biehmarkt und seine Anstalten S. 27. 2. Die Markt= orbnung S. 33. 3. Die Beterinärmaßregeln S. 39.	
11. Die Bersorgung bes Marktes	41
III. Der Biehhandel	62
IV. Die Preisbildung	74
V. Reformbestrebungen	85
Die Gemeindebetriebe der Stadt Wien. Bon Dr. R. T. Wächter 95-2	22
•	99
Erfter Teil. Die Betriebe.	
·	.04

	Seite
S. 138. F. Brauhaus S. 140. G. Sparkaffen und Versicherungs- anstalten S. 144.	
II. Kleine Berwaltungsbetriebe	149
	149
A. Rathauskeller S. 149. B. Fouragelieferung S. 150.	
C. Übernahmöstelle S. 151. D. Bestattung und Gräberaus-	
schmüdung S. 152. E. Städtische Baber S. 153. F. Öffentliche	
Beleuchtung S. 156. G. Herausgabe bes Amtsblattes S. 157.	
III. Wirtschaftliche Verwaltungszweige	158
A. Wafferversorgung S. 158. B. Entwässerung S. 169.	
C. Straßenwesen S. 174. D. Approvisionierung S. 182. E. Grund=	
eigentum S. 191.	
Outle of the omit and the state	
Zweiter Teil. Wirtschaftspolitik.	
I. Die Erwerbung der Betriebe	200
A. Geschichte bes Gaswerks S. 200. B. Geschichte bes Glek-	
trizitätswerkes S. 204. C. Geschichte der Straßenbahnen S. 207.	
D. Die Finanzierung der Wiener Betriebe S. 209.	
II. Die Betriebe im Rahmen der Gemeinde	213
A. Rolle im Gemeindehaushalt S. 213. B. Der technische	
Fortschritt in ben Betrieben S. 218. C. Tarifpolitit S. 219.	
D. Submissionswesen S. 220. E. Eigenregie der Gemeinde S. 221.	
Dic Gemeindebetriebe der Stadt Bripen. Bon Dr. L. Bernard. Stadt-	
baurat in Villach	—2 33
Ginleitung	225
I. Das Cleftrizitätswerf	225
II. Die Kühlanlage (Schlachthaus und Biehmarktplat)	228
III. Die Schottererzeugungsanlage	229
IV. Das Wasserke	229
V. Sonstige Betriebe	231
To Confuge Settlebe	₩ ., , ,
Die Gemeindebetriebe der Stadt Salzburg. Bon Dr. Julius Sylvester, Hof-	
und Gerichtsadvokat in Salzburg	-239

Die Gemeindebetriebe der Stadtgemeinde Prag.

Don

Prof. Dr. C. Horáček.

I. Allgemeines.

Bekanntlich ist auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Unternehmens seitens der Gemeinden im Laufe der Zeit ein großer Umschwung der Ansschauungen eingetreten. Ein ähnlicher Umschwung, wie derzenige rücksichtelich der Unternehmertätigkeit des Staates.

Die individualistisch-liberale Richtung hat jede berartige Tätigkeit aus prinzipiellen und praftischen Gründen abgelehnt. Das "Unternehmen" follte lediglich der privatwirtschaftlichen Tätigkeit überlassen bleiben. Jede Mit= betätigung öffentlich=rechtlicher Subjekte auf diesem Gebiete murbe, wie behauptet wurde, die private Unternehmungeluft beeinträchtigen und lähmen, es mare ein unbefugter Eingriff in die privatrechtliche Sphare bes mirtschaftlichen Lebens überhaupt, mozu weber ber Staat noch die Gemeinden und sonftige öffentlich-rechtliche Korporationen ihrem Zwede nach berufen seien. Diefelben seien bazu jedoch auch in praktischer Sinsicht nicht geeignet. Das öffentliche Unternehmen könne niemals vom schwerfälligen Formalismus und lästigen Bureaufratismus losgelöst werben, es erheische zu hohe Regiekosten und könne die Bedürfniffe ber Konsumenten feinesfalls in fo volltommener Beife befriedigen, wie bas ber burch Ansporn ber Konkurrenz gestachelte Brivatunternehmer bewirken fann. Wie ftart von berartigen Ansichten in früherer Zeit auch die maggebenden Regierungsfreise beherrscht maren, zeigt gerade das Beifpiel Seit Mittelalter befanden fich hier alle im Weichbilde der Stadt befindlichen Waffermühlen im Besitze und Betriebe ber Stadtgemeinde. 18. Jahrhundert wurde jedoch die Gemeinde über Auftrag der Regierung gezwungen, diefe Mühlen an Private zu veräußern und benfelben ins emphyteutische Eigentum zu übergeben, welches nach ber im Jahre 1848 er= folgten Grundentlastung in volles Privateigentum umgewandelt wurde.

Die Unstichhaltigkeit aller dieser Argumente hat die praktische Erfahrung längst erwiesen. Es kann sowohl dem Staate als auch der Gemeinde weber vom prinzipiellen noch vom praktischen Standpunkte die Befähigung zum wirtschaftlichen Unternehmen abgesprochen werden. Grundsätlich könnte dies

nur in benjenigen Fällen geltend gemacht werden, wo ein erhöhtes Rifito Gefahren in fich birgt, welche ein öffentlich-rechtlicher Organismus feiner Zweckbestimmung nach tatfächlich nicht auf sich nehmen kann. Praktische Einmande gegen bas Unternehmen bes Staates und ber Gemeinden muffen aber überall bort verstummen, wo auch andere unpersönliche Unternehmer= fubjekte, namentlich die Aftiengesellschaften gerade die großartigsten Unternehmungen ins Leben gerufen haben und diefelben mit vollem Erfolge betreiben. Mit biefen Ginschränkungen erscheinen heutzutage auch die Staatsund Gemeindeunternehmungen gang unbedenklich. Im Gegenteile fprechen manche Gründe für sie. So namentlich sind vom sozialpolitischen Standpunkte Staats= und Gemeindebetriebe ben Privatunternehmungen bann vorzuziehen, wenn baburch bie Bedürfnisse ber Allgemeinheit auf beffere Beise befriedigt werden ober ber Gefahr ber Ausbeutung ber Konsumenten gesteuert wird. Als Beispiele können manche Transportunternehmungen, Rreditinstitute, Approvisionierungsanstalten u. a. angeführt werden. Es find eben Unternehmungen, bei benen bas gemeinwirtschaftliche Prinzip vorherrschend fein soll, und dies ist bei einer Privatunternehmung kaum erreichbar. auch polfswirtschaftliche und sozialpolitische Gründe lassen es als angezeigt erscheinen, daß namentlich die Gemeinden gewisse Produktionszweige in ihre Bande nehmen. Die Gemeinden — natürlicherweise kommen hier vorzugs= weise die Großkommunen in Betracht - treten nämlich rudfichtlich gewisser Brodukte als Maffentonsumenten auf. In folden Fällen ift es baber ichon vom ökonomischen Standpunkte vorteilhaft, wenn sie berartige Produkte in eigenem Wirkungsfreife felbst erzeugen. So beispielsweise Rohlen, Bas, Cleftrigität, Baumaterialien. Ein eigener Besitz und Betrieb von Bergwerfen, Steinbrüchen, Ralfofen, Biegeleien, Baffer, Gas- und Gleftrigitätswerken u. a. ift fomit für die Gemeinden höchst praktisch und munschenswert. Damit foll noch keineswegs etwaige Monopolifierung ber betreffenben Produktionszweige zugunften ber Gemeinden befürwortet werden. Im Gegenteile. Eine gesunde Konkurreng zwischen öffentlichen und privaten Unternehmungen mag bestehen bleiben, insoferne allerdings Privatbetriebe eine folche Konkurrenz überhaupt werden aushalten können.

Damit ift hinlänglich erklärlich, warum fämtliche größere Gemeinden — und das rasche Anwachsen der Bevölkerungszahl europäischer Städte fällt eben in die Zeit des letzten Jahrhunderts — dieser Entwicklungstendenz nach Kommunalisierung verschiedener Unternehmungen, die vormals eine Domäne der privatwirtschaftlichen Tätigkeit bildeten, gefolgt sind. Auch die Stadtgemeinde Prag bildet hier keine Ausnahme. Wenn auch die historische Vergangenheit Prags und mißliche politische Verhältnisse in dieser Be-

ziehung sehr beeinträchtigend wirkten, ist doch ein steter Zuwachs der Prager Bevölkerung, insbesondere wenn man die Bororte in Betracht zieht, wahr= zunehmen. So zählte Prag an Bevölkerung:

Jahr	Ginwohner
1770	77 000
1818	81 000
1843	112 000
1850	$122\ 000$
1870	158 000
1880	$162\ 000$
1890	188 000

(bie inzwischen mit Prag vereinigten Vororte Wysehrad, Holesovic Bubna und Lieben inbegriffen), die übrigen Vororte 128 000, 1900: 215 000, die übrigen Vororte 178 000.

Schon dieser Umstand allein bewirkte, daß an die Stadtgemeinde Prag alle die wichtigen Aufgaben herantraten, deren Lösung keine Großkommune sich auf die Dauer entziehen kann. So namentlich die Stadterweiterung durch Einbeziehung der Bororte, Straßenregulierung, Assairten, Gerstellung von neuen Kommunikationen, Brücken, Straßensbahnen, Gas= und elektrischer Beleuchtung, Kanalisation, Wasserversorgung, Approvisionierung, sowie andere kulturelle und sozialpolitische Institutionen. Sine rationelle Lösung dieser Aufgaben setzt geradezu die Gründung und den Betrieb von Gemeindeunternehmungen voraus. Von den erwähnten Borurteilen befangen entschloß sich die Prager Stadtgemeinde nur zögernd und sehr vorsichtig dazu, derartige Unternehmungen ins Leben zu rusen oder zu erwerben. Erst Zwang der Verhältnisse bewog sie dazu. Manche von derartigen Unternehmungen waren von Privatunternehmern gegründet worden und mußten mit bedeutenden Opfern später seitens der Gemeinde erworden werden.

Sachlich lassen sich die Unternehmungen der Stadtgemeinde Prag etwa in nachstehende Gruppen einteilen:

- 1. Städtischer unbeweglicher Besit, als landwirtschaftliche Güter, Zinsund sonstige nuthringende Häuser, Steinbrüche und Kalkwerke, ferner Nutungen des Moldauflusses.
- 2. Diejenigen Unternehmungen, wo die Gemeinde als Massenkonsument erscheint. Solche sind: Die städtischen Gasanstalten, die Elektrizitätswerke, die Wasserwerke.
- 3. Städtische Kommunikationsmittel. Es find insbesondere Brücken, infoferne fie durch Einhebung einer Mautgebühr Bebeutung für die Gemeinde-

finanzen haben, Straßenbahnen, städtischer Automobilbetrieb, Drahtseilbahn, Überfuhr u. a.

- 4. Städtische Rredit= und Berficherungsanftalten.
- 5. Hygienische= und Sanitätsanstalten, als Bäber, Schwimmanstalten, Gartenanlagen, Friedhöfe, Schlachtbänke, Markthallen.
- 6. Sozialpolitische Einrichtungen, als städtische Arbeitsvermittlungs= anstalt und Wohnungsnachweis, Dienstbotenkrankenkasse, Handwerkerwerkstätten.
 - 7. Städtische Pachtung ber staatlichen Linienverzehrungesteuer.

II. Unbeweglicher Besitz.

Much bei ber Stadt Prag fommt die allgemeine Entwicklungstendenz zum Borfchein, daß die kommunale Betätigung auf verschiedenen Gebieten fich immer mehr erweitert. In früheren Zeiten fonnte von einer Unternehmer= tätiakeit ber Gemeinde im heutigen Sinne bes Wortes wenig bie Rebe fein. Nur diejenigen Bermögensobjekte, die den Gemeindebesit bilben, maren feit jeher für die Gemeindefinangen von Belang. Die Art ber Erwerbung und ber Ursprung bes unbeweglichen Gemeindevermögens fußen in historischer Entwicklung. So wie andere Städte, hat gewiß auch die Stadtgemeinde Brag gleich bei ihrer Gründung und späterer Erweiterung (durch Raifer Karl IV. im 14. Jahrhundert) bedeutende Grundflächen ins Eigentum Allerdings befanden sich barunter Objekte, welche vom praktisch= finanziellen Standpunkte ber Gemeinde keinen Nuten brachten. So namentlich bas gesamte sogenannte "öffentliche But" im Gegenteil zum "Gemeindevermögen" (§ 288, Allg. Bürgerl. G. B.) als Gaffen, Plate, Märkte, Aber auch viele Baulichkeiten, welche zwar städtisches Eigentum, aber für die Gemeinde eher onerog als nutbringend maren. So in älterer Zeit namentlich die mit der damaligen Wehrverfassung im Busammenhange stehenden Stadtmauern und Befestigungen, Türme, bann auch Rathäufer, Kirchen, infoferne folche von einzelnen firchlichen Orben nicht errichtet und erhalten wurden. Analog bazu stehen heutzutage die vielen ftabtifchen Schulgebaube und Bauten, die verschiedenen Rulturzwecken bienen, als städtisches Museum, Bibliothek, Lefehalle u. a. Aber auch lukrative Guter befanden fich schon seit Sahrhunderten im Besite der Brager Stadt= gemeinde. So insbesondere bas landtäfliche Gut Lieben famt Schloß, Brauhaus und 72 Joch Grundstücken, welches im Jahre 1662 vom Grafen Noftig

um 82 000 fl. rhein, erworben wurde. Ferner eine ganze Reihe von Häufern, die entweder durch Schenkung oder Erbgang, feltener durch Rauf ins Eigentum ber Gemeinde übergegangen find. Allerdings waren viele von denfelben zu bestimmten Zwecken vermacht worden, namentlich zu Armen-Sehr viel zur Vermehrung des unbeweglichen Vermögens ber zwecken. Gemeinde hat das Recht der Kaduzität beigetragen, welches als Privilegium ber Stadt Prag vom König Bladislaw im Jahre 1499 verliehen, später auf die Hälfte beschränkt, bann wieder erweitert, jedoch im Jahre 1853 burch eine einfache Ministerialverordnung aufgehoben murbe und gegenwärtig trot Einspruch ber Gemeinde nicht mehr anerkannt wird. Manche andere aus dem Mittelalter stammende Privilegien wurden allerdings nach dem Aufstande gegen Ferdinand I. im Jahre 1547 verwirkt, wobei auch Konfisfationen des städtischen Vermögens erfolgten. Gin anderes bis jest unbestritten der Brager Gemeinde zustehendes vom Raiser Ferdinand I. im Jahre 1562 verliehenes Privilegium ist bas Recht auf fämtliche Rupungen bes Moldaufluffes, als Fischfang, Gis- und Sandgewinnung im Beichbilde der Stadt, Baffermaut =, Behr = und Überfuhrgebühren u. a. Die Einnahmen, welche hieraus der Gemeinde zufließen, find ziemlich bebeutenb.

In neuerer Zeit werben die Erwerbungsarten des unbeweglichen Gemeindebesitzes durch Schenkungen, Vermächtnisse usw. immer seltener und es kommen immer häusiger Fälle von Erwerbungen durch Kauf vor. Dersartige Erwerbungen sinden zu verschiedenen Zwecken statt. Meistenteils werden Privathäuser und Grundstücke zu Regulierungszwecken angekauft, um bequemere Kommunikationen herzustellen. Solche Häuser werden natürlich niedergerissen und ihre Baufläche wird öffentliches Gut.

Einen anderen Zweck, wobei eine Massenerwerbung von Privathäusern stattgefunden hat, hatte die von der Prager Gemeinde unternommene Assa nierung der alten Judenstadt. Mit dem Gesetze vom Jahre 1893 war der Gemeinde das Recht zur Enteignung fämtlicher im Ussanationsgebiete besindlicher Gebäude auf die Dauer von zehn Jahren erteilt worden. Die an Stelle der alten häuser zu erstellenden Neubauten wurden auf 20 Jahre von der Hauszinssteuer und von den Steuerumlagen befreit. Auf Grund dieses Gesetzes wurde die große Assanierungsaktion eingeleitet, welche sich auf 602 häuser erstreckte. Dieselbe ist bisher nicht beendet und wurde die Wirksamkeit des obenerwähnten Gesetzes auf weitere zehn Jahre verlängert. Die expropriserten oder aber aus freier Hand angekauften häuser verblieben allerdings nicht im Eigentume der Gemeinde, sondern die Bauplätze wurden wieder veräußert und die Erstellung neuer häuser der privaten Bauspekula=

tion überlaffen. Auf biefe Beife find gang neue hauferreihen und Stragen entftanben.

Ühnlich verfuhr man mit verschiebenen Fortisisationsobjekten, welche vom Militärärar käuflich erworben wurden. Es waren insbesondere die Stadtmauern und Gräben um die Neustadt herum, deren ein Teil im Jahre 1874 um den Preis von 300000 fl. und ein Teil im Jahre 1888 um 481000 fl. angekauft wurden. In letzter Zeit wurde endlich auch der ersübrigende Rest der Fortisisationen am Hradschin samt einigen größeren Militärgebäuden um 4400000 Kr. an die Gemeinde Prag abgetreten. Auch diese Grundslächen wurden teils zur Herstellung von neuen Straßen und Anlagen verwendet, teils parzelliert und teilweise mit Gewinn an private Bauunternehmer veräußert. Das unbewegliche Bermögen der Gemeinde ist dadurch daher dauernd nicht vermehrt worden.

Zum unbeweglichen Besitz ber Prager Stadtgemeinde gehören auch einige Gebäude, welche Belustigungs- und ähnlichen Zwecken dienen. So namentlich das im Bau begriffene sogenannte Repräsentationshaus, das Tanzsaalgebäude auf der Sophieninsel, kleinere Restaurationshäuser in den städtischen Unlagen u. a.

Im ganzen wurden in den letzten sechzig Jahren und zwar in den Jahren von 1848 bis 1908 von der Prager Stadtgemeinde an unbewegslichen Objekten käuflich erworben:

```
zu Regulierungs- und Kommunikationszwecken Objekte um
```

den Kaufpreis per						
zur Herstellung von Anlagen					2 140 000	"
zu Schulgebäudezwecken (bie Baukoften neuer G				•		
inbegriffen)						
zu Zwecken eigener Wirtschaftsführung					8 283 0 00	,,
zu sonstigen Zwecken		•	_	•	8 935 000	"
	į	ufai	mm	en	44 782 000	Kr.

Beräußert murben unbewegliche Objekte um den Kaufpreis per 26 904 000 "

Laut Inventar betrug das unbewegliche Vermögen der Prager Stadtsgemeinde, die besonderen Fonds nicht inbegriffen:

Der gesamte unbewegliche Besitz ber Prager Stadtgemeinde wird vom sogenannten Ökonomieamte verwaltet, infoserne es sich nicht um Objekte handelt, die besonderen Berwaltungsorganen unterstehen. Für einzelne Obsiekte sind außerdem Inspektoren aus der Reihe der gewählten Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums bestellt, denen die gesamte Aufsicht über diesselben obliegt. Auch besteht eine Ökonomiekommission als beratendes Organ des Stadtrates, dem die Entscheidung in allen Berwaltungsmaßregeln, die das undewegliche Gemeindevermögen betreffen, zusteht. Bei der Berwaltung dieses undeweglichen Bermögens kommt natürlicherweise die privatwirtschaftsliche Maxime zur Anwendung. Was die Einkünste anbelangt, welche die Prager Stadtgemeinde aus ihrem undeweglichen Besieht, kommen nur die nutzbringenden Objekte in Betracht. In dem ordentlichen Borsanschlage der Prager Stadtgemeinde für das Jahr 1908 kommen diesbezügslich nachstehende Posten vor:

Reinertrag	aus	uı	ıber	veg	liche	em	Be	ïβ	563 339,— Rr.
Ausgaben						•	•	•	374 188,— "
Einnahmen									93 7 5 27,— K r.

Der Reingewinn ber Nutungen bes Moldauflusses, die früher an Brivate verpachtet waren, gegenwärtig aber in eigener Regie ber Gemeinde verwaltet werden, ist mit 84 205,— Kr. veranschlagt.

Von einer mobernen, planmäßigen Kommunalpolitik ber Prager Stabtvertretung mit Rücksicht auf ben unbeweglichen Gemeindebesitz und von
bestimmten sozialreformatorischen Tendenzen, von welchen sie beherrscht wäre,
kann kaum die Rede sein. Das Bewußtsein von wichtigen Aufgaben,
welche einer Großkommune auf dem Gebiete der Bodenpolitik, der städtischen
Grundrente, der Wohnungsfrage usw. zukommen, ist innerhalb der maß=
gebenden Kreise der städtischen Bertretung noch nicht durchdrungen. Auch
die Affanierungsaktion und die Erwerbung der Fortisikationsgründe, welche
zu solchen wohnungsresormatorischen Bersuchen willkommene Gelegenheit
bieten sollten, wurden nicht gehörig ausgenützt. Sinen schwachen Anlauf
auf diesem Wege könnte man vielleicht in den Bestrebungen letzter Beit er=
blicken, welche darauf hinzielen, größere Komplexe von Grundstücken in der
Umgebung der Hauptstadt käuflich zu erwerben, um auf diese Weise ber
Bodenspekulation entgegenzuwirken.

III. Städtische Gasanstalten, Elektrizitäts= und Wasserwerte.

Bis zum Jahre 1847 murden die öffentlichen Gaffen und Plate in Brag mittelst primitiver Öllampen beleuchtet. Im Jahre 1844 wurde mit einer Breslauer Privatgesellschaft ein Bertrag geschlossen, worin bieselbe sich verpflichtete, in Prag eine Gasanstalt zu errichten und der Prager Stadt= gemeinde zum Zwecke öffentlicher Beleuchtung auf die Dauer von 20 Sahren Gas zu vereinbartem Preise zu liefern. Die Anzahl ber Gaslaternen mußte aber jedes Sahr vermehrt werden, fo daß die Gemeindevertretung bald zu der Überzeugung kam, daß es viel vorteilhafter sein wird Leuchtgas in eigener Regie zu erzeugen, als basselbe aus zweiter Sand zu nehmen. Auf biefe Beife fam es zur Gründung bes erften Gemeindebetriebes im modernen Sinne, ber städtischen Gasanstalt. Die Errichtung berfelben murbe im Jahre 1860 in bem Bororte Žistow mit einem Aufwande von 756 000 fl. ö. W. beschlossen und war fie auf eine jährliche Produktion von 85 Milli= onen Rubiffuß Gas berechnet. Der Bau murbe erst im Jahre 1867 fertig= gestellt und bas produzierte Gas murbe nicht nur zu öffentlichen Beleuch= tungszwecken verwendet, sondern auch an private Abnehmer geliefert, womit fofort ein bedeutender Geminn erzielt murde. Der fteigende Absat gab die Beranlaffung nicht nur zur Erweiterung ber ursprünglichen Gasanftalt, sonbern zum Baue einer zweiten im Sahre 1876 in Smichow und einer britten im Nahre 1888 in Holegovic Bubna.

Erst das Vordringen der Elektrizität und deren praktische Verwendung zu Beleuchtungszwecken hat auf die fortschreitende Entwicklung der Gasanstalten hemmend gewirkt, trothem wird aber bis jest noch infolge größerer Billigkeit Gas als Beleuchtungsstoff in Prag im Privatgebrauche bevorzugt.

Die Berwaltung der städtischen Gasanstalten besorgt ein aus der Mitte des Stadtverordnetenkollegiums gewählter Berwaltungsrat durch bessolbete Angestellte, an deren Spitze ein Direktor steht. Hierbei ist die Machtsbesugnis des Berwaltungsrates eine sehr weitreichende, so daß derselbe von der Stadtvertretung beinahe ganz unabhängig ist.

Die Gasanstalten werben mit Rücksicht auf ben Vertrieb bes Leuchtsgases zu Privatzwecken ebenso wie jede Privatunternehmung nach privatwirtschaftlichem Prinzipe verwaltet. Dies ist um so natürlicher, als bis vor kurzer Zeit eine große private Gasanstalt in Karolinental, später in Lieben bestand, welche mit den städtischen Gasanstalten konkurrierte. Erst in den

letzen Jahren wurde mit derselben eine Bereindarung getroffen, welche mahrscheinlich später die Erwerbung derselben durch die Prager Stadtgemeinde zur Folge haben wird, so daß die Gasproduktion für Prag und die Borsorte tatsächlich in den Händen der Gemeinde monopolisiert sein wird. Gas zur öffentlichen Beleuchtung wird der Gemeinde natürlich zu Regiekosten geliefert. Die städtischen Gasanstalten beforgen auch die Installation der Gasleitung, besitzen eine Riederlage von Leuchts und Heizkörpern usw. Das Gasröhrennet hatte im Jahre 1904 eine Gesamtlänge von 3216261 m. Erzeugt wurden in diesem Jahre 17808000 m³ Gas, hiervon entsielen zur Privatbeleuchtung 11870000 m³, zur öffentlichen Beleuchtung 1853000 m³.

Das finanzielle Ergebnis der Gemeindegasanstalten ist ein sehr besteutendes und haben dieselben seit ihrem Bestehen ansehnliche Beträge an die Gemeindekasse abgeliesert. Der Boranschlag für 1908 weist aus:

an Einnahmen . . . 831 342,— Kr. an Ausgaben . . . 616 913,— " Reinertrag . . . 214 429,— Kr.

Das erste städtische Elektrizitätswerk wurde in Prag erst im Jahre 1894 am Karlshof errichtet, vor dem mußte elektrische Kraft für private Beleuch= tungezwecke durch eigene Broduktion beschafft werden. Erft nach Erwerbung der Pferdebahn durch die Prager Stadtgemeinde und Umwandlung derfelben in eine eleftrische murbe im Sahre 1898 ein neues großes Cleftrigitätsmert in Holegovic gebaut, beffen Bilanzwert mit 7 592 000 Kr. angegeben ift. Die baselbst produzierte eleftrische Energie bient allerbings in erster Reihe als Motorfraft ber eleftrischen Stragenbahnen, erft in zweiter Linie wird Diefelbe zu Beleuchtungszwecken verwendet. Die überwiegende Mehrzahl ber Brager Strafen haben bisher Gasbeleuchtung, blog bie Sauptftragen find elektrisch beleuchtet und nur allmählich wird bas Gas durch die Elektrizität verdrängt. Das gilt noch im größeren Mage von der Berwendung ber elektrischen Energie zur Privatbeleuchtung. In dieser Beziehung steht Prag fogar hinter ben einzelnen Bororten zurud, mo elektrische Beleuchtung fowohl ber Strafen als auch ber Privatraumlichkeiten fast allgemein ift. Der Grund hierfür liegt barin, bag ber Preis ber elettrischen Energie für ben Brivatgebrauch bei dem Brager Eleftrizitätswerke viel höher ist, als bei denen Bon seiten ber Konsumenten wurden bagegen schon öfters berechtigte Klagen erhoben, aber bis jett ohne Erfolg. Erklären läkt sich diefes langsame Bordringen der Elektrizität mahrscheinlich damit, daß es auf Kosten der Gasbeleuchtung vor sich geht. Die Gemeinde hat jedoch in

ben Gasanstalten ein bebeutendes Kapital investiert, welches durch Einschränkung der Produktion wertlos werden würde, und trachtet daher um ihre eigene Konkurrenz zu verhüten, die Einführung der elektrischen Beleuchtung zu Privatzwecken womöglich zu verlangsamen. Eine Politik, die allerdings kaum im Interesse des Publikums ist und sich auf die Dauer wird nicht halten können. Auch die Verquickung der Elektrizitätswerke mit dem Betriebe elektrischer Straßenbahnen, deren hoher Erwerbungspreis alljährlich verzinst und amortisiert werden muß, trägt zur Verbilligung der Energie nicht bei. Der Preis der elektrischen Energie ist für eine Kilowattstunde festgeset:

für Beleuchtungszwecke während	der	Tages=	und	Nac	tstund	en	2 0 h
während der Abendstunden .							70 h
für Motorzwecke							30 h.

Die Berwaltung der elektrischen Unternehmungen ist eine ähnliche wie die der Gasanstalten. Es gibt einen vom Stadtverordnetenkollegium ge-wählten Berwaltungsrat, die Leitung felbst wird durch technisches Personal besorgt. Ursprünglich war die Berwaltung an diejenige der Gasanstalten angegliedert und beiden Unternehmungen gemeinsam. Später ist man zu der Überzeugung gekommen, daß man hier eigentlich mit Konkurrenzunterenhmungen zu tun hat, und wurde die Berwaltung getrennt.

Die Elektrizitätswerke werden ebenso wie die Gaswerke nach privatwirtschaftlicher Maxime verwaltet. Mit Rücksicht auf den Vertrieb der elektrischen Energie zu Privatzwecken geht man in dieser Beziehung, wie bereits erwähnt, vielleicht zu weit. Dabei genießen die städtischen Elektrizitätswerke eine Monopolstellung, nachdem es eine private Konkurrenzunternehmung nicht gibt. Im Voranschlage für das Jahr 1908 bezissern sich bei den städtischen Elektrizitätswerken — die elektrischen Straßenbahnen nicht inbegriffen —

die Einnahmen auf		2 643 000,— ℛ r.
Ausgaben		2 293 000,— "
Reingewinn		350 000.— Rr.

Für die Zukunft wäre wünschenswert eine gänzliche kommerzielle Trennung der Beleuchtungsinstallation von dem Straßenbahnbetriebe.

Die Prager städtischen Wasserwerke stammen schon aus dem Mittelalter. Bereits im 15. und 16. Jahrhundert wurden Wassertürme gebaut, mittelst welcher das Moldauwasser in die höher gelegenen Teile der Neustadt gestrieben wurde. Die Röhrenleitung war ursprünglich aus Holz, später aus Stein. Auf einzelnen Plätzen waren Röhrkasten errichtet, manche aus Stein

von hohem künftlerischen Wert, welche das Flußwasser ansammelten. Erst im 19. Jahrhundert hat man angefangen, das Wasser in die einzelnen Häuser und Wohnungen zu leiten, worauf dann die öffentlichen Röhrkasten allmählich entsernt wurden. Neue modern konstruierte Wasserwerke wurden im Jahre 1875 und 1885 in Podol errichtet. Dieselben unterstehen einem Verwaltungsrate und liesern Flußwasser sowohl für öffentliche als auch für Privatzwecke, für diese natürlich gegen Entgeld. Die fünf städtischen Wasserwerke lieserten im Jahre 1904 zusammen eine Wassermenge von 10688 000 m. Die Länge des Röhrennetzes betrug 142 000 m, die Anzahl der Hydransten 2021.

Mis Trinkwaffer murbe in früheren Zeiten nur Quellmaffer verwendet, welches teils aus öffentlichen=, teils aus Privatbrunnen geschöpft murbe. Solche öffentliche ober in öffentlicher Verwaltung stehende Brunnen gab es im Jahre 1904: 189. Die gahlreichen Typhusepidemien, von denen Brag heimgesucht wird und die laut Gutachten ärztlicher Fachkreife in dem Prager Quellmaffer ihren Urfprung haben, nachbem infolge mangelhafter Ranali= fation die Brunnen durch gesundheitsschädliche Stoffe infiziert werden, gaben dazu Anlaß, daß sich die Stadtvertretung bereits seit Jahren mit der Frage ber Beschaffung auten, gesunden Trinkwassers beschäftigt. frühere Bersuche blieben resultatlos, endlich entschied man sich dazu, das Trinkwasser aus dem Gebiete des Flusses Iser in Nordostböhmen nach Brag Bu diesem Behufe murbe mittelft eines speziellen Landesgesetzes vom Rahre 1899 ein gemeinschaftliches Berwaltungsorgan für Prag und die bedeutenosten Vororte geschaffen, welches der Lösung der Frage näher zu treten hatte. Bisher find jedoch die Arbeiten über das Anfangsstadium noch nicht hinausgekommen, fo daß noch gar nicht endgültig entschieden wurde, ob nur Trink- ober auch Rupwasser mittelst einer einheitlichen Bafferleitung nach Brag geleitet werden folle.

IV. Städtische Kommunikationsmittel.

Hierbei kommen als natürliche Kommunikationsmittel zuerst die öffentlichen Straßen und Plätze in Betracht. Als öffentliches Gut können dieselben zu Gemeindeunternehmungen natürlich nicht gezählt werden, doch wird von den die Prager Straßen passierenden Lastsuhrwerken eine Pflastermaut eingehoben, welche jährlich 290 000 Kr. einträgt und womit der Aufwand der Pflasterung und Instandhaltung der Straßen gedeckt wird. Eher schon als eine Gemeindeunternehmung könnten die Prager Gemeindebrücken über den Moldaufluß angesehen werden. Behufs Berzinfung und Amortisierung

ber Baukosten wird nämlich auf benselben — die alte Karlsbrücke ausgenommen — sowohl von den Wagen als auch von den Fußgängern
ein Brückengeld eingehoben. Daraus fließt der Prager Stadtgemeinde eine
reichliche Einnahme zu, denn der Boranschlag für das Jahr 1908 enthält
nachstehende Ziffern bezüglich der Brücken:

Einnahmen . . 1 190 000 Kr. Ausgaben . . . 137 000 " Erträgnis . . . 1053 000 Kr.,

wovon allerdings die Berzinsung und Amortisierung des ursprünglichen Bauaufwandes in Abzug zu bringen ist. Das Prager Brückengeld bildet Gegenstand wiederholter Klagen seitens der unbemittelten Bevölkerung. Tatsächlich lastet dasselbe schwer auf den arbeitenden Klassen und ist mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Kommunikationsmittel als besondere Einnahmequelle der Gemeinde kaum zu rechtsertigen.

Ein besonderes Kommunikationsmittel ist der Durchstich des Uysehrader Felsens mittelst eines Tunnels. Auch hier wird eine Maut gezahlt, welche einen Reingewinn von $42\,000$ Kr. abwirft.

Die wichtigsten Kommunikationsmittel ber Brager Stadtgemeinbe, welche eine Gemeindeunternehmung im eigentlichsten Sinne bes Wortes bilben, find allerdings die elektrischen Straßenbahnen. So wie in anderen Städten find diefelben auch in Prag eine Schöpfung ber neuesten Zeit. Noch vor einem halben Jahrhundert besaß Prag nur eine primitive Omnibusverbindung zwischen den beiden entgegengelegenen Vororten Karolinental und Smichow. Es war eine Privatunternehmung, die faum den bescheibensten Unsprüchen Im Jahre 1875 erwarb eine belgische Privatgefellschaft bie Konzession zur Berstellung einer Pferdebahn zwischen diesen beiden Bororten und errichtete in den Jahren 1883 und 1884 weitere Linien nach anderen Bororten, beren Bevölferungszahl im rafchen Unmachsen begriffen war. Die Gesellschaft machte vorzügliche Geschäfte und Die Erzielung moglichst hohen Gewinns mar bei ihr die hauptsache. Darunter mußten naturgemäß die Interessen des Bublikums leiden und auch mit der Stadtgemeinde, welche laut Vertrag Anspruch auf 1 % bes Roberträgnisses erhob, geriet die Gesellschaft in langwierige und kostspielige Prozesse. Die Sache endete damit, daß die Prager Stadtgemeinde im Jahre 1898 die bestehende Pferdebahn samt Konzession und der gesamten Ginrichtung um den hoben Preis von 2637000 fl. ö. W. von ber bisherigen Gefellschaft käuflich erworben hat, bei berselben ben eleftrischen Betrieb einführte und bas bestehende Net teils durch Errichtung neuer Linien, teils durch Erwerbung bereits bestehender im Privatbesitze befindlicher Strecken (Kosir, Lieben) er=

weiterte. Die Gesamtlänge ber elektrischen Straßenbahnen betrug im Jahre 1904: 40·920 km. Sämtliche elektrische Straßenbahnen unterstehen bem Berwaltungsrate ber elektrischen Unternehmungen.

Was die Frequenz der Straßenbahnen anbetrifft, so wurden auf densselben im Jahre 1907 im ganzen 32 970 581 Personen befördert, die mit Abonnementskarten versehenen nicht mitgerechnet.

Un Fahrgeld wurden eingenommen 4348163 Kr. Der Boranfchlag für bas Jahr 1908 enthält an:

 Einnahmen
 . 4432000 Kr.

 Ausgaben . . 4004000 "

 Reingewinn
 . 428000 Kr.

Fahrscheine werben dreierlei Art verkauft, zu 12 h, 20 h und 30 h, je nach der Anzahl sogenannter Zonen, wobei jede Zone zwei oder drei Stationen zählt. Früh morgens bis 7 Uhr werden Fahrscheine zu 6 h abgegeben ohne Rücksicht auf die Entfernung. Schulkinder genießen Ersmäßigungen.

Im ganzen funktionieren die Straßenbahnen gut, besser als früher, wo sie in Privatbesitz sich befanden. Berechtigt sind die Forderungen nach weiterer Ausgestaltung des Nepes und Vereinheitlichung der Tarife.

Die Gemeinde hat im Besitze und Betriebe auch eine Drahtseilbahn, welche auf das Plateau der Belvedereanlagen hinaufführt. Dieselbe ist jedoch nur in den Sommermonaten im Betriebe. Die Verbindung mit der Anhöhe von Fradschin, wohin aus technischen Gründen wegen zu großer Steigung eine Straßenbahn nicht geführt werden kann, wird mit städtischen Automobilen hergestellt.

V. Städtische Aredit= und Bersicherungsanftalten.

Im Jahre 1875 hat die Prager Stadtgemeinde eine Gemeindesparkasse gegründet, welche rasch ungeahnten Aufschwung genommen hat. Dieselbe bilanzierte:

Ende des Jahres	Stand ber Einlagen	Refervefonds
1875	1619000 fl.	13 000 fl.
1880	6 792 000 "	376 000 "
1885	16704000 "	1 077 000 "
1895	17 381 000 "	3443000 "
1900	30 619 000 Rr.	6 999 000 <i>R</i> r.
1905	46 104 000 "	9839000 "
1907	60 009 000 "	9 438 000 "

Ihre wichtigsten Aktivgeschäfte sind Hypothekardarlehen, Eskompt= und Lombardgeschäft. Im Jahre 1905 wurde an die Sparkasse eine Pfandsbriefanstalt angegliedert, welche bis Ende 1907 Pfandbriefe bis zum Bestrage von 4313000 Kr. emittierte. Im Jahre 1906 und 1907 hat die Sparkasse in 5 Prager Bororten Zahl= und Sammelstellen errichtet.

Die Sparkasse wird von einem vom Stadtverordnetenkollegium gemählten, aber sonst vollkommen unabhängigen Ausschusse verwaltet, der aus seiner Mitte wieder eine aus 5 Mitgliedern bestehende Direktion wählt. Diese Funktionen sind Ehrenstellen. An der Spitze der Beamtenschaft steht ein besoldeter Direktor. Die städtische Sparkasse ist wie jede andere Sparkasse den Bestimmungen des allgemeinen Sparkasse ist wie jede andere Sparsist demnach als keine Erwerbsunternehmung, sondern als eine gemeinnützige Anstalt zu betrachten. Die Reinerträgnisse der Sparkasse, welche mit Rücksicht auf den bedeutenden Sinlagenstand und Geschäftsumfang nicht übermäßig genannt werden sönnen, werden zur Stärkung des Reservesonds und zu wohltätigen und gemeinnützigen Spenden verwendet, die jedoch in einer gewissen Beziehung zum Gemeindehaushalte stehen, so daß derselbe dadurch indirekt entlastet wird. Auf diese Weise hat die Sparkasse seit ihrem Bestehen bereits 736 000 Kr. zu wohltätigen Zwecken gewidmet. Unter den Sparkasse von Böhmen ist die Prager städtische Sparkasse heutzutage die zweitgrößte.

Die Prager städtische Versicherungsanstalt wurde im Jahre 1864 errichtet. Dieselbe beschränkte ursprünglich ihre Tätigkeit auf Versicherung von beweglichen und unbeweglichen in der Stadt Prag oder den Vororten befindlichen Objekten gegen Feuerschaden. In den letzten Jahren erweiterte sie ihre Wirksamkeit auf Versicherung von Glas und Spiegelscheiben, auf Verssicherung gegen Diebstähle, gegen Folgen von körperlichen Verletzungen, gegen Folgen von Haftelbeiten und endlich führte sie auch als selbständigen Zweig die Lebensversicherung ein. Ihre Vilanz weist nachstehende Aiffern auf:

Jahr	Zahl der Versicherten	Versicherter Betrag	Geleifteter Schadenerfat	Reservefonds
1865	$\mathbf{2662}$	20 156 000 fl.	43 176 fl.	— fl.
1870	4998	37 795 000 "	8 26 "	39 161 "
1875	6350	53 736 000 "	7478 "	110 754 "
1880	7274	60 970 000 "	8 053 "	186 660 "
1885	8 351	71 667 000 "	3850 "	297 389 "
1890	$\mathbf{9588}$	79 63 2 000 "	12519 "	450402 "
1895	12310	104 170 000 "	22 546 "	547 317 "
1900	$\mathbf{14852}$	278 406 000 R r.	39 390 Rr.	1 587 180 R r.
1905	$\mathbf{17698}$	335 312 000 "	46232 "	2099824 "

Im ganzen wurde bis zum Jahre 1907 an Schabenersatheträgen ausgezahlt bie Summe von 1663 133 Kr. Die Versicherungsanstalt wird von einem vom Stadtverordnetenkollegium gewählten Aufsichtstate verwaltet, die Leitung selbst besorgt die Beamtenschaft mit einem Direktor an der Spitze.

Die Prager Versicherungsanstalt ist keine gemeinnützige Unternehmung im eigentlichen Sinne bes Wortes, sondern eine Erwerbsunternehmung, welche mit anderen privaten Versicherungsanstalten, mögen dieselben Aktiensunternehmungen sein oder auf Grundlage der Gegenseitigkeit beruhen, konsturriert. Dabei besindet sie sich allerdings in der vorteilhaften Lage, daß sie nur ein sehr geringes Risito zu tragen hat, weil die Feuersgesahr in der Stadt selbst und in den Vororten mit Rücksicht auf die seuersgesahr in der Stadt selbst und in den Vororten mit Rücksicht auf die seuersesse Vauweise und die gut organisierte Feuerwehr eine minimale ist. Insolge dessen können auch die Versicherungsprämien sehr niedrig bemessen werden und wird tropdem ein namhafter Gewinn erzielt.

Somit war die städtische Versicherungsanstalt seit Anfang eine ersgiebige Quelle für die Gemeindefinanzen. Bis zum Jahre 1907 hat diesselbe an die Gemeindekasse im ganzen 1492449 Kr. abgeführt und außersdem den gesetlich sixierten Beitrag von 92000 Kr. zu Feuerwehrzwecken geleistet.

VI. Städtische hygienische und Sanitätsanstalten.

In diese Kategorie gehören erstens die städtischen öffentlichen Gärten und Anlagen, an welchen die Stadt Prag ungemein reich ist und denen sie große Sorgsalt widmet. Die Gesamtsläche der städtischen Parkanlagen besträgt 80 ha. Teils sind das Parkanlagen, welche innerhalb der Stadt selbst errichtet wurden, so namentlich auf dem Karlsplatze, Franzensquai, vor dem Rudolphinum, auf den ehemaligen Fortisikationsgründen, auf den Moldauinseln, teils neu bepflanzte Flächen an der Peripherie der Stadt, wie die Chotekanlagen, Belvedereanlagen, Bysehraderanlagen, oder endlich zu diesem Zwecke erwordene große Privatgärten, wie z. B. die Hasenburg, der Kinskysche Garten u. a. Auch die Bororte Königl. Weinberge, Karolinental und Smichow haben schöne Parkanlagen. Dabei besitzt die Stadt Prag eigene Gärtnerei mit großen Glashäusern, welche die städtischen Anlagen mit nötigen Gewächsen versorgt.

In diese Gruppe von Gemeindeunternehmungen können ferner diejenigen eingereiht werden, welche die Approvisionierung der Stadt bezwecken. Die wichtigste Stelle nimmt hier das Zentralschlachthaus ein, bestehend seit Schriften 130. Erstes Seft. — Gemeindebetriebe III. 1. 1895. Dasselbe ist für Prag und 16 Bororte gemeinsam, nachdem burch ein spezielles Gesetz vom Jahre 1889 für diese Orte Schlachtzwang einsgeführt wurde.

Geschlachtet murben baselbst im Jahre 1904:

25 867 Stück Rindvieh, 5 141 " Kälber, 21 502 " Schafe, 8 895 " Schweine.

Die Zufuhr an Fleisch betrug:

3 254 000 kg Rinbsleisch, 502 000 " Schweinefleisch.

Die Verwaltung wird auch hier von einem gewählten Verwaltungsrate beforgt. Im Voranschlage für 1908 wird der Reingewinn mit 196 000 Kr. beziffert.

Ferner die altstädtische Markthalle, welche für den Detailverkauf von verschiedenen Biktualien und Lebensmitteln bestimmt ist. Die Verkäufer haben eine je nach Lage, Raum und Verkaufswaren abgestufte Marktgebühr zu zahlen. Der Voranschlag für 1908 enthält an:

 Bebedfung . . . 124 000 Kr.

 Erfordernis . . 80 000 "

 Reinertrag . . 44 000 Kr.

Die Markthalle untersteht einem Aufsichtsrate. Bunschenswert wäre, daß auch für andere von der bestehenden Markthalle entferntere Stadtbezirke ähnliche Hallen errichtet werden möchten. Die Idee einer Zentralmarkthalle ist bei der räumlichen Ausbehnung der Stadt unpraktisch.

Bon anderen Gemeinbeunternehmungen auf dem Gebiete der Hygiene wären zu erwähnen die städtischen Bäder und Schwimmanstalten. Es gibt solche für einzelne Stadtbezirke, für andere wird deren Errichtung noch geplant. Der Betrieb erfolgt entweder in eigener Regie oder werden dieselben an Privatunternehmer verpachtet. Der Reinertrag ist nicht bedeutend, immershin werden die Kosten durch die Einnahmen gedeckt.

Endlich wären auch die von der Gemeinde verwalteten Friedhöfe anzuführen, deren Flächenausmaß 33.898 ha beträgt. Früher bestanden Friedhöfe inmitten der Stadt bei den einzelnen Pfarrfirchen. Bereits zu Ende des 18. Jahrhunderts wurden sie aus sanitären Rücksichten aufgelassen und außerhalb der Stadt verlegt. Schließlich wurde ein Zentralfriedhof in Bolsan errichtet, wo dis auf geringe Ausnahmen sämtliche Verstorbene aus Prag und den Vororten begraben werden. Die Grabstellen werden ent-

weder verkauft oder vermietet, wofür festgesetzte Gebühren eingehoben werden. Auch für die Pflege, Begießung usw. der Gräber werden Gebühren berechnet. Unbemittelte dürfen die Gräber ihrer Verwandten selbst pflegen
und begießen. Für die Friedhöse wird im Voranschlag für 1908 berechnet:

 Erfordernis
 . 53 000 Kr.

 Bedeckung
 . . 41 000 "

 Ausfall
 . . . 12 000 Kr.

Die Friedhöfe werden von dem sogenannten Kirchenamte verwaltet. Die Bestrebungen nach Errichtung eines Krematoriums in Prag sind bisher nicht verwirklicht worden.

Auch ber seinerzeit im Stadtverordnetenkollegium gestellte Antrag auf Errichtung einer kommunalen Leichenbestattungsanstalt ist noch nicht zur Aussführung gekommen. Nur einzelne Bororte haben bereits solche Unternehmungen, die sich gut rentieren und auch von allgemeinem Nuten sind.

VII. Sozialpolitische Anftalten.

Darunter werden nicht rein humanitäre Unstalten verstanden, welche bie Brager Stadtgemeinde entweder freiwillig oder ihrer gesetlichen Berpflichtung gemäß unterhält, wie bas Armenhaus zu St. Bartholomäi, bas Siechenhaus am Karlshof, bas Erzherzogin Gifela-Waisenhaus, bas Waisenhaus Oliveum, die Erziehungsanstalt in Lieben u. a., fonbern nur folche Institutionen, welche tatsächlich bestimmte soziale Aufgaben erfüllen. namentlich die im Sahre 1898 gegründete Anftalt für unentgeltliche Arbeitsvermittlung. Dieselbe ift einem Aufsichtsrate unterstellt, in welchem auch Bertreter ber Arbeiterschaft Sit und Stimme haben. Die ftabtische Arbeitsvermittlungsanstalt erftrect ihre Tätigkeit auch auf die Bororte und umfaßt alle Arbeitszweige. Namentlich befaßt fie fich mit ber Bermittlung weiblicher Dienstbotenstellen, zu welchem Zwecke fie in mehreren Stadt= bezirken Filialen befitt. Auch ift mit ihr ein Ufpl für ftellenlose weibliche Dienstboten verbunden. Im Sahre 1904 murden im gangen 23 326 Ar= beitostellen vermittelt, hiervon 12977 für männliche und 10242 für weibliche Arbeiter. Un die Arbeitsvermittlungsanstalt wurde im Jahre 1908 ein Wohnungenachweis angegliebert, ber sich sowohl für die Sausbesitzer als auch für die Mieter als fehr nütlich ermiefen hat.

Seit bem Jahre 1886 besteht eine städtische Dienstbotenversicherungsfasse, mit ber Bestimmung, die Last ber für die Dienstboten zu leistenden Krankenkosten zu übernehmen, welche sonst ber Gesindeordnung gemäß die Dienstgeber zu tragen hätten.

2*

Enblich kann unter diese Gemeindeanstalten auch das im Jahre 1904 aus Gemeindemitteln mit einem Aufwande von 265 000 Kr. erbaute Gebäude eingereiht werden, welches kleinen Gewerbsleuten Unterkunft bieten soll. Es enthält eine Anzahl von passenden Räumlichkeiten zu verschiedensartigen Werkstätten, die an Handwerker vermietet werden. Die geplante Erstellung von Arbeiterwohnhäusern auf Gemeindekosten ist beschlossen, jedoch bis jett noch nicht zur Ausführung gebracht worden.

VIII. Linienverzehrungsfteuerpachtung.

Eine besondere Einkommenquelle für die Prager Stadtgemeinde bildet die Pachtung der Linienverzehrungssteuer vom Staate. Dieselbe ist eine staatliche Akzisesteuer, wie sie in Österreich in einigen Landeshauptstädten an den ehemaligen Toreingängen in die innere Stadt auß verschiedenen Nahrungsmitteln und Getränken eingehoben wird. Sie wird in Prag nicht vom Staate selbst verwaltet, sondern ist gegen einen Pauschalbetrag verpachtet. Früher waren die Pächter private Unternehmer, seit dem Jahre 1878 ist sie verpachtet an die Prager Stadtgemeinde. Der Pachtvertrag wird jedes dritte Jahr erneuert, der Pachtschilling beträgt gegenwärtig 1950 000 Kr. Der Überschuß des wirklich erhobenen Steuerbetrages fällt der Gemeinde zu. Die Berwaltung wird durch eine besondere "Udministration" besorgt, an deren Spitze zwei Mitglieder des Stadtverordenetensollegiums als Inspektoren stehen, die hierfür besoldet sind. Außerdem gibt es einen eigenen Beamtenkörper.

IX. Schlufwort.

Aus dem vorangeführten geht hervor, daß die Unternehmertätigkeit der Prager Stadtgemeinde, wie bei manchen anderen Städten, nicht einer zielsbewußten programmatischen Kommunalpolitik zu verdanken ist, sondern sich nur allmählich und etappenweise entwickelte. Rur langsam kam die Überzeugung zum Durchbruch, daß es für die Gemeinde von praktischem Borteile ist, wenn sie auf verschiedenen Produktionsgedieten selbst als Produzent aufstritt, daß sie damit bedeutende Kosten erspart, von kartellierten Privatunternehmern unabhängig wird und daß der Einwand, die Gemeinde sei hierzu unfähig, die Produktion werde schwerfällig und bureaukratisch, durchsaus nicht zutreffend sei. Es ist bezeichnend, daß gerade die Vertreter praktischen Berufe im Stadtverordnetenkollegium sich zuerst dieser Erkenntnis erschlossen die Vertreter liberaler Berufe, namentlich die Rechtss

anwälte, in gewisser doktrinärer Voreingenommenheit die starrsten Anhänger entgegengesetzer Anschauung waren. Allerdings war es nicht nur die prinzipielle Abscheu vor jedem weitergehenden Schritte auf dieser Bahn, die hier hemmend wirkte, sondern auch gewisse Unlust kleingewerblicher Kreise, welche die Konkurrenz der Gemeindebetriebe in verschiedenen Produktions=zweigen befürchteten.

Damit läßt fich die Tatfache erklaren, daß manche Bestrebungen, welche weitere Ausgestaltung der Tätigkeit der Gemeinde auf diesem Gebiete bezweckten, weder im Stadtrate noch im Stadtverordnetenkollegium gunftigen Boben fanden. So murbe beispielsweise verlangt, die Prager Stadtgemeinde möge ihre eigene Buchdruckerei errichten, um den Bedarf an notwendigen Druckschriften in eigener Produktion zu beden. Auch gibt die Gemeinde eine offizielle Gemeindezeitung heraus, die jedoch aus Mangel an Abonnenten und Inserenten nur vegetiert und hoffte man durch Schaffung eigener Druckerei dieselbe zu heben und lebensfähig zu machen. Doch diese Forde-Ebenso der Antrag auf Gründung einer rungen wurden abgelehnt. Leichenbestattungsanstalt, obwohl in einigen Vorortsgemeinden berartige Gemeindeunternehmungen bereits bestehen und prosperieren. Dasselbe Schicksal erreichte ber Borschlag auf Besorgung ber gahlreichen Pflafter= arbeiten in eigener Regie, auf Erstellung von Arbeiterwohnhäusern auf Gemeindekosten u. a.

Im allgemeinen kann man jedoch auch in dieser Richtung einen Fortsschritt wahrnehmen. Die alten Borurteile gegen die Unternehmertätigkeit der Gemeinde sind im Schwinden begriffen, richtigere Anschauungen sind an ihren Platz getreten und lassen erhoffen, daß in Zukunft auch die Prager Gemeinde gerade auf diesem Gebiete eine reiche und wohltätige Tätigkeit noch entfalten wird.

Der Wiener Zentralviehmarkt St. Marx,

seine Bedeutung für den Diehhandel und seine volkswirtschaftliche gunktion.

Don

Karl Schwarz,

Magistratsoberkommissär und Vorstand der städtischen Übernahmsstelle für Dieh und Sleisch in Wien.

Inhaltsverzeichnis.

©inscitung	ette 25
I. Die Organisation des Marktes	27
11. Die Bersorgung des Marktes	41
III. Der Biehhandel	62
IV. Die Preisbildung	74
V. Reformbestrebungen	85

Einleitung.

Den Mittelpunkt der Approvisionierungsfrage bildet in Wien gegenwärtig das Interesse für die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Bieh und Fleisch. Nicht daß diese Frage ihre Entstehung der Gegenwart zu versdanken hätte. Sie ist im Gegenteil sehr alt und bildet bereits seit Jahrshunderten immer wiederkehrend den Gegenstand besonderer Sorge und oftemal auch Fürsorge der öffentlichen Stellen. Sie ist nur jetzt wieder einmal in den Vordergrund getreten, weil ein Notjahr (1904) eine akute Viehteuerung und eine chronische Fleischteuerung auslöste, sie verdient aber diesmal erhöhte Ausmerksamkeit, weil in ihrer Behandlung neue Wege betreten wurden.

In früherer Zeit äußerte sich die Ginwirfung bes Staates und ber Gemeinde auf dem Gebiete der Approvisionierung hauptsächlich in polizeilichen Magnahmen: in Beschränfungen bzw. Erleichterungen ber Berkehrs= formen. Es waren dies z. B. Borschriften, durch welche ansässigen Geschäfts= leuten Borteile gegenüber fremden zugesprochen, durch welche birefte Räufer vor Zwischenhändlern bevorzugt murben und ähnliches. Hierunter find auch die Marktprivilegien zu rechnen. Denn bei diesen handelte es sich doch meist um bloße Gestattung und Reglementierung eines Sandelsverkehrs, beffen effentielle Boraussenungen, bas Bedürfnis ober bie Gelegenheit für einen regeren Güteraustausch, in ber Regel als schon vorhanden anzunehmen find. In eine über bloß abministrative Tätigkeit hinausgehende Beziehung zur Approvisionierung traten junächst die Stadtverwaltungen im letten Sahrhundert, als fie die Marktpläte in befonderer Beife ausgestalteten und aus ihnen Anstalten schufen, die ihrer bequemen und nüplichen Ginrichtungen wegen auf den Berkehr belebend einwirkten und im Zeitalter ber besonderen sanitären und veterinären Fürsorge mit Recht bevorzugte und privilegierte handelszentren murden. Die Gemeinden betraten eigentlich schon mit der Erbauung folder Anstalten, die kostspielige Investitionen erforderten, ben Boden wirtschaftlicher Betätigung im Interesse ber Approvisionierung.

Die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln wird aber im Laufe der Zeit steits schwieriger und die einschlägigen Verhältnisse gestalten sich immer kom-

plizierter, je größer die Konzentration der Bevölferung in den Städten wird, je weiter die Industrialisierung des Landes fortschreitet, je mehr die agrikole Produktion an Bodenfläche und Arbeitskraft verliert. Es ist erklärlich, daß diese Verhältnisse sich der Versorgung Wiens als der größten Stadt unseres Reiches zu einem Maximum zuspitzen.

Die Schwierigkeit der regelmäßigen und gleichmäßigen Beschaffung der großen Massen von Lebensmitteln, an deren Beisteuer das gesamte Reich mitarbeiten muß, sowie die Notwendigkeit, diese großen Massen in richtiger Weise zur Berarbeitung dzw. zur Verteilung zu bringen und schließlich das mit unserer modernen Geldwirtschaft verbundene Kreditwesen haben es mit sich gebracht, daß an dem Lebensmittelverkehr zahlreiche Zwischenhände bezteiligt sind, die alle mit besonderen Bestimmungen ineinandergreisen und höchst komplizierte Geschäftsverhältnisse geschaffen haben.

Einer folchen Sachlage steht die Staats- und Stadtverwaltung mit den Mitteln der Administrative, also mit amtlich-bureaukratischen Mitteln ohnmächtig gegenüber und — falls sie auf diese Verhältnisse dennoch einwirken
oder sie auch nur klarstellen will — muß sie selbst sich zur geschäftlichen
Vetätigung entschließen. Bei der bekannten Wirtschaftspolitik der Wiener
kommunalen Verwaltung, die sich schon in bedeutenden Unternehmungen auf
das kommerzielle Gebiet vorgewagt hat, kann es nicht überraschen, daß von
dieser Seite der erste größere Versuch eingeleitet wurde, auf dem Gebiete
der Approvisionierung durch eigene geschäftliche Vetätigung einzugreisen.
Unter der Agide der Gemeinde wurde die Erste Wiener GroßschlächtereiAktiengesellschaft gegründet und gleichzeitig mit ihr die städtische Übernahmsstelle für Bieh und Fleisch errichtet.

Für jeden unbefangenen Beurteiler muß es unzweifelhaft sein, daß diese Gründungen der Gemeinde lediglich als Experimente aufzufassen sind, durch welche erst die Sachlage geklärt werden mußte. Nur der Laie konnte die Forderung stellen, daß in solch komplizierten Verhältnissen, wie sie auf dem Gebiete der Vieh- und Fleischapprovisionierung herrschen und die im Laufe langer Jahre, ja vieler Jahrzehnte allmählich sich entwickelt haben, binnen weniger Jahre oder gar binnen weniger Monate Wandel geschaffen werde.

Wenigstens über einen Teil bes großen Rompleges ber Bieh- und Fleischfrage Information zu geben, ist die nachfolgende Darstellung bestimmt, welche ben Zentralviehmarkt St. Marg in seinen zahlreichen und bedeutsamen volkswirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen zum Gegenstande hat.

Der Wiener Lichmarkt St. Mary ist die Zentrale des gesamten Liehverkehrs nach Wien bzw. über Wien in die Provinzen. Sein Bezugsgebiet ist die gesamte Monarchie. Seine Bedeutung ist für die Fleischapprovisionierung Wiens eine fast ausschließliche und für die Produktion Öfterreich-Ungarns unter allen Märkten der Monarchie die größte. Wenn man also den Zentralviehmarkt St. Mary und seine Verhältnisse eingehend untersucht, so ist damit gleichzeitig auch ein Bild der Viehversorgung Wiens und der allgemeinen Viehhandelsverhältnisse unserer Monarchie gegeben. Will man die Marktund Geschäftsverhältnisse dieses großen Handelsplatzes erfassen, muß man seinen Blick weit über das Markterritorium hinaussenden, denn was sich auf diesem sichtbar abspielt, ist nur eine letzte Phase, eine letzte Etappe in dem komplizierten, gewiß nicht uninteressanten und jedenfalls sehr wichtigen Verkehrsprozeß zwischen den Viehproduzenten und den Viehsonsumenten, als welche wir die Geschäftsleute bezeichnen wollen, die das Vieh zum Zwecke seiner gewerdsmäßigen Verarbeitung zu Fleisch und Fleischware erstehen.

Wir werden zunächst das äußere Bild des Biehmarktes und der mit ihm zusammenhängenden Anstalten geben, die für den Berkehr auf dem Markte bestehenden Vorschriften ihrer Bedeutung nach besprechen, sodann auf die Beziehungen des Marktes zur Landwirtschaft der Monarchie, auf die kommerziellen Berhältnisse und die Reformbestrebungen näher eingehen.

I.

Die Organisation des Marktes.

1. Der Viehmarkt und feine Anftalten.

In Wien ift schon im 14. Jahrhundert das Bestehen eines regelmäßigen Wochenviehmarktes nachzuweisen. Derselbe fand alle Freitage statt und wurde auf dem sogenannten "Ochsengries" abgehalten. Er war nach einer Ansicht Wiens aus dem Jahre 1642 am linken User der Wien ungefähr in der Gegend des heutigen Beethovenplaßes gelegen. Zu Ansang des 18. Jahrshunderts war der Markt bereits auf das rechte Wienuser nächst der Stubenstücke verlegt, an dieselbe Stelle, wo sich gegenwärtig der Hauptzollamtsbahnhof besindet. Damals war der Markt wahrscheinlich ohne besondere Einrichtung. Im Jahre 1760 wurde die Errichtung hölzerner Stände zum Eintrieb des Viehes angeordnet. 1797 wurde der Viehmarkt nach St. Mary verlegt, wo er sich heute noch besindet. Erklärlicherweise war die Einrichtung des Marktes ursprünglich sehr primitiv.

Seitdem Nord- und Staatsbahn existierten, langte das meiste Bieh mit diesen beiden Bahnen an, wurde in Floridsdorf ausgeladen und von dort bis nach St. Marg getrieben. Unfang der 70 er Jahre begann man

Unmerkung: Die geschichtlichen Daten sind entnommen aus Richard Riedl, "Der Wiener Schlachtviehhandel in seiner geschichtlichen Entwicklung", Schmollers Jahrb. 1893.

mit Ausgestaltungsarbeiten, welche die folgende Zeit dis auf die Gegenwart ausstüllen und den Wiener Zentralviehmarkt in seiner heutigen Gestalt schusen, in welcher er mit Rücksicht auf die fortwährende Steigerung des Marktverkehrs zwar noch immer baulicher Ausgestaltungen bedarf, aber dennoch eine Anlage repräsentiert, die ihresgleichen sucht. 1874 wurde eine Viehschleppbahn und eine Ausladerampe gebaut, die den direkten Transport des Viehes auf den Markt per Bahn gestattete, und die ersten zehn propisorischen Kinderstallungen (mit einem Fassungsraum von 1040 Kindern) errichtet. In den Jahren 1879—1884 wurde der Bau der modernen Viehmarktanlage durchgeführt. Die Gesamtstäche des Viehmarktes, einschließlich des Kinderschlachthauses und des aufgelassenen Verdaut. Der Wert des Grundes und der Baulichseiten ist im Jahre 1905 mit 9859707 K ausgewiesen.

Die Marktanlage enthält folgende bedeutendere Baulichkeiten:

Ein Abminiftrationsgebäude: Es enthält die Amtsräume der Marktverwaltung, Dienstwohnungen, die Bureaus der Wiener Vieh= und Fleischmarktkasse, einen Börsensaal und ein Restaurant.

Zwei Parteiengebäude: In benselben sind ca. 20 Viehhandelss firmen mit ihren Kontors und auch ein f. f. Posts und Telegraphenamt mit öffentlicher Telephonstelle untergebracht.

Die große Rinderhalle: Sie ist sehr grazil in Eisenkonstruktion mit Glasbedachung ausgeführt, bedeckt rund 25 000 m² und ist für einen Auftrieb bis zu 6000 Rindern berechnet. Sie wurde ursprünglich nur in zwei Drittel ihrer jetzigen Größe ausgeführt und erst im Jahre 1899 versvollskändigt.

Die Kälberhalle: Sie bedeckt rund 5500 m² und ift für 4500 lebende ober 12000 geschlachtete Tiere bestimmt. In ihr wird der Jungund Stechniehmarkt abgehalten, auf welchem außer Kälbern im lebenden und geschlachteten Zustande auch geschlachtete Schweine, Schafe und Lämmer vermarktet werden.

Die Schweinehalle: Sie bebeckt eine Area von rund 17000 m² und ift für 16000 Schweine berechnet. Die in der letzten Zeit bis auf 20000 Stück gestiegenen Auftriebe machen eine Erweiterung notwendig. Sie ist berart in Aussicht genommen, daß an Stelle des jetzigen eingebauten Börsengebäudes (Börsensaal und verschiedene Räumlichkeiten des Marktamtes, der Vieh= und Fleischmarktkasse u. a.) Verkaufsstände hergestellt werden und als Ersatz ein eigenes Gebäude aufgeführt wird. Die Halle wird durch eine breite Mittelstraße, in welcher sich der eigentliche Handelsverkehr abspielt, in zwei Hälften geschieden, von denen die rechte zur Aufnahme der ungarischen

Provenienzen — ber Fettware —, bie linke zur Aufnahme ber Jung= und Fleischschweine, hauptfächlich galizischer Provenienz, bestimmt ist.

Die Schafhalle mit einer Grundfläche von rund $4000~\mathrm{m}^2$ für 6000 Schafe.

Bur Unterbringung der Tiere von dem Zeitpunkte ihres Einlangens bis zum Verkaufe auf dem folgenden Markte bzw. im Falle ihres Zuruck-bleibens von einem Markte bis zum nächsten dienen folgende Baulichkeiten:

- 19 Rinderstallungen mit 147 Stallabteilungen für zusammen 5000 Rinder.
- 6 Szallasengruppen (Schweinestallungen nach ungarischem Muster für Fettschweine ungarischer Provenienz) mit 197 Abteilungen für zusammen 9500 Fettschweine.
- 3 Gruppen Jungschweinestallungen mit 122 Abteilungen für zusammen 4500 Jungschweine. Die Zahl dieser Stallungen genügt schon seit längerer Zeit nicht mehr, und es muß bei größeren Auftrieben eine Anzahl Schweine in der Verkaufshalle selbst untergebracht werden. Die Auftriebe sind eben bereits ins Riesenhafte gestiegen und haben alle in früherer Zeit gehegten Erwartungen übertroffen.

Sammelstände für 2500 Schweine; in diesen sammeln die Käufer nach der Abwage die bei verschiedenen Firmen erstandenen Schweine zum Abtransport in ihre privaten Stechbrücken. Die Schafe werden entweder in der Schashalle selbst oder in den Rinderstallungen untergebracht.

2 Beterinäramtstangleien, je eine auf dem Rinder= und Schweinemarkte.

Durch die Viehmarktstraße wird die ganze Anlage in zwei Teile geteilt, von denen der eine (rechte) Teil ausschließlich die für Rinder (und Kälber) bestimmten Baulichkeiten enthält, der andere zum größten Teile mit den für den Marktverkehr mit Schweinen gewidmeten Bauten besetzt ist. Dieser Zweiteilung entsprechen auch die zwei Ausladerampen, eine für Rinder 250 m lang und 25 m breit und eine für Schweine 200 m lang und 12 m breit. Der Zentralviehmarkt St. Marx besitzt ein eigenes Bahnsbetriebsamt mit der Station Wien — St. Marx der priv. österr.-ungar. Staatseisenbahngesellschaft.

Wie erwähnt, wird an der fortwährenden Ausgestaltung des Biehsmarktes gearbeitet. Die gewöhnliche Pflasterung mit Granitwürfeln versichwindet allmählich und macht dem Betonpflaster bzw. der Klinkerung Play. Die ursprünglich aus Holz hergestellten Schweinestallungen sind zum größten Teile in solche aus Beton und Betoneisenkonstruktion umgewandelt worden. In den letzten Jahren wurde der ganze Viehmarkt mit elektrischer Beleuchtung

versehen. Ein größeres Ausgestaltungsprojekt betrifft die Erbauung eines Kontumazmarktes im Anschlusse an den jetzigen Biehmarkt sowie eines Seuchenshofes. Die Verwirklichung dieser Projekte würde die Möglichkeit schaffen, den jetzigen Markt dem freien Viehverkehr zu eröffnen.

Der Biehmarkt wird durch den Magistrat (Abteilung IX) verwaltet. Die mit der Exekutive betrauten Organe sind: ein Marktinspektor mit 10 Marktamtsbeamten, 44 Personen des Marktdienerpersonals; ein technischer Gebäudeinspektor mit 2 Beamten, 2 Aufsehern und 86 Desinsektions= und Reinigungsarbeitern. Die Beterinärpolizei wird durch 2 städtische Oberstierärzte und 10 städtische Beterinärbeamte ausgeübt.

Auf bem Markte befindet sich noch die Furageabteilung des Marktsamtes, welcher die Beistellung des gesamten auf dem Biehmarkte benötigten Futters und Streustrohs marktordnungsgemäß vorbehalten ist, und welche aus 6 Beamten und 20 Arbeitern besteht. Diese Abteilung kauft die Futterartikel — Heu, Mais und Gerste — sowie Stroh freihändig ein und liesert sie auf Grund eines monatlich im amtlichen Wege sessten Preisstariss an die Marktparteien. 1906 betrug der Umsat in Kilogrammen:

Heu	Rernmais	Hafer	Gerstenschrot	Gcm11giter Schrot	Stroh
4475690	809058	$\mathbf{45387}$	482876	1171674	2887335

Seit bem 1. Juni 1905 ift auf bem Markte bie städtische Über nahmsstelle für Bieh und Fleisch etabliert. Dieses Handelsunternehmen der Gemeinde hat die Aufgabe, einen ständigen Verkehr mit den Einsenderskreisen zu unterhalten, eingesendetes Vieh und Fleisch bestmöglich zu verwerten und sonstige Geschäfte der Fleischapprovisionierung zu besorgen. Seit Oktober 1907 ist diese städtische Übernahmsstelle mit der damals vom "Allgemeinen Verbande landwirtschaftlicher Genossenschaften Österreichs" errichteten landwirtschaftlichen Viehverwertungsstelle vertragsmäßig vereint.

Die auf bem Markte seit 1884 bestehende Bieh- und Fleischmarktkasse ist eine Abteilung der k. k. priv. Depositenbank und steht sowohl mit der Regierung als auch mit der Gemeinde in einem Vertragsverhältnis.

Um bas Bilb bes Viehmarktes zu vervollständigen, ist es notwendig, auch die Umgebung bes Marktes, sowie die Schlachthauseinrichtungen Wiens kurz zu beschreiben.

Stadtseitig, also gegen Nordwest, schließt sich an den Viehmarkt das große Schlachthaus St. Marg an. Es wurde in den Jahren 1846 bis 1851 erbaut, besitzt eine Area von ca. 43653 m², wovon 21178 m²

¹ Dat. 1 Marktinspektor mit 2 Rangliften und 3 Magagineuren.

verbaut sind. Seine Gesamtkosten (inklusive Grundwert) sind mit 3 900 808 K ausgewiesen. Es ist in vier Abteilungen angelegt. In den Schlachtkammern (älteres System) können gleichzeitig zusammen 500 Tiere geschlachtet werden. In den Stallabteilungen sind ca. 1400 Stück Bieh unterzubringen. Das Unwachsen der Schlachtungen machte es notwendig, durch Berbauung zweier Stallstraßen zwei Schlachthallen (neueres System) zu schaffen, in denen 162 Stück Tiere gleichzeitig behandelt werden können. Dieselben entsprechen den modernsten Anforderungen und werden auch meist von Großschlächtern in Anspruch genommen. Es ist beabsichtigt, noch zwei derartige Schlachtshallen in gleicher Weise herzustellen. Im Jahre 1900 wurde im Schlachthause eine Kühlanlage mit CO_2 Kühlung errichtet, welche mit der einen Schlachtshalle durch eine Lustbahn unmittelbar kommuniziert. Mit der Kühlanlage ist die Sissabrikation verdunden. In der Kühlanlage, welche erweiterungsfähig ist, kann das Fleisch von 2000 Stück Kindern eingelagert werden.

Im Schlachthaus ist die Erste Wiener Großschlächterei-A.-G. etabliert; es befinden sich weiter dort die Albuminfabrit der A.-G. für chemische Industrie, ferner die Geschäftsstellen der drei Wirtschaftsvereinigungen der Wiener Fleischhauer für die genossenschaftliche Verwertung der Nebenprodukte.

Im Jahre 1888 wurde, da sich das Schlachthaus schon als zu klein erwies, demselben eine fünfte Abteilung, damals speziell für die nächstgelegenen Bororte (Simmering) bestimmt, angegliedert, die aber von ihm räumlich getrennt und auf dem Gebiete des Zentralviehmarktes situiert ist. Diese fünfte Abteilung umfaßt 7193 m² mit 3510 m² verbauter Fläche; der Gesamtwert ist mit 498 200 K ausgewiesen. Es können darin 440 Rinder eingestallt und 76 Rinder und 8 Schweine gleichzeitig gesichlachtet werden.

Es ist leicht erklärlich, daß das Schlachthaus mit Rücksicht auf sein hohes Alter nicht den modernsten Anforderungen entspricht, dagegen läßt die Stadtverwaltung nichts außer acht, um dasselbe den Bedürfnissen der Gegenwart angepaßt zu erhalten.

Zwischen Schlachthaus und Viehmarkt liegt ber bisherige "Kontumaz = markt" für solches Vieh, welches als seuchenverbächtig oder sonst in veterinärer Beziehung nicht einwandfrei von dem regulären Marktvieh getrennt gehalten werden soll. Derselbe ist gegenwärtig, dank der günstigen veterinären Ber= hältnisse Österreichs und Ungarns, ohne besondere Bedeutung; dieser Kontumaz= markt ist eigentlich nur ein lange dauerndes Provisorium und präsentiert sich auch in seiner Gestalt als solches. Seine Lage ist für einen "Kontumaz= markt" eine möglichst ungünstige. Eingekeilt zwischen Biehmarkt und Schlacht= haus kann er von dem für ihn bestimmten Bieh nicht direkt von der Aus=

laderampe, sondern nur über den eigentlichen Viehmarkt erreicht werden. Der gleiche Übelstand besteht auch beim Schlachthause St. Marx; es besitzt nämlich keinen direkten Anschluß an die Biehschleppbahn und dieser Anschluß dürfte mit Rücksicht auf die Bodengestaltung — das Schlachthaus liegt bedeutend höher als der Viehmarkt und ist sowohl durch diesen als auch durch verbauten Privatbesitz von der Anlage getrennt — auch in Zukunft ausgeschlossen sein.

Gegen Süboften grenzt an ben Viehmarkt das Schweineschlachthaus der Produktivgesellschaft der Wiener Fleischselcher, das neue, im Bau bestindliche fakultative Schweineschlachthaus der Gemeinde und ein für den projektierten neuen Kontumazmarkt bestimmter Grundkomplex.

Außer bem Schlachthaus St. Mary, in welchem allerdings ber größte Teil ber Schlachtungen vorgenommen wird — man kann fagen, das ungefähr zwei Drittel aller Rinder zur Schlachtung gelangen — bestehen gegenswärtig noch:

Ein Schlachthaus im XII. Bezirke, Meibling, erbaut 1888, es umfaßt eine Area von 23868 m², wovon 12454 m² verbaut sind, seine Gesamtkosten sind mit 1460000 K ausgewiesen. Es können darin 1240 Rinder und 250 Schweine eingestellt und 345 Rinder und 16 Schweine gleichzeitig geschlachtet werden.

Ein Schlachthaus im XVII. Bezirke, Hernals, erbaut 1885 bis 1887, es umfaßt eine Area von 22741 m², wovon 6278 m² verbaut sind. Seine Gesamtfosten betragen 1170000 K. Stallungen bestehen für 904 Rinder und Schlachträume für 160 Stück Rinder.

Ein kleines Schlachthaus in Nußborf (im XIX. Bezirke), erbaut 1886, mit einer Area von 8606 m², verbaute Fläche 1445 m², Gesamtkosten 290000 K, Stallungen bestehen für 108, Schlachträume für 36 Stück Rinder.

Der Mangel eines einzigen, in der Nähe des Marktes gelegenen Zentralsschlachthauses hängt mit der allmählichen Entwicklung Wiens zusammen. Die in früherer Zeit selbständigen Vorortegemeinden gingen in dieser Frage, die nach einheitlichen und großzügigen Gesichtspunkten zu behandeln gewesen wäre, nach eigenem Gutdunken vor, und anläßlich der Einverleibung im Jahre 1891 stand die Gemeinde Wien vor den gegebenen Tatsachen. Die Dezentralisation der Schlachtungen hat sicherlich mannigsache Übelstände im Gesolge, deren unangenehmster Jahre hindurch der Viehtrieb durch die Straßen Wiens war.

Seitbem das alte Gumpendorfer Schlachthaus im VI. Bezirke (wie das St. Marger 1846—1851 erbaut, jedoch kleiner als dieses) 1906 auf-

gelassen, und die dortigen Fleischhauer größtenteils dem St. Marger Schlachtshause zugewiesen wurden, und auch sonst die Fleischhauer immer mehr nach diesem Schlachthause gravitieren, ist die Zahl der in die drei Bezirksschlachthäuser zu befördernden Tiere derart zurückgegangen, daß der Magistrat in der Lage war, den Wagentransport derselben durch die bewohnten Stadtsteile ausnahmslos anzuordnen (Juni 1906). Es ist zu hoffen, daß nach endlicher Regelung der Kontumazmarktfrage das gegenwärtig für Kontumaztiere verwendete, zwischen Viehmarkt und Schlachthaus gelegene Terrain zur Errichtung einer sechsten Abteilung des Schlachthauses St. Mary benutzt werden wird, wodurch ein weiterer Schritt in der Konzentration der Schlachtungen gemacht sein wird.

2. Die Marktordnung und die Bieh= und Fleischmarktkaffe.

Die geltende Marktordnung für den Zentralviehmarkt St. Mary ist mit Verordnung der Ministerien des Innern, des Handels und des Ackersbaues vom 1. August 1902 R.G.Bl. Rr. 166 erlassen worden. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Der Wiener Zentralviehmarkt in St. Mary ift ber einzige Markt für ben Verkauf von zur Schlachtung bestimmtem, also lebendem Großhornvieh, Kälbern, Schafen und Lämmern, Ziegen, Schweinen und Spanferkeln für das gesamte Gemeindegebiet ber Stadt Wien und eine Anzahl im Umkreise angrenzender Gemeinden.

Die aufgezählten Biehgattungen fönnen mit Ausnahme von Großhornvieh auch im geschlachteten (ausgeweibeten) Zustande (Weidnertiere) zugeführt und verkauft werden, doch kann solche geschlachtete Ware außer in St. Marx auch in der Großmarkthalle vermarktet werden.

Rinder, Schafe und Schweine in lebendem Zustande find bis um 2 Uhr nachmittags des dem Markttage vorhergehenden Tages, die übrigen Marktwaren längstens eine Stunde vor Marktbeginn beim Marktamte anzumelben.

Diese Bestimmung ist von großer Wichtigkeit. Sie gestattet nämlich im Geschäfte mit Rindern und Schweinen in lebendem Zustande mit Rückssicht auf die allmählich einlaufenden Anmeldungen schon einen Tag vor dem Markte sich ein allerdings nur allgemeines Bild der zu erwartenden Marktzlage zu machen und bietet die Möglichkeit, noch am letzten Tage vor dem Markte durch Dispositionen innerhalb eines entsprechenden Umkreises von Wien die Konjunktur allerdings in bescheidenem Maße ausgleichend zu beseinssussen.

Vor Beginn des Marktes ist die Zahl der aufgetriebenen Tiere durch Anschlag kundzumachen. Für die Einstallung, die Fütterung, Tränkung und Schriften 130. Erstes heit. — Gemeindebetriebe III. 1. Pflege der Tiere gelten die besonderen Vorschriften der Marktbehörde. Die Beistellung des Futters und des Streumaterials erfolgt ausschließlich durch die Gemeinde nach den jeweils amtlich festgesetzten Preisen.

In den zu diesem Bunkte erlassenen Kundmachungen ist unter anderem bestimmt, daß Rinder nur mit Heu gefüttert und mit Wasser getränkt werden dürfen. Schweine können mit Mais, Mais- und Gerstenschrot gefüttert werden. Jeder künstliche Reiz der Frestlust ist untersagt. Diese strengen Fütterungsvorschriften dienen zur Bermeidung von forcierten Anfütterungen. Allerdings hat die Beschränkung der Rindersütterung auf Heu den Nachteil, daß Rinder, welche in intensivem Mastfutter standen, bei längerem Aufentshalte auf dem Markte (z. B. bei Ersparung von einem Markttage zum andern) infolge der ihnen nicht passenden Nahrung eine Deteriorierung erleiden.

Die zur Dienstleistung auf dem Markte erforderlichen Bersonen (Treiber, Wärter, Helfer) dürfen nur nach erfolgter Zulassung seitens des Marktamtes (Lizenzierung) tätig sein. Sie müssen Erkennungsnummern tragen und haben Anspruch auf Entlohnung nach einem amtlich genehmigten Tarife.

Der Eintritt auf den Marktplat ist auf die am Marktverkehr interessierten Bersonen beschränkt. Käufer durfen die Verkaufshalle nicht vor Beginn des Marktverkehrs betreten.

Die Märkte werden abgehalten:

Für Rinder am Montag (Hauptmarkt), Donnerstag und Samstag (fogenannter Kontumazmarkt) von 9-3 Uhr.

Für Schweine am Dienstag (Hauptmarkt) und Donnerstag von 8 Uhr (im Sommer) bzw. 9 Uhr (im Winter) bis 2 Uhr.

Für Jung- und Stechvieh (lebend und geschlachtet) am Donnerstag (Hauptmarkt) und Montag von 9—3 Uhr.

Die Tatsache, daß an einem einzigen Tage fast ausschließlich die Bebarfsbeckung für die ganze Woche erfolgt, trägt viel zum starken Schwanken
ber Preise bei. Wären zwei ziemlich gleichwertige Märkte in der Woche,
so würde darin ein ausgleichendes Moment gelegen sein. Allerdings ist
nicht zu verkennen, daß in diesem Falle eine größere Inanspruchnahme der
beteiligten Geschäftsleute stattfände. Sie ziehen es vor einen einzigen Tag
der Woche für Einkäuse zu opfern, um sich die übrige Zeit ungestört betätigen zu können.

Zur Vermittlung von Verkäufen sind als behördlich bestellte Organe die Wiener Vieh= und Fleischmarktkasse bzw. die beeideten Marktagenten bestimmt. Es steht jedoch den Eigentümern frei, ihre Tiere auch ohne die Vermittlung dieser Organe entweder selbst oder "durch zum Betriebe des

Biehkommissionshandels berechtigte Personen zu verkaufen". In der Marktordnung vom Jahre 1883 1 lautete der letzte Teil dieses Sates: Entweder
selbst oder "durch ihre Bestellten zu verkaufen". Durch Ministerialverordnung
vom Jahre 1897 wurde textiert: "oder durch Bevollmächtigte zu verkaufen".
Diese Anderungen sind für die Geschichte des Wiener Zentralviehmarktes
sehr wichtig, und sie entsprechen den einzelnen Stadien des lange währenden
Kampses gegen die Kommissionäre auf dem Wiener Markte, der aber schließlich mit der Zulassung derselben als vollberechtigte Marktparteien endete.

Die Ein= und Auszahlung ber Kaufschillinge für alle auf bem Markte abgeschlossenen Berkäuse von Rindern, lebenden Schweinen und Schafen und die Einräumung von Krediten zum Ankause von Tieren erfolgt ausschließlich bei der Wiener Vieh= und Fleischmarktkasse. Durch freies Übereinkommen bes Berkäusers und Käusers können auch Geschäfte des Jung= und Stech= viehmarktes (Kälber überhaupt, ferner geschlachtetes Stechvieh) mit Ein= willigung der Kasse durch diese effektuiert werden.

Außerhalb der bestimmten Marktzeit an den festgesetzten Tagen darf ein Berkauf auf dem Markte nicht stattsfinden (Notstand ausgenommen); Vorkauf und Wiederverkauf ist verboten.

Die verkauften Tiere sind mit dem Namen des Käufers zu merken und amtlich abzuwägen. Das Gewicht der Tiere, der vereinbarte Preis, die Herkunft der Tiere, die Namen der Käufer und Verkäufer sind in das amtliche Wagprotokoll einzutragen.

Da der Handel mit Schlußscheinen zu erfolgen hat, sind dieselben bei der amtlichen Abmage vorzuweisen.

Un Marktgebühren find zu entrichten:

•	•••	muniti	cougee	,	•	,		·w									
Für	1	Stück	Großh	ornvi	eh	(D	last:	ia =	er	W	eibe	vie	$\mathfrak{h})$			2 ,—	K
,,	1	"		,,		(8	einl	viel	j)							,6 0	"
,,		,														—, 20	,,
"																,20	"
,,																,02	,,
"	1	,,	geschlo	ıchtet	•	•	•	•	•	•	•			•	•	, 02	,,
21	'n	Stallge	ebührer	t sint) z	u e	ntri	djte	n ((per	T	ag)	:				
Für	1	Stüd	Großh	ornvi	eh	(D	last:	ຸ ງ	Bei	be=	u.	B	einl	vie	5)	, 20	K
,,	e	chwein	e, eine	groß	e (Sta	Цав	teil	unç	3						,80	,,
"		"	,,	fleir	te		,,									,4 0	,,
"	1	Schaf			•											,02	,,

¹ Bbg. b. Min. d. Innern, b. Handels und b. Acerbaues v. 3. Sept. 1883 R.G.Bl. 145, am 30. März 1884 in Kraft getreten.

Das Gebiet bes Zentralviehmarktes liegt gemäß Verordnung ber k. k. Finanzlandesdirektion vom 13. Juli 1891 Z. 1149 zum Gesetze vom 10. Mai 1890 n. ö. L.G.BI. Nr. 41/ex 91 außerhalb bes Wiener Verzehrungssteuergebietes, und es findet demnach der Handel auf ihm ausschließlich der Verzehrungssteuer statt. Beim Übertritte vom Marktterritorium in das Linienverzehrungssteuergebiet Wiens haben die Käufer zu entrichten :

Für	1	Stück Großhornvieh über 400 kg Lebendgewicht 18,20	K
,,	1	" " bis 400 " " 9,10	,,
,,	1	" " " 120 " " ober	
		100 kg geschlachtet (b. i. Kälber einschl. der Haut) . 3,38	,,
,,	1	Spanferkel bis 10 kg Lebendgewicht oder 8 kg geschlachtet 1,30	,,
,,	1	Schwein über 10 kg bis 35 kg Lebendgewicht oder über	
		8—25 kg geschlachtet	"
,,	1	" über 35 kg lebend oder 25 kg geschlachtet . 5,20	,,
,,	1	Schaf, Widder, Hammel, Lamm, Ziege, Bock, dann	
		Rit über 10 kg lebend oder 8 kg geschlachtet 1,30	"
"	1	Kity bis 10 " " 8 " " —,78	"

Für den Geschäftsverkehr auf dem Markte sind die bestehenden Handelsgepflogenheiten in einer "Usancenordnung" kodisiziert und von der Statthalterei genehmigt worden. Da aber die verschiedenen Interessentengruppen
sich nur über sehr wenige der tatsächlich bestehenden Gepslogenheiten wirklich
einigen konnten, so ist diese Usancenordnung sehr bescheiden ausgefallen. Wichtig ist die Bestimmung, daß der Handschaft den Geschäftsabschluß bescheutet, sowie die Festsetzungen, in welcher Weise in Konsiskationsfällen Geswähr zu leisten ist.

Zur Berfassung ber Marktberichte ist bas Marktamt berusen, welches sich bieser Aufgabe burch enge Fühlungnahme mit ben Marktparteien, sowie an ber Hand ber Wagprotokolle entledigt. Nach der Marktordnung sollte eine Preisnotierungskommission aus den einzelnen Interessentengruppen bestellt werden; dies ist jedoch bis jetzt noch nicht geschehen. Auch die Bestellung eines (fakultativen) Schiedsgerichts ist in der Marktordnung vorgesehen, aber noch nicht erfolgt.

Die Strafen, welche ber Magistrat wegen Übertretung der Marktordnung verhängen kann, sind Geldstrafen bis 400 K und Haftstrafen bis 3u 14 Tagen. Auch können Personen, welche sich gegen die Marktordnung vergehen, unter

¹ An staatlicher Berzehrungssteuer einschließlich des 30% igen Gemeinde zuschlages.

bestimmten Boraussetzungen vom Markte für eine Zeit, ja fogar für immer ausgeschlossen werben.

Am Rindermarkte ist der Verkauf nach Lebendgewicht (ohne jeden Prozentabzug), nach Stück (am Fuß) und nach Schlachtgewicht zulässig. Zur Anwendung gelangt in der Regel der Verkauf nach Lebendgewicht, wos bei der Meterzentner die Einheit bildet, selten der Verkauf am Fuße, übershaupt nicht der Verkauf nach (amtlich zu erhebenden) Schlachtgewicht. Am Schweinemarkte ist nach 1 kg Lebendgewicht, auf dem Schafmarkte und Jungsund Stechviehmarkte nach 1 kg Lebends oder Schlachtgewicht, nach Stück oder Paar zu handeln.

Die Aufstellung ber Tiere zum Berkaufe soll tunlichst unter Gruppierung ber Tiere nach ihrer Herkunft erfolgen.

Die ziemlich betaillierten Bestimmungen über die Marktagenten sind gegenwärtig fast obsolet geworden, da die geschäftsvermittelnde Tätigkeit der Bieh- und Fleischmarktkasse und infolgedessen auch die Funktion der Markt- agenten sich seit 1888 auf ein Minimum reduziert hat.

Die Marktagenten werden durch den Wiener Magistrat als Gewerbebehörde bestellt. Sie haben eine Kaution von 10000 K zu leisten und werden vom Magistrat in Eid genommen. Die Anzahl der zu bestellenden Marktagenten wird von der Statthalterei festgesetzt. Sie haben mit Ausschluß aller anderen Personen auf dem Viehmarkte das Recht, den Verkauf jener Tiere, welche an die Vieh- und Fleischmarktasse einlangen, zu vermitteln. Sie dürsen hinsichtlich anderer Tiere keine Geschäfte besorgen. Sie haben wie ein Kommissionär die Tiere zu übernehmen, für dieselben zu sorgen und sie zu verkaufen, dabei mit der Sorgsalt eines ordentlichen Kausmanns vorzugehen. Als Provision ist von den Einsendern 1/4 0/0 des Bruttoverkaußepreises zu entrichten. Die Marktagenten haben über ihre Verkäuse ein Tagebuch zu sühren. Die Tagebücher sind, sobald sie außer Gebrauch treten, vom Marktamte in Verwahrung zu nehmen. Die Marktagenten unterliegen der Strasaewalt des Magistrats.

Die Bestimmungen über die Wiener Bieh- und Fleischmarktkasse sind noch gegenwärtig von Bedeutung.

Nach diesen ist die Vieh= und Fleischmarktkasse verpflichtet, die für ihre Geschäfte auf dem Markte notwendigen Geldmittel beizuschaffen. Sie unter-liegt der Kontrolle durch die k. k. Regierung und durch die Marktbehörde. Ihre Aufgaben sind:

1. Der Verkauf ber an sie eingesenbeten Tiere.

Die Kasse hat hierbei die rechtliche Stellung eines Kommissionärs und

¹ Gegenwärtig ift nur ein Marktagent tätig.

bezieht eine Provision von 0,4% (bei Rinbern) und 0,6% (bei Kleinvieh) bes Bruttoerlöses. Sie trägt bem Einsender gegenüber die Berantwortung für die Geschäftsführung und nimmt ihrerseits Negreß an dem mit der Durchführung des Geschäftes betrauten Marktagenten. Wie bereits erwähnt, ist dieser Zweig ihrer geschäftlichen Tätigkeit bereits bedeutungslos geworden.

2. Bezüglich jener Tiere, welche nicht im Wege der Lieh= und Fleisch= marktkasse verkauft wurden, hat sie die Kaufschillinge an die Verkäufer aus= zuzahlen.

Der Handel auf dem Viehmarkte erfolgt mittelst Schlußscheinen, welche bei der Kasse präsentiert werden und auf Grund deren der Käuser den Kausschilling zu bezahlen und der Verkäuser denselben zu beheben hat. Sie bezieht vom Bruttoverkaufserlöse einen Stonto von 0,3% bei Kindvieh und von 0,5% bei Kleinvieh. Die Auszahlung der Verkaufserlöse an die Verkäuser hat noch im Lause des Markttages zu geschehen. Diese Funktion ist heute die eigentliche Tätigkeit der Kasse. Sie ist deshalb von Bedeutung, weil jedermann mit Vieh den Markt besuchen kann und die sichere Gewähr hat, den Erlös für sein Vieh sofort dar zu erhalten, demnach von den Kreditverhältnissen der Käuser völlig underührt bleibt. Wären nicht die außerordentlichen Schwankungen der Preislage auf dem Wiener Markte, würde diese Einrichtung die stärkste Stütze für die Organisation der selbständigen Viehverwertung durch die Produzenten bilden.

3. Die Entgegennahme aller Kaufschillinge aus ben Marktkäufen von Großhornvieh, Schweinen und Schafen in lebenbem Zustande.

Es ift klar, daß die Vieh= und Fleischmarktkasse, soll sie wirklich mit Erfolg das delcredere für Marktverkäuse tragen können, obligatorisch wirken muß und es nicht in das Belieben der Parteien gestellt werden darf, ob sie von der Kasse Gebrauch machen wollen oder nicht. Neuestens herrscht unter den Kommissionären die Strömung, die Vieh= und Fleischmarktkasse solle sakultativ erklärt werden. Dieses Verlangen muß als tendenziös bezeichnet werden, da es auf eine weitere Festigung der Stellung der Kommissionäre hinzielt.

4. Die Einräumung von Personalkrediten an Fleischhauer und Selcher, welche ihr Gewerbe in dem Marktrayon betreiben, zum Ankauf von Schlachtund Stechvieh.

Die Festsetzung der Höhe dieser Kredite geschieht durch die Kasse mit Rücksicht auf die Kreditfähigkeit der betreffenden Geschäftsleute und auf den durchschnittlich zweiwöchentlichen (bei Fleischhauern) bzw. sechswöchentlichen (bei Selchern) Bedarf an Bieh. Die Kreditfrist beläuft sich demgemäß auf zwei respektive sechs Wochen. In der Marktordnung ist auch ein Kreditbeirat vorgesehen, der je nach Ersordernis zusammentritt. Für den eins

geräumten Kredit ist ein Deckungswechsel zu beponieren. Die Kasse kann die Einräumung der Kredite von geeigneten Sicherstellungen, insbesonders auch von der Bestellung einer entsprechenden Menge Viehes als Faustpfand abhängig machen. Die Kasse ist berechtigt, von den Schuldbeträgen Zinsen in der Höhe von 3/4 0/0 über dem jeweiligen Wechselzinssuß der österr.-2ung. Bank einzuheben. Sie bietet also sicherlich einen billigen Kredit.

Mit Rücksicht auf die von der Kasse zu tragende Gefahr der Einzahlung seitens des Käufers darf Marktware nur mit Einwilligung der Lieh= und Fleischmarktkasse — also entweder nach erfolgtem Barerlage des Kaufpreises oder nach erfolgter Kreditierung desselben seitens der Kasse — durch das Marktamt mit der Abtriedsbewilligung beteilt werden.

5. Die Erteilung von Borschüffen auf die ihr zum Berkauf kon- signierten Waren.

Diese Besugnis hat geringe Bebeutung, da zwischen dem Einlangen von Marktware und ihrem Berkaufe nur wenige (1—3) Tage liegen und das Borschußbedürfnis der Einsender, wenn ein solches besteht, sich in einem viel früheren Zeitpunkte vor dem Berkaufe einstellt.

Der Bertrag der Regierung mit der k. k. priv. Depositenbank, betreffend die Führung der Bieh- und Fleischmarktkasse durch letztere, läuft bis Ende Februar 1913. Sbenso ist auch der Bertrag der Gemeinde Wien mit dieser Bank befristet. Die Regierung ist verhalten, den Vertrag zu kündigen, wenn die Gemeinde Wien dies vor Ablauf des letzten Halbjahres verlangt. Es bestand in einzelnen Kreisen der beteiligten Interessenten und auch in Gemeindekreisen längere Zeit hindurch eine Strömung, welche nach Versstadtlichung der Vieh- und Fleischmarktkasse strebte. Wir werden später Gelegenheit haben, diese Frage der Verstadtlichung zu besprechen.

3. Beterinärpolizeiliche Bestimmungen.

Von den veterinärpolizeilichen Bestimmungen für den Zentralviehmarkt St. Mary gehen wir nur auf jene ein, welche für die Funktion des Marktes von wesentlicher Bedeutung sind 1. In dieser Hinsicht kommen folgende in Betracht:

Die Statthaltereikundmachung 2 vom 22. Februar 1884, in welcher die Unordnung enthalten ift, daß in den Eisenbahnstationen, welche in dem

¹ Es ist selbstverftänblich, daß für alle auf den Markt gelangenden Tiere die gesetzlich vorgeschriebenen Gesundheitspapiere (Biehpässe, Beschauzertifikate) beigebracht werden müssen.

² Es handelt sich hier um Rundmachungen ber f. t. niederösterreichischen Statthalterei in Wien.

Schutzrayon bes Wiener Viehmarktes (Stadtgebiet von Wien einschließlich ber Gebiete einer Zahl benachbarter Gemeinden) gelegen sind, eine Austladung von Schlachtvieh überhaupt nicht stattsinden darf, sondern daß solche Tiere in der Station Wien—St. Marx, also am Schlachtviehmarkte ausgeladen werden müssen. Die Deklarierung der zur Bahnbeförderung gelangenden Stücke als Schlachte, Nutze oder Zugtiere ist in jedem Falle beizubringen. Durch Kundmachung vom 25. Juni 1884 wurde von obiger Bestimmung eine Ausnahme für Beinlvieh sestgesetzt, das zum Zwecke der Schlachtung direkt in ein Schlachthaus überführt werden soll.

Durch biese Bestimmungen ist die in veterinärpolizeilicher Beziehung notwendige Konzentrierung fämtlicher Viehausladungen auf dem St. Marxer Viehmarkt gesichert, auf welchem allein jene veterinären Vorsichten geübt werden können, die zur verläßlichen Überwachung eines aus allen Teilen des Reiches herrührenden Viehverkehrs unbedingt erforderlich sind. Es ist aber damit gleichzeitig auch in marktpolizeilicher Beziehung die Gewähr geboten, daß der Viehmarkt tatsächlich der Zentralviehmarkt in dem für ihn bestimmten Gebiete bleibt.

Die Statthaltereikundmachung vom 5. Februar 1906 bestimmt, daß vom Wiener Zentralviehmarkt Rinder nur für Schlachtungszwecke nach öffentslichen Schlachthäusern oder privaten Schlächtereien abgetrieben, mittelst Wagen und Pferdebespannung geführt oder mittelst Sisendahn abbesördert werden dürsen. Die Entsernung der auf dem Montag- und Donnerstagmarkte angekauften Rinder muß längstens binnen 48 Stunden nach Marktschluß, jene der am Kontumazmarkt angekauften Rinder noch am selben Tage erfolgen. Die Schlachtungsfrist der am Dienstags und Donnerstagmarkte verkauften und nach privaten Schlachtstätten in Wien geführten lebenden Schweine endet am Dienstag abends nach der Marktwoche. Das Verbot des Wegbringens von lebenden Schweinen aus dem Stadtgebiete Wien bleibt aufrecht.

Die Statthaltereikundmachung vom 17. Mai 1906 bestimmt in teils weiser Abänderung der vorhergehenden Kundmachung, daß die am Montagund Donnerstagmarkte unverkauften Rinder auch am nächstfolgenden Montagmarkte noch aufgestellt werden können. Bleiben sie aber auch an diesem Markttage unverkauft, so sind sie sofort nach Marktschluß zur ehesten Schlachtung in das Schlachthaus St. Mary zu überführen.

Diese beiden Kundmachungen sind für den Charakter des Marktes von einschneibender Bedeutung. Durch sie ist er ein reiner Konsummarkt geworden und alle jene Waren, welche auf eine noch anderweitige Vermarktung reslektieren, mussen selchstwerskändlich den Wiener Blat meiden. Der Wechselverkehr zwischen ben östlichen und westlichen bzw. den südlichen und nördelichen Gebieten unserer Monarchie vollzieht sich daher mit Umgehung des Wiener Marktes. Wien wäre bei freiem Viehverkehr die wirkliche Zentrale des Viehhandels unserer Monarchie. Unter den heutigen Verhältnissen jedoch ist für den Viehverkehr auf dem Zentralviehmarkte fast ausschließlich der Wiener Lokalbedarf maßgebend, und so vollzieht sich auch die Preisbildung hauptsächlich unter der Einwirkung der lokalen Verhältnisse. Die zeitliche und örtliche Geschlossenheit der Vermarktung, sowie die kurze Vefristung innerhalb deren die Schlachtung der vermarkteten Ware erfolgen muß, bewirken die selbständige Entwicklung jeder einzelnen Wochenkonjunktur und infolgedessen die großen und gefürchteten Schwankungen des Wiener Marktpreises.

II.

Die Versorgung des Marktes.

1. Die Größe des Auftriebes und feine Berkunft im allgemeinen.

Die außerorbentliche Bebeutung bes Zentralviehmarktes St. Mary nicht nur für die Approvisionierung Wiens, sondern auch für die gesamte österreichisch ungarische Landwirtschaft erhellt aus der Zahl der jährlich auf diesem Markte aufgetriebenen bzw. zum Abverkaufe gelangten Tiere.

Es betrugen die Auftriebe:

Jahr	Rinder	Schweine 1	Kälber ¹	Schafe (Lämmer) 1
1908 1907 1906 1905 1904 1903 1902	224 995 218 081 228 626 241 588 251 376 256 818 257 178 263 883	870 495 827 200 625 661 579 257 594 113 583 309 600 168 613 912	251 290 215 753 212 074 209 750 194 189 191 776 213 079 212 825	176 503 170 022 149 568 157 096 179 260 184 664 244 592 231 260
Ferner im J	ahresdurchfch1	nitt :		
$\begin{array}{c} 1896 - 1900 \\ 1891 - 1895 \\ 1881 - 1890 \\ 1871 - 1880 \\ 1861 - 1870 \\ 1854 - 1860 \end{array}$	282 166 253 522 195 530 179 797 147 810 129 631	576 514 601 211 443 258 — — —	199 552 181 427 186 980 — — —	190 997 350 861 338 021 — — —

¹ Lebend und geschlachtet.

Der Wert bieser auf dem Zentralviehmarkte umgesetzten wichtigsten Güter moderner Landwirtschaft kann rund mit 200 Mill. K im Jahre veranschlagt werden. Wien ist der größte Konsument des Reiches und an seiner Bersorgung ist auch die Landwirtschaft des ganzen Reiches auf das stärkste interessiert. Ein großer Käufer, der ständiger und sicherer Absnehmer für ein solch gewaltiges Quantum Lieh ist, muß notwendigerweise zum wirtschaftlichen Mittelpunkt für diese Warengattung werden.

Die Absatmöglichkeit, welche bas machsende Wien bot, mar frühzeitig bas vermittelnde Moment, auf bas sich die Marktbildung hier stütte. Zunachst mar es der eigene Bedarf der Einwohnerschaft, der die Ware nach Dann aber famen auch Räufer ber Nachbarschaft und frembe Räufer nach Wien, weil sie mit Rudficht auf ben großen Eigenkonsum ber Stadt erwarten konnten, hier genügend Ware zum Ankauf vorzufinden. Wesentlich gefördert murde die Marktbildung durch den Umstand, daß Wien an einer uralten Sandelsstraße lag, burch welche ber Often unserer Monarchie mit bem füdlichen Deutschland verbunden murbe. Frühzeitig erhielt unsere Stadt durch die Gunft ihres Fürsten das Stapelrecht (1221) und damit war die konkrete Beranlaffung zur Marktentstehung gegeben. Je größer die Stadt und ihr Bebarf und erflärlichermeise mit Rudficht auf Die fremben Bändler auch der über den Gigenbedarf der Stadt hinausgehende Bedarf bes Marktes murbe, besto weiter behnte fich bas Bezugsgebiet besselben aus. Ursprünglich beschränkt auf die benachbarten Gebiete Niederösterreichs, Steier= marks, Mährens und bes weibe- und viehreichen Ungarns behnte es fich allmählich bis nach Galizien, Rumanien und Rugland aus. Der Wiener Biehmarkt entwuchs rafch ben Anfangsftabien ber Entwicklung, in benen er lediglich lokale Bedeutung befaß, um schon vor mehr als einem Jahrhundert sich zu einem typischen territorialen Grogmarkt aufzuschwingen, beffen Beziehungen sowohl hinsichtlich bes Bezuges als auch bes Absates seiner Waren fich auf ein, die Grenzen bes Beimatlandes weit überschreitendes Territorium erstreckten. Die modernen Verkehrsperhältniffe haben diese Beziehungen noch verallgemeinert und befestigt, jedoch hat die veterinäre Schutzpolitif ber letten Sahrzehnte, sowie die in ber junasten Zeit aang besonders hervortretende agrarische Tendenz in der Handelspolitik unseres Staates und unserer Nachbarlander das Wirkungsgebiet unseres Biehmarktes auf die eigene Monarchie beschränft, so daß wenigstens gegenwärtig kein ausländisches Bieh mehr lebend auf ben Wiener Markt gelangt.

Wien war von allem Anfang an burch seine geographische Lage und burch die Beschaffenheit der ihm benachbarten Gebiete in besonderem Maße auf die Versorgung mit Vieh aus Ungarn angewiesen. Im Westen waldiges Gebirgsland, im Diten die weide= und viehreiche Chene Ungarns, im weiteren Westen die städtereichen, dichter bevölferten und konsumfähigen Gebiete Sudbeutschlands, im Often die Bevölferung eines städtearmen, halb nomadischen Landes. Während die Liehproduktion Innerösterreichs frühzeitig nach Westen gravitierte, sofern sie sich nicht in ber Versorgung ber eigenen Städte er= schöpfte, entwickelte sich Ungarn zum Hauptfaktor in der Bersorgung Wiens und nur episodisch trat es zurud, wenn schwere friegerische Ereignisse ben Berfehr zwischen Often und Westen unterbanden. Unfangs bes 17. Sahr= hunderts find die Biehhandler Ungarns auf dem Wiener Markte so mächtig. daß der Wiener Stadtrat sich bemüßigt fand, die Hilfe der Regierung gegen sie in Anspruch zu nehmen (Tyrnauer Biehhändlerring 1601). Allerdings traf schon in jenen Zeiten (16. und 17. Sahrhundert) Bieh aus dem heutigen Galizien, Rumanien und fogar Rugland, aus letterem wenn nicht direft, fo auf bem Wege über Galizien und Ungarn, nach Wien ein 1. Diese Provenienzen hoben fich zu einer gewiffen Bedeutung aber erft, feitdem in Bielit und Olmug in der Mitte des 18. Jahrhunderts Biehmärfte errichtet worden Sie nahmen sogar seit jener Zeit so fehr zu, daß sie schließlich in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine furze Epoche hindurch die ungarische Bufuhr an Menge übertrafen. Die öfterreichischen Provenienzen blieben aber seit den früheften Zeiten bis in die Gegenwart in der Reserve und gewannen stets nur vorübergehend an Bedeutung, wenn die ungarischen und galizischen Bufuhren ausblieben ober infolge ber Jahreszeit nicht genügten.

2. Der Rinderauftrieb und die Bedeutung Ungarns dafür.

Die Provenienzen ber Rinderauftriebe in ihrer sicherlich interessanten Entwicklung lassen sich mit genauen Ziffern vom Jahre 1854 an verfolgen:

(Siehe Tabelle nächste Seite.)

In den 50 er Jahren besitzt Ungarn noch seine von altersher überkommene dominante Stellung. In den 60 er Jahren wird es, wie bereits
erwähnt, von den Zusuhren aus und über Galizien, in denen allerdings
auch rumänische und russische Provenienzen enthalten sind, überslügelt. Diese
galizischen Zusuhren wachsen wohl numerisch auch noch in den 70 er Jahren,
werden aber perzentuell von Ungarn wieder in die zweite Linie gedrängt,
da dieses sich mit einem raschen Borsprung wieder an erste Stelle setzt und

¹ Es ift hier baran gedacht, daß sich die Landwirtschaft unserer jetigen östslichen Reichsgebiete ihren Bedarf an Bieh zum Teil aus den noch weiter gegen Often gelegenen Produktionsländern billig bedte, und diese Ware später nach Wien zur Schlachtung gelangte.

Rinderauftriebe in den Jahren	Aus und über Ungarn	Aus und über Galizien	Aus dem übrigen Österreich							
th ben Jugten	zusammen Stücke									
1854—1860	460 427	269 682	177 310							
1861—1870	589 835	660 352	227 917							
1871—1880	866 781	748 367	182 822							
1881—1890	976 989	546 120	432 198							
1891—1895	752 296	253 084	262 239							
1896—1900	995 869	216 857	198 106							
1901—1905	944 891	135 435	190 518							
1906	156 460	24 020	48 326							
1907	138 321	28 190	51 570							
1908	142 337	23 536	59 122							

nun immer mehr an Einfluß gewinnt, um zeitweise mit den bosnischen und serbischen Zufuhren zusammen bis zu drei Viertel des gesamten Wiener Rindviehverkehres zu decken. Nur in der Zeit von 1884—1886, während der Episode des Preßburger (Sezessions=) Marktes treten die ungarischen Auftriebe des Zentralviehmarktes hinter die galizischen bzw. innerösterreichischen etwas zurück ; die Zufuhren aus Ungarn nach Wien überhaupt, also inklusive der Einkäuse der Wiener Fleischhauer in Preßburg, behaupten aber selbste verständlich den ersten Platz.

Galizien 2 büßte seine Position, die es in den 60 er und 70 er Jahren innehatte, allmählich vollständig ein und tritt seit 1900 sogar hinter die österreichischen Brovenienzen, welche dis dahin die schwächsten waren, zurück. Hierfür waren zwei Momente wirksam. Im Jahre 1882 wurden die Grenzen für die Vieheinsuhr aus Rußland und Rumänien zur Abwehr und Tilgung der Rinderpest gesperrt. Hierdurch entsielen zunächst alle direkten, über die Kontumazanstalten erfolgten Zusuhren aus diesen Ländern. Galizien hatte aber aus ihnen auch einen Teil des benötigten Magerviehes bezogen. Seit

1	Auftriebe Jahr	1	on	 Rii	nbı	1883—1888 in und über Ungarn	in St. Mary: von und über Galizien	aus dem übrigen Österreich
	1883					$95\ 206$	43 182	25 176
	1884					48 108	48 678	48 914
	1885					47 151	$62\ 719$	57 731
	1886					$65\ 929$	$66\ 527$	52481
	1887					81 148	$57\ 986$	$56\ 436$
	1888					129811	64 40 3	58313

² Sier sowie in der Folge ift ftets Galigien und die Bukowina gemeint.

1882 war es nun auf seine eigene Produktion angewiesen und soweit die= felbe nicht genügte, mußte es felbst sich als Käufer nach Ungarn wenden. Die schätzenswerte Hebung ber galizischen Produktion hat nun im Laufe der folgenden Zeiten dieses Land sicherlich selbständig gemacht, aber auch heute noch fpricht es einen Teil feines Bedarfs bei Ungarn an (Einftell= und Zugvieh). Das zweite Moment, burch welches fich bas ftete Zurud= weichen der galizischen Auftriebsziffern erklärt, liegt in den geanderten Absatverhältniffen ber galizischen Produktion. Neben dem birekten Berkaufe feiner Ware an die mährischen und bohmischen Städte entwickelte fich ein reger Export nach bem süböstlichen Deutschland. Dazu kam noch, daß Galigien feit bem Ende ber 80 er Jahre eine ftarfe militärische Besatung hatte, durch welche sicherlich die Lebenshaltung des Landes gehoben wurde; ber eigene Ronfum nahm baber gegen früher beträchtlich zu. Wir feben nun, daß trot des neuen deutschen Sandelsvertrages feit März 1906, der eine bebeutende Erschwerung bes Erports brachte, Die galizischen Rufuhren nach Wien fich nicht wefentlich andern und fonnen baber ben Schluß ziehen, bag bie bis 1906 praktikablen Absatzwege auch noch heute in gleicher Weise gangbar find.

Die Zufuhren aus ben Alpen= und Subetenländern fpielten im gangen und großen immer eine bescheibenere Rolle, doch weisen sie eine gewisse Entwidlungefähigfeit auf. Stärfere Betonung erfuhren fie feit 1884, b. i. feit der Errichtung des Pregburger Marktes, und behaupten feit diefer Zeit eine gemiffe Stellung. Bahrend ber Zeit bes Pregburger Marktes mirben erklärlicherweise Unstrengungen gemacht, die öfterreichische Broduktion in er= höhtem Mage für ben Wiener Markt zu intereffieren, und wenn diefe Un= strengungen auch nicht ben von ben öffentlichen Stellen gewünschten Erfolg hatten, erzielten sie unzweifelhaft eine lebhaftere Aufmerksamkeit für ben Wiener Bedarf, wirkten auch fpaterhin noch immer nach und ihre Wirkung murbe burch bas Abflauen ber galigischen Zufuhren begunftigt. Seit bem neuen deutschen Handelsvertrag 1906 beginnt für die öfterreichischen Rufuhren auf den Wiener Markt allen Anzeichen nach eine neue Beriode des Aufschwungs, zumal auch die ungarische Zufuhr in den letten Sahren sichtbar nachaelassen hat, wofür die zunehmende Andustrialisierung Ungarns und die Bevölferungszunahme in ben ungarischen Städten, allerdings auch ber Rudgang bes Rindfleischkonfums in Wien felbft genügend Urfache bietet. sichtlich ber Bebung ber Zufuhren aus ben Alpen= und Subetenländern ift nicht ohne Ginfluß geblieben, daß die Berwertung des Stier- und Beinlviehfleisches zu Wurstzweden durch technische Fortschritte erleichtert murde. Der Wiener Markt bilbet feither eine bequeme und geschätte Absatstelle für Stiere und Beinlvieh, welche Sorten einen fehr nennenswerten Bestand bes inner=

österreichischen Auftriebes ausmachen; insbesonbers Nieber-, Oberösterreich und Steiermark liefern ein ansehnliches Kontingent bavon auf ben Wiener Narkt.

Verteilung der Rinderauftriebe nach Provenienzen und Fütterungsart, Abverkauf in die Provinz.

	2	luftriebe			Abvertauf		
1906	Maft= vieh 1	Weide= vieh	Beinl= vieh 2	Summe	vom Wiener Markt in bie Provinz	Anmerkung	
Nieberöfterreich Oberöfterreich Salzburg. Steiermark Kärnten Jitrien u. Krain Tirol u. Borarlberg Böhmen Mähren Galizien Bulfowina Ungarn Kroatien u. Slavon. Bosnien Sosnien Gerbien Jtalienu. Frankreich	11 183 10 887 756 1 965 387 77 4 989 8 097 16 22 241 1 589 107 009 7 359 317 116 292		3 581 7 985 254 1 663 105 90 11 14 32 — 117 14 613 6 325 8 925 —	14 764 18 872	701 114 417 751 358 4 967 5 145 21 127	{b. i. Mai bis Sept. {19761, Oft. bis April 16025. * Größere Auftriebe gegenilber den Borzighen infolge der ungewöhnlich hohen Preise in Mien und des geminberten Erports nach Deutschalb.	
Summe	173 284	11 776	43 705	228 765	48 489	42 088 außer Warkt nach Wien gelangt.	

Das Bild ist auch in ben vorhergehenden Jahren nicht wesentlich anders. Schon die allgemeinen geographischen und ethnographischen Berhältnisse lassen erkennen, daß Ungarn in weit höherem Maße auf Biehexport angewiesen ist als Österreich.

Ungarn besißt eine größere Grundfläche als Österreich und dabei eine geringere Bevölkerung als bieses. Bon bieser größeren Grundfläche entfällt

¹ Stiere und Ruhe, fofern fie nicht jum Beinlvieh gahlen, inbegriffen.

2	Beinlvieh	=	Wurstvieh,	Vieh	ſ¢	hwäd	þſt	er	e	öorte.	

8				(Österreich 1900)	Ungarn (1900)
	Grunbfläche			$300007~\rm{km}^2$	$324851~\rm km^2$
	davon agrifol			$61,2^{0}/_{0}$	66,55 %
	Einwohner			26150708	19254559
	bavon agrifol				68 º/o •
	bloß konsumierend			$49^{0}/_{0}$	32 º/o

Auf 1 km2 landwirtschaftlicher Grundfläche entfallen:

			Rinder	Schweine	Schafe	Bewohner
Öfterreich			51,08	25,5	14,27	$14\dot{2}$
Ungarn			31,3	34,6	38,00	89

auch eine größere Quote auf Agrikulturboben und von seiner geringeren Bevölkerung eine geringere Quote auf bloß konsumierende Kreise (freie Beruse, industrielle und handeltreibende Bevölkerung). Zwar besitzt seine Viehproduktion noch nicht solche Intensität wie jene Österreichs, doch deuten die Ziffern der Ein- und Aussuhr an, daß Ungarn insolge der geschilderten Verhältnisse ein ganz bedeutendes Quantum Vieh jährlich nach Deckung des eigenen Bedarss für den Export frei hat.

```
Es betrug 1906 die
Ausfuhr aus Ofterreich nach
  dem Zollauslande. 139 000 Stud Bieh (hauptfächlich Rinder)
  Ungarn . . . .
                       16 000
Einfuhr nach Ofterreich aus
  dem Zollauslande .
                       48\,000
                                          (ca. die Sälfte bavon Schweine)
  Ungarn . . . .
                     844\,000
Ausfuhr aus Ungarn nach
  dem Rollauslande .
                       66\,000
                                          (hauptsächlich Rinder)
Einfuhr nach Ungarn aus
  bem Rollauslande .
                       83 000
                                          (hauptsächlich Schweine)
```

Das von Öfterreich benötigte Quantum Ware ist also gerabe in Ungarn vorhanden und anderseits wäre Österreich — wir sehen vorläusig von dem speziellen Wiener Bedarfe und der Bedeutung des Qualitätenunterschiedes ab — auch bei vollständig unterbundenem Export nicht in der Lage, das gleiche Quantum im eigenen Lande aufzubringen.

Dem gegenüber ist allerdings nicht abzuleugnen, daß die österreichische Biehzucht im Bergleiche zu jener Deutschlands und anderer Staaten noch intensiver betrieben 1, die Eigenproduktion demnach noch leistungsfähiger gesmacht werden könnte. Die weitgehende Inanspruchnahme der ungarischen Biehproduktion durch den Wiener Bedarf ist ferner darin begründet, daß Wien in Ungarn jene Qualität der Ware vorsindet, welche seinem Bedürfnis entspricht, während die Qualität der in den Alpens und Sudetenländern erzeugten Ware seinem Bedarfe nicht angepaßt ist, sondern im Westen mehr geschätzt wird und schließlich daß auch Ungarn in ganz besonderem Maße an dem Albsahe in Wien interessiert ist. Die beiderseitigen Interessen sind also einander adäquat. Wenn man dieser Erscheinung auf den Grund geht, so gewahrt man den charakteristischen staffelweisen Absah der Naturprodukte

1	Es en	tfallen	auf	1	kr	n²	Įa	nb	wi	rtschaftlicher	Grundfläche	:
										Einwohner	Rinder	Schweine
	in	Deutsch	land							172	58,6	62,7
	in	der Sc	meiz							161,7	68,7	25
	in	Österrei	idn .							142	51,08	25,5

von Land zu Land in der Richtung von Oft nach West: aus den Donaufürstentümern nach Ungarn, aus Ungarn nach Österreich; aus Österreich nach Süddeutschland und der Schweiz, und aus Süddeutschland nach Norddeutschland. Entgegengeset wandern gewissermaßen als Austauschobjekte die Erzeugnisse der Industrie und des Gewerbes.

In Ungarn kann die landwirtschaftliche Broduktion viel mehr ertensiv als in Österreich betrieben werben. Das ausgebehnte Weibeland, Die große zusammenhängende Kläche ertragreichen Ackerbodens, die infolge dieser agrifulturellen Verhältnisse ermöglichte bedeutende landwirtschaftliche Industrie (Branntweinbrennereien, Buderfabriten) begünftigt Bucht und Maft gleich= Es rentiert dieser Landwirtschaft, ben Ochsen 5-6 Jahre alt werden zu lassen, da er eine notwendig gebrauchte Arbeitskraft ist und seine Existenz durch Arbeit und durch den Dünger ganz oder teilweise bezahlt macht. Und die Landwirtschaft ift imstande, mit den Neben= produkten ihrer Industrie diesen Ochsen nach durchschnittlich sechsmonatlicher Hochmast reif zu bringen. Ein solches Tier — bas in ber Arbeit nicht zu fehr angestrengt murbe - repräsentiert ben hochmertigen Rindfleischochsen, wie er speziell in Wien besonders gesucht ift. ist Wien die Stadt, in der am meisten das gesottene Rindsleisch bevorzugt wird: bei der Feinheit des Geschmacks seiner Bewohner ist es erklärlich, daß diese Geschmacksrichtung sich allmählich besonders ausgebildet hat, und daß ihr feitens ber Produzenten auch Rechnung getragen wird, zumal lettere mit der steten Ausbildung der Masttechnif auch in die Lage verfett find, es zu tun. Wir muffen feststellen, daß sich der jungere Ochse weniger zum Suppenfleisch (gekochtem Rindfleisch) eignet, daß für diesen Zweck vielmehr voll ausgewachsene Tiere am besten zu verwenden sind, und bas ift eben in einem Alter von 5-6 Jahren. Werben nun folche Tiere in Bollmast gestellt, so wird der aufgenommene Futterstoff nicht mehr dem Wachstum bes ganzen Tieres, das in diesem Alter bereits ausgewachsen ist, sondern dem Fleisch= und Fettansatz gewidmet, derart, daß diese beiden Stoffe in der Muskelfaser des Tieres eine innige Komposition erfahren. Wenn man ein Muskelbündel berart gemästeter Tiere durchschneidet, so hat bie Schnittfläche bas bekannte typische Aussehen einer ungarischen Salami; es ift in ber gafer burchfettet, es ift "fchrottig", von dem Tiere fagt ber Fachmann "es hat Kern". Solches Fleisch ist nicht kurz nach ber Schlachtung zum Genuffe geeignet1, fondern muß eine Zeit, 1-2 Wochen abliegen, ehe

¹ Abgesehen von einzelnen Teilen (vorderes Fleisch), welche schon nach 2-3 Tagen zum Konsume gelangen.

es genügend murb wird und muß ca. 2 Stunden ober noch länger garfochen. Die besondere Gute des solcherart gewonnenen "faftigen Rindfleisches" wird noch dadurch erhöht, daß der Wiener Fleischhauer mit geradezu anatomischer Genauiakeit homogene Muskelkomplere als Qualitätsstücke herauspräpariert und als folde ausschrottet. Die bekanntesten find bas Tafelstud, ber Kruspelspit, ber Rippenspit, das schwarze Scherzel u. a. Mit dieser Eigentümlichkeit steht das Wiener Fleischergewerbe einzig da und für deren Ausbildung trägt der das beste immer hochschätende Geschmack des Wieners das gleiche Maß der Berantwortung wie der Wiener Fleischauer, der mit ebensoviel Geschick wie Bereitwilligfeit diese Geschmackerichtung zu forbern verftand. Diese Unsprüche bes Geschmads find es, die ungemein viel zur Romplizierung ber Wiener Fleischfrage beitragen, da burch die ftarke Nachfrage nach den bevorzugten Qualitäten ber Absatz ber größeren Menge weniger geschätter Teile bes Rindes zu gemiffen Zeiten geradezu ins Stoden gerät. Bor biefer Schwierigfeit im Abfate find fogar die anderwarts fo befonders geschätten Rudenftude ober "Englische" Braten (Beiried und Rostbraten) nicht verschont.

Die Erzeugung bes qualitativ hochwertigen Mastrindes ist jedoch nicht auf Ungarn allein beschränkt. Auch Zudersabriken Südmährens und Niedersösterreichs, sowie große böhmische und galizische Landwirte, die auf den Wiener Absatz restektieren, erzeugen diese Qualität. Das Hauptkontingent liefert jedoch, eben vermöge seiner Wirtschaftsweise, Ungarn.

3. Die Biehproduktion der Alpen- und Sudetenländer.

Die Produktion der Alpen= und Sudetenländer ist auf andere mirt= schaftliche Boraussetzungen aufgebaut. Dort ift Bucht und Maft nicht in foldem Mage nebeneinander möglich wie in Ungarn. Eher trifft bies noch in ben Subetenländern zu. Fast vollständig getrennt find aber Bucht und Maft in den Alpenländern, abgesehen bavon, daß diese zum größten Teile Buchtgebiete repräsentieren und bas Bezugsreservoir für folche Gegenden bilden, die ihrerseits nur eine geringe Bucht, dafür aber einen um so größeren Bedarf an Arbeits- baw. Einstellvieh besitzen. Die Alpen- und Sudetenländer find Ungarn gegenüber als Gebiete eines teuereren Standes ber Lebens= haltung anzusehen, die Kosten ber Biehaufzucht und Biehhaltung find baber schon im allgemeinen höher als in Ungarn. Diese Länder, insbesondere aber die Alpenlander besitzen nicht jene ausgebreitete Agrifultur wie Ungarn, in der das Bieh seine Existenz sich gemissermaßen selbst verdient. Arbeitefraft bes Ochsen fann hier nicht so ausgenütt werden wie bort und jedes Lebensjahr vermehrt die Selbstfosten bes Tieres in der Wirtschaft. Die westlichen Länder find demnach bei gleichen Berkaufspreisen barauf an-Schriften 130. Erftes Beft. - Gemeinbebetriebe III. 1.

gewiesen, eine raschere Umsetzung bes aufgewendeten Kapitals anzustreben, ober sie werden genötigt, für ihr Produkt höhere Preise zu fordern, was infolge der von Zöllen nicht belasteten Konkurrenz der ungarischen Produktion auf dem Wiener Markte ohne Aussicht auf Erfolg geschähe. Für diese Länder kommen nun gemäß ihrer geographischen Lage andere Absatwege als nach Wien in Betracht und es ist hochbedeutsam, daß eine glückliche Übereinstimmung zwischen dem Qualitätenbedarse der Konsumländer und den wirtschaftlichen Interessen der Produktionsländer besteht. Die für die Alpenund Sudetenländer in Betracht kommenden Konsumgebiete sind Westösterreich, die Schweiz und Deutschland. Diese Länder benötigen den sogenannten Bratenochsen im Gegensate zum Rindsleischochsen des Wiener Konsumrayons.

Der Bratenochse ist ein 3-4 jähriges Tier, das kürzere Zeit, etwa 4-5 Monate gemästet ift, beffen Mast aber im großen und ganzen leichter ist als jene des älteren Rindfleischochsen, der in Bollmast gestellt wird. Vom Mäfter wird diese fürzere Mast des jungeren Tieres insofern bevorzugt, als er das gemäftete Tier eben im Zeitpunkte seines maximalen Gewichtes abzusetzen vermag. Weitere Mästung vermehrt nicht mehr das Gewicht, sondern leitet die Fettbildung ein; es würde nicht mehr "auf Gewicht", sondern nur "auf Qualität" gemästet. Der Bratenochse hat nichtburchsettetes Fleisch, und bas Fett beschränkt fich auf die Umrandung größerer Muskelkomplere. Das Fleisch ift von leichterer Konsistenz, bemnach wenige Tage nach ber Schlachtung konfumierbar und wird rasch gar. Diese Qualität Rind ist nach den Begriffen des Wiener Fleischhauers "halbfertig", befitt keinen "Kern", das Fleisch ift "blind" und bas Tier ift im Preise hier begreiflicherweise vernachläffigt. Solche junge Maftochsen, die in Subtirol ober in Bregenz beziehungsweise in Nürnberg ober Regensburg als Primaware gelten, find in dem Momente, da fie den Wiener Markt betreten, um mehrere Kronen per Meterzeniner beklaffiert, da der Bedarf des Wiener Marktes für folche halbreife Ware ein fehr geringer ift, und nur in ben Sommermonaten, in benen bie Proving einen größeren Bedarf auf bem Wiener Markte anspricht, ift folches Bieh geschätter als in ber normalen Saifon. So fann biefes Bieh g. B. für ben Bedarf ber Käufer aus Mähren und Böhmen, die zuzeiten ben Wiener Markt auffuchen, vorteilhaft verwendet werden.

Der Unterschied in der Qualität, wie er im vorangehenden charakterisiert wurde, kann füglich als der Grundton bezeichnet werden, auf den die Bersforgung Wiens mit Mastvieh gestimmt ist. Wie die Berhältnisse heute stehen, kann Wien seinen großen Bedarf in Österreich nicht decken, während ihm Ungarn qualitativ und quantitativ entsprechende Viehmengen zur Verfügung stellt. Die österreichische Produktion findet jedoch gerade darin Rendement, ihr

Vieh im Westen teils als Schlachtvieh, teils als Nutvieh zum Absatz zu bringen. Die Schwierigkeiten, welche Deutschland ber Einfuhr von Schlachtvieh zeitweise bietet, zwingen nun allerdings die innerösterreichische Produktion, in erhöhtem Maße auf den inländischen Absatz zu ressektieren, und im Zussammenhange damit steht die allmähliche Erhöhung der innerösterreichischen Provenienzen auf dem Wiener Markte. Diese Erhöhung ist aber keineswegs eine Konkurrenz gegen die ungarische Einfuhr, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Nentabilität des Verkaufes der Ochsen aus den Alpen= und Sudeten= ländern nach Wien bleibt mit Rücksicht auf die höheren Selbstkosten gegen= über der ungarischen Produktion für den österreichischen Landwirt gering und unsicher.

Der zunehmende Fremdenverkehr in den Westländern unseres Reiches absorbiert von Jahr zu Jahr eine größere Menge Viehes und bietet demsnach der heimischen Erzeugung dieser Gebiete willkommene Erhöhung des Absates.

Die sinkende Rentabilität der Ochsenproduktion führt immer mehr zur Milchwirtschaft, demnach zur Aufzucht der Kuhkälber und zum Verkauf der Stierkälber entweder als Saugkälber oder als Jungstiere. Für die Hebung des Konsums von Kälbern und Stieren is sind günftige Voraussetzungen in der in den letzten Jahren nachzuweisenden Beschränkung des Rindsleischkonsums in Wien gegeben?. Wenn bei fortwährend wachsendem Bedarfe der geringere Rindsleischsossum Vorteile gereicht, so besteht auch für das Kalbsleisch eine sehr gute Chance an Terrain zu gewinnen und anderseits greift die minderbemittelte Bevölkerung zur wohlseileren Wurst als Ersatz für das Rindsleisch, so daß auch Stiere und Beinlvieh — als letzteres größtenteils abgemolkene Kühe — erhöhten Absatz sinden können.

Wenn bemnach auch die Beteiligung der inneröfterreichischen Länder an dem Wiener Liehgeschäfte numerisch infolge der größeren Schwierigkeiten des Exports nach Deutschland steigen wird, so ist darin noch keine wesentliche Konkurrenzierung der ungarischen Zufuhr gelegen, da die Erhöhung des Ungebotes der Hauptsache nach in einem anderen Zweige des Viehgeschäftes erfolgen wird als jenem, in welchem Ungarn dos

2 Es entfielen per Ropf ber Bevolferung Wiens:

									9	Rin	d= u. Schaffleisch	Schweine= u. Kalbfleisch
											37,39 kg	30,10 kg
											36,85 "	29,69 "
											34,01 " 34,76 "	33,53 " 34,53 · "
1900	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	0 1 ,10 "	0±,00 · " 4*

¹ Abgesehen von dem ftets zu bevorzugenden Berkaufe für Buchtzwecke.

miniert. Möglich ift allerdings, daß Böhmen mit feinen vielen Buderfabriken fich in erhöhtem Mage für ben Wiener Bedarf intereffieren konnte. mare aber notwendig, daß diese Fabriken fich von dem Export nach Deutsch= land porfätlich emanzipieren und ihre Mäftung in gleicher Beise einrichten, wie bies bie Ruderfabrifen Submahrens und Rieberöfterreichs tun. bem aber ber öfterreichische Mastochse in Deutschland sehr begehrt, geschätt und teurer bezahlt wird als in Ofterreich, so ist eine konstante Unterbindung unserer Ausfuhr borthin nicht zu befürchten und bemnach auch an eine folche vorfähliche Underung der Maftungsweise kaum zu denken, zumal die Er= zeugung des "Bratenochsen" bem Mäfter wie erwähnt auch bequemer und wirtschaftlicher ift. Dazu fommt, daß die mächtige Entwicklung bes Städtewefens ichon ben natürlichen Anreig auch für ben Großmäster in sich trägt, zur Melkwirtschaft überzugehen. Romponieren wir alle biefe Erscheinungen mit ber rasch zunehmenden Population und mit bem bisher festzustellenden wirtschaftlichen Aufschwung, bemnach einer größeren Konsumfähigkeit ber Bevölkerung, fo ift nicht anzunehmen, bag für Wien aus Bohmen ein quantitativ ausschlaggebender Zuzug an qualitativ entsprechendem Rindfleisch= vieh zu erwarten fteht.

4. Die Stellung Galigiens und anderer gander.

Lediglich Galizien kommt in dieser Beziehung besonders in Betracht. Seine landwirtschaftlichen Berhältniffe find benen Ungarns ahnlich. Beite zusammenhängende Agrifulturflächen, billige Arbeitsfräfte, zahlreiche Stablisse= ments — hauptfächlich landwirtschaftliche Brennereien — beren Nebenprodukte Kabriksmast ermöglichen, sind vorhanden. Leider fann aber auch Galigien gegenwärtig noch nicht wirfungsvoll eingreifen. Der galizische Ochse (einheimische Rasse), ber auch etwas frat verschnitten zu werden pflegt, und sich baher rasch anfleischt, ist bei ben Käufern nicht so beliebt wie die blonden und geflecten beutschen Rassen, die heute auch in Ungarn eingeführt find und bas graue ungarische Steppenvieh immer mehr verbrängen. Dann aber arbeitet ber galizische Landwirt ebenfalls auf den beutschen Erport hin und erzeugt mit Vorliebe ben jungen Bratenochsen. Galizien erscheint heute mit größeren Mengen meift bann auf bem Wiener Markte, wenn mit Rudficht auf die Erzeugungssaison viel fertige Ware jum Berkauf steht ober die Preise auf dem Wiener Markte speziell konvenieren. Sonft aber rechnet der galizische Landwirt mit Borliebe auf ben Export und ben Absat in Schlesien, Mähren und Böhmen.

Galizien ware nun berufen, in Wien Konkurrenz für die ungarische Ware zu machen. Hierfür ist notwendig, daß seine Produktionsweise sich

allmählich — und dabei benken wir an staatliche Einflußnahme — sowohl hinsichtlich der Zucht (einheitliche Durchzüchtung mit lichten Rassen) als auch hinsichtlich ber Mastung (Bollmast) — ben Wiener Bedürfnissen akkommodiert. Seine Produftion fann noch fehr fraftig gehoben werben. felbstverständlich planmäßige Aftion ist umso notwendiger, weil auch in Ungarn die forcierte Industrialisierung fowie die fortschreitende Bevölkerungs= zunahme schlieflich einen Zeitpunkt berbeiführen wird, in welchem Ungarns Rufuhr unverläklich zu werden beginnt. Der fünstlichen Einwirfung Ungarns auf die Emanzipierung biefes Landes von öfterreichischer Industrie follte eine wohlgeleitete Aftion ber öfterreichischen Regierung auf hebung unserer Mastviehproduktion im bargelegten Sinne parallel gehen. hierin ist sicherlich feine Unfreundlichkeit gegen Ungarn gelegen, fondern lediglich bas gefunbe faufmännische Pringip, daß ein großer Räufer nicht von einem einzigen Lieferanten fich abhängig erhalten barf, fondern banach trachten muß, sich mehrfache Ressourcen zu schaffen. Und es muß breimal gesagt werden, baß ber wirksame Konkurrent Ungarns in der Lieferung von Rindfleischvieh nach Wien nur Galigien fein könne.

Wir dürfen allerdings nicht auf die Länder der froatischen Krone und auf Bosnien und Herzegowina vergessen. Aber Kroatien und Slavonien ftehen Ofterreich doch nur als Teil des ungarischen Staates gegenüber und können zu uns in kein von Ungarn gefondertes Berhältnis treten. Die Produktion diefer Länder ist ebenso wie jene Ungarns unserer Ginflugnahme entrudt, übrigens find fie weniger Maft- als vielmehr Bezugsgebiete für Einstellvieh. Bosnien ift ein Land, beffen Biehproduktion noch eine Rukunft besitzt, aber auch Bosnien wird immer nur bann unser Lieferant fein, wenn es nicht anderwärts beffer abzuseten vermag. Ebenso wie bie füblichen Teile Österreichs nach Triest und Bola (Kriegs= und Handelsmarine) gravitieren, fo reflektiert auch Bosnien gerne auf diefen Absat und außerdem kommt zeitweilig ber Erport nach Stalien hinzu. Bas nach Bien bisber kam, waren jene kleinen verkummerten Bergochslein, die zur Zeit regen Gulaschverbrauchs guten Absat bei uns fanden. Aber auch fie find letterer Beit ausgeblieben, weil minderes Bieh aus den eigenen Ländern genügend auf bem Wiener Markte aufgetrieben mar. Die beffere Ware, die in mehreren Gegenden Bosniens bereits erzeugt wird, findet als Jungochse beffere Berwertung auf den oben genannten Absatwegen. Übrigens mächst auch in Bosnien ber eigene Bebarf immer mehr, ba ber Mittelstand fich fraftigt, große Garnisonen bort liegen und ber Frembenverkehr stetig zunimmt. Auch ber Absatz nach Dalmatien, bas bekanntlich sehr rinderarm ift, wird in Bufunft eine Rolle für Bosnien spielen, wenn die von der österreichischen Regierung in Aussicht genommene Aktion zur Hebung ber wirtschaftlichen Bershältnisse bieses Landes, insbesondere zur Hebung bes Fremdenverkehrs, seinen Konsum steigern wird.

5. Der Schweineauftrich und seine Provenienz.

Auch bei ber Versorgung Wiens mit Schweinen muffen wir die brei Provenienzgebiete ins Auge faffen, beren Unterscheidung für bas Rindergeschäft so wichtig ift. Ungarn und seine Nebenländer spielten von altersher eine maßgebenbe Rolle in ber Schweinelieferung; Galizien hatte früher (bis vor ca. 3 Sahrzehnten) mit seinem einheimischen Landschwein qualitativ und wohl auch quantitativ nur sekundare Bedeutung, dagegen ftanden die übrigen öfterreichischen Länder, insbesondere Böhmen, Mähren und Steiermark in beiden Sinsichten im Vordergrunde. Berläfliche Daten über bas Berhältnis der Auftriebe in früheren Jahrzehnten — wie beim Rinder= auftriebe - fonnten nicht erlangt werden. Überhaupt wurde feitens der öffentlichen Stellen erst in jüngerer Zeit der Schweineproduktion und dem Schweinegeschäfte größere Fürsorge gewidmet. Sistorische Dokumente, welche ein gleiches Interesse für bas Schweinegeschäft wie für bas Rinbergeschäft beurkunden würden, sind uns nicht bekannt geworden. Selbstverständlich vollzog fich bas Geschäft seinerzeit in ben mahrhaft primitivsten Formen. Die Zentralisation ber Bermarktung, wie fie im Grogviehgeschäfte feit alten Zeiten bestand, mangelte hier ganglich, und nut ein Teil der Zufuhren wurde auf dem Biehmarkte verhandelt. Bielfach vollzog fich der Abfat in Gaft= höfen, die an der Peripherie der Stadt gelegen waren. Einer derselben, ber fich im jetigen 12. Bezirke befand, besaß fogar eine Konzession zur Abhaltung eines Stechviehmarktes, die ihm ausdrücklich auf Grund unvordenklicher tatfäcklicher Ausübung verliehen wurde. Daß bei solcher Dezentralisation der Einfluß der öffentlichen Stellen auf die Entwicklung des Schweinegeschäftes ein verschwindender mar, ist ebenso felbstverständlich, wie die un= bestrittene Herrschaft des Händlers gegenüber dem Produzenten, der vom Selbstverkaufe ausgeschloffen mar, und gegenüber bem Räufer, ber meift in Schuldabhängigkeit stand. Wie wenig Gewicht auf bas Schweinegeschäft gelegt murbe, geht auch baraus hervor, bag bie erste sogenannte städtische Rleifchkaffe (1850-1870) nicht einmal auf bas Schweinegeschäft ausgebehnt worden war.

Die Einführung 1 bes englischen Schweines und die planmäßige Versbesserung und Hebung ber inländischen Schweinezucht brachte eine neue Ara. Galizien wird allmählich mit seinem Jung- und Fleischschweine ein ton-

¹ In den 60er Jahren in Ungarn und in den 70er Jahren in Galizien.

angebender Faktor auf dem Wiener Markte neben Ungarn und dieses behält als seine Domäne das Geschäft mit Fettschweinen (Bakonyer oder Mangolita-rasse). Infolge der wachsenden Auftriebe aus diesen beiden Ländern treten die übrigen Provenienzen perzentuell zurück. Heute ist der beiderseitige Besitzstand in diesem Sinne wohl abgegrenzt, und außer Galizien und Ungarn hat für uns kein anderes Gebiet ausschlaggebende Bedeutung. Bohl können noch Niederösterreich und besonders Mähren als Lieseranten lebender Ware erwähnt werden, aber nicht in Hinsicht auf die Quantität, sondern nur als Lieseranten kleiner Mengen hochwertiger Qualität, auf welche erstklassige Stadtgeschäfte reslektieren, und welche höchste Preise erzielen. Auch mit geschlachteter Ware ist Niederösterreich und Mähren nennenswert. Die Bezüge der Provinz — hauptsächlich Nieder= und Oberösterreich und Böhmen — vom Wiener Markte machen ca. 5% bes Auftriedes aus.

	Ī				Auftrie	be 190	6 aus					
	Meber= Ofterreic	Dber= Österreich	fonstige Atpentanber	Mähren	Galizien	Bukowina	fonstiges Österreich	Ungarn und Aroatlen	Bosnien	Serbien	Italien(aus= nahmsweise)	Summe
Jung- u. Fleisch- schweine Fettschweine Weidnerschweine.	587 45 56 140	 569	51	<u> </u>	282 518 229 360	59	 85	29 445 276 215 12 429		3690	779	343 906 281 755 91 027
Summe	56 772	569	1010	20 702	283 107	8260	85	318 089	10 072	8296	9726	716 6 88
Davon lebend ab- verkauft nach:	16 327	11 71 0	590	1 781	_	_	Böhmen 8074	_	_	_		38 4 8 2

Ungarns Stellung ift begründet durch die Qualität seines Fettschweines, das als Rasse genommen heute einzig dasteht. Es ist aus dem urheimischen Schweine der Donauniederungen edelgezüchtet worden und zeichnet sich durch seinen fettreichen, lockeren, nicht durchwachsenen Speck aus. Das Schlachtungsergebnis dei Primaware ist schwentisch mit 60 % Speck und Fett, 30 % Fleisch und 10 % Abfall zu veranschlagen. Die Bedingungen, unter denen dieses Schwein gedeiht, sind auch in Serdien und Rumänien vorhanden. Gegenwärtig ist aber weder Rumänien noch Serdien mit Ungarn konkurrenzsschie. In Serdien sind die wirtschaftlichen Berhältnisse zu primitiv, als daß seine Produktion sich heute qualitativ und quantitativ mit jener Ungarns messen könnte, und in Rumänien hat sich infolge der langjährigen Grenzsperre die

¹ Mit ber Bufomina.

Produktion auf den eigenen Bedarf des Landes beschränkt. Die Raschheit allerdings, mit der sich die Schweinezucht erhöhten Anforderungen anzupassen vermag, sichert im Falle des Zustandekommens eines günstigen Handelse vertrages ein baldiges Empordlühen dieses Wirtschaftszweiges. Die Berspslanzung des ungarischen Fettschweines nach Österreich hat kein günstiges Resultat ergeben. Die klimatischen Verhältnisse der Ursprungsländer dürften eine Vorausssehung seines Gedeihens sein. Für den ungarischen Mäster spielt auch die Verfütterung des im Lande, dzw. im eigenen Betriebe gewonnenen Maises wirtschaftlich eine Kolle.

Galizien erzeugt ein Produkt, das durch englische Kreuzung des einheimischen Schweines gewonnen wurde. Es ist hauptsächlich Fleischschwein und erreicht als Primaware einen solchen Grad von Feinheit, daß es selbst in Böhmen das dort einheimische qualitativ sehr hochstehende Schwein konsturrenziert. Als Bratenschwein wird leichtere Ware, etwa unter 50 kg, verwendet, die aber wenig sett, dagegen fleischig sein muß. Schwerere Ware aus Galizien (etwa über 80 kg per Stück) ist ebenfalls beliebt, kann aber das ungarische Fettschwein nicht ersetzen, da es selbst in reif gemästetem Zustande etwa 50—55 % Fleisch, 25—30 % Fett und Speck und 15—20 % Abfall liesert. Am verhältnismäßig wenigsten geschätzt ist jene Mittelware, die als Bratenschwein zu fett ist ohne eine genügende Speckschicht zu besitzen, deren Abziehen und separate Verwertung sich lohnen würde. Solche Ware sindet ihren Absat hauptsächlich aufs Land oder in Arbeiterbezirke, woselbst mit Borliebe fetteres Fleisch konsumiert wird.

Obwohl sich in den letzten Jahren die Schweineproduktion beider Reichshälften sehr leistungsfähig gezeigt und Auftriebe in Wien gebracht hat,
wie sie überhaupt noch nicht dagewesen waren, kann man doch nicht behaupten, daß eine legere Befriedigung des inländischen Bedarfs durch
die heimische Produktion gesichert sei. Es mag dies noch hinsichtlich des
Fleischschweines sein, unser Bedarf an Fettware ist jedoch nicht zuverlässig
gedeckt, und die Heranziehung einer kontingentierten Menge Fettschweine aus
Rumänien oder Serbien ist jedenfalls empfehlenswerter, als die Ergänzung
unseres Fettbedarfs durch überseeisches Fett. Zur Illustration sei angeführt,
daß im jüngsten Handelsvertrage mit Deutschland uns 80 000 Stück
Schweine zur Einsuhr nach Sachsen und Bayern zugestanden wurden; von
diesem Kontingente, für das wir sicherlich wertvolle Kompensationen zugestehen mußten, konnte insolge nichtkonvenierender Preisrelationen kein Gebrauch gemacht werden.

^{1 3}m Berbfte 1908 bis ca. 20 000 Stud an einem Markttage.

² Bom 25. I. 1905, in Kraft getreten mit 1. III. 1906.

6. Die Berforgung mit Schafen, Lämmern und Rälbern.

In Schafen und Lämmern ist ebenfalls Ungarn das Haupteinfuhrland. Schafe werden weniger für den Wiener Lokalbedarf als für den Handel in die Provinz bzw. für den Export ins Ausland auf den Wiener Markt gebracht. Übrigens ist dieser Geschäftszweig, seitdem unser Export nach Frankzeich durch die Maßregeln der französischen Regierung zur Protegierung des eigenen bzw. des algerischen Schases unterbunden wurde, seit Anfang dieses Jahrhunderts sehr zurückgegangen. Das Geschäft in Lämmern ist nur zu Ostern ein regeres.

				Auftr	iebe	1906	aus				=
	Mieber≤ Österreið	Ober= Österreich	fonstige Alpenländer	Mähren	Galtzten	Bufowina	fonftiges Öfterreich	Ungarn und Kroatlen	Bognten	Serbien	Zusammen
Schafe lebend	289 10 311 734 7 426	120 33 508	30 94 40 8	370 340	 - -		_ _ _	68 469 6 003 1 851 52 940			68 788 16 898 2 658 61 224
Summe	18 760	661	172	710	_	_	2	129 263	_	_	1 49 56 8

Bon ben lebenden Schafen murben verkauft:

12268 .		•		nach	Niederösterreich,
15 194.				,,	Wien,
38 199.				"	sonst. Öfterreich,
				"	Frankreich,
2324 .				"	Belgien,
700.			•	"	Schweiz,
103.				,,	Deutschland.

Ausschlaggebend sind die innerösterreichischen Länder und Mähren für die Bersorgung Wiens mit Kälbern. Wohl sendet auch Galizien eine erhebliche Menge in die Großmarkthalle, doch stehen letztere nicht nur an Quantität, sondern insbesondere an Qualität den alpen= und sudetenländischen Produkten nach. Wir haben oden bereits gezeigt, daß es in der Wirtschaftsweise dieser Länder gelegen ist, die Produkte ihrer Viehzucht so rasch als möglich zum Verkause zu bringen. Der hohe relative Viehstand in einzelnen derselben (Oberösterreich und Steiermark) und die intensive Wirtschaftsform bedingt es, daß die Produzenten von der Auszucht eines Großteils der Kälber abssehen müssen und sich daher mit Absicht auf die Produktion von Schlacht-

fälbern werfen, welche mährend des ganzen Jahres in Wien ein gesuchter Artikel sind und während der Sommerperiode auch an Ort und Stelle mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr und die Sommergäste guten Absatz sinden. Einzelne Gegenden haben es in der Erzeugung von Mastkälbern zu besonderen Dualitätsleistungen gebracht. Gegenwärtig sind Salzdurger Primakälber die am meisten geschätzen, obzwar auch die übrigen Hauptbezugsgebiete beste Ware einzusenden vermögen. Der allmählich sich vollziehende Übergang unserer Westländer zur Milchwirtschaft bringt eine vermehrte Kälberzusuhr nach Wien mit sich, für welche sich unser Konsum in befriedigender Weise aufnahmssähig erwiesen hat. Dies ist umso erfreulicher, als die Zukunft der Landwirtschaft unserer Westländer im Betriebe der Milchwirtschaft und der Jungviehproduktion gelegen ist.

		<u> </u>	Einsenbi	ingen 1906	aus				
	Nieber≈ Österreich	Ober= Österretø	fonstige Alpenländer	Währen	Galizten	fonfitiges Öfterreich	Ungarn und Kroatien	Italien	Eumme
Kälber lebend geschlachtet .	16 101 101 448	11 720 27 091	1923 6126	5 684 24 958	21 25	36 54	534 16 339	_	36 019 176 055
Summe	117 549	38 811	8049	30 642	46	90	16 873	_	212 074

7. Die Bedeutung der einzelnen Kronländer für die Versorgung des Wiener Marktes.

Auf bas Verhältnis ber einzelnen Länder zum Wiener Markte lassen sich auch aus der Gegenüberstellung folgender Daten leicht Schlusse ziehen: (Siehe Labelle nächste Sette.)

Das viehreiche Böhmen hat eine konsumkräftige Bevölkerung in seinen zahlreichen gewerbsleißigen Städten, den fashionablen Badeorten mit ihrem großen Fremdenverkehre, und in den bedeutenden Industriezentren. Seine hochentwickelte Landwirtschaft ist mit der Befriedigung des Biehbedarfs des eigenen Landes voll in Anspruch genommen und erübrigt daher, abgesehen von dem Export aus nordböhmischen Zuckersabriken nach Sachsen und dem Grenzverkehr nach Deutschland, überhaupt nicht viel für den Handel nach auswärts. Im Gegenteil, es sieht sich genötigt, stets noch Schlachtvieh zu importieren, und zwar Ninder aus Nieder= und Oberösterreich, auch Mähren und Galizien, Schweine aus Galizien und Schafe aus Ungarn, davon nennenswerte Mengen über den Wiener Markt.

Bei bem ihm an Größe, Bevölkerung und Viehstand vergleichbaren

				1900				
	auf 1 km Fl	auf 1 km² landwirtschaftliche Fläche entfallen	schaftliche en	auf 100 Bew entfallen	auf 100 Bewohner entfallen	land= u. forst= wirtschaftliche	bloß kon- fumierende	An≠ merkung
	Bewohner	Rinber	Schweine	Rinber	Schweine	Sepolterung 0/0	o/o 0/o	
Niederösterreich ohne Wien	118,5	48	43	40,8	36	49,13	50,87	uio usu
Riederosterreich mit Wien	253	49	43,2	19,6	17	23,88	76,12	a ua Jəfu
Oberösterreich	116	84,6	40,5	72,6	34,7	56,01	43,99	is n
Salzburg	52	38	4,4	73,4	œ	50,06	49,94	od 8 Tod
Steiermark	134	71	67,13	53	20 ·	63,09	36,91	əbi
Kärnten	92	53,3	35,4	2'69	46,3	62,52	37,48	aga; igag
Rrain	100	20	21,2	20	21,2	73,49	26,51	iatļi Loš
Triest	2791	92	27	2,7	26'0	80'9	93,92	iq q
Iftrien	110	18,8	10,4	17,12	9,4	73,65	26,35	un
Tirol und \ Borarlberg \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	77 }	88	6,48	49,5	8,43	63,76 38,87	36,24 61,13	rədü r ttross rənc
Böhmen	182	65	50	35,7	10,9	41,11	58,89	K a
Mähren	159	51	29,6	32,4	18,7	51,76	48,24	auai
Schleften	211	63	33,3	30	15,8	41,26	58,74	g sic
Galizien	132	49	22,7	37,2	17,2	88,31	16,69	uəq 1 nl
Bukowina	131	43	33	33	25	78,97	21,03	rsiĝ In
Dalmatien	69	12,6	9'9	18	9,6	87,30	12,70	ան Մահեր
Österreich	142	51,8	25,5	36,4	17,4	51,43	48,57	iəlgi rəği
Ungarn (ganzes Königreich)	68	31,3	34,6	36,97	40,2	89	35	Be Lä

Galizien ist ber große Überschuß abgebbaren Viehes durch ben geringeren Berzentsatz nicht agrikoler, also bloß konsumierender Bevölkerung begründet. Es mangelt die mächtige Industrie, der Fremdenverkehr, die in den Sudetonsländern so fortgeschrittene Konzentration der Bevölkerung in den Städten. Der agrikole Charakter dieses Landes ist noch für lange Zeit gesichert und seine Leistungsfähigkeit in der Viehproduktion und in der Viehmast berechtigt bei programmäßiger Förderung zu den schönsten Hoffnungen.

In Schlefien liegen die maßgebenden Berhältnisse (siehe Tabelle) noch etwas ungünstiger als in Böhmen.

Mähren gravitiert nur mit seinem süblichen Teile nach bem Wiener Plate. Wie die Zuckersabriken bes nördlichen Böhmens gerne nach Dresben, so exportieren Zuckersabriken Sübmährens nach Wien, zwar keine erheblichen Mengen, aber hochprima Ware, welche die Konkurrenz mit den besten ungarischen Erzeugnissen halten. Es tritt häufig auch auf dem Wiener Markte als Käuser auf, meist für jüngeres und schwächeres Vieh und importiert auch regelmäßig galizische Ware. Wie in Rindern so ist es auch in Schweinen zwar nicht ausschlaggebend, aber der Güte der Ware wegen aeschätt.

In Niederösterreich ist das sogenannte Waldviertel, die Gegend zwischen Donau, der böhmischen und mährischen Grenze und der Nordwestbahn, ein lebhafter und sicherer Lieferant guter Bauernochsen für den Wiener Markt. Im allgemeinen aber nimmt uns Niederösterreich was es gibt, in doppeltem, ja dreisachem Ausmaße wieder weg. Allerdings ist davon ein Teil für die in den Sommermonaten auf dem Lande wohnenden Wiener bestimmt, aber auch davon abgesehen, geben wir an Niederösterreich mehr ab als wir von ihm erhalten.

Oberösterreich ift das relativ viehreichste Land Ofterreichs und gibt dem Wiener Markte fast ebensowel Rinder als Niederösterreich. Seine Sendungen bestehen jedoch zum größeren Teile aus Stieren, abgemolkenen Kühen und Beinlvieh. Der Handel mit Ochsen nach Wien rentiert nur wenig; was hiervon nicht in den oberösterreichischen Städten, nach Böhmen und Salzedurg verwertet wird, geht vorteilhaft nach Deutschland hinaus. Die Zusschren aus Steiermark verhalten sich qualitativ ähnlich wie jene aus Obersösterreich, nur sind sie erheblich geringer. Interessant ist es, daß die Zusuhren aus Steiermark auch vor 3 Jahrhunderten fast ebenso groß waren wie heute. Der Ausbau der Bahn über den Wechsel wird Mittelsteiermark dem Interessenzebiete des Wiener Marktes besser anschließen, da gegenwärtig der Transport aus dieser Gegend einen langwierigen und ungeschickten Weg über Ungarn machen muß. Sübsteiermark gravitiert nach Triest und Pola, woselbst der

bedeutende Eigenbedarf dieser Städte und der Bedarf für die Kriegs= und Handelsmarine zu versorgen ist. Obersteiermark ist Zuchtgebiet und spricht seinen Schlachtviehbedarf selbst in den flachen Teilen der Steiermark an.

Kärnten besitt ebenfalls eine sehr namhafte Viehzucht und erzeugt relativ sehr viel Ochsen, mehr als für die dortige Landwirtschaft, welcher Kühe mangeln, zuträglich ist. Berühmt ist das Lavanttal mit seinem spezisischen Blondvieh. Das beste kärntnerische Mastvieh wird in den Brennereien und Brauereien im Gurk- und Metnittale erzeugt, doch ist diese Produktion ihrer Qualität nach für den westlichen Konsum berechnet. Zum großen Teil geht das Kärntner Vieh als Zucht-, Nup- und Einstellvieh in andere Provinzen. — Der Absat des Schlachtviehes vollzieht sich nach Süddeutschstand, nach Tirol und in der Richtung nach unseren Seestädten. Den Wiener Markt kann Kärntner Ware nur konjunkturgemäß und vorübergehend beschicken, da seine Qualität, der früher besprochene junge Bratenochse, dem Wiener Bedürsnis nicht entspricht.

Krain ist fast ebenso viehreich wie Kärnten, und hat mit ihm die Absatz= wege gemein.

Tirol, Salzburg und Borarlberg kommen für Wien als Lieferanten von Schlachtvieh, abgesehen von Kälbern, nicht in Betracht, da sie nur wenig Schlachtvieh (jungen Bratenochsen), hauptsächlich Zucht= und Nutvieh erzeugen. Bon diesen Ländern, ebenso wie von den übrigen alpenländischen Zuchtgebieten gilt die Klage, daß der Rückgang der Alpweiden, dem bisher allzuwenig entgegengetreten wurde, die Entwicklung ihrer Viehproduktion in bedenklichem Maße beeinträchtigt. In Steiermark und Salzburg wurde in den letzten Jahren im Wege der Landesgesetzgebung versucht einen wirksamen Alpenschutz zu erzielen.

Wir haben also gesehen, daß Wien mit dem benötigten Rindsleischsochsen hauptfächlich aus Ungarn, mit jüngerem Bieh und Kälbern, ferner Stieren und Beinlvieh hauptfächlich aus Österreich, und zwar aus Innersöfterreich, mit Jung= und Fleischschweinen aus Galizien, mit Fettschweinen aus Ungarn versorgt wird.

Dem großen Interesse, das Wien an der Bersorgung durch Ungarn besitzt, entspricht aber sicherlich ein gleich großes Interesse Ungarns an der Lieferung nach Wien. Wenn wir die Grenzen Ungarns abgehen, so kommen Serbien und Rumänien von vornherein als Absatzeitet nicht oder nur unwesentlich in Betracht. Galizien bezieht höchstens Zugvieh und kleinere Mengen Einstellvieh aus Ungarn. In Schlesien und Mähren trifft das ungarische Vieh auf die dort mächtige Konkurrenz Galiziens und der bodenständigen Produktion, ebenso in Böhmen. Die Alpenländer versorgen sich

fast ausschließlich felbst und nur nach ben Seeftäbten und zuzeiten nach Stalien ift noch ein nennenswerter ungarischer Absatz möglich. Erport nach Deutschland bevorzugt besonders München hochprima ungarische Stallmaftware, im übrigen Deutschland aber begegnet Ungarn ber Konfurrenz des dort der Qualität nach bevorzugten österreichischen Viehes. Wien stellt sich bemnach nicht nur als ber größte, fondern auch als ber geeignetste und beste Räufer für bas ungarische Lieh bar, zumal es nicht nur Abnehmer für Brimasorten, sondern auch für gewöhnliches Weidevieh ist und selbst der ungarische Buffel findet in Wien seine Verwertung. Die Verteilung der Provenienzen, wie sie gegenwärtig statthat, muß bemnach als ber natürliche mirtschaftliche Zustand bezeichnet werden. Solange nicht burch die wirtschaftliche Trennung ber beiden Reichshälften die Beranlassung für bedeutendere Magnahmen der Regierung zur Emanzipation Wiens von der überwiegenden ungarischen Versorgung gegeben wurde, ware an eine grundlegende Anderung der gegenwärtigen Berhältnisse nicht zu Wir wiederholen, daß Galizien sich zu einem einflugreichen Konfurrenten Ungarns allmählich heranbilden mußte, daß die Alpen- und Sudetenländer bei ber Lieferung bes "Rindfleischochsen" ftets nur in zweiter Linie in Betracht fämen, und daß in Fettschweinen Ungarn nur durch Rumanien und Serbien ernsthaft konkurrenziert werden könnte. hiermit find auch die Richtungslinien ber Wirtschaftspolitik gegeben, welche in Sinsicht auf Die Beftrebungen Ungarns unferfeits einzuhalten maren.

III.

Der Biehhandel.

1. Seine Organisation.

Die urfprüngliche Funktion bes Marktes ist es, ben unmittelbaren Güteraustausch zwischen dem Erzeuger einer Ware und ihrem Verbraucher zu ermöglichen. Dieser Typus des Marktes ist noch erhalten in den Wochen-märkten der kleineren Städte. Mit der zunehmenden Ausdehnung des Bezugsgebietes eines Marktes schwindet für die entfernteren Produzenten — und diese sind unter den Lieseranten des Marktes sehr bald die Mehrzahl — die Möglichkeit, ihre Ware selbst zu Markte zu bringen, da die Kosten der Bringung und die damit verbundenen Verluste an Zeit und Arbeitsgelegenheit durch den Verkauf geringerer Warenmengen nicht gedeckt würden. Da greift nun zuerst die Tätigkeit des lokalen Sammelhändlers ein, zunächst

indem er mit der von ihm im Sammelkaufe erworbenen Ware ben Markt felbst besucht. Bei noch größerer Ausdehnung bes Bezugsgebietes tritt eine weitere Arbeitsteilung ein, indem ber Sammelhandler fich barauf befchränkt, im Produktionsgebiete tätig zu fein, bafelbst umberziehend Ware aufammenzukaufen, den Absatz berselben auf dem Markte der Stadt aber nicht mehr felbst besorgt, sondern sie an ein neues Zwischenglied weitergibt: Un einen auf dem Markte ständigen Geschäftsmann, der ursprünglich als fester Räufer ber Ware auftritt und bald auch das kommerziell fräftigere Element repräsentiert, da er gleichzeitig zu mehreren lokalen Händlern in Geschäfts= beziehungen tritt. Beibe Teile erganzen einander geschäftlich. Der lokale Sammelhandler befitt genügende Renntnis der örtlichen Berhältniffe, er fennt in feinem Ragon die Bersonen, die Wirtschaften berselben und ihre Bonität, fteht etwa mit ihnen in noch anderen Geschäftsverbindungen und bedeutet bemnach feinem Geschäftsfreunde in der Stadt ben fehr mertvollen Träger geschäftlicher Beziehungen zu einer ganzen Gegend. händler in der Stadt wird bestrebt sein, sich den Sammelhandler möglichst attachiert zu halten, und das erreicht er teils durch Beteiligung am Geschäfte, teils durch entsprechende Kreditgewährung. Für die Sammelhändler ist dieser städtische Markthändler als Sicherung des Warenabsates von Bebeutung. Wie jener die Geschäftslage auf dem Lande, so beherrscht dieser die Geschäftslage auf dem Markte. Um sich seinen Absatz gesichert zu halten, wird ber in ber Stadt ansaffige Sandler bestrebt fein, Die Raufer ju fich in eine wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen und dies gelingt ihm in ben meisten Fällen wieder durch die Rreditgewährung. Durch diefe Rredit= gemährung nach zwei Seiten hin ist er das maßgebende Element bei ber Bermittlung bes Güteraustausches ge= morben.

Diese angebeutete Entwicklung hat auch das Geschäft auf dem Wiener Markte im Laufe der Zeit durchgemacht und bis zum Jahre 1850 hatte sich ein wohlorganisierter und sehr regulär arbeitender Viehhandel entwicklt, der seine Beziehungen bis tief nach Galizien, Rußland und Rumänien und selbstverständlich nach Ungarn spann, wobei Unter= und Zwischenhändler eine sehr bedeutende Rolle spielen. Auf dem Wiener Markte war es eine geringe Anzahl von wohlstuierten Händlern, welche das ganze Geschäft beherrschten und jeden Außenseiter unmöglich machten. Die Macht war in ihrer Hand, weil sie einerseits durch ihre kreditgestützten Beziehungen gessicherte Bezüge von Vieh hatten und anderseits durch Kreditgewährung an die wirtschaftlich schwächeren Fleischer sich diese in Abhängigkeit gebracht hatten. Wagte es wirklich ein Vorwiziger selbst auf den Markt zu kommen,

so konnten solche abhängige Fleischer — weil sie nicht durften — nicht seine Kunden werden und die wenigen unabhängigen Fleischhauer, die ja zu den anfässigen Händen, kändlern in altgewohnten und bequemen Geschäftsbeziehungen standen, konnten von ihnen durch entsprechende Preisnachlässe leicht von dem Neuling abgezogen werden. Es war also dafür gesorgt, daß das Monopol der erbgesessen Händler von keinem Unberusenen durchbrochen wurde. Der Produzent konnte unter solchen Verhältnissen seine Ware überhaupt nicht direkt auf den Markt senden und verwerten, sondern er war auf die lokalen Händler angewiesen, deren Konkurrenz untereinander bei der geringen Anzahl der Wiener Haupthändler sicherlich kein Schutz für den Verkäuser gewesen sein mag. Die Hilsosigkeit jedes selbständigen Einsenders auf dem Wiener Markte rührte also daher, daß nicht nur das Warengeschäft, sondern auch das gesamte Kreditwesen in den Händen weniger Versonen vereinigt war.

Um die Macht der Sändler zu brechen, entschloß fich nun die Regierung im Jahre 1850 zu einer Gründung, durch welche die Kreditgewährung an die Fleischhauer von dem Geschäfte des Biehhandlers abgetrennt murde. Es erfolgte bie Errichtung ber "ftabtischen Fleischkaffe" in Wien. Wir können bie Einzelheiten der Durchführung übergehen. Wefentlich ift nur, daß die Fleischkasse für alle Käufe, welche von Fleischhauern der alten 10 Bezirke abgeschloffen murden, den Raufpreis bezahlen und dem nicht bar bezahlenden Fleischhauer unter ganz bestimmten — allerdings engherzigen — Boraussetungen Rredit gemähren mußte. So unvollfommen bieses Institut nach unseren heutigen kaufmännischen Begriffen auch mar, bedeutete es einen foloffalen Schritt nach vorwärts und erschütterte bie Bosition ber Biehhändler wirklich berart, daß ihre Bedeutung sich allmählich verlor. Die Möglichkeit, nunmehr auf bem Wiener Markte ohne Sorge um ben Barerhalt bes Raufschillings verkaufen und hierbei nicht nur an barzahlende, sondern auch an freditbedürftige Fleischer verkaufen zu können, ermöglichte es von nun an auch kapitalsschwächeren Sändlern, in Ronkurrenz mit ben alten erbgeseffenen Bandlern zu treten und ermöglichte es auch weiterhin Produzenten direkt mit ihrer Ware ben Markt zu beschicken. In biese Beit fällt bie Entstehung bes Rommiffionars. Für jeben, ber feine Bare nach Wien brachte und nicht felbst genügend mit ben Berhältnissen vertraut mar. erwies sich die Inanspruchnahme einer Person als notwendig, welche diese Bertrautheit befaß, und welche gleichzeitig alle jene guten Dienste besorgte, welche das ganze Marktgeschäft mit fich brachte, so die entsprechende Berpflegung ber Tiere, Sorge für ihren Auftrieb, Erteilung von Winken beim Berkaufe ober die Beforgung bes Berkaufes felbft, ichlieflich bie Erledigung ber verschiedenen Formalitäten ber Kaffe gegenüber. Solche Bersonen brauchten

naturlich nicht bas große Kapital, welches feinerzeit im Betriebe ber erbgefeffenen großen Sändler ftat. Allmählich gewannen fie festen Boben. er= marben sich das Bertrauen weiterer Kreise, die nun das Bieh direkt an diese Bertrauenspersonen — die Rommissionare — fonfignierten. Diese Gattung von Kaufleuten eroberte fich eine führende Stellung abermals burch die Rreditgemährung. Die Fleischkasse gab feinen Rredit an Einsender ober Produzenten. Sie übernahm also nicht jene Kreditgewährung, welche nach außenhin notwendig mar, um die Beschickung bes Marktes sicherzustellen. Das Unter- und Zwischenhändlerwefen braugen murde durch die Aleischkaffe nicht tangiert. Nur maren die maßgebenden Kreditgeber für diese Gruppe von Interessenten nicht wie früher die wenigen Händler, sondern die nun= mehrigen "Kommissionare". Bald gewannen fie auch wieber Macht über bie Räufer. Die Unzulänglichkeit der städtischen Fleischkaffe nötigte die Fleischhauer, fich auf Umwegen der freditmäßigen Unterstützung der Rommissionäre zu bedienen und fie mußten es geradezu tun, wenn fie nicht innerhalb ber 10 Bezirke Wiens ihr Geschäft betrieben. Wohl mar es also gelungen, Die Macht der alten Biehhändler zu brechen, sie aus ihrer Stellung als Beherrscher des Marktes zu verdrängen, aber nur um anderen in eine ähnliche Losition zu verhelfen: den Kommissionären. Die Unzufriedenheit wegen der unzulänglichen Funktion ber "Kasse" steigerte fich immer mehr und, nachdem fich überdies in der Technik des Marktgeschäftes verschiedene Migbrauche eingeschlichen hatten, schritt man 1870 zu einer Neuordnung der Ber-Bierbei murde die Rleischkasse nach 20 jähriger Tätigkeit auf-Es ist sehr bedauerlich, daß die damalige Zeit nicht die Jehler bes Instituts richtig erfaßte, daß man sich nicht bequemte, basselbe mobern umzugestalten und es brauchbarer zu machen als es 20 Sahre vorher gemacht worden war. Man gab durch die Aufhebung der Kasse eine Position auf, wie fie in der Folgezeit überhaupt nicht mehr innegehabt wurde, man überließ das Feld vollständig den "Kommissionären".

Ihre Geschäftsverhältnisse lassen sich folgendermaßen charakterisieren: Die großen Spiritusbrennereien und Zuckerfabriken, die einen sehr bebeutenden jährlichen Biehstand abzugeben hatten, erfreuten sich selbstverständlich einer möglichst aufmerksamen Bedienung der Kommissionäre, da sie ja eine wertvolle geschäftliche Verbindung für den Kommissionär bedeuteten. Sie waren aber auch in der Lage, durch regelmäßige Beschickung des Wiener Marktes —
und dazu reichte ja ihr großer Viehstand hin — die schwankende Konjunktur auszugleichen. Ühnlich war es mit den von den Kommissionären kommanditierten Provinzhändlern, die mit den Vorschüssen der Kommissionäre meist auf eigene Rechnung Vieh einkauften und es regelmäßig dem Kommissionär

zuführten. Als regelmäßige Runden, an beren wirtschaftlichem Gebeiben ber Kommissionar infolge feiner außenstehenden Gelder besonders interessiert war, fanden auch fie eine besondere Sorgfalt in der Bedienung. Aukenseiter maren auch jett wieder ausgeschlossen. Der Landwirt, ber mit feinem Bieh den Markt felbst beschicken wollte, fand wieder wie einst eine aroke Gruppe von Aleischhauern vor, welche dem Kommissionar verschuldet sich ihren Lieferanten nicht frei mählen konnten bzw. durften, und eine andere ficherlich kleine Gruppe wohlsituierter Fleischhauer, die kein Interesse an dem Neuling hatten und von ihm nur zu billigen Preisen kauften, zu benen er burch das mühelose Unterbot ber bobenftändigen Kommissionäre gezwungen wurde. Diese Verhältnisse - und dazu kamen noch eine Anzahl von Schwierigkeiten und Beschwerden bie Urt und Beise bes Sandels auf bem Markte betreffend — bemüßigten bie Regierung abermals einzugreifen und eine zweite Bieh- und Fleischmarktkasse zu errichten. Jedoch lehnte es biesmal (1883) die Gemeinde Wien ab, die Kasse zu führen. murde vielmehr einem privaten Bankinstitut übergeben. Diese Rleischkasse hatte ein weiteres Tätigkeitsgebiet als die erste Kasse. Es erstreckte sich auf alle auf dem Biehmarkte abgeschlossenen Verkäufe und nicht nur auf Rinder. fondern auch auf lebende Schweine und Schafe. Sie war auch in der Lage nach außenhin, also an Einsender in der gleichen Weise wie die Kommissionäre es taten, Borschüffe hinauszugeben. In der neuen Marktordnung (1883), durch welche die Bieh- und Fleischmarktkaffe obligatorisch erklärt murbe, erfolgte gleichzeitig die Abschaffung der Kommissionare und es burften Verkäufe nur mehr burch bie Gigentumer ober beren Bestellte (also praktisch gleich Angestellten) und kommissionelle Berkäufe nur mehr im Wege der Bieh= und Fleischmarktkasse durch die neueingeführten beeideten Marktagenten durchgeführt werden. Die Rommissionare beantworteten biese Entrechtung mit ber Gründung des Sezeffionsmarktes von Bregburg, ber pom 3. April 1884 bis 27. Februar 1888 allwöchentlich abgehalten murbe 1. Man hatte ursprünglich barauf gerechnet, baß erhöhte Rufuhren aus ben öfterreichischen Ländern, und zwar nicht nur aus Galizien, sondern auch aus ben Alpen= und Sudetenländern ben ungarifchen Ausfall wettmachen murben. Es ift anzunehmen, daß - wenn auch ber Rampf felbst birekt ben Kommissionären galt — vielleicht auch die Absicht mitspielte, eine Emanzipation bes Wiener Marktes von ber überwiegenden ungarischen Produktion anzubahnen.

¹ Die Beschickung des Pregburger Marktes ift aus folgenden Biffern erfichtlich:

1884			62483	١	
1885			73458		
1886			77252	> Stück	Rinder
1887			69388		
1888			13 132	,	

Sierbei murbe allerdings übersehen, daß für die Bermirklichung diefer Absicht fein gunftiger Zeitpunft gemählt murbe, benn meber die inneröfterreichische noch die galizische Produktion mar für eine folche Aufgabe genügend vorbereitet. Dem hätte mohl jahrelange Vorarbeit und planmäßiges Sinzielen auf biesen einen Endzweck vorangehen muffen, mas nicht geschehen mar. Im Gegenteil, die galizische Schlachtviehproduktion mar kurze Zeit vorher (1882) durch die Sperrung ber rumanischen und ruffischen Grenze in ihrer Leiftungefähigkeit fogar erheblich zurudgebrängt worden. Da also die Hoffnungen, welche man auf die Vermehrung der Zufuhren aus Galigien, den Alpen= und Sudeten= ländern gefett hatte, sich nicht erfüllten, ber Bregburger Markt fich hin= gegen behauptete, sah sich die Regierung veranlaßt, nachzugeben, und 1888 wurden zwar nicht die Kommiffionare, aber die "Bevollmächtigten" als Berkäufer auf bem Markte zugelaffen, bis im Sahre 1902 die Kommissionare auch die formelle Berechtigung zur Eriftenz auf dem Markte erhielten; sie nehmen heute wieder eine alleinherrschende Stellung ein. Die Fleischkaffe als rechtlich bevorzugter Biehvertäufer aber ift - wie erwähnt - für bie Marktbeschidung bedeutungelos geworben. Die Fleischfaffe hat gegenwärtig kein Interesse mehr, sich um die Heranziehung von Bieh geschäftlich zu fümmern. Sie hat diesen Geschäftszweig vollständig den Kommissionären überlassen. Sie beschränkt sich in dieser Hinsicht darauf, den Kommissionären auf das einlangende Lieh kurzfristige und vorsichtig pfandbedeckte Darlehen zu erteilen. Ihre Haupttätigkeit ist die Finanzierung der abgeschlossenen Berkäufe, wofür sie ihre Skonti bezieht, und die Krediterteilung an Käufer, wobei fie ebenfalls rigoros vorgeht. Es kommt auch heute wieder wie einft vor, daß der Kommissionar über den Kredit der Kasse hinaus persönlichen Kredit erteilt und sich auf diese Weise einen Käuferkreis in Abhängiakeit Das erhöhte Rifito, bas mit diefer Rreditgemährung verbunden ist, bringt es mit sich, daß das Berhältnis sich nicht zum besonderen Bor= teil bes Schuldners gestaltet, ba ja ber erhöhten Gefahr notwendigermeife eine erhöhte Brämie zugunften des Kreditgebers entsprechen muß.

2. Die einzelnen Beichäftsformen.

Das Biehgeschäft vollzieht fich heute in folgenden Formen:

1. Der kommissionelle Berkauf für ben Produzenten.

Der Landwirt sendet seine Ware an einen Kommissionär, der ihm vertrauenswürdig erscheint und der letztere verkauft für ihn die Ware, ohne daß vorher zwischen diesen beiden ein anderer dieselbe Ware betreffender geschäftlicher Verkehr (z. B. Darlehensgewährung) stattgefunden hätte 1.

¹ Siehe 4. "Das Biehbankgeschäft", S. 72.

Solche Einsendungen kommen so ziemlich bei allen Kommissionären vor. haben aber heute für die Biehverforgung Wiens nur fefundare Bebeutung. ba sie die seltenere Form darstellen, in der die Biehzufuhr nach Wien er-Die Unsicherheit der Konjunktur läßt die direkte Verwertung auf bem Markte für den sporadisch einsendenden Broduzenten stets als ein Dieses Wagnis ist naturgemäß für ben fleinen Land= Waanis erscheinen. mirt, ben Bauern, am meisten gefährlich, weil biefer nur felten und mit wenigen Biehstücken ben Markt beschicken fann. Trifft er einen guten Markt. fo kann er erheblich gewinnen, im Gegenteile jedoch fehr empfindlichen Berluft erleiben. Größere Landwirte, die eine Reihe von Märkten hintereinander beschicken können, sind bagegen in ber Lage, die wechselnden Konjunkturen auszugleichen und einen Durchschnittspreis zu erreichen, ber in Abereinftimmung mit der allgemeinen Breislage des Biehes fteben und ihnen eber Befriedigung gemähren wird. Auf diese Erfahrung gestütt, hat auch die städtische Übernahmestelle Sammelsendungen bäuerlichen Biebes eingeführt. zu benen Landwirte nur einzelne Biehftude beiftellen, um auch mit ihrem geringeren Biehstande doch an mehreren aufeinanderfolgenden Märkten teilnehmen zu fonnen. Wenn auch die Erfahrungen hierbei ein abschließendes Urteil noch nicht gestatten, so kann immerhin betont werden, daß der gewählte Ausweg fich bisher als der praktikabelste erwiesen hat, um auch dem landwirt= schaftlichen Rleinproduzenten die direfte Beschidung bes Marttes zu ermöglichen.

Die Provifion, welche ber Kommiffionar für die Durchführung des Berfaufes berechnet, ftellt fich für Großhornvieh in ber ungarischen und polnischen Gruppe auf 3 K per Stud, im Maximum auf 1 % vom Berkaufserlöfe; in ber beutschen Gruppe auf 1-2 K; für Borftenvieh auf 1 %, für leichte Bare 11/2 %, vom Berkaufserlofe, bei Jungschweinen bismeilen 1 K per Stud: für Rälber auf 60 h bis 1 K, wobei allerdings ber Rommiffionar auch bas Delfredere zu tragen hat. Außer ber Provision werben im Rinbergeschäfte noch Treiberspesen gewöhnlich mit 1 K per Stud, im Schweinegeschäfte mit 30-40 h per Stud bei leichter und mit 20 K per Baggon schwerer Bare, bei Kälbern gewöhnlich 12 h per Stud berechnet. Diese Gebührenfate des Kommissionars können geschäftlich gerechtfertigt werden und ftellen ficherlich keinen schädlichen Zwischengewinn bar; ben Provisionsfat von 1 % bei Großhornvieh muffen wir allerdings als übermäßig erklären. Wenn die Kommissionare als verteuernde Zwischenglieder im Viehaeschäfte bezeichnet werden, fo mag biefer Borwurf in ihren übrigen Betäti= aungen (etwa ale effektiver Sandler, ale Biehbankier) feine Begrunbung finden, die Spefen bes tommiffionellen Bertaufes erharten ihn im allaemeinen noch nicht1.

¹ Es wird hierbei selbstverständlich von der Boraussetzung einer vollständig korrekten Geschäftsführung ausgegangen.

2. Der fommiffionelle Verkauf für auswärtige Sammel= händler.

Diese Geschäftsform nimmt bereits einen ziemlich breiten Raum ein und bildet insbesonders auf dem deutschen Plate des Rindermarktes, auf dem Jung- und Stechviehmarkte sowie auf dem galizischen Teile des Schweinemarktes die Regel. Das Wesen besteht darin, daß meist der Rommissionär des Wiener Marktes lokale Sammelhändler in der Provinz mit Rapital versieht. Mit dem Gelde des Kommissionärs besorgen diese in ihrem "Gäu" die Vieheinkäuse und senden dieselben an den Borschußgeber zum kommissionellen Verkauf. Häusig kommen sie auch selbst nach Wien und besorgen den Verkauf im Stande ihres Kommissionärs, der in Wien geradezu ihren geschäftlichen Patron repräsentiert. Auf dem Jung- und Stechviehmarkte, auf welchem die Vieh- und Fleischmarktasse nicht arbeitet, muß der Kommissionär außer allen andern guten Diensten auch noch das Delkredere für die durchgesührten Verkäuse tragen. Die Vorschüsse an die Sammelhändler ersolgen oft zinsfrei und der Kommissionär sindet dann seinen Verdienst lediglich in der Kommissionägebühr.

Es fommt natürlich auch vor, daß Sammelhändler durch einen Kommissionär verkaufen lassen, ohne durch Vorschüsse des Betreffenden an ihn gebunden zu sein. Solche Geschäftsverbindungen entspringen meist besonderem persönlichen Vertrauen oder altgewohnten Familienbeziehungen. Überhaupt muß man das Entstehen vieler Kommissionssixmen auf solche Beziehungen zurücksühren. Sine Gruppe einander nahestehender Familien, welche erbgesessen in einem Produktionsgebiete hier den Viehsammelkauf betreiben, entsenden einen aus ihrer Mitte nach Wien, damit er dort ihre gemeinschaftlichen Interessen vertrete. Dieser wird nun zum Kommissionär für alle Einsendungen der Gruppe, und das Vertrauensverhältnis bleibt auch aufrecht, wenn auf beiden Seiten im Laufe der Zeit persönliche Veränderungen eingetreten sind.

So wenig Kapital auch der Kommissionshandel der vorhergehend unter 1 besprochenen Art infolge Bestandes der Vieh= und Fleischmarktasse ersordert, desto mehr ist beim Geschäfte mit Sammelhändlern in der Provinz ersforderlich, natürlich angepaßt der Ausdehnung des Geschäftes. Die Vorschüsse sind reine Personalkredite und entbehren auch bei genügender Kenntnis der Marktlage und der Kommittenten keineswegs eines erheblichen Nisikos. In der Regel gehen zwar die Käuse und Berkäuse auf Gesahr des Händlers und er muß den Verlust tragen und er trägt ihn auch deshalb leichter, weil er durch ununterbrochene Beschickung des Marktes den Verlust durch den immer wieder eintretenden Gewinn kompensiert. Er kann aber auch ans

bauernd Berluste haben und bann sinkt seine Bonität so sehr, baß ber außenstehende Geldbetrag für den Kommissionär geradezu verloren ist. Solche Berluste kommen immer wieder vor, und hauptsächlich dann, wenn in einzelnen Gegenden der Preis aus lokalen Gründen sich hoch erhält, am Wiener Markte aus anderen Gegenden — auch wieder aus lokalen Ursachen — starke Beschickungen eintreten und die Preise demnach hier niedere sind.

3. Der effektive Biehhandel.

Diese Art bes Geschäftes hat allmählich wieder maßgebende Bedeutung gewonnen. Hauptsächlich in ungarischer Ware dürfte der größte Teil als sest gekauft von den Kommissionären — die dann selbstverständlich nur noch gewohnheitsmäßig als solche bezeichnet werden — auf den Markt gebracht werden. Diese Käuse beziehen sich oft auf den ganzjährigen Viehstapel eines Großproduzenten, und es kommt vor, daß sich zu einem solch großen Geschäfte mehrere Firmen zu einem Konsortium vereinigen. Wenn die Jahresproduktion eines Großproduzenten zur Vergebung gelangt, tritt ein scharfer Wettbewerd um dieselbe ein, dessen Resultat gar oft nicht nur durch den Wert der Tiere und die zu erwartende Konjunktur, sondern auch in erheblichem Maße von dem Bestreben des einzelnen beeinflußt wird, die Ware ja nicht einem Konkurrenten zu überlassen. Treiben sich die Kommissionäre hierbei oft in verlustbringende Geschäfte hinein, so erreichen sie meist ganz erklecklichen Gewinn, besonders wenn es ihnen gelungen ist, eine Hausse in der Preisentwicklung vorauszusehen.

Der effektive Biehhandel ift befonders, wenn er in Auffäufen für längere Sicht befteht, fehr ristant, und zuzeiten unerwarteter Preisfturze geraten nicht vollständig kapitalsichere Firmen, wenn sie viel Bieh auf teuere Schlüffe in handen haben, ins Wanken. Weniger ristant ift ber Biehhandel durch Auffaufen von Bieh auf ben Provingmärkten. Diese Geschäfte find meistens für fehr kurze Friften, meist nur wenige Tage und, wenn auch die einzelne Konjunktur des Wiener Marktes nicht vorausgesehen werden fann, so ist der Einkäufer doch in der Lage, mit der bestehenden Tendeng zu rechnen. Außerdem verbürgt die rasche Abwicklung und die größere Ungahl ber unmittelbar hintereinanderfolgenden Geschäftsfälle eine ent= sprechende Rompensation und daher eine Berabsetzung der Berluftgefahr. Diese Geschäfte merben gerne a meta mit bem Ginkaufer gemacht, um fich bes besonderen Interesses desfelben zu versichern. Aber auch durch angestellte Versonen werden die Einkäufe besorgt, ebenso durch Leute, welche für den Einkauf Brovifion beziehen. Diefe find dadurch ins Interesse gezogen, daß fie eben nur folange ihren Berdienst gesichert haben, folange fie tatfächlich mit bestem Wissen und Können für ihren Auftraggeber handeln. Das effektive Kaufgeschäft gewann immer mehr an Bebeutung durch die scharfe Konkurrenz im Kommissionshandel. Als persönliche Einslußenahme auf den Kommittenten, hinausgegebene Vorschüffe zu möglichst guten Bedingungen, ja sogar spekulative Ausbesserungen der erzielten Preise aus der Tasche des Kommissionärs den Einsender nicht mehr zu sichern vermochten, oder wenn im geschäftlichen Kampse dem Konkurrenten eine ihm bestimmte Kommissionsware weggenommen werden sollte, griffen die Kommissionäre zum direkten Kauf. Aber auch auf seiten der Produzenten sand sich große Geneigtheit vor, die Ware sest aus dem Stalle abzugeben. Die seinerzeitige Organisation des Marktes sowie die ganze Art der Geschäftsabwicklung gaben den Einsender so vollständig preis, daß die Einsendung nach Wien in viel höherem Maße ein Risito bedeutete als heute, da auf dem Markte eine diffizile Kontrolle seitens der Marktbehörde besteht und die Durchsührung des Verkaufes in bestimmten einsachen Formen ersolgen muß.

Dazu kam, daß insbesonders Primaware immer mehr gesucht wurde und demnach der Käuser der Ware nachgeht. Der Produzent aber entgeht durch den Stallverkauf der Gefahr des Transportes, der Konjunkturschwankung am Wiener Markte und schließlich auch jener Gefahr, die mit der Übergabe eines wertvollen Gutes an eine dritte Person — ganz objektiv genommen — doch stets vorhanden ist. Die meisten Herrschaften bestehen auch heute noch auf dem Stallverkauf, obwohl gerade sie in der Lage wären, durch regelmäßige Marktbeschickung die Schwankungen der Konjunktur auszugleichen. Daß beim bäuerlichen Kleinproduzenten alle diese den Stallverkauf bebingenden Momente noch mehr in die Wagschale sallen als beim Großeproduzenten, ist erklärlich. Und wenn auch unter den heutigen, geordneten Verhältnissen der letztere sich zur direkten Beschickung nicht entschließen will, um wieviel weniger kann man es vom Bauern verlangen, der den kommenziellen Verhältnissen völlig unorientiert und baher auch nicht gewappnet gegenübersteht.

Der effektive Viehhandel erfordert große Kapitalien, weitverzweigte und betaillierte Geschäftsbeziehungen über ganze Gebiete und stete Information

¹ Sogar rollende Kommissionsware wird bisweilen vom Konkurrenten wegsgekauft; ein beliebtes Mittel zur Verhinderung der oben besprochenen Sammelssendungen kleiner Landwirte ist, daß Händler am Bahnhose einige Stücke aus dem Transporte mit erhöhten Preisen auskausen, so daß die übrigbleibenden Anlieserer der nunmehr erhöhten Frachts und Spesenquote wegen die Sendung aufgeben und sich ebenfalls zum Verkauf an den Händler entschließen.

² Haben boch die vom Einsender verlangten Borschüffe in vielen Fällen geradezu die Bedeutung einer Kaution!

über die Biehmarktlage der ganzen Monarchie einschließlich der den heimischen Biehhandel tangierenden sonstigen Geschäftszweige (Biehimport und Export, Fettbranche, Lederbranche, Futterernte u. a.). Für die großen geschäftlichen Risken muß der "Rommissionär" in entsprechend hohen Gewinnen die Berssicherungsprämie finden. Die Geschäftsart selbst charakterisiert sich als reines Spekulationsgeschäft.

4. Das Biehbantgefchäft.

Der Rommissionar erscheint hierbei als Bankier bes großen Produzenten. Er finanziert ben letteren. Diese Art ber Geschäftsführung ift, solange fie zur normalen Befriedigung eines regulären Kreditbedürfnisses bient, volkswirtschaft= lich gewiß fehr bedeutsam und ein schätzenswertes Element, das in das Biehaeschäft durch ben geldwirtschaftlichen Zug ber jüngeren Zeit hineingetragen murde. Der Kommiffionar kauft Magervieh ein und verkauft dieses bem Mäster, wobei er ihm ben Kaufpreis freditiert. Ober er stellt bas Vieh überhaupt auf eigene Nechnung in den Stall des Mästers. ersteren Falle verpflichtet sich ber Master, bas Vieh burch ben betreffenden Rommissionär verkaufen zu laffen, wenn biefer bas Bieh nach Beendigung ber Mast abberuft. Dber ber Mäster bedingt sich aus, daß ber Kommissionar das Bieh nach beendigter Mästung zu einem bestimmten Breis (meist wird ein Aufschlag auf ben Magerviehpreis und eine Qualitätsprämie ausgemacht) wieder rückfauft. Im zweiten Falle verpflichtet fich ber Mafter gegen eine bestimmte Mastungeprämie die Tiere reif zu masten, wobei zur Sicherheit bes Bieheigentumers auf Grund vorhandener Erfahrungen eine burchschnitt= liche Mindestgewichtszunahme von dem Mäster garantiert wird. kommt ferner noch, daß Kommiffionäre an großen Maftanstalten ober an größeren landwirtschaftlichen Bachtungen geradezu finanziell beteiligt find. Als die einfachste Form stellt sich noch die Belehnung des Mastviehes im Stalle bar.

Der Betrieb dieser Geschäfte ist selbstverständlich an den Besit großer Kapitalien oder erheblichen Bankfredites geknüpft, und da in den meisten Fällen die Gesahr der Preisveränderung des Viehes den Kommissionär trifft, sein Geschäftsbetrieb von der Bonität der Kommittenten abhängt, so ist auch diese Gruppe von Geschäften spekulativer Natur und der Kommissionär muß für die höhere Gesahr sich in erhöhtem Geschäftsgewinn Schadloshaltung suchen. Daß er hierbei — eine glückliche Spekulation vorausse gesetzt — sehr ansehnliche Übergewinne erzielen kann, liegt ja in der Natur der Sache.

Diese Biehbankgeschäfte sowie auch die effektiven Räufe in der Form

von Schlüffen beziehen sich hauptsächlich auf Primaware größerer Brobuzenten, sowohl im Rinder= als auch im Fettschweinegeschäfte. Bei minderem Bieh, ferner bei Kühen und Stieren, sowie bei galizischen Schweinen, schließlich beim Jung= und Stechviehgeschäft überwiegt Bevorschussung von Sammelhändlern bzw. kurzfristiger Kauf. Rinder, deren Qualität geradezu Marke geworden ist, werden vom Kommissionär nicht auf dem Markte selbst verkauft, sondern außerhalb des Markthandels direkt aus dem Stalle weg an den Fleischhauer verschlossen. Solches Vieh berührt dann den Markt nur, weil die Ausladung auf dem Zentralviehmarkte ersolgen muß. Diese Außermarktkäuse haben im Lause der letzten Jahre betragen:

1908			32719	Stücke	Schlachtvieh.
1907	•		31055	,,	,,
1906			42088	,,	"
1905			$40\ 678$,,	"
1904			35468	,,	,,
1903			35527	,,	,,
1902			29143	"	,,
1901			24529	,,	,,
1900			25585	,,	,,

Der Grund hierfür liegt in folgenden Momenten:

Das stets knappe Angebot an wirklicher Primaware bewirkt, wie erwähnt, daß der Käuser die Ware aufsucht und nicht umgekehrt; solche Ware hat eine anerkannte Preislage und vermeidet demnach mit voller Absicht den Wiener Markt und bessen unsichere Konjunktur (selbst beste Sorten ristieren 1—2 K per 100 kg). Man kann bei diesen Qualitäten geradezu von einer Marktslucht sprechen. Schließlich kommt wohl auch die Ersparung gewisser Marktspesen hinzu, die nicht ganz außer Kalkul zu lassen sind 0,3% oskonto der Vieh- und Fleischmarktsasse, 20—40 h Stallgebühr, zirka 2 K per Tag Futter und Streu; Provision wird auch beim Außermarktgeschäfte in der Regel bezahlt. Allerdings wird beim Stallverkauf gewöhnlich ein Perzentabschlag (5—8%) vom Gewichte gewährt, der dem Gewichtsverluste bei der Marktbeschickung analog ist.

Die Entwicklung bes Biehgeschäfts seit 1850 hat, nachdem das reguläre Handelsgeschäft durch das Biehkommissionsgeschäft vollständig verdrängt worden war, allmählich wieder den effektiven Handel aufleben lassen. Dieser Handel hat jedoch spekulativen Charakter. Die Weiterentwicklung scheint sich in der Ausbreitung des effektiven Handels zu vollziehen und die auf Reformen im Viehgeschäfte abzielenden Maßnahmen öffentlicher Stellen und landwirtschaftlicher Kreise werden mit dieser Entwicklung rechnen müssen.

IV.

Die Preisbildung.

Die Preislage ber einzelnen Wiener Märkte stimmt mit ber Preislage außerhalb Wiens (in ben Produktionsgebieten) nicht überein, sondern ist abwechselnd höher oder niedriger als diese. Die Preislage außerhald Wiens ist nur allmählichen Schwankungen ausgesetzt, die Preislage außerhald Wiener Markte ändert sich fast jede Woche und disweilen treten plöyliche starke Steigerungen oder ebenso plöyliche und empfindliche Preisstürze ein. Die Preise verändern sich auf einem Markte gegenüber dem vorhergehenden Markte in Primaware wohl nur um $1-2~{\rm K}$, selten mehr, in mittlerer und minderer Ware aber um $3-4~{\rm auch}$ um $5-6~{\rm und}$ in extremen Fällen bis zu $10~{\rm K}$ per $100~{\rm kg}$ Lebendgewicht. Auf dem Lande bleiben solche Preisveränderungen geradezu unverstanden.

Diese Verschiedenheit der Preisentwicklung ist darauf zurückzuführen, daß außerhalb Wiens und auf dem Wiener Markte die Preisbildung unter dem Einfluß von wesentlich verschiedenen Momenten vor sich geht.

Die Breislage bes Viehes außerhalb Wiens entbehrt zwar auch ber Einheitlichkeit, die Konkurrenz ber Sändlerschaft stellt aber doch eine gemisse Barität zwischen ben größeren Produktionsgebieten ber. Man kann baber bie Breisbildung in ben einzelnen Produktionsgebieten leichter unter einem gemeinfamen Gefichtspunkte betrachten, und fie als bie herrschende Allgemein= konjunktur bezeichnen. Ihr liegt bas Berhältnis bes Borrates an abgebbarer ober abzugebender Ware zu dem gesamten Anspruche, ber in ber Monarchie vom Konsum und Exporte auf diese Ware gemacht wird, zu= Diese Konjunktur kann natürlich nicht burch ein bestimmtes Zahlenverhältnis ausgedrückt, wohl aber als Tenbeng empfunden werben. Es ift bedauerlich, daß bei uns nicht ebenso wie anderwärts jährliche Biehzählungen eine verläßliche Übersicht über ben Biehstand bes Reiches ermöglichen. murben, wenn auch nicht genau, so boch fehr wertvolle Aufschluffe über bie Entwicklung unferer Biehproduktion geben und einen Schluß auf die unmittelbar folgende Beriode gestatten. Die bei uns immer nur anläglich ber Bolkszählung erfolgende Feststellung bes Biehbestandes ift in furzer Zeit praktisch wertlos.

Der Begriff ber abgebbaren ober abzugebenden Ware ändert sich natürlich nach ben jeweiligen Verhältnissen. Günstiger Absatz erweitert ihn und

¹ Dabei ift selbstverständlich auf die Parität Bedacht genommen, also unter Berücksichtigung der Frachtspesen, Marktregie und des Transportkalos.

so manches Tier wird als Schlachttier verkauft, obwohl es hierzu noch nicht reif ist. Auch Notstand vermehrt die Menge der abzugebenden Ware, doch kann unter dieser Voraussetzung von einer normalen Preisentwicklung nicht mehr gesprochen werden, da ja für dieselbe nicht mehr das bloß wirtschaft- liche Moment maßgebend ist. Ein gutes Futterjahr, hohe Preise für Mager- vieh schränken selbstverständlich die Menge des abgebbaren Schlachtviehes ein; der Anspruch des Konsumes wird gehoben durch günstige wirtschaftliche Verhältnisse in den nichtagrifolen Bevölkerungsschichten (reger industrieller und gewerblicher Export!), ferner durch einen vermehrten Fremdenverkehr, der erklärlicherweise eine noch günstigere Wirkung als der Export hat 1, steigende Viehpreise in den Nachbarstaaten begünstigen den Export und rusen eine vermehrte Ansorderung an unsere Produktion hervor.

Ein Creignis, beffen Wirkung fich fehr nachhaltig in ber Preisbildung erhält, ift eingetretene Futternot. Sie verursacht in ber ihr folgenden Berbstund Winterperiode sehr startes Überbot an meist schwächerer Ware und infolgebessen bisweilen ein katastrophales Sinken ber Breife. Im folgenden Sahre tritt dann infolge ber reduzierten Biehbestände die konsequente Berminderung des Angebotes und ein Anziehen der Preise ein. Ift bieses Sahr zufällig ein gutes Futterjahr, bann ift natürlich bas Angebot in biefer Ware noch geringer, weil infolge bes reichlichen Futters viel mehr Bieh überwintert und aufgemästet werben kann. Ein Korrektiv ift allerdings in bem Unreiz geboten, zu den hohen Preisen auch schwächeres Bieh für Schlacht= zwecke abzugeben, ja fogar foviel, daß eine weitere Reduktion der Biehbeftande eintreten fann. Bu folden Zeiten aber Bieh in Maftanftalten ein= zustellen, ist für ben Mäster ristant und er beschränkt sich auf die not= wendige Einstellung zur Düngergewinnung, weil er das Ginftellvieh zu ben hohen Preifen kaufen muß und Gefahr läuft, zuzeiten ber Abgabe bes reif gemästeten Biehes (also nach ca. 6 bis 10 Monaten) schon niedere Preise vorzufinden. Die Großmäfter find in folden Reiten ftark versucht, lieber nicht zu mäften, ihre Kuttermittel vielmehr zu konservieren und zu ervortieren oder aber Milchwirtschaft einzuführen, wodurch das Angebot an Mastvieh natürlich eingeschränkt und die hohen Breise für Brimaware noch eine Periode stabilisiert werden. Infolge der Nachzucht und des geringeren Un= spruches an Magervieh steigt bann allmählich bas Angebot an mittlerer und

¹ Die Verwertung von Schlacht- und Stechvieh für Zwecke eines durch Fremdenverkehr bewirkten Konfums im Inlande ist in der Regel vorteilhafter als die Verwertung im Exporte, bei dem die Zollbelastung und die dem Auslande zusallenden Zwischenspesen bzw. Zwischengewinne den Vorteil für die heimische Volkswirtschaft beschränken.

minderer Ware und die Preise biefer Waren sinken bereits, mahrend Brima erst einige Zeit später nachfolgt.

Ein anderes Beispiel des Notstandes, durch welchen die Preisdilbung wesentlich beeinflußt würde, ist das Auftreten von Seuchen. Glücklicher- weise sind seit dem letzen Auftreten einer größeren Biehseuche (Schweine- seuche anfangs der 90 er Jahre) keine solchen Schädigungen unseres Biehstandes erfolgt, und wir können auf unsere veterinären Verhältnisse mit besonderer Befriedigung hinweisen.

Die allgemeine Konjunktur hängt also von Berhältnissen ab, welche nicht momentanen Beränderungen unterworfen, vielmehr für größere Zeitsabschnitte (Monate, eine ganze Saison) wirksam sind; wenn demnach eine bestimmte Tendenz begonnen hat, pflegt sie sich zu einem Maximum zu entswickeln, um dann allmählich wieder zu einem entgegengesetzten Ausschlag sich rückzubilden.

Anders ift die Preisentwicklung auf dem Wiener Markte. Sier bafiert bie Konjunktur auf bem Berhältniffe zwischen bem speziellen Angebote bes einen Marktigges und bes Wiener Lokalbebarfes1, eingeengt auf ben geschloffenen Zeitraum von 7 Tagen. Diefe örtliche und zeitliche Geschloffenheit des Berhältnisses von Angebot und Nachfrage ergibt sich aus zwei Momenten. Bunächst ist zu bedenken, daß wir es mit einer Ware zu tun haben, welche nicht stapelfähig ist, durch ihren Aufenthalt auf dem Markte nicht nur hohe Spefen verurfacht, sondern aus den gewohnten Berhältniffen herausgeriffen in ihrem Zustand stets schlechter wird; letteres insbesonders, weil auf bem Wiener Markte Rinder nicht in gleicher Beise gefüttert werden fönnen wie in ihrem Maststalle, sondern auf Beu und Wasser beschränkt find. Beidevieh und troden gemästete Tiere finden mit dem verabreichten Brimaberg= heu allerdings ihr Auskommen, Tiere, welche mit weichem und warmem Futter gemästet wurden, nehmen aber Seu allein nur ungern an, so daß sie bei längerem Stehen ftark an Gewicht verlieren. Die teuere Lebenshaltung ber Großstadt bedingt es, daß der Unterhalt der Tiere auf dem Wiener Markte bedeutend höher kommt als zu hause in ihrem Stalle. Wird hierdurch bas längere Stehenbleiben ber Tiere auf bem Markte geschäftlich nachteilig, fo ift durch die früher mitgeteilten veterinären Borschriften das Aufheben der Tiere überhaupt nur auf eine Woche, also von einem Hauptmarkte (Montag) auf den nächsten gestattet. Das Zuwarten einer etwaigen befferen Konjunktur bes nächsten Marktes ftellt fich bemnach immer nur als eine Notmagregel bar.

Die Preisbildung steht also hier unter ber Einwirfung vorübergehender

¹ Bu bem auch die Anforderungen der Nachbargebiete Wiens zu rechnen find.

nur turzfriftig mirfender Momente, die von Woche zu Woche Underungen unterworfen sind und in ihrer Manniafaltiakeit zusammenwirkend bie perschiedensten Resultate zeitigen. Das bedeutenofte unter biefen mirkenben Momenten ist natürlich die Größe des jeweiligen Auftriebes, die beim Mangel einer Organisation auf seiten ber Ginsender ein völlig unbestimmter Faktor bleibt. Eher zu beurteilen ift die wechselnde Nachfrage, die fich aus ben Saisonverhältniffen, ben Unhäufungen von Ware in der Grokmarkthalle. dem Biehbestand in den Schlachthäusern u. a. ergibt. Gin nicht porauszusehender Faktor ift allerdings die Art, in der fich die Proving, hauptfachlich bie weitere Nachbarschaft, also Böhmen, Mähren, Steiermark, eventuell Trieft und Bola oder die Militärkonservenfabriken am Ginkaufe beteiligen. Much ein plötlich eintretender Wetterumschlag vermag auf die Nachfrage belebend oder hemmend einzuwirken. Sofern gemiffe allgemeine Gefichts= punkte vorliegen, aus benen die Gestaltung ber Nachfrage beurteilt merben fann, nehmen die Rommissionare bei ber Beschidung bes Marktes, soweit möglich, sicherlich barauf Rücksicht. So 3. B. ist gegen Ende eines Mongtes der Bedarf megen des knapperen Geldstandes in der Bevölkerung ein ge= ringerer, zu Beginn bes Monates erklärlicherweise ein größerer, ein in bie Boche fallender Reiertag vermindert den Rindfleischbedarf, hebt dagegen den Schweine- und Kalbfleischbedarf. In den letten drei Monaten bes Jahres wird der Verbrauch an Bratenfleisch (Rostbraten und Rieden, Rälbernem und Schweinernem) durch ben Konfum von Wild und Geflügel ftark beeinträchtigt, ebenso wirkt ein herannahendes Zinsquartal ober gewisse Feiertage. mit benen größere Auslagen für die Bevölkerung verbunden find (Beihnachten. Oftern, Allerheiligen). Um Neujahr herum entwickelt fich ein besonders reges Schweinegeschäft, in der Ofterwoche drängt ber Rauf von Lämmern andere Bratenqualitäten zurud, in der Zeit der Sommerfrische finden mittlere Ochsen weit mehr Anklang als in ber Hochsaison, mahrend schwere Primaware in jener Zeit wenig gefragt ist; bei Beginn ber Bautätigkeit wird Burftvieh (Stiere und Beinlvieh) rege angesprochen, und es gab Märkte, an benen über 1000 Stiere per Woche Abfat fanden, mahrend zu anderen Zeiten sogar mit 500 bas Auslangen gefunden wird. Bei bem ermähnten Mangel einer entsprechenden Organisation ber Beschickung ift es aber häufig ber Fall, daß alle von bem gleichen Gebanken befeelt find und dadurch — daß alle das gleiche tun — ber entgegengesetzte extreme Fall pon jenem eintritt, auf welchen spekuliert wurde. Als 1906 zum erstenmale die ferbische Einfuhr gesperrt murbe, rechneten die Ginsender auf ein Steigen ber Schweinepreise auf bem Wiener Markte. Die Ginsendungen schwollen gang plötlich an und bas Ergebnis mar ein fehr billiger Markt. Gegen

Ende eines Monates vor dem Zinsquartal fürchten die Einsender einen schlechten Markt und halten zurück, oftmals so stark, daß ein kräftiges Unziehen der Preise gerade zur ungünstigsten Zeit erfolgt.

Der wöchentliche Bedarf des Wiener Plates schwankt gegenwärtig zwischen 4—5000 Kindern, 12—20000 Schweinen und 4—5000 Kälbern. Nun wird allerdings auf alle die dargelegten Momente seitens der maß= gebenden Firmen Rücksicht genommen, es ist aber selbstverständlich bei der großen Zersplitterung der Einsendungen nicht möglich, eine Regelung herbeizuführen, durch welche eine Übereinstimmung der speziellen Konjunktur des Wiener Marktes mit der allgemeinen Konjunktur herbeigeführt werden kann. Allerdings ist der Gedanke nicht abzuweisen, daß die im Liehsgeschäfte tätigen Kausselleute mit Rücksicht auf den großen Teil sestgekauften Liehes an den lebhaften Schwankungen der Preise aus spekulativen Rückssichten keineswegs uninteressiert sein dürften.

Die Schwankungen ber Preise auf dem Wiener Markte sind aus den ansgeschlossen Tabellen leicht zu ersehen. Sie veranschaulichen aber die Preisversänderungen nicht in ihrer wirklichen Größe, weil die Preisberichte auf die Verschiesbungen der einzelnen Qualitäten nicht bedachtnehmen können. Diese "Qualitätens verschiebung" besteht darin, daß bei geringen Auftrieben und steigender Tens den die Beurteilung der Qualitäten de kacto eine günstigere ist, während sie Bei übermäßigem Angebot an Ware in rigoroserer Weise ersolgt, d. h. der Käuser sucht sorgfältiger aus, weil ihm mehr Auswahl geboten ist. Bes merkenswert ist in der Entwicklung der Preise, daß bei anhaltendem Sinken die Abstände der niedersten und höchsten Preise immer größer werden, und ein auffallendes Auseinanderziehen der Preisgrenzen stattsindet. Dies erstlärt sich aus der stets sestenen Haltung der guten Ware, deren höhere Preislage insolge des nicht so leicht vergrößerten Angebotes schwerer ges brückt werden kann, während mindere Sorten zunächst und am meisten nachgeben.

Es ift typisch, daß bei übermäßigem Angebote die schwächere und schwächste Ware mehr im Preise verliert, als nach der Preisdifferenz in den besseren Qualitäten für sie entsprechen würde. Erklärlicherweise suchen sich die Käuser zunächst einen Teil ihres Bedarfes mit der Ware, die ihnen qualitativ am besten konveniert, sicherzustellen. Es sindet also unter einer gewissen Kauslust vorerst eine Auslese der besseren Stücke statt, auf welche noch nicht der volle Preisdruck ausgeübt wird. Einen je größeren Teil seines Wochenbedarses sich der Käuser auf diese Weise gedeckt hat, besto reservierter kann er sich hinsichtlich der noch zu kaufenden Tiere verhalten und besto ungünstiger wird mit fortschreitendem Markte die

Situation bes Berkaufers, ber nunmehr mit feinem "Stoß" 1 einer bereits aans ober teilweife befriedigten Räuferschaft gegenübersteht. Für die Preis= nachläffe, die er jett gewähren muß, ift nicht mehr allein der Qualitätenunterschied makaebend, sondern es muß in diesem Nachlasse auch eine Prämie für den Käufer enthalten fein, daß er mehr einkauft als fein eigentlicher Be größere Anforderungen an die Aufnahmefähigkeit Bedarf ausmacht. ber Räufer gemacht werden - also je mehr bas Angebot ben wirklichen Wochenbedarf übersteigt, besto größer muß auch diese Prämie fein — mit anderen Worten, jedes weitere Plus an Ware über den wirk= lichen Bedarf hinaus übt progreffive Wirkung. Bon diesem progressiven Preisdruck ist natürlich nicht nur die mindere, sondern auch beffere Ware betroffen, wenn die Berkaufer nicht rechtzeitig abzuseten ver-Den einzigen Rüchalt, ben ber Berfaufer in biefem Stadium der Marktlage besitzt, ist die Eventualität auf den nächsten Markt aufzusparen, in der Hoffnung auf diesem eine bessere Konjunktur anzutreffen.

Für die bessere Haltung der Primaware sind auch die Außermarktkäufe mit ein Grund, weil durch diese eine gewisse Ausgleichung der schwankenden Zusuhren ermöglicht ist; bei minderem Vieh sind Außermarktkäuse selten, Schlüsse kommen wohl gar nicht vor.

Bei zu geringem Auftriebe und bemgemäß nicht genügendem Angebote findet die Entwicklung in umgekehrter Richtung analog statt.

Bas eben ganz allgemein von der Entwicklung der Marktlage dargelegt wurde, gilt im kleineren Maßstabe auch von den speziellen Konjunkturen, die sich in einzelnen Sorten ergeben. So z. B. kann in Stieren wegen zu großen Auftriebes ein starker Preiskall eintreten, während gleichzeitig Mastochsen dem Bedarfe nicht entsprechen und teuerer werden dzw. umgekehrt. Oder schwächeres Fleischhauervieh ist nicht genügend vertreten und steigt im Preise, während Prima vollständig befriedigt und im Preise nachgibt. Dabei beeinflussen steinzelne Warengattungen gegenseitig. Ein schwacher Auftrieb in Beinlvieh nützt dem Stiergeschäfte und umgekehrt. Weidevieh drückt den Preis der Kühe, während letztere beim Mangel an Ochsen dritter Qualität prositieren. Die Auftriebe in ungarischen Fettsschweinen beeinstussen die schweine, u. ä.

Zwischen ber allgemeinen Viehkonjunktur und der speziellen Konjunktur bes Wiener Marktes besteht trot der Verschiedenartigkeit der Preisbildung bennoch ein inniger Zusammenhang. Die Beeinflussung ist eine wechselfeitige.

Die Bare, welche nach bem Verkauf ber besseren Stücke übrig bleibt, ursprüngslich jene Stücke, welche beim Verkause einer Partie "gestoßen", b. h. vom Partiepreis ausgenommen und um einen etwas niedrigeren Preis mitverkauft wurden.

Der Wiener Markt wirkt auf die Bildung der allgemeinen Konjunktur durch die Größe seines Anspruches ein, den er an die im Reiche porhandenen Warenvorräte stellt. Sein Ginfluß finkt ober steigt, je nach ber Größe des Anspruches der übrigen Biehkäufer insbesonders auch der Ervorteure und der Zahlungefraft berfelben. Sein Ginfluß ift aber wohl der relativ größte, ba auch fein Bedarf ber größte unter allen Märkten ift und fogar ben Export überwiegt. Die Allgemeinkonjunktur wirkt aber auf ben Wiener Markt berart ein, daß der lettere in seiner Breislage nicht dauernd von der ersteren abweichen kann, sondern seine Schwankungen sich konfequenterweise zu einem Durchschnitt ausgleichen muffen, ber mit bem allgemeinen Niveau in Parität steht. Hält sich ber Wiener Markt dauernd niedriger als die Marktlage außerhalb Wiens, fo ift ber Berkauf in Wien mit sicheren Berluften verbunden und die Einsender werden zurückhaltend. wenn die Preislage auswärts fich zu behaupten vermag, bis infolge diefer restringierten Ginsendungen die Wiener Preise wieder gestiegen sind. Ift aber die niedrige Preislage in Wien die Folge allgemeiner vermehrter Liehabgabe. bann schlägt bie Wiener Konjunktur auf bie auswärtige gurud und auch lettere finft. Erfahrungsgemäß beginnt eine allgemeine Berbilligung ber Breise zunächst auf dem Wiener Markte und pflanzt sich von hier reaktionsweise nach außen fort. Die Erhöhung der allgemeinen Preislage nimmt ben umgekehrten Weg; sie tritt junächst in ben Produktionsgebieten auf und bringt von hier aus durch Knappheit des Angebotes auch die Wiener Breise zum Steigen.

Die Relation zwischen der speziellen Breislage des Wiener Marktes und der außerhalb Wiens herrschenden allgemeinen Preislage ift damit charafterisiert, daß die erstere in mehr ober weniger großen Ausschlägen um bie lettere penbelt. Der Träger bes wechselseitigen Einflusses ist ber Bandler, in bessen geschäftlichen Interessen sich bas Angebot ber Produktions= gebiete und die Nachfrage bes Wiener Blates begegnen. Wie wir oben bargelegt haben, ift die Wiener Marktware größtenteils von den Rommissionären dirett oder durch ihre Sammelhandler gefauft. In den Bebieten, in benen fie für Wien faufen, find fie nicht bie alleinigen Räufer, fonbern begegnen ber Ginkaufskonkurreng für andere Konfumorte (Bubapeft, Brag, Triest usw.) oder für den Export; für die Preisbildung wirkt demnach nicht nur das Preisangebot bes Wiener Bandlers, sondern auch jene Bewertung der Bare, welche die Einfäufer anderer Absatgebiete diefer angebeihen laffen. Beifpielsweise mar in ber jungften Zeit ber Biebeinkauf in Bosnien für den Wiener Markt ausgeschlossen, weil die dortige Ware von den Wiener Einkäufern nicht mit dem gleich hohen Preise bewertet werben konnte, welcher an Ort und Stelle von andern Händlern bezahlt wurde. Sehr ausgeprägt zeigt sich diese Konkurrenz in den österreichischen Ländern. Hier waren dis zum Jahre 1906 die deutschen Exporthändler gegenüber den Wiener Händlern sehr stark. Der neue deutsche Handelsvertrag hat wieder die Wiener Händler in eine bessere Position gedracht. Ein bemerkenswertes Verhältnis besteht zwischen dem Wiener Markte und dem freien Budapester Markte. Letzterer tendiert in der Regel sester, weil hinter ihm der große Wiener Konsummarkt liegt, auf welchen die unverskauften Neste des Budapester Marktes abgeschoben und sicher verwertet werden können. Der Wiener Markt stützt also eine seste Preislage des Pester Marktes.

Die Frage ber Regelung bes Auftriebes und infolgedessen eine wenn auch nicht präzise Regelung, so boch wenigstens Abschwächung ber außersordentlichen Schwankungen der Marktpreise ist ein Problem, das nicht gelöst, sondern dem nur nahegekommen werden kann. So praktisch für diesen Zweck eine Organisation der Einsendungen durch Zusammenschluß der die Beschäckung veranlassenden Parteien wäre, so muß hiervon schon deshalb Abstand genommen werden, weil alle Nachteile des Kartells zu fürchten wären. Ein solcher Zusammenschluß könnte nur dann vorteilhaft wirken, wenn in demselben gleichzeitig auch öffentliche Stellen mit maßgebendem Einslusse geschäftlich vertreten sein könnten (Syndikat unter Beteiligung der Gemeinde?).

Aber auch auf der Käuferseite mangelt eine entsprechende Organisation und die zahlreichen Käufer fonkurrieren miteinander im Einkause, statt durch engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß diese Konkurrenz zu beseitigen und sich dadurch die Vorteile zu sichern, welche für den großen Käuser offenbar bestehen. Zwar gibt es einzelne Kausgesellschaften, aber auch diese sind immer noch kleine Einkäuser im Verhältnis zum gesamten Umsatze auf dem Markte. In den letzten Jahren kam die Großschlächterei als ein größerer Käuser hinzu, aber auch sie ist noch viel zu bescheiden in ihren wöchentlichen Ansprüchen auf Ware, um durch Reserve oder Force einen Eindruck auf den Markt zu machen. Ein großer Käuser, der im Falle ungenügenden Auftriebes und infolgedessen steigender Tendenz der Preisesender Schlüsse zu becken vermag und anderseits dei fallender Tendenz des Marktes als Interventionskäuser aufträte, wäre ein bedeutsamer Preise

¹ Aus Wien zirka 1200 Fleischhauer und zirka 700 Selcher; bazu kommen noch die Fleischhauer bzw. Selcher der Umgebung und fremde Käufer (etwa aus Böhmen, Tirol, Trieft usw.).

regulator. Die Großschlächterei ist gegenwärtig zu einer folchen Intervention zu schwach. Leiber haben die Wiener Fleischauer den Borteil nicht erstannt, der ihnen erwachsen wäre, wenn sie durch Bereinigung mit der Großschlächterei die Einkaufskonkurrenz auf ein Minimum reduziert und einen führenden großen Käuser geschaffen hätten. Eine wohltätige Konsfolidierung der Preisdildung wäre die Folge gewesen und die Spannungen zwischen den jeweiligen Konjunkturen des Marktes und der allgemeinen Konjunktur außerhalb Wiens wäre wesentlich vermindert worden. Der Wiener Markt hätte unter den produzierenden Landwirten wieder Vertrauen gewinnen können.

Bur Ausgleichung ber Konjunkturen würde auch beitragen, wenn es gelänge, in der Nähe Wiens Biehdepots zu halten, aus denen über einen am Marktvortage erfolgten Abruf noch rechtzeitig Bieh nach Wien hereingebracht werden könnte. Solche Viehdepots müßten an landwirtsschäftliche Betriebe oder an geeignete industrielle Etablissements (Zudersfabriken, Brauereien, Brennereien) angeschlossen sein; auch eine bessere Erschließung des Waldviertels und der nordöstlichen Steiermark (Bahnbau, Ausdau des Telegraphens und Telephonnezes, Gründung von Viehverkaußsgenossenschaften) würde das dortige Vieh genügend rasch erreichdar machen. Da diese Viehbeskände an jenen Märkten einzugreisen hätten, an denen eine geringere Beschickung des Marktes vorläge, würden sie an den besseren Märkten teilnehmen; sie hätten übrigens auch geringere Spesen als das von der Ferne herkommende Vieh zu tragen, so daß die Nachteile der Nähe der Großstadt (teuere Futterpreise und Arbeitskräfte, besseres Kendement der Milchswirtschaft) paralysiert würden.

Nicht außer acht zu lassen ist, daß die Preisgestaltung nicht für alle Käuser die gleiche ist. Für den barbezahlenden oder bei der Vieh- und Fleischmarktkasse akkreditierten Käuser ist die Situation selbstwerständlich eine günstigere. Er kauft wirklich "nach der Marktlage". Der Käuser jedoch, welcher bei der Kasse keinen Kredit hat oder seinen Kredit übersschreiten muß, ist auf den unmittelbaren Kredit des Kommissionärs ans gewiesen, welcher ihm denselben z. B. dadurch gewährt, daß er "den Verkaußszettel unterschreibt", also mit seiner Haftung der Kasse gegenüber versieht; dieser Käuser genießt die Vorteile eines Marktes mit fallenden Preisen nur in geringerem Maße, kostet aber dasür das Anziehen der Preise desto empsindlicher aus und diese Abhängigkeit eines Teiles der Fleischhauer von dem Kommissionär trägt gar viel dazu bei, das erzessive Moment in der Preissbildung zu fördern. Solche Fleischhauer, welche in Kreditabhängigkeit zu den Kommissionären treten mußten, sind nur schwer mehr in der Lage, sich

aus diesem Abhängigkeitsverhältnis zu befreien. Übrigens ift ja dem Komissionär selbst an einer gehorsamen Käuserklientel gelegen. Solche Käuser sind aber auch keineswegs berusen, ihr Gewerbe in dessen alten Formen auszuüben und täten besser, in ein engeres Geschäftsverhältnis zur Großschlächterei zu treten, welch letztere durch den Hinzutritt jedes solchen Fleischshauers in ihrer Wirksamkeit gestärkt wird.

Was in diesem Abschnitte über die Preisbildung auf dem Kindermarkte gesagt wurde, gilt im allgemeinen auch für die Märkte der übrigen Biehgattungen. Der Schweinemarkt besitzt dem Rindermarkt gegenüber gewisse Vorteile, welche die Stetigkeit in der Preisentwicklung begünstigen. Die Schweine können mit Maskfutter, wie Mais, Mais- und Gerstenschrot gefüttert werden und infolgedessen ist das Aufsparen von einem Markttage (Dienstag) auf den andern nicht notwendig mit einer Verschlechterung des Qualitätszustandes verbunden, wie dies bei den Rindern fast ausschließlich der Fall ist. Man kann daher leichter ersparen und im Handel sich fester halten.

Auf bem Schweinemarkte finden fich auf ber Käuferseite auch eine Anzahl von großen Käufern, barunter als größter die Broduftivgesellschaft der Wiener Fleischfelcher - eine r. Gen. m. b. g. Dies hat zur Folge, daß die wöchentlichen Konjunkturen durch berechnete Zurudhaltung einerseits und durch Interventionstäufe anderseits eine gewiffe Reigung zur Ausgleichung zeigen. Auch auf feiten ber Beschicker finden fich einige Großproduzenten in folder Rabe von Wien (z. B. Raab, fclieflich fann auch bas Depot von Steinbruch bei Budapest bazu gerechnet werben), daß noch einen Tag vor dem Markte, wenn die Konjunktur schon annähernd beurteilt werden kann, die Möglichkeit besteht, ungarische Fettware nach Wien zu dirigieren. In Jung- und Fleischschweinen ift bies natürlich unmöglich, ba die überwiegende Mehrheit diefer Ware aus bem fernen Galizien Nur die allerdings geringen Mengen mährischer und niederöfterreichischer Aufuhren find einer gemiffen Anspannung in folden Fällen fähig. In Primafettschweinen pflegen größere Käufer bei schwachbeschickten Märkten Terminkäufe mit kurzer (z. B. dreitägiger) Lieferzeit abzuschließen, wodurch ebenfalls ein ausaleichendes Moment gegeben ift. Die städtische übernahmestelle hat diese Art ber Intervention wiederholt mit praktischem Erfolge geübt, indem fie folche Schluffe vermittelte.

Schließlich wirkt mit, daß Wien ein Mittelpunkt des inländischen Fett- und Speckgeschäftes ist, demnach ein Mehrandot an Fettschweinen hier sich nicht im beschränkten lokalen Konsumrayon äußert, sondern seine Wirkung auf ein größeres Gebiet und eine Mehrheit von Konsumplätzen verteilt.

Das Geschäft auf bem Jung- und Stechviehmarkte midelt sich zum größten Teile in geschlachteter Bare ab. Die Beschickungsmengen find bis zur Eröffnung des Marktes unbekannt, da die Anmeldungen bloß eine Stunde por Eröffnung bes Marktes zu erfolgen haben. Die lebenden Rälber (Saugtalber) können erklärlicherweise überhaupt nicht aufgehoben werden und wenn, so muffen fie hierzu erst geschlachtet werden. Weidner Stechvieh könnte natürlich erspart und in der bes Schlachthauses St. Marg für ben nächsten Markt verwahrt werben. Diefer Borgang ift aber nicht praktisch; die Marktparteien giehen es vor, mit der ersparten Ware fich in die Großmarkthalle gurudzugiehen, woselbst ber Verkauf allmählich tagweise vor sich geht. Übrigens hat auf dem Jungund Stechviehmarkte bie Großmarkthalle gemissermaßen bie Funktion eines Interventionskäufers 1 übernommen, zumal mit Rudficht auf bas weit= gehende Detailverkaufsrecht, welches die neue Marktordnung des täglichen Aleischmarktes in der Großmarkthalle gewährt, daselbst speziell für Ralbfleisch in den beiden letten Tagen der Woche ein fehr gunftiger Abfat gegeben ift. Die Breisveränderungen find auf dem Rälbermartte fehr bedeutende 2, fo daß bas reine Kommissionsgeschäft — Ginsendung bes Produzenten zum fommiffionellen Berkauf - hier vollständig zuruckgebrängt ift und das Rommiffionsgeschäft für Rechnung lokaler Zwischenhandler (fast ausschließlich in inneröfterreichischen Sanben) bominiert.

Der Schafmarkt ift, wie früher erwähnt, von nebenfächlicher Bebeutung und die Preisbildung vollzieht sich ohne durchgreifende Tendenz.

Zwischen ben Fleischpreisen beim Engrosverkause und ben Biehpreisen besteht ein inniger Zusammenhang. Die Engrossleischpreise richten sich im großen und ganzen nach ben Viehpreisen unter gleichzeitiger Berücksichtigung ber Konjunktur für die Verwertung der Nebenprodukte (Unschlitt, Häute und Fett). Die Geschäftsleute, welche mit Fleisch im großen handeln, stehen alle in gegenseitiger Verkaufskonkurrenz. Diese freie Konkurrenz drückt den Preis soweit herunter, daß er sich auf dem Niveau erhält, welches durch die tatsächlichen Kosten und einen bürgerlichen Gewinnzuschlag gegeben ist. Daß die Fleischpreise, welche die private Detailkundschaft in den Fleischbänken zu zahlen hat, sich den Viehpreisen nicht jeweilig anpassen,

¹ hiermit find natürlich die Ginkaufe der Marktparteien aus der Großmarkthalle in ihrer Gesamtwirkung gemeint.

² Preisveränderungen um 10 h per Kilogramm find häufig und es kommen auch solche bis zu 20 h und noch mehr per Kilogramm vor.

hat unter anderem darin seinen Grund, daß im Detailgeschäfte der Bankfleischhauer aus natürlichen Gründen jene Konkurrenz ausgeschlossen ist, die im Engrosgeschäfte allgemein herrscht und im Detailverkause nur dort wirksam ist, wo örtliche Verhältnisse sie ausnahmsweise entstehen lassen (täglicher Fleischmarkt in der Großmarkthalle). Näher auf diese "eigentliche" Fleischfrage einzugehen, überschreitet den Rahmen dieser Darstellung.

V.

Reformbestrebungen.

Wie aus der Geschichte des Zentralviehmarktes zu ersehen ist, datieren Reformbestrebungen der öffentlichen Administrative dis ins Jahr 1850 zurück; durch dieselben ist so mancher Erfolg in organisatorischer Beziehung erreicht worden, aber es war disher nicht gelungen, einerseits den ausschließlichen Einsluß der Kommissionäre im Biehgeschäfte zu brechen und anderseits einen wirksamen Einsluß auf die Gestaltung der Fleischpreise zu erlangen. Die Reformbestrebungen in diesen beiden Richtungen sind charakterisiert: 1. durch die Idee der Verstadtlichung der Wiener Vieh= und Fleischmarktschsse; 2. durch das Projekt der Errichtung einer Großschlächterei und 3. eines Übernahmsamtes für Vieh und Fleisch. Gleichzeitig bestand auch 4. die Frage der Errichtung eines Exportviehmarktes, dzw. eines Zucht= und Nutz= viehmarktes oder eines Kontumazmarktes und Seuchenhoses, um durch eine dieser Anstalten den Viehhandel mehr als dies bei der gegenwärtigen Unsfreiheit des Wiener Marktes möglich ist, in Wien zu zentralisieren.

Die drei erstgenannten Projekte standen miteinander in engem Zu- sammenhange, das letztere strebt eine Reform des Biehverkehres selb= ständig an.

Dr. Emil von Fürth hat im ersten Bande dieser Publikation i die gemeinsame Vorgeschichte der Ersten Wiener Großschlächterei U.=G. und des städtischen Übernahmsamtes (städtische Übernahmsstelle für Vieh und Fleisch), die Organisation dieser beiden Unternehmungen und ihre disherigen Resultate auf Grund ofsiziellen Materiales mit dankenswerter Sachlichkeit behandelt und hierbei auch des Zusammenhanges gedacht, der zwischen der Idee der beiden Unternehmungen und der projektierten Verstadtlichung der Wiener Vieh= und Fleischmarktkasse bestand. Wir sind in der Lage, auf diese Dar=

^{1 &}quot;Gemeindebetriebe", S. 267-281.

stellungen zu verweifen; allerbings werden wir gegenüber ber am Schlusse berselben ausgesprochenen Rritik einige Entgegnungen vorbringen.

Sowohl die städtische Übernahmöstelle als auch die I. Wiener Großschlächterei A. B., in besonderem Mage aber die erstere, find als Experimente anzusehen. Wir haben es in beiden Fällen mit Erstlingsgründungen gu tun, für welche es feine bzw. feine paffenden Borbilder gab und die demnach von vornherein bestimmt waren, sich felbst ihre Wege zu schaffen, an sich felbst die Probe auf das Exempel zu machen. Die Gründung ber Übernahmsstelle sollte und konnte nicht das Mittel sein, mit welchem ber Zwischenhandel ausgeschaltet und die Rommissionare verdrängt murben, sondern fie follte zunächst feststellen, inwieweit die gegen den Bentralvieh= markt und seine kommerzielle Funktion gerichteten Angriffe Berechtigung befipen; fie follte überhaupt auch Erfahrungen über die Verhältnisse im Biehgeschäfte fammeln, benn biefe Berhältniffe maren, wenn auch Enqueten und verschiedenartige Fachgutachten vorlagen, in ihrem eigentlichen Wesen und Bufammenhange noch unbekannt. Die Übernahmestelle sollte gewissermaßen als Pfabfinder wirken. Man bachte fich offenbar, wenn mehrere Sahre praktischer Erfahrungen vorliegen, murbe man auf Grund berselben entscheiden fönnen, ob und auf welchen Wegen weitergegangen werden könnte. Es ift nach diesen Gesichtspunkten sicherlich nicht am Plate von ben geschäftlichen Erfolgen ober Migerfolgen zu sprechen, noch weniger aber ift es berechtigt, die städtische Übernahmsstelle mit der Regulierung der Bieh- und Fleisch= preise in Zusammenhang zu bringen. Die übernahmestelle ift ein Experiment, sie ift ein wirtschaftspolitisches Studium.

Dr. von Fürth behauptet, daß sowohl die Übernahmsstelle als auch die Großschlächterei deshalb ihrer Aufgabe nicht genügen könnten, weil jede dieser Unternehmungen widersprechenden Interessen in sich selbst gerecht werden sollte.

Bei der Übernahmsstelle sei es der Zwiespalt zwischen den Interessen der landwirtschaftlichen Einsender und der städtischen Käuser. Der Grund des Nichtslorierens der Übernahmsstelle ist keineswegs in diesem Punkte zu suchen. Die landwirtschaftliche Viehverwertungsstelle des allgemeinen Bersandes leidet sicherlich nicht an dem erwähnten Interessenzwiespalt und doch hat sie keine wesentlich besseren Erfolge zu verzeichnen. Im Jahre 1908 ist allerdings das Geschäft infolge der neu einsetzenden Propaganda des "allgemeinen Berbandes" etwas lebhafter geworden. Die Grundlagen des Geschäftsverkehres lassen aber erkennen, daß er im wesentlichen auf derselben

¹ Ebenda S. 282.

Bafis beruht wie das Alleingeschäft der Übernahmsstelle. Daß sich weder die Übernahmöstelle noch die Biehverwertungsstelle, noch beibe in ihrer Bereinigung in ber Form bes reinen Rommiffionshanbels burchringen fonnen, hat darin feinen Grund, daß diefe Urt bes Geschäftes auf dem Wiener Liehmartte eine fekundare Rolle fpielt. Die Bebeutung der öffentlichen Verkaufsstelle ist für den Landwirt hauptsächlich eine moralische, indem fie feine Position dem lokalen Zwischenhandler gegenüber stärft, ihn aus ber alleinigen Abhängigkeit von ihm befreit; benn ber Landwirt ist mit seinem Absatze nunmehr nicht auf den Händler allein angewiesen, sondern kann sein Bieh an eine mit der publica fides ausgestattete Berkaufsstelle senden. Diese Funktion ist auch der in Zahlen nicht ausfprechbare Erfolg ber Übernahmsftelle bisher gewesen. Der vermeintliche Widerspruch zwischen städtischen und landwirtschaftlichen Interessen ist innerhalb der Unternehmung niemals aktuell geworden, weil ja ihre Aufgabe in dem Augenblicke, in dem fie das Bieh eines Ginsenders zu verkaufen hat, nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich gegeben ist: Sie hat als Kommissionär das Interesse des Kommittenten mit der Sorg= falt eines ordentlichen Raufmannes zu mahren und haftet für biefe Sorgfalt nach bem handelsgesete. Sobald bas Übernahmsamt in Tätigkeit tritt, ist diese seine Tätigkeit so klar bestimmt und umschrieben, bağ ein Zwiespalt von Interessen überhaupt nicht auftaucht. Dem ist ja auch in seinem Statut vollständig Rechnung getragen, indem es zur Aufgabe bekommen hat, "eingefendetes Bieh bestmöglich zu verwerten". Man fönnte nun einwenden, daß es in dem Zeitpunkte, in welchem es burch Auskunfterteilung an Ginsender auf die Beschickung bes Marktes einen Einfluß ausüben kann, in eine Pflichtenkollision komme, doch auch diese Rollifion ift nur eine scheinbare. Auch für bie Austunfterteilung ist die Sorgfalt des ordentlichen Kaufmannes einzig und allein maggebend. Die übernahmoftelle hat fich hierbei vor Augen zu halten, ob sie konjunkturgemäß bie Ginsendung anempfehlen kann ober von derselben im gegebenen Zeitpunfte abzuraten und dieselbe für einen späteren Zeitpunkt anzuempfehlen hat. Hierfür gibt es selbstverständlich feine Schablone.

Es ist dies eine Aufgabe, welche sich bei eingehender Kenntnis des Geschäftes, der Einsender, ihrer Ware, ihrer wirtschaftlichen Situation viel leichter löst als dem Fernstehenden scheinen mag. Gerade die strenge Sachelickeit und die kaufmännische Anpassungsfähigkeit, mit der die Übernahmsstelle sich hierbei benimmt, hat ihr zahlreiche Freunde in landwirtschaftlichen und geschäftlichen Kreisen geschaffen.

Dr. von Fürth führt als Fehler ber Organisation ber Übernahms= ftelle auch an, daß man auf halbem Wege stehen geblieben fei und sie nicht obligatorisch gemacht habe. Dem gegenüber verweisen wir auf die Erörterung über die Provenienzen und die Geschäftsformen bes Biehmarktes. Welchen Zweck hätte die obligatorische Übernahmöstelle ohne Rapital haben sollen? Daß etwa alle eingesendeten Rinder durch die Angestellten des Unternehmens gewartet und gefüttert worden waren? Denn die Geschäftsverbindung mit bem Ginsender und den Verkauf selbst hatte man boch dem Rommissionar nie entziehen können. Gine obligatorische Abernahmestelle hatte ja - bie wenigen Fälle der Warenkonsignierungen durch Produzenten abgesehen eine gang mechanische Rolle gespielt. Dr. von Fürth hat außer acht gelaffen, baß bie Kommiffionare ihr Bieh auf Grund gang anderer Geschäfts= verbindungen als durch kommissionelle Ginsendungen seitens ber Produzenten erhalten. Und die Episode des Pregburger Marktes barf hierbei auch nicht völlig auker acht gelaffen werden. Sind doch heute die Kommissionare sicherlich in ihrer Position nicht schwächer als sie im Jahre 1884 waren.

Der Erfolg ber Übernahmsstelle ist aus dem Gesichtspunkte der ihr zugewiesenen Aufgabe zu beurteilen, dieselbe ist in ihren Statuten niedersgelegt und diese Aufgabe erfüllt sie. Wenn man ihr aber die Aufgabe zumißt, als reines Kommissionsgeschäft ohne Geschäftskapital den Biehmarkt zu regulieren, den Zwischenhandel zu beseitigen und die Kommissionäre zu verdrängen, verlangt man von ihr die Erfüllung von Aufgaben, welche ihr überhaupt nicht gestellt waren.

Auch hinsichtlich der Großschlächterei ist es ein Fehlschluß, daß infolge ber Teilnahme eines großen Biehproduzenten als hauptaktionar am Unternehmen auch sie an einem Widerstreit ber Interessen kranke, worunter wieder ber Gegensat zwischen städtischen und landwirtschaftlichen Interessen gemeint Ein folder Widerstreit ift bei ber Großschlächterei geschäftlich nie aftuell geworden und es ist auch nicht benkbar, inwieferne er den finanziellen Erfolg beeinträchtigen könnte, zumal die Geschäftsleitung des Unternehmens ben Bieheinkauf nur stets bort beforgt, wo er für ihre Bedürfnisse Ronvenienz bietet. Für den Betrieb felbst gelten nur kaufmannische Gesichts= punkte. Die Grunde für die bisher mangelnde Prosperität find zu einfach als bag nach tieferliegenden Ursachen gesucht zu werden brauchte. Großschlächterei kann bei einem Umsat von 10000, 15000 und 25000 Rindern per Jahr noch nicht rentabel fein. Selbst unter ber Borausfetung, daß der Absat diefer Rinder (aller Qualitäten) fich glatt und ohne Schwierigkeiten vollzieht. Infolge ber intransigenten Haltung ber Fleisch= hauer war aber die Großschlächterei genötigt, mit ihnen im direkten Absat an

bas Publikum in Ronkurrenz zu treten, also mit bem Detailverkauf ein= auseten. Es ist klar, daß eine Großschlächterei A.-G. - eine juriftische Berson - mit Borteil für eine größere Angahl von felbständigen, für eigene Rechnung arbeitenden Detaillisten als Kleischlieferantin funktionieren fann. Sobald fie jedoch als Kleinverkäuferin Fleisch an das Publikum "ausschrotten" muß, zeigt es sich, daß ber individuelle Betrieb in diesem Stadium bes Fleischgeschäftes bem Betriebe burch eine juriftische Berfon überlegen ift. Die Großschlächterei mar als ein mit ben Fleischhauern und für die Fleischhauer arbeitendes Unternehmen gedacht und murde als folches zu allseitigem Vorteile gearbeitet haben. Nur dem durch die ten= benziöse Haltung der Fleischauer herbeigeführten Kriegszustande ist die schwierige Situation bes Unternehmens zuzuschreiben. Die Grunde find also rein geschäftlicher Natur und liegen nicht in ber unrichtigen Durch= führung der Idee. Das bisherige Defizit drudt giffernmäßig die Rriegs= kosten aus. Auf Seite ber Fleischhauer burften sicherlich keine geringeren Geschäftsverlufte aus diesem Anlasse bestehen. Auf ihrer Seite kommt aber noch hinzu, daß durch ihr Berhalten und nur durch diefes die fogenannte Freigebung ber Großmarkthalle erfolgt ift, beren Abfat an bas private Publikum sich ungeahnterweise gehoben und bazu beigetragen hat, ben Absatz ber Fleischhauer in ihren Banken empfindlich einzuschränken. Dag die Fleischhauer durch diese Angriffe von zwei Fronten nicht erheblichere Nachteile erlitten haben, ift barauf zurückzuführen, baß wir zwei Sahre hindurch fehr billige Biehpreife hatten.

Die Großschlächterei ist durch eine bedeutende Ausdehnung ihrer Tätigsteit im letzen Jahre sehr erstarkt; unter anderm hat die Übernahme der Fettwerke der Wiener Fleischselcher ihr eine geschäftliche Chance von nicht zu unterschätzender Bedeutung gebracht und sie in angenehme Verbindungen mit den Selchern gesetzt. Die nunmehr vierjährigen Erfahrungen haben viele der anfänglichen Schwierigkeiten aus der Welt geschafft und die Fleischhauer rechnen heute mit der Großschlächterei als einem ernsten Faktor auf dem Wiener Platze. In den Reihen der Fleischhauer selbst werden allmählich Stimmen laut, welche eine Annäherung an dieselbe als eine günstige Lösung der Situation bezeichnen und sie auch wünschen.

Die Berstadtlichung der Vieh= und Fleischmarktkasse war seinerzeit im Zusammenhange mit der Errichtung der städtischen Großschlächterei und des städtischen Übernahmsamtes in Aussicht genommen. Mit der Errichtung der ganz selbständig arbeitenden Großschlächterei A.=G. siel dieser Gesichts= punkt weg.

Unabhängig davon haben die Fleischer und Selcher, also die wichtigsten

Käufergruppen bes Zentralviehmarktes die Forderung nach Berstadtlichung der Kasse gestellt, weil sie im Falle derselben einen maßgebenden Einfluß auf die Krediterteilung zu erlangen hofften.

Für die Gemeinde Wien besitt das Institut aus dem Gesichtspunkte Bedeutung, daß in seiner Sand ein Kompler von Geschäften vereint ift, burch welchen ein namhafter Ginfluß auf bas Marktaeschäft ausgeübt werben fann. Nachdem bie Gemeinde nach geschäftlichem Ginfluß auf bem Bentralviehmarkte ftrebt, ift es nur logisch, baß fie bieses wichtigfte Institut auf dem Markte in ihrer Sand zu haben munscht. Die wenig ermutigenden Erfahrungen, welche die Stadt mit ber Rleischkasse in ben Jahren 1850—1870 gemacht hat, sowie die bei der Verstadtlichung zu übernehmenden außenstehenden Rredite haben die Gemeinde abgehalten, diese Verstadtlichung in Angriff zu nehmen. Diefe Berufung auf die früheren Erfahrungen ist allerdings nicht mehr stichhaltig. Die Kasse von bamals war unzulänglich und bem bamaligen bureaufratischen Geifte entsprechend organifiert. Seute murbe felbst ein städtisches Unternehmen faufmannisch geschickter sich betätigen können als damals. Es taucht aber mit Recht die Frage auf, ob die Gemeinde derartige Unternehmungen wirklich verstadtlichen bam. wie sie sich überhaupt in berartigen Geschäftsaweigen einen Einfluß sichern soll. Wir muffen ba brei Gruppen von Unternehmungen untericheiben. Unftalten, wie Märkte und Schlachthäuser, gehören mit Rücksicht auf den öffentlichen Berwaltungszweck, dem fie dienen, a priori in die Hände der Gemeinde. Unternehmungen, für welche sich die Gemeinde innerhalb ihrer Machtsphäre sofort ober allmählich aber sicher ein Monopol schaffen kann, können verstadtlicht werden und sollen es sogar, wenn es Betriebe find, die die öffentlichen Intereffen berühren, wie das Gas-, Elektrizitäts= und Berkehrsmonopol, ober in engerem Rahmen bas Fouragegeschäft am Biehmarkte. Unternehmungen jedoch, welche bie Befahr bauernber und allgemeiner Konkurrenz ober bas Risiko um= fangreicher Kreditgemährung zu tragen haben, find für die voll= ständige Verstadtlichung nicht geeignet. Findet es die Gemeinde jedoch geboten, bennoch in biefen Geschäftszweigen tätig zu fein, bann empfiehlt fich die Form bes Ronfortialgeschäftes, Die Schaffung von Affoziationen, an benen die Gemeinde mit einer entsprechenden Kapitals= anlage beteiligt ift und innerhalb beren ihr ein ihrer Einlage und ihrer Machtstellung entsprechender Ginfluß eingeräumt ift. Sie trägt bann nicht bas völlige und alleinige Rifiko. Sie hat die Beruhigung, daß eine Anzahl kapitalistisch interessierter Faktoren an der Herbeiführung günstiger Resultate tätig ift und zubem hat bas Unternehmen jene freie kommerzielle Betätigung,

ohne welche es weder im Konkurrenzkampfe bestehen, noch den Kredit= bedürfnissen des Geschäftes genügen fann. Diese gleiche Freiheit fann einem rein städtischen Unternehmen nie mit gleichem Erfolge eingeräumt werben. Sofern die Aftiengesellschaft für solche Assoziationen zu schwerfällig ift, bietet die Gefellschaft m. b. S. eine fehr geeignete Form. ber Anwendung der Konsortialidee liegt die Lösung der Frage, wie sich die Gemeinde bezüglich der Bieh- und Fleischmarktkaffe verhalten folle. halten aber nicht nur die Umwandlung der Bieh= und Fleischmarktkaffe in eine Affoziation unter maßgebender Beteiligung der Gemeinde für ein not= wendig durchzuführendes Projekt der Zukunft, sondern auch die Ausgestaltung ber ftabtischen Übernahmöstelle in ber gleichen Form. Raffe, Übernahmöstelle, Großschlächterei durften aber zu engster Kooperation berufen fein, aus welcher fich eine großzügig organisierte Approvisionierungsbank entwickeln konnte, aber nicht im Gegenfate gur Landwirtschaft, fondern im Bereine mit ihr.

Die Projekte, welche auf die Eröffnung bes Wiener Plates für ben freien Biehverkehr hinzielen, find in ihrer praktischen Bebeutung verschieben.

Ein Exportmarkt wurde ohne Zweifel den bestehenden Konsummarkt stark beeinträchtigen und ihn gewissermaßen in die Stellung eines Kontumaz-marktes herabdrücken.

Ein Kontumazmarkt in Verbindung mit einem Seuchenhof wurde die gegenwärtig hinsichtlich des Kontumazviehes bestehenden Übelstände beseitigen und die gegen eine Freierklärung des Marktes vorgebrachten Einwände stark reduzieren.

Ein Zucht= und Nutviehmarkt hatte eine ahnliche Funktion wie ber Exportviehmarkt, mare jedoch nur auf folches Bieh beschränkt, bas nicht von vornherein als Schlachtvieh zum Verkauf kame, seine Konkurrenz gegen= über bem bestehenden Markte murbe daher nicht in die Wagschale fallen.

Bei biesen brei Projekten scheint mir die Frage des Exportes ins Ausland nicht die Hauptsache zu sein. Wichtig ist zunächst, daß durch eines dieser drei Projekte die Möglichkeit gegeben wäre, den Wiener Plat (es muß nicht notwendigerweise der St. Marger Viehmarkt sein) dem freien Verkehre zu eröffnen. Derselbe würde im Falle der Errichtung eines Exportviehmarktes oder eines Zucht= und Nutviehmarktes von diesen neuen Märkten aus ersolgen, im Falle des Baues eines Kontumazmarktes hätte die Freierklärung des St. Marger Marktes zu ersolgen.

Der Durchführung eines biefer sicherlich kostspieligen Projekte stand bisher mehr als eine hemmung entgegen und die hauptschwierigkeit lag in ber reservierten Haltung ber Regierung, welche keine Gewähr dafür bieten zu können glaubte, daß diese projektierten Märkte — die entsprechende sanitäre Beschaffenheit des Bauzustandes selbstverständlich vorausgesett — eine solche veterinäre Behandlung erfahren werden, daß sie ihrer Bestimmung auch wirklich werden entsprechen können. Die staatliche Beterinärpolizei scheint sich in neuerer Zeit jedoch wenigstens dem Projekte des Zucht- und Nutviehmarktes gegenüber zu größerem Entgegenkommen entschlossen zu haben, wodurch freundlichere Aspekte sich eröffnen.

Es wurde auch die Befürchtung laut, daß der Wiener Markt feiner Beftimmung als Versorger Wiens nicht werbe genügen können, wenn gleich= zeitig Bieh vom Wiener Plate frei in die Monarchie verhandelt werden fonnte bzw. daß auf bemfelben bie Preife ftetig hochgehalten murben; wir halten diese Befürchtung nicht für berechtigt. Es darf nicht übersehen werden, daß die gesamten Einsenderfreise heute mit der Unfreiheit des Wiener Marktes rechnen und ein Grofteil bes Biebes, bas gang gut über Wien gehandelt werden könnte, direft auf andere Plate geführt wird. Konkurrenz dieser Plate gegenüber dem Wiener Markte besteht ja auch heute, nur wirkt fie auf die Wiener Konjunktur derart, daß fie die Preise ber für Wien einzukaufenden Ware beeinfluft, mahrend diese Beeinfluffung im Falle ber Freiheit bes Wiener Plates erst auf diesem selbst eintreten murbe. Der Ausgleich findet gegenwärtig in dem ftarken Auf und Nieder unserer Preisentwicklung statt, mahrend bann die Wiener Konjunktur eine größere Stetigkeit aufweisen und in befferer Übereinstimmung mit der allgemeinen Konjunktur bleiben murbe. Der Hinweis auf den freien Budapester Markt, über bessen feste Tendenz häufig geklagt wird, ift deshalb nicht berechtigt, weil hinter dem Budapester der um vieles aufnahmefähigere Wiener Markt und bedeutend größere Wiener Konfum gelegen ift, burch beffen Attraktion felbstverständlich in Budapest ein haussierendes Moment gegeben ift. Sinter Wien liegen aber bedeutend schwächere Konfumorte, noch bagu folche, welche fich jum größten Teil aus ben ihnen näher gelegenen Produktionsgebieten versorgen. Wir halten bemnach bafür, baß ber Wiener Plat burch Schaffung eines freien Marktes ober burch Freigebung des heutigen Marktes infolge Errichtung eines Kontumazmarktes eine bedeutende Bermehrung des Biehverkehres erfahren murde, und insbesondere auch zum Mittelpunkt eines nicht unbedeutenden gandels mit Einstellvieh sich aufschwingen würde. Es entstünde hieraus insoferne ein für Stadt und Land wesentlicher Borteil, weil ungenügend ausgemästete Bauernware nicht unter allen Umftänden als minderwertiges Schlachtwieh verkauft werden mußte, sondern als Nut- und Ginstellvieh Absat fande, um später in befferem und ichwerem Buftande auf den Markt gurudzukehren.

Der Ankauf solcher unreifer Bauernware würde nicht nur für größere Mäster zu Einstellzwecken vorteilhaft sein, sondern auch den bäuerlichen Mästern (z. B. im Waldviertel in Niederösterreich) den Bezug geeigneten Biehes erleichtern.

Navra ģer. Auch die Verhältnisse der Approvisionierung der Großsstadt ändern sich ununterbrochen, sind in fortwährender Entwicklung. Daraus folgt, daß man die Viehs und Fleischfrage, wie viele andere Fragen der Sozialpolitik und Volkswirtschaft nicht "lösen" kann, weil es Lösungen überhaupt nicht oder nur für den Augenblick gibt. Man kann bei all diesen Fragen nur mehr oder weniger wirksamen Einfluß auf ihre Entwicklung nehmen; mehr nicht, aber diesen bestimmt. Dazu ist stete Anpassung an die sich unablässig neugestaltenden Verhältnisse notwendig und diese Anspassungsfähigkeit sich anzueignen dzw. zu betätigen ist eine ernste Pklicht unserer öffentlichen Verwaltung; gelingt es ihr, dann hat sie den Beweis erbracht, in bestem Sinne modern geworden zu sein.

Die Gemeindebetriebe der Stadt Wien.

Von

Karl Wächter.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung									Seite . 99
_					•	• •	• •	•	. 00
•	r Teil.								
Erfter Abschnitt. Selbständ	ige Betriebe	·			•			•	. 104
A. Gaswerk									
B. Elektrizitätswerk .								-	
C. Straßenbahnen									
D. Lagerhaus									
E. Leichenbestattung .	· • · · · ·				•	• •		•	. 138
F. Brauhaus									
G. Sparkassen und Ver									
Zweiter Abschnitt. Rleine &									
A. Rathauskeller									
B. Fouragelieferung .									
C. Übernahmftelle									
D. Beftattung und Grä									
E. Städtische Bäder .									
F. Offentliche Beleuchti	ing		• •		•				156
G. Herausgabe bes Am									
Dritter Abschnitt. Wirtscha			-						
A. Wasserversorgung .									
B. Entwässerung									
C. Straßenwesen									
D. Approvisionierung									
E. Grundeigentum .						•	• •		191
3 meiter	Teil. W	irtsch	afts	poli	ti£.				
Erfter Abichnitt. Die Erwei	rbuna der B	etriebe .							200
A. Geschichte bes Gasm									
B. Gefcichte bes Glettr									
C. Geschichte der Straß									
D. Die Finanzierung be									
Zweiter Abichnitt. Die Bet									
A. Rolle im Gemeindeh									213
B. Der technische Fortsc									218
C. Tarispolitif									219
D. Submissionswesen									220
E. Eigenregie ber Geme									221
				•	•	-		•	
Schriften 130. Erstes Heft. —	Gemeinbebetrie	be III. 1.					7		

Schriften 130. Erftes heft. - Gemeinbebetriebe III. 1.

Literatur.

- A. Allgemeines. Publikationen ber Gemeinbeverwaltung Bien: Verwaltungsberichte. Jahrgänge 1890—1906. Statistisches Jahrbuch ber Stadt Wien 1895 ff. Drucksachen bes Gemeinberates ber Stadt Wien.
- B. Spezielle Bublikationen der Gemeindeverwaltung:
 - Ad Gaswerk: "Die Erbauung bes städtischen Gaswerks" von Direktor Ingenieur Franz Kapaun; Wien 1901 (Selbstverlag bes Gemeinberats).
 - Ad Clektrizitätswerk: Die Masserversorgung, städtische Elektrizis tätswerke, Wienflußregulierung, Hauptsammelkanäle, Stadtbahn und Regulierung des Donaukanals; herausgegeben und bearbeitet vom Stadtbauamt Wien 1901.

Die ftäbtischen Elektrizitätsmerke und die Anlagen ber elektrischen Stragenbahnen in Bien; bearbeitet vom Stadtbauamt Wien 1904.

- Ad Straßenbahnen: Siehe unter Elettrizitätswerke oben.
- Sonftige Bermaltungsberichte und Bilangen ber einzelnen Unternehmungen, Drudfachen bes Gemeinberates ber Stadt Bien.
- C. Die Affanierung von Wien. Herausgegeben von Th. Weyl (enthält: Die Wasserversorgung von Kort; Die Entwässerung von demselben; Straßenspslege und Müllbeseitigung von B. J. H. Schneiber; Stadtregusierung von D. J. H. Golbemund); in Sammlung Fortschritte der Ingenieurswissenschaften Leipzig bei Engelmann 1902.
 - Wien am Anfang bes XX. Jahrhunberts, redigiert von Kort. Herausgegeben vom Öfterreichischen Ingenieurs und Architektenverein; enthält: Straßenwesen von H. Goldemund, A. Swet, H. Schneiber; Entwässerung von J. Kohl; Wasseresforgung v. K. Sykora; Beleuchtung von Karel, Klose, Böhner und Hochenegg; Approvisionierung von Klingsbüchel; Lagershäuser von E. Ulrich. Berlag Gerlach und Wiedling, Wien 1904.
 - Beitschriftenliteratur. Zeitschrift bes Österreichischen Ingenieurs und Architektenvereins. Jahrgange 1881—1907.
 - Brofdürenliteratur, besonders 1895-1900.

Einleitung.

Die Reichshaupt= und Residenzstadt Wien erhielt ihre städtische Autonomie burch ein Gemeinbestatut vom 6. März 1850. Es war bies bie einzige praftische Anwendung ber Graf Stadionschen Gemeinde= gesetzgebung, zu ber es fam, bevor bie 1849 gegebene Berfaffung aufgelöst murbe (1851). Bom Jahre 1850 bis 1860 murben zwar bie statutarisch bestimmten Gemeinderatswahlen nicht abgehalten, aber man beließ dem 1850 gemählten Gemeinderat seine Kunktionen. Noch unter diefen Berhältniffen vollzog fich ber größte historische Bandel im Wiener Laut faiserlichen Sandschreibens von 1857 murde die Niederlegung der Festungswerke um Wien vorgenommen, wodurch nicht nur bie Festungsgebiete im engeren Sinn, sondern auch die aus militärischen Erwägungen mit Bauverbot belegten Stadtgebiete ber Bebauung juganglich gemacht wurden. Die Widrigkeit der Wohnungszustände, die in der seit Jahrhunderten von engem Festungsgürtel eingeschnürten Stadt bei rafc wachsender Bevölkerung herrschten, fand damit ein Ende. Das ae= wonnene Terrain wurde unter anderem zur Anlage der schönen Barkund Balaftstrage, bem Ring, benütt, ber noch heute ben Stolz ber Stadt Die Entwicklung Wiens hatte bamals einen enormen Aufschwung nehmen können, wenn nicht die äußere Politik des Reiches, die bewaffnete Neutralität im Krimkrieg 1854, und der unglückliche Waffengang mit Italien, der mit dem Verlust der Lombardei endigte, das Reich in schwere finanzielle Note gesturzt hatte, an benen Wien, ber stärkste Steuerzahler bes Reiches, übermäßig mittragen mußte.

Die kurze Verfassungsperiode von 1861 bis 1865 brachte die Autonomie Wiens zur Wiederauserstehung. In diese Zeit fällt die Vollendung von einzelnen Teilen des Stadterweiterungswerkes, besonders der Ringstraße (eröffnet 1865) und der Beginn einer planmäßigen Regulierung der inneren Stadt. Der zweite Bürgermeister Wiens, Dr. Zelinka, trat 1868 ab und an seiner Stelle wurde Dr. Feldner zum Bürgermeister gewählt, ber ein Dezennium lang Leiter der Stadtverwaltung blieb. In diese Zeit

fällt der Bau der Hochquellenleitung, die Donauregulierung, die Weltausstellung vom Jahre 1873, die Errichtung des städtischen Lagerhauses und einer Anzahl Einrichtungen für die Approvisionierung und die Sanierung von Wien. Bis zum Jahre 1873, wo die Unternehmungslust durch den großen Krach eine langdauernde Abschwächung erlitt, dauerte ein riesiger Ausschwung der Bautätigkeit, die eine Folge der Stadterweiterung, wie der damit zusammenhängenden, bedeutenden Steuerermäßigung von 1859 war. Während von 1848 bis 1858 im ganzen 381 Häuser neu gedaut und 1302 umgebaut wurden, belaufen sich die entsprechenden Ziffern für 1859 bis 1869 auf 1525 bzw. 2836.

Die schon erwähnte Ringstraße wurde als Ersat der verlorenen Anspflanzungen auf den Glacis mit Gärten ausgestattet, die im Ausmaß von 35,5 ha der Gemeinde überwiesen wurden. Hof, Staat und Gemeinde wetteiferten miteinander, in dem neugewonnenen Ringstraßenviertel prachtvolle Paläste aufzuführen und schufen so ein Gesamtbild von seltenem Reiz.

Die Wiener Stadtverwaltung befand fich bauernd in ben Sanden einer politischen Bartei, welche sozial bas höhere Burgertum und die Intelligenz repräsentierte, politisch jener Berfassungspartei angehörte, bie unter wechselnden Namen im Reichsrat den Saupteinfluß bis 1879 fest= hielt. In Wien dauerte die Herrschaft der Liberalen, wie sie hier genannt wurden, länger, fie erlagen schließlich im Jahre 1895 einer flerikalen Opposition. Ihre tragische Schuld liegt weniger in der Art von Wirtschaft, bie sie geführt haben, als in ber völligen Entfremdung, die sie zwischen fich und ben unteren Schichten bes Burgertums auffommen liegen. Gine fluge, überaus bemagogische Opposition machte fich bas zunute. Die Bahlen von 1895 entschieden das Schicksal ber liberalen Majorität. Dem jum Bürgermeister gemählten Führer ber Opposition, Dr. R. Lueger, murbe die kaiserliche Sanktion trot mehrfacher Widermahl verweigert, ber Wiener Gemeinderat schließlich unter Suspension der Stadt-Autonomie aufgelöst und die Besorgung ber Gemeinbegeschäfte einem Staatsbeamten übertragen, ber sie mit Unterstützung eines ernannten Rates bis 6. Mai 1896 Bum Bürgermeifter von Wien murbe bann 3. Strobach als Strohmann Dr. Luegers gewählt, bem er auch nach furzer Zeit ben Plat räumte. Seit 1896 ist Dr. Lueger Bürgermeifter von Wien.

Finangen der Stadtgemeinde Wien für das Jahr 1907.

(Jahresende.)

I.

Gemeindevermögen (Ohne furrentes Bermögen).

A. Aftiva.

Realitä	ten ,	Anst	altsge	bäı	ıbe	, (S¢)	ule	n,		
Steinge	ewerfe,	Gri	inde							219 325 007	\mathbf{K}
Investi	tionen	in f	tädt.	Un	ter	nehi	nuı	nge	n 1	281 348 636	,,
Privatı						,		_		80 203 636	,,
Gerecht										994 800	"
									-	581 871 479	_
										301071479	IZ
			В.	Ŗ	a f	ſίυ	a.				
Unleher	ı von	2 5	Mill.	fl						13 310 000	K
,,	"	10	MiA.	fl						6780000	,,
,,	,,	30	Mia.	fl						22880000	,,
,,	"	35	MiA.	K						34270000	,,
"	,,	60	Mia.	K						59240000	,,
"	,,	3 0	Mill.	K						29720000	"
"		285	Mill.	K						283 140 000	,,
Anteile		m T	onau	reg	uli	erui	เดริ	fon	bβ	11 613 880	"
,,	aus d			_			•				"
"	Verfeh			,					´.	5 3 26 7 131	,,
,,	aus di		•	=A:	nle	hen				166 020	"
Passiv=8			•							36 537 557	"
Passiv=8	•					Ĭ.	•		·	9 585 988	
Sonstig			•	•	•	•	•	•	•	16 615	"
O 0.111.8		•	•	•	•	•	•	•	·_		<u>"</u>
										560 526 224	K
Reines	Aftivu	m.	•							21 345 2 55	K

¹ Es find dies: Städtische Gaswerke 75,3 Millionen K, städtische Elektrizitätswerke 63,2 Millionen K, städtische Straßenbahnen 135,4 Millionen K, städtisches Brauhaus 5 Millionen K, städtische Leichenbestattung 2,36 Millionen K.

Rarl Bächter. 102

II.

Bemeindegut und furrentes Gemeindevermögen.

1. Gemeinbegut.

Wert	ber	Straßen und P	läţe	٠.			94 905 800	K
,,	,,	Ranale und übe	rwö	lbten	Bi	iche	40530600	,,
"	,,	Brüden					11877500	,,
,,	,,	Wasserleitung					101703900	,,
,,	,,	Uferversicherung	en				29 886 100	,,
,,	,,	Gartenanlagen					5966000	,,
,,	,,	Strombäder .					2821500	,,
,,	,,	Anstandsorte .					448000	,,
						_	288 139 400	K

2. Rurrentes Bermögen.

Aftiva.

Kassenbestände .									12 346 868 K
Aktivrückstände									29385990 "
Inventarwerte					٠.				22 506 357 "
Aftivforberungen									1169232 "
Evidenzposten .		•							(399873) "
Sumn	ıa	$(\mathfrak{oh}$	ne	Ev	ibe	nzpi	ofte	n)	65 432 185 K
			P a	ffi	va.				
Paffivrüdstände									18 612 772 K
Paffivforderungen	;								102 000 "
Evidenzposten (18	31	198	K	()				•	
		Sun	nm	a t	er	Pa	ssiv	en _	18714772 K
Reines Aftivum									46 717 412 K

Refapitulation.

Reines Aftipum.

Gemeindevermögen (ohne furr. Vermögen)	21 345 255 K
Rurrentes Gemeindevermögen	46 717 412 "
Gesamtes Gemeindenermögen	68 062 668 K
Gemeinbegut	288 139 400 K
Ramainhaaiaantum	256 202 068 K

III. Einnahmen und Ausgaben nach Ordinarium und Extraordinarium für das Jahr 1907.

		Drden	ıtliche	Außeror	dentliche
		Ginnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
			in K	ronen	
I.	Berwaltung im allgemeinen	996 498	12 349 185	_	129 047
II.	Steuerwesen	70 264 214	2 006 715	_	_
III.	Gemeindevermögen	19 202 080	4 938 141	19 862 933	28 319 995
IV.	Gemeinbeschulb	13 906 589	35 010 522	5 474 189	
v.	Sicherheitswesen	141 087	2 876 657	219 797	248 701
VI.	Öffentliche Arbeiten	12 333 843	21 527 726	14 382 183	16 482 471
VII.	Mark und Approvision	4 612 995	3 835 657	449 102	499 379
VIII.	Sanitätswesen	3 006 912	3 002 470	2 186 893	3 2 53 121
IX.	Armenwesen	7 627 383	14 382 214	228 647	1 338 549
X.	Rultus	2303	70 523	_	30
XI.	Unterricht	334 327	23 721 059	_	
XII.	Ronffription und Militar .	351 752	728 703	_	
XIII.	Verschiedene Zwecke	90 567	284 501	3 569	882 210
		132 870 557	124 779 078	42 807 316	51 153 806

Ad IV zur Verzinsung und Tilgung ber Anlehen tragen die Wirtsschaftsbetriebe Gas, Elektrizität, Straßenbahn 10,63 Mill. K bei, die in obiger Post von 13,9 Mill. K enthalten sind. Die Abfuhr der Gas-, Elektrizitäts-, Straßenbahn-, Brauhaus-, Leichenbestattungs-Unternehmungen im Betrag von 10,5 Mill. K ist sub III Gemeindevermögen verrechnet.

Erster Teil. Die Betriebe.

Erster Abschnitt.

Selbständige Betriebe.

A. Gaswerf.

Geschichtliches.

Schon seit ben siebziger Jahren plante die Wiener Stadtverwaltung, bie von der englischen Gesellschaft Imperial Continental Gaz-Affociation und einer fleineren Gesellschaft besorgte Gaslieferung für öffentliche und private Beleuchtung in eigene Regie zu übernehmen. Wieberholte Un= läufe scheiterten aber an der übergroßen Vorsicht der Verwaltung, auch an der mangelnden Borbereitung, die man außer acht gelaffen hatte, rechtzeitig zu treffen. So fam 1877 ein Bertrag zustande, welcher ber englischen Gesellschaft bie Gaslieferung für bie Stadt Wien (damals noch ohne Vororte), bis 1889 übertrug. Der Vertrag enthielt eine Kündigungs= klaufel für nach Ablauf von zwölf Jahren und die Bestimmung einer Ablösung zum Schätzungswert nach Bertragsablauf. Die fortgesetten Berhandlungen ergaben eine Meinungsdifferenz, betreffend des Bunktes, ob die Gasgesellschaft verpflichtet sei, bei Nichtzustandekommen einer Ablöfung, ihr Rohrnet aus ben Stragen zu entfernen, wie es bie Gemeinde Wien forberte ober nicht. Eine von der Gemeinde Wien 1882 barüber eingebrachte Präjudizialklage murbe 1890 zu beren Gunften entschieden. Dennoch nahm die Stadt 1889 die Kündigung nicht vor, fette die Berhandlungen fort und veranlaßte eine Abschätzung des Inventarwertes der Gasgefellschaft, mas zirka 16,16 Millionen Gulben ergab (1894). Der verdiente Bürgermeister von Wien, J. N. Brix, starb im gleichen Jahre, fein Nachfolger resignierte ein Sahr später. Dem neugewählten Bürger= meister Dr. Lueger versagte ber Raiser die Sanktion und die Regierung ließ nach Auflösung des Gemeinderats die Gemeindegeschäfte durch den

Bezirkshauptmann Dr. von Friebeis verwalten. Während dies Interregnums, das dis 1896 währte, ruhten selbstverständlich die Verhandlungen mit der Gasgesellschaft, doch sicherte der Staatssunktionär der Gemeinde Wien beim n.=ö. Landtag die Bewilligung zur Aufnahme eines Anlehens von 60 Millionen Kronen für den Bau der Gaswerke. Bei Rückschr des autonomen Systems ging das neue Regime nach Abbruch der Verhandlungen mit der Gasgesellschaft eilig an den Bau der Gaswerke und diese wurden im Jahre 1899 in Betrieb gesetzt. Der für die Gemeinde Wien ungünstige Ausfall des Prozesses über die Bororteverträge zwang zur Beschränkung der Regiegaslieserung auf die alten Bezirke, während die englische Gesellschaft wie die Wiener Gasgesellschaft die neuen Bezirke bis 1912 mit Gas versorgen darf. (Näheres darüber in Teil II.)

Beschreibung und Einrichtung ber städtischen Gasmerke.

Der Gaswerkkompler liegt im dritten Gemeindebezirk an der Bebauunasarenze am rechten Ufer des Donaukanals. Das Grundstück ist feltfam geformt, mit einer schmalen Berlängerung gegen bie Stadt zu. Die Geleise der Staatseisenbahngesellschaft überschreiten nächst dem Gaswerk ben Donaukanal, fo daß die auf dieser Bahn direkt aus bem Rohlen= gebiet anrollenden Rohlenwagen mittels Industriegleise bis zur Rohlen= ablade gebracht werden fonnen. Die zahlreichen Gebäude umftehen einen großen Plat, ber als Roksablage bient, sie find in ber Reihe geordnet, die der Anordnung des chemischen Prozesses der Gaserzeugung und Reinigung entspricht: Das ungeheure Ofenhaus mit 18 Rauchfängen, das Kondensatorgebäude, hinter welchen beiben die Kohlenschuppen und die Industriebahn mit Rangierbahnhof sich befinden. Rechtwinflia zu ber Are bes Ofenhauses entwickeln sich bie Apparatenhäuser, die Gasfauger=, Wäscher= und Reinigeranlage, dem Ofenhaus gegenüber bas Gas= meffergebäude. Den Abschluß des Plates bildet das Verwaltungsgebäude. In der schmalen Verlängerung des Grundstückes sind eng aneinander die vier riefigen Gasbehälter erbaut, die Wassergasanlage befindet sich in einem nördlichen Winkel des Kompleres.

Das Ofenhaus

ist eine riesige breischiffige Halle mit Glasdach und Glasabschluß: 283,3 m lang, 61,7 m breit und 15 m Seitenmauerhöhe bis zum Dachaufleger. Das Mittelschiff besteht aus 20 durch Konstruktionsteile zu einem einzigen vereinigten Gitterständern, von denen 18 je einen Schornstein beherbergen. Ein jeder von diesen ist mit Bentilationslaternen umgeben, und dient

zehn Öfen zur Ableitung der Rauchgase. Die Öfen sind in den 26 m breiten Seitenschiffen untergebracht, es sind ausschließlich Coze-Öfen in Berwendung mit je neun Stück um 32° geneigten, 3,52 m langen, 520 mm breiten, 380 mm hohen Retorten, deren Ladefähigkeit 250 kg, deren Leistungsfähigkeit innerhalb 24 Stunden 2800 cbm beträgt. Die Gesamtzahl der Öfen ist 180 mit 1620 Retorten, die Gesamtleistung 86,4 Millionen cbm im Jahr.

Die Heizung geschieht mit Generatorgaß, wosür der Koks den drei mittleren Retorten entnommen wird. Die Kohlenausbereitung besindet sich an der Südseite. Der Transport, die Zerkleinerung, die Berteilung der Kohle in die Füllfübel, alles wird maschinell besorgt. Die Handarbeit ist fast völlig ausgeschaltet. Das Rohgaß steigt vom unteren Ende der Retorte in vertikalen Eisenröhren empor und wird oberhalb der Ösen in ein Wassergerinne geleitet, wo sich ein Teil des Teers abscheidet. In großen Röhren verläßt das Rohgaß nun das Osenhaus und gelangt in das benachbarte

Rondenfatorgebäude.

Hier handelt es sich darum, das Gas allmählich adzukühlen, da eine zu heftige Abkühlung zu Naphtalinausscheidungen und Rohrverstopfungen führt. Das Kondensatorgebäude (82,8 m × 20 m) hat
56 Kondensatoren in vier Systemen, zu zwei Batterien geordnet. Jede
Batterie besteht aus sieben Hochzylindern von 8,2 m Höhe und 1,5 m
äußerem Durchmesser. Die Kondensation erfolgt durch Wasser und Luft.
Schiebereinrichtungen erlauben jede beliebige Ein- und Ausschaltungskombination. Erwähnt sei hier, daß die ganze Fabrikation und Apparatur
in vier parallel arbeitende Systeme geteilt ist, die vollständig unabhängig
voneinander arbeiten, so daß eine Betriebsstörung nur ein System
stören kann.

In ber Gassaugeranlage

wird durch Exhaustoren das Rohgas angesaugt, um in dem bisher zurückgelegten Leitungs= und Apparatenweg jeden Überdruck zu vermeiden; dagegen versehen die Exhaustoren das abgehende Gas mit Druck für die noch zu passierenden Apparate. Die Ausstattung besteht aus vier Systemen von je zwei dreislügligen Exhaustoren mit Motorantrieb. Leistung jedes Exhaustors bei 80 Umdrehungen in der Minute 3000 cbm per Stunde.

Die Wäscheranlage

befreit das Rohgas von Teer und Ammoniak. Ersteres gelingt nie voll= ständig, was auch nicht beabsichtigt wird, da die Teerspuren im Leuchtgas

biesem ben warnenden Geruch verleihen. Die Teerausscheidung erfolgt durch Durchpressen des Rohgascs durch enge Löcher, wodurch der seine, suspendierte Teer als Tröpschen kondensiert, beim Anprall an Wandungen zur Erde fällt. Die Entsernung des Ammoniaks im Standardwäscher erfolgt durch Wasser im Gegenstrom.

Pelouze=Ausscheiber sind für jedes System zwei vorhanden und die boppelte Anzahl Standardwäscher. Eine automatisch eintretende Reserve= anlage von zwei Bäschern gibt Sicherheit gegen Betriebsstörungen.

Die Reinigeranlage,

in zwei großen Gebäuben untergebracht, befreit das Rohgas von Schwefelund Cyanverbindungen, ein rein chemischer Reinigungsprozeß, der in den vier großen Reinigern durch eine nach Gebrauch leicht regenerierbare Eisenorydmischung hervorgerusen wird. Nach wiederholter Berwendung wird die Reinigermischung durch ausgeschiedenes Teeranmoniumsulstat unsbrauchbar und wird zur Fabrikation von Cyanverbindungen abgegeben. Die verbleibende Beimengung von Cyanwasserstoff im Behältergas übersteigt nicht 41,2 g in 100 cbm.

Das Gasmeffergebäube

enthält acht Waffergasmeffer von 37,5 cbm Trommelinhalt, die bei 80 Umdrehungen per Stunde 3000 cbm Gas abmeffen. Sie find mit den nötigen Zählapparaten, Thermometern, Manometern usw. außegerüstet.

Die vier Gasbehälter

sind wahre Riesen, die in einer Reihe angeordnet, des Platymangels halber nur in der Mitte eine Axenentsernung von 100 m ausweisen, sonst auf 70 m Axenentsernung zusammengerückt sind, was 3 m Zwischenraum bedeutet. Die Behälter sind zweisach telestopiert. Die Gloden haben einen Durchmesser von 58,17 m, der unterste Telestopreif von 60 m. Die Behältergebäude sind rohe Ziegeltürme, haben lichten Durchmesser von 62,8 m, die Wasserbassins fassen 30 000 cbm Wasser. Die Behältergloden fassen je 90 000 cbm Leuchtgas, zusammen 360 000 cbm; sie geben gefüllt dem Gas einen Druck von 213 mm. Um den Druck stets in gleicher Höhe zu halten, passiert das Behältergas vor seiner Abgabe ins Rohrnen noch das Druckreglerhaus, wo für jedes der sechs großen Leitungsrohre ein eigener Druckregler vorhanden ist.

Als Nebengebäude sind zu erwähnen: Das Keffel- und Maschinenhaus, eine Bumpftation, eine Rohrprüfungsanstalt, eine Werkstätte, Arbeiteraufenthalts= und Reinigungsräume, Baber, Verwaltungsgebäube, Wirtshaus und Kantine.

Gasverteilung, Abgabe und Tarif.

Die Legung bes Rohrnetzes bot die größten Schwierigkeiten, es mußte ein Teil der Hauptrohre auf ad hoc geschaffener Brücke über den Donaukanal und am linken Ufer dis zur Stadt geführt werden. Das Rohrnetz besteht aus eisernen Muffenrohren mit Blei-Hanf=Dichtung. 1906 hatte es eine Länge von 648544 m und einen Rauminhalt von 55229 cbm. Bon den Straßenleitungen wird mittels gußeisernen Rohrschellen die aus Schmiedes oder Gußeisen bestehenden Hausleitungen mit Gas versorgt. Die Gasmesser, wie die Verbindung mit der Straßensleitung, werden von den Gaswerken aufgestellt und vollzogen auf Kosten des Abnehmers.

Die Berforgung mit Leuchtgas, die Legung bes Rohrneges in ben Stragengrund ber bichtbebauten Großstadt, bie auf start atzibentierten Terrain gebaut ist, gab den Tiefbautechnikern keine geringen Probleme zu lösen. Schon die Tatsache, daß die gesamte Gasversorgung an einem Bunkt ihren Ausgang nehmen mußte, unähnlich der bisherigen Bersorgung, beren Röhren von fechs weit außeinanderliegenden Erzeugungsstätten auß= gingen, mußte große Schwierigkeiten schaffen, und die Lösung, die ge= funden murbe, zeigt auch ohne weiteres die Schwierigkeit bes Problems. Weiter bestand von Anfang an die Absicht, sich die Möglichkeit, jeden Bunkt ber Leitung von zwei Seiten, aus zwei Sauptrohrleitungen er= reichen zu können, offen zu halten. Schwierigkeiten häuften fich auch dadurch, daß der Untergrund Wiens durch eleftrische=pneumatische und Wafferleitungen, durch das Gewirr von größeren und kleineren Kanälen schon eng durchfahren mar, und man bei diesen Anlagen nie so vorsichtig verfuhr, daß man nie ficher sein konnte, nicht an manchen Stellen auf unvorhergesehene Sinderniffe zu ftogen. Man muß auch noch bebenken, baß die Gasrohre der Wiener Privatgasgesellschaften noch in der Erde lagen, mas die Aufgabe der Rohrlegung ganz befonders erschwerte. Die Lösung wurde bermaßen gefunden, daß man einmal die Berforgung bes bem Gaswerk benachbarten Gebietes, ben britten Begirk, mit einer Separatleitung (Rohrdurchmeffer 700 mm) vornahm, die damals noch wenig bebauten Bezirke X und XI mit einer Rohrleitung (Durchmeffer 1100 mm), und vier Rohrleitungen mit je 1200 mm Durchmeffer für die Berforgung des anderen Teiles der Stadt bestimmte. Bon biesen murde ein 1200 mm Rohr bem rechten Donaukanalufer entlang bis ans Ende

bes Versorgungsgebietes geführt. Die brei übrigen übersetzten ben Donaukanal auf eigener Rohrbrücke und folgten bem Donaukanalufer bis zur Stadt, wo der eine Rohrstrang sich weiter in seinem Versorgungsgebiet verbreitete, die zwei letzten Rohrstränge aber zum rechten Ufer zurücksehrten, dem Wiensluß folgend ihre Versorgungsgebiete erreichten.

Bis 1907 betrug der Preis eines Kubikmeter Beleuchtungsgases 19 h, dasselbe Quantum Kraft= und Heizgases 14 h, in diesem Jahr wurde ein Sinheitspreis von 17 h kestgesett. Höher ist der Preis bei der Abgabe durch Automaten, wo 770 l Gas auf 20 h kommen. Die Gasmesserrente wird nach einer Tabelle berechnet, die mit zunehmender Flammenzahl abnehmende Preise per Flamme ausweist. Fünf Flammen entsprechen einer jährlichen Gasmesserrente von 4 K 56 h, 10 Flammen = 7 K 20 h, 100 Flammen = 36 K. Rabatte treten bei einem Mindestkonsum von 5000 cbm mit 2% ein und steigen bis 4% bei einem Konsum von über 50000 cbm.

Nebenprodufte.

Als solche kommen Koks, Teer, Ammoniakwasser, Retortengraphit, Retortenteer und unbrauchbare Reinigermasse in Betracht.

Koks wird von den städtischen Gaswerken an die Österreichische Länderbank abgegeben, welche den Weiterverkauf übernimmt. Ab 1. August 1907 wurden die von der Bank den Gaswerken zu entrichtenden Preise erhöht. Der Bertrag sett folgende Preiserhöhungen fest:

per q Stück= und Nußkoks von 2 K 06 h auf 2 K 22 h, " " Breeze I " 1 " 52 " " 1 " 68 ".

Ber q Stück- und Nußkoks:

für das Gewerbe der Wäscher, Wäschpußer und Händler . . . von 2 K 02 h auf 2 K 18 h. mit Brennmaterialien . . .

Desgleichen enthält der Bertrag einen Maximaltarif für Berkäufe der Länderbank, wie auch den Borbehalt für die Gemeinde, bei Anziehen der Rohlenpreise, die Kokspreise zu erhöhen. Dauer des Bertrags, fünf Jahre.

Teer. Die aus dem Ofenhaus und den Borzisternen der Apparaten= häuser kommende Teermenge fließt in einen Teerscheider, wo das spezisische Gewicht Teer= und Ammoniakwasser voneinander trennt; aus der Teer= zisterne erfolgt dann die Abfüllung in Waggons und Fässer, während das

Ammoniakmaffer zu einer auf bem Grunbstud bes Gasmerks

gelegenen Ammoniakfabrik gebracht wird. Diese Fabrik ist von einer Firma erbaut, und der Gemeinde kostenlos ins Sigentum übergeben worden, unter der Bedingung, daß ihr auf eine Reihe von Jahren das ausschließeliche Recht auf den Bezug von Ammoniakwasser, gerechnet nach dem Börsenpreis für schwefelsaures Ammon, eingeräumt werde. Sin sehr gutes Geschäft für die Kommune.

Öffentliche Beleuchtung.

	l	a) Zahl be ühlichtbren ganz= nächtig		b) Gas= verbraudy in cbm	Auslagen für Gas= beleuch= tung K	Beleuchtung öffentslicher Gebäude und Amter Ronfum Flammen in obm		
1900	18 334	11 344	29 685	9 487 176	469 250	47 707	1 741 296	
1902	19 408	12 560	31 968	9 807 294	521 060	50 595	1 708 957	
1907	12 407	9 711	22 118	7 088 628	637 605	54 977	1 577 351	

Private Beleuchtung.

Gasmeffer Stück	Privat= Flammen Zahl	Gas Mafd Zahl		Auto= maten Zahl	Gasabgo Beleuchtung in 1000 cbm	. '	Gefamt= abgabe in 1000 cbm	
63 162	884 598	492	2538	3686	60 460	5 711	78 122	
71 984	868 348	671	3437		62 460	11 658	81 440	
92 000	957 307	858	4461		—	—	89 996	

Gasverbrauch in 1000 cbm.

	Beleuchtung	Heiz=, Roch= u. Industrie= zwecke	Zusammen		
1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906	60 507 60 663 62 573 64 489 63 996 64 471 63 576	5 711 3 773 11 658 14 011 17 229 20 837 22 746	66 219 69 437 74 231 78 501 81 225 85 308 86 323 89 968		

		Rofs		Tee	r	Ammo was		Retortei und	Reini= germasse	
	Produktion in Tonnen	Produktion in Lonnen Berkauf in Lonnen Erlös in		Berkauf in Tonnen	Erlös in 1000 Aronen	Berkauf in Kubikmetern	Erlös in 1000 Kronen	Bertauf von R. Spech tn Tonnen	Erlös von K. Spech in Kronen	Erlös in Kronen
1902 1906	198 659 201 083	128 2 47 160 514	2422 3007	14 403 15 918	533 585	43 391 42 902	322 325	\$211 \315 \$46 \70	\$20 473 6 840 \$3 819 \$2 024	79 939 64 141

Nebenprodufte.

Die Baffergasanstalt und bas II. Städtische Gaswerk.

Raum drei Jahre nach der Eröffnung der städtischen Gaswerke zeigte sich, daß ber Baskonsum Wiens auch in ben alten Stadtteilen über die Leistungsfähigkeit des städtischen Betriebs hinausging. Für eine gründ= liche Erweiterung, die ja auch mit der 1912 eintretenden Erlöschung der Gasverträge ber Bororte mit ben privaten Gasgesellschaften, hatte rechnen muffen, mar fein Raum im Simmeringer Werk vorhanden. erichien es, ben Weg zu betreten, ber fich zwar feines besonderen Unsehens bei den Fachleuten erfreute, aber vielfach unter gleichen Umftanden betreten murbe, es ist bas, die Erzeugung von karburierten Wassergas und beffen Beimengung zum Rohlenleuchtaas. Allgemeinem Urteil der Fachleute zu trauen, eine arge Täuschung bes Bublifums, besonders jenes Teils, ber Motorgas bezieht. Der Bau ber Wassergasanlage murbe bemnach im Berbst 1903 im Offertweg vergeben gegen eine Pauschalfumme Bedingung mar eine Leistungsfähigkeit der Anlage von 961 100 K. von 72 000 cbm per Tag. Gine gleichergiebige Erweiterung bes Baswerks hätte das Doppelte beansprucht. Die neue Anlage murde im November 1904 eröffnet und seitdem Wassergas im Ausmaße von 15% ber Leucht= gasmenge beigemischt. Damit war die Frage ber Basbeleuchtung für die Bufunft natürlich nicht erledigt und die Gemeindeverwaltung beschloß an die Errichtung eines zweiten Gaswerkes zu schreiten, wofür im XXI. Begirk ein großes Grundstud erworben murbe, und für beffen innere Gin= richtung das alte Gaswerk Bersuche mit Ropperöfen vornimmt.

Das itädtische Gaswert im Jahre 1907.

I. Betriebsbericht.

Gaserzeugung	unb	=verbrauch.

Total 100 870 230 cbm	Berkauftes Gas . 91 013 500 cbm							
bavon Kohlengas 86 388 343 "	Eigener Bedarf . 709874 "							
Wassergas 14481887 "	Öffentl. Beleucht. 7 088 628 "							
	Summa 98812002 cbm							
Steigerung gegen Borjahr 4,69 %.	Gasverluft 2,07%.							
Rohlenverbrauch	und Ausbeute1.							

Stück= und Kleinke	bl	e a	us Oftra	are	evie	c, a	uch	eng	lisd	je R	ohl	e	284 646,5	\mathbf{t}
Gasausbeute aus	1	t	Rohle										303,52	cbm.

Rofs.

Lagerbestand am Jahresbeginn	2010000 t
Verkauft an die Länderbank	128 734 "
a) Stückfoks	100 913 "
b) Breeze I	18024 "
	9787 "
Eigenverbrauch für Gemeinde= und Wohltätigkeitszwecke	70 770 "
Vorrat am Jahresende	370 "
Gesamtausbeute 70 % ber vergasten Kohle.	"

Teer.

Teererzeugung . . . 13857,991 t; Ausbeute 4,87% ber vergaften Kohle; Waffergasteer 995,000 t;

Ammoniakwasser.

Fahreserzeugung $42\,874~\mathrm{cbm} = 655\,129~\mathrm{kg}~\mathrm{NH_3}$ ober 2,302 kg für 100 kg ber vergaften Kohle.

> Retortenpech. Jahresanfall zirka 500 t. Retortengraphit. Jahresanfall 80 t.

Die Preise für Kohle werden geheimgehalten und ift es baber unmöglich barüber etwas in Erfahrung zu bringen. Auch bie Bilang und ber Berwaltungsbericht ber Gasmerte enthält barüber feine Angaben.

Reinigermaffe.

100 cbm reinigten 1147020 cbm. Berkauft 1830 t, barin 238 t Cyanverbindungen.

Dfenbetrieb.

Bei größter Leistung 180 Öfen in Betrieb. Größte Chargenzahl an einem Tag 8062. Gesamtzahl der Chargen 1554798. Durchschnittsgewicht ber Charge 183,07 kg. Durchschnittszahl der Öfen im Betrieb 106. Durchschnittszahl der Retorten im Betrieb 889. Durchschnittsleistung der Retorte 266,3 cdm. Durchschnittsleistung der Charge 55,6 cdm. Durchschnittsabtreibezeit 4 Stunden 45 Minuten.

Waffergasanlage.

Bom 1. Juni bis September außer Betrieb.

Produktion 14 481 887 cbm. Mischgas enthält 14,4 % Wassergas. Berbrauch an Koks aus der Gasanstalt: a) Zur Vergasung 10 627 t, b) zur Kesselseuerung 3 149 t. Gasöl 339 Zisternen (à 10 000 kg).

Tarif und Gasabgabe.

Der bisher bestehende Doppeltarif 14 und 19 h für Motor= resp. Lichtgas murbe 1907 durch ben Einheitssatz von 17 h ersetzt. Zahl ber Gasmesser zirka 92000. Zahl ber Gasautomaten 6386, an letztere ab= gegebenes Gasquantum zirka 1000000 cbm.

Rohrnet.

Hauptrohrstränge $688\,067\,$ m. Zuwachs bes Jahres $9\,189\,$ m. Mittlerer Rohrburchmesser $0,0855\,$ qm. Rauminhalt bes Hauptrohrnetzes $55\,423\,$ cbm.

Öffentliche Beleuchtung.

Glühlichtbrenner.

22 118 Straßenflammen, bavon 12 407 halbnächtig, 9 711 ganznächtig.

Einführung von Invertlicht.

428 halbnächtig, 304 ganznächtig. Zuwachs gegen Borjahr 310 Flammen.

Citibfannannanhnank hai	halbnächtigen) ~r	5 8 2 59
Glühkörperverbrauch bei	ganznächtigen	} Frammen	53959;
Syttitoerverveuug vei	halbnächtigen ganznächtigen	3 grammen	33 083.

Auf einen Glühlichtbrenner entfallen im Jahr 5,30 Glühkörper und 3,30 Zylinder.

Schriften 130. Erftes Beft. - Gemeinbebetriebe III. 1.

8

Gaswerfe.

A. Bilang für 1907.

I. Aftiba.

II. Paffiba.

		in 1000 Aronen			in 1000 Kronen
1 2 3 4 5 6 7 8 9	Rohlengasanlage	61 100 1 155 1 477 579 443 5 523 11 210 1 775 542 8 257	1 2 3 4 5	Aus dem Erlös des 60 Mill. Rronen Anlehen Aus dem InvestAnlehen für die Aufstellung von Gasautomaten und Erweiterungen sowie für Betriebssonds Baukonto und Kokskonto . Tilgungs- u. InvestReserve Arbeiters, Beamtenpensions Reserve u. Selbstversich Reserve	59 240 6 081 4 148 5 096 592 10 058
		92 495			92 495

B. Ausgaben und Ginnahmen.

I. Laften.

II. Gewinne.

		in 1000 Kronen		in 1000 Kronen
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11	Sehaltkonto	577 2 042 2 653 1 402 114 84 1 800 197 173 29 35 9 107 3 799 12 906	Inftallationsrenten Rebenprodukte	7 274 657 4 584 116 181 8 60 4 21 12 906

Die Bilang weist einen Reingewinn von 3799 506 K auf, von bem nach Abzug von Rudlagen für Venfionen, Selbstverficherungsreserve von 622 231 K,für Investitionen von 108042 K, für Anlehenstilgung und einem Bosten von 23 500 K für Renumerationen, eine Summe von 2 941 683 K gur freien Bermendung an die Gelber der Gemeinde Wien abgeführt murde. Es eraibt fich weiter, daß im Sahre 1907 für Berginfung des Anlage= und Betriebs= fapitals (ungefähr 65 000 000 K) 2 653 276 K bezahlt wurden und eine ber Abschreibungereserve die Summe von 1800000 K überwiesen murde, wodurch diese zur Gesamtsumme von 10057738 K anwuchs, mas 15,4% Nicht angeführt find die durchgeführten des Anlagewertes ausmacht. Werte für die öffentliche Beleuchtung, welche bie ftädtischen Gaswerke in ben Gemeindebezirken I-XI, XX und XXI unentgeltlich zu besorgen haben, was einen Aufwand von 1140721 K gleichkommt. fowie durch die Ermäßigung, welche städtische Amts= und Anstaltsgebäude genießen (12 h pro Rubikmeter), murde fich der Reingewinn unter Berücksichtigung der obenerwähnten Investitionen eigentlich auf 4740 125 K belaufen. Die Gesamteinnahmen ber städtischen Gaswerke für 1907 22662972 K die Ausgaben . 18863465 K Gebarungsüberschuß 3799506 K.

B. Städtische Eleftrizitätswerfe.

Beschreibung ber städtischen Elektrizitätswerke.

Als im Jahre 1898 die Elektrisierung und Übernahme der Wiener Straßenbahnen in Gemeindebetrieb beschlossen wurde, war der Moment gekommen, wo, wenn die Stadt überhaupt als Selbstproduzent von Elektrizität je auftreten wollte, ein Zuwarten nicht mehr möglich war. So wurde auch die Errichtung eines städtischen Kraftwerkes beschlossen. Ein Vertrag mit der Bau= und Betriedsgesellschaft schloß jedes Risiko aus. Die Platzfrage wurde nach vielem Hin und Her gelöst und für die zustünstige Elektrizitätszentrale ein Nachbarareal der Gaswerke in Simmering gewählt, unweit des Donaukanalusers, der zur Lieferung des ungeheuren Wasserquantums dienen sollte, das ein großes Kraftwerk zu Kondensationszwecken braucht, unweit der Staatsbahngeleise, was wieder eine direkte, bequeme Kohlenversorgung versprach. Der Donaukanal bot auch die Zustunstshossinung auf einen Wasserweg für den Kohlentransport nach Fertigstellung des Donau-Oder=Kanals, was allerdings noch gute Wege hat.

8*

Was die Wahl des Stromfystems betraf, so war dieses durch die Lage des Grundstückes gegeben. Der für den Bahnbetrieb gewählte Gleichstrom mit Spannung von etwa 500 Volt gestattete keine Fernleitung, so daß man sich zu einer Drehstromanlage entschloß, welche hochgespannten Strom für in dem Stadtgebiet verteilte Unterstationen abgibt, zum Zweck der Umwandlung in Gleichstrom oder niedrig gespannten Drehstrom und Weitergabe an die Straßenbahnen und sonstigen Konsumenten.

Für ben Anfang begnügte man sich mit 12000 KW, geliefert von sechs Maschinenaggregaten zu 2000 KW und 5000 Bolt Spannung, womit man fürs erste auszukommen glaubte.

Der Bau und die Einrichtung wurden den österreichischen Schuckert= Werken und ber öfterreichischen Landerbank zu ungeteilter Sand übergeben (11. Mai 1900) unter ber Bedingung einer Fertigstellung bis zur Betriebsfertigfeit für spätestens Ende 1901; also eine Frist von 19 1/2 Monaten, welche die beiden Gesellschaften punktlich einhielten. Gleichzeitig erwarb die Gemeinde das oben ermähnte Grundstüdt, das fich aber in der Folge als wenig gunftig herausstellte. Der Baugrund mar, wie fich ergab, bem Hochmaffer ausgesett, und es mußte eine 2 m hohe Anschüttung vorgenommen werden. Die dadurch hervorgerufene Niveauerhöhung bedingte eine außerordentlich ftarke Bumpenanlage, ba das Wasser bes Donaufanals zur Kondensation bienen follte. Auch ba trat eine Enttäuschung ein, als fich zeigte, daß das Ranalmaffer zu bem angegebenen 3med feiner Berunreinigung durch ben Donausammelkanal wegen, der sich damals noch stromaufwärts vom Werk in ben Kanal ergoß, nicht zu verwenden war. Der Gemeinde gelang es aber balb, eine Berlangerung bes rechten Sammelfanals bis über bas Werk hinaus burchzuseten. Bei niedrigem Bafferftand zeigte fich überdies ber Ranal zu feicht, fo daß auch eine Aufstauung vorgenommen merben mußte.

Auf dem nahezu quadratischen Grundstück von zirka 300 m Seitenlänge wurden parallel in nordsüblicher Richtung zwei dreiteilige Hallen aufgeführt, in deren breiten Zwischenraum die Kohlenzusuhr erfolgt. Bon diesen beiden Werken wurde das westliche Werk I von allem Anfang an ausgebaut, bei Werk II erfolgte der Ausdau erst 1908. Zu beiden Seiten der Kohlenzusuhr befinden sich große Kohlenbunken, auf deren Höhe die Kohlenwaggons mittels Aufzugs gehoben und entleert werden. Daran schließen sich nach beiden Seiten die Kesselhäuser und Maschinenhallen an.

Das Resselhaus

bes ausgebauten Werkes I ist breischiffig burch Arbeitsgang im erhöhten Mittelschiff geschieden. In beiden Seitenschiffen find die Bafferröhren= kessel System Babcok und Wilcox zu je vier in einer Gruppe angeordnet. Sie besitzen zwei Oberkessel mit einmundenden Kammern von je 14 Bundel zu 8 Mannesmann=Siederöhren, haben fünstliche Birkulation nach System Dubiau. Ein eingebauter Überhitzer gibt trodenen Dampf von 300° C. Die Feuerung besteht in elektromotorisch betriebenen Rettenrosten; automatische Feuerung und Kohlenzusuhr murbe nachträglich eingerichtet. Unter bem Mittelgang dient ein doppeltes Feldbahngeleife zur Afchenabfuhr. Ursprünglich waren im ganzen 32 Kessel mit je 300 qm Heizfläche vorgesehen, doch hat sich bis Ende 1907 die Beigfläche der Ressel auf 16614 am erhoben. Die Schornsteine murben ursprüng= Reffelhaus felbft geplant, mußten aber bes Alluvialbodens wegen nach außen verlegt werden und stehen 12 m vor der Stirne der Reffelhäuser. Sie find girka 65 m hoch, haben eine Ausmündung von 3,8 m Durchmesser, die Kammer ist auf 9 m mit Schamotte bekleibet, ber Schaft ber Schornsteine besitt eine Luft= ichicht zwischen innerem und äußerem Belag. Das Gesamtgewicht jedes Schornsteins ift 3806 t, etwa bie Sälfte entfällt auf bas Betonfundament. Das zur Keffelheizung in Anwendung fommende harte Donaukanalmaffer und noch härtere Brunnenwasser erforderte die Errichtung einer Bafferreinigungsanlage, die am Nordende des Keffelhaufes Blat fand. Die Anlage besteht aus zwei Gruppen von je 40 cbm Leistungsfähigkeit bestehend aus einem Kalksättiger, zwei Klärzylinder, zwei Vor= und Nach= filter. Das auf brei beutsche Särtegrabe gereinigte Speisemaffer wird burch vier Warthington-Compound-Spezialpumpen in die Oberkeffel gebracht. Die Ekonomiser besorgen eine Temparaturerhöhung des Wassers auf zirfa 100° C.

Das Maschinenhaus.

Die Leistungsfähigkeit ber Maschinenanlage wurde von 1902 bis Ende 1907 von 24 000 PS auf 60 500 PS gebracht, das entspricht einer Steigerung von 16 000 auf 38 350 KW, wobei durch die im Jahre 1907 erfolgte Übernahme der Wiener Elektrizitätswerke eine sprunghafte Bergrößerung stattsand.

Die anfangs eingestellten 3000 PS Dampfmaschinen nach einem mobifizierten Susten Sulzer leisten bei 12 Atmosphären Eingangsbruck

und 90 Umdrehungen normal 3400, maximal 4200 PS. Es sind Dreis sach=Expansionsmaschinen, wobei der Niederdruckzylinder geteilt ist und die Anordnung von je zwei Zylindern tandemartig zu beiden Seiten des Schwungrades getroffen ist.

Die Zylinderabmessungen sind: Hochdruckzylinder 800 mm, Mittelsbruckzylinder 1175 mm, Niederdruckzylinder 1425 mm, Hub. 1500 mm.

Die in zwei Hauptlagern ruhende Kurbelwelle trägt das als Schwung= rad funktionierende Magnetrad der Drehstrommaschine.

Die Drehstromgeneratoren

find zwischen Kurbel und Zylinder der Dampsmaschinen in der Weise eingebaut, daß das umlaufende Magnetrad (7,5 m Durchmesser) gleichzeitig das Schwungrad der Dampsmaschine bildet. Um Umfange des zweiteiligen, gegen 43 t schweren Magnetrades sitzen 64 Magnetpole, deren Bewickelung auß 84 Windungen von hochkantig gebogenen Flachkupser hergestellt ist. Die Spannung zwischen je zwei benachbarten Wicklungsbrähten ist 0,04, und es wird die Wicklung durch eine separate Erregermaschine mit Gleichstrom von 220 Bolt Spannung versorgt. Das Schwungrad macht 90 Umdrehungen in der Minute, liesert dreiphasigen Wechselftrom von 5000 Volt Spannung mit $96 = \left(\frac{90 \times 64}{60}\right)$ Polwechseln

in ber Sekunde. Die vier Erregermaschinen arbeiten parallel mit einer Akkumulatorenbatterie und liefern Gleichstrom von 200 Volt Spannung. Eine Erregermaschine genügt für zwei Generatoren zu 2000 KW.

Die Apparatenanlage,

bie im Borbau gelegen ift, zerfällt in brei Hauptgruppen, bie hinter= einander gelegen find.

- I. Apparate zur Sammlung, Regulierung, Messung ber von ben Generatoren kommenden Ströme.
- II. Apparate zur Verteilung bes Gesamtstroms und Messung ber nach ben Unterstationen abgegebenen Ströme.
- III. Apparate zur Schaltung, Regulierung und Messung der Erreger= ströme.

Die Apparate I und II sind an Sammelschienen geschaltet und mit Anschlüssen, abnehmbaren Zwischenstücken usw. berart versehen, daß jede Kombination von Berbindungen und Schaltungen durchführbar ist. Für jede Maschine und Fernleitung besteht ein getrennter Apparatenkomplez,

ber Garnitur heißt. Ein solche besteht aus Kilowattanzeiger, Zähler, Boltameter, Ampèremeter, Hochspannungsschalter und ben Sicherungen. Der Parallelschaltung dient je ein Erregerstrommesser und ein Synchronissmus-Boltameter mit Glühlicht. Sämtliche Apparate sind auf Marmorplatten und Sisengerüste montiert, überhaupt ist die ganze Apparatur in der peinlichsten Weise gesichert und dem neuesten Fortschritt angepaßt. Das Problem der Parallelschaltung ist in einsacher Weise gelöst.

Für die im Betrieb selbst verwendete Kraft sind Transformatoren vorhanden, welche den hochgespannten Drehstrom auf 300 Bolt herabssehen. Die Beleuchtung wird zum Teil durch Aksumulatoren besorgt, um im Falle einer Störung eine unabhängige Lichtquelle zu besitzen. Beide Zentralen sind mit telephonischen Verbindungen untereinander und zu allen Unterstationen versehen; die Kabel wurden mit den Hochspannungsstabeln verlegt.

Lichtmerkszentrale (Werk II).

Diese bilbet mehr eine Hilfsanlage für das Hauptwerk; ihre selb= ständige Eristenz ist besonders auf siskale Schwierigkeiten zurückzuführen, die durch Übereinkommen mit der Steuerbehörde nunmehr erledigt sind.

Die Bauanlage-Konstruktion von Maschinen-, Ressel- und Kohlenhaus sind vollständig identisch mit denen der Bahnwerkszentrale, nur ist die Anlage erst zur Hälfte ausgebaut und die Hallen durch versteifte Fach- werkswände geschlossen.

Aufstellung haben bisher nur vier Maschinenaggregate finden können, boch wird im Jahre 1908 ber Ausbau bes Lichtwerkes in Angriff genommen.

Nachdem im Werk I das sechste Maschinenaggregat zur Aufstellung gekommen war, beschloß die Direktion den Übergang vom Motorenbetrieb zur Dampsturbine in Vorschlag zu bringen. Im Jahre 1904 wurden zwei Dampsturbogeneratoren von je 10000 HP oder 6000 KW maximaler Leistung zu einem Stückpreise von 490000 K den österreichischen Siemensschuckertwerken in Auftrag gegeben und im Jahre 1906 nach der Durchsführung der dadurch notwendig gewordenen Erweiterung des Werkes I in Betrieb genommen.

Eine dritte Turbo murbe im Jahre 1907 aufgestellt.

Die folgende Übersicht soll ein Bilb geben von der Entwicklung der Einrichtung der städtischen Elektrizitätswerke von der Eröffnung 8. April 1902 bezw. 22. September 1902 bis Ende 1907.

Gegenstand	Betriebsjahr							
orgen puno	1902	1903	1904	1905	1906	1907	<u></u>	
Heizfläche der Reffel in Quadratmeter	9 600	9 600	10 800	12 840	14 370	16 614		
Leiftungsfähigkeit d. Mas fcinenanlagen: a) in Kilowatt b) i. Pferdeftärke effekt.	16 000 24 000	16 000 24 000	20 000 30 000	20 000	32 350 50 500	38 350 60 500		
Anzahl der Transformas toren für hilfsanlagen Deren Leiftungsfähigkeit	7	7	7	8	8 700	8	Bentralen	
in Kilowatt Anzahl der Drehftrom-, Gleichftromumformer Leiftungsfähigkeit an der Gleichftromfeitei. Kilo-	527	527	527	6	6	6	Bent	
matt	325	325	325	575	575	575	li	
Anzahl ber Aktumul.= Batterien f. Erregung und Beleuchtung	3 165	3 165	3	4	4 240	4 240		
Anzahl d. Unterstationen	5	5	5	5	5	7	<u>n</u>	
Deren Anzahl an Um- formern Leiftungsfähigkeit auf der	29	30	33	34	35	41	Unterstationen	
Gleichstromseite i. Kilo= watt	15 950	16 500	19 500	20 500	21 950	25 850	ftati	
Affumulator = Batterien in Stück	11	11	14	15	15	25	nter	
Deren Leiftungsfähigkeit in Kilowatt	2 140	2 140	3 420	3 654	4 950	7 443	⁼	
Gefamte Rabellänge in Kilometern Davon fallen auf:	1319,03	1752,10	2096,26	2355,74	2498,72	2889,3	\$	
a) Straßenbahn zus. in Kilometern b) Licht und Kraft in	279,29	318,74	319,82	327,26	328,14	333,14	Rabelneh	
Rilometern c) Hausanschluß in	1026,17	1391,74	1706,46	1928,29	2049,17	24 17,42	Ral	
Kilometern	13,57	41,62	69,98	100,19	121,41	138,71		

Anm.: Die von der Biener Elektrizitäts-Gefellschaft übernommenen Anlagen find in die Tabelle aufgenommen.

Gegenstand	Betriebsjahr							
——————————————————————————————————————	1902	1903	1904	1905	1906	1907	<u> </u>	
Rupfergewicht der verslegten Kabel in Tonnen Anzahl der eingebauten Transformatoren in	1636,50	2126,60	2547,05	2759,20	2853,21	3349,5		
Stück	_	81	168	229	286	357		
Teren Leiftungsfähigkeit in Kilowatt Anzahl d. Hausanschlüsse Anzahl der Pauschals	 1 177	2 600 3 009	5 317 5 035	6 267 7 114	9 600 8 839	12 637 10 280	lnep	
parteien				İ		3 150	abe	
Leistungsfähigkeit i.Kilo- watt						928	8	
Anzahl der Elektrizitäts= Zähler	1 47 8	5 123	9 790	15 354	20 526	28 100		
watt	5 039	16 945	33 343	48 523	64 673	88 537)	

Unterstationen und Leitungsnet.

Da man sich von Anfang an auf die Fabrikation von hochgespannten Drehstrom beschränkt hatte, mußten an verschiedenen Stellen des Berssorgungsgedietes Unterstationen errichtet werden, einmal zur Herabminderung des hochgespannten auf niedrig gespannten Drehstroms, aber auch für dessen Umwandlung in Gleichstrom. Da der Straßendahnbetried Gleichstrom konsumiert, muß dieses Quantum in den Unterstationen von 5000 Volt Drehstrom auf 550 Volt Gleichstrom transformiert werden. Die Zahl der Unterstationen 1902 — fünf — wurde 1907 um zwei vermehrt, die darin besindliche Zahl der Drehstrom-Gleichstrom Transsformatoren wuchs gleichzeitig von 29 auf 41, die Leistungsfähigkeit auf der Gleichstromseite von 15 950 auf 25 850 KW. (Konsum der Straßensbahnen 1907: 35 000 000 KW Stunden.)

Die Unterstationen sind nach annähernd gleichem Typus erbaute Gebäude, sie bestehen aus zwei Abteilungen, der unterkellerten Maschinenshalle und dem drei dis sechs geschossigen Akkumulatorenhaus. Ihre Maschinenanlagen bestehen aus vier dis zehn Motordynamos, es sind Doppelmaschinen, bestehend aus einem Drehstrom Synchronmotor an gleicher Achse mit einem Gleichstromgenerator. Die Akkumulatorense anlagen dienen zur Ausgleichung der Stöße, die der Straßenbahnbetried verursacht, sie speichern einen Teil des in den Unterstationen erzeugten Gleichstromquantum auf. Getrennt ist jeweilig eine Akkulamatoranlage für Stöße und eine solche für Beleuchtung und Kraftübertragung.

Sämtliche Akkumulatoren sind nach System Tudor ausgeführt in Batterien zu 274 Elementen und besitzen mit Ende 1907 eine Leistungs= fähigkeit von 7443 KW. Die Anzahl der Batterien ist von 11 in 1902 auf 25 in 1907 gestiegen.

Das Kabelnet betrug Ende 1907: 2889 km gegen 1319 km in 1902, davon für Straßenbahnzwecke 333,14 km, für Licht= und Kraft= zwecke 2417,42 km, für Hausanschlüsse 138,70 km. Das Hoch fpannungsnet verbindet die Zentralen mit den Unterstationen, welche Berbindung durch drei die sechs Kabel hergestellt wird. Diese Hochspannungskabel sind dreisach verseilte, eisenbewehrte Drehstromkabel für 5500 Bolt. Spannung mit drei sektorförmigen Kupferseelen von 150 mm Durchmesser. Bor und nach der Legung wurden sie einer Spannungsprobe von 10000 Bolt während 15 Minuten unterworfen. Sie sind im Straßengrund in nächster Nähe der Telephonkabel verlegt, ohne daß je Induktionswirkungen beobachtet wurden.

Die Bahnspeisekabel zweigen von den Unterstationen ab (72 Speisepunkte), führen Gleichstrom und sind sorgfältig isoliert und seichter als die Hauptleitungskabel verlegt. Die größten Schwierigkeiten machte die Legung des Lichtkabels, dessen Leitungsnetz nur nach sehr vagen Bermutungen über den voraussichtlichen Bedarf verlegt werden konnte. Nach dem Dreileitersystem angeordnet mit 2 × 220 Bolt Spannung (Gleichstrom) zwischen den Außenleitern, konnte man auf den geringen, 50 qmm Duerschnitt für den Mittelleiter, herabgehen, was mit bedeutender Bersbilligung und Bereinfachung des Berlegungsgeschäftes verbunden war.

Die Unterstationen sind in dem Stadtgebiet so verteilt, daß eine Zerlegung desselben in Kreise von 2,5 km Durchmesser, jeweils eine Unterstation zum Zentrum hat, also der abzugebende Gleichstrom ohne nennensewerten Berlust geliefert werden kann. Stadtteile, die von dieser Kreiseinteilung nicht eingeschlossen werden und die dadurch entstandenen Zwickeln, werden mit Wechselstrom versorgt, das den Hauptleitungen direkt entnommen wird. Die hohe Spannung (5000 Bolt), gestattet keine unterirdische Berzweigung, die daher in Schalthäuschen auf dem Straßenniveau verzweigt und in Transformatorenhäuschen auf die Gebrauchsspannung (220 Bolt) herabgesetzt werden. Aus diesem Sekundärnetz werden die kleinen Abnehmer in den oben erwähnten Gedieten versorgt, während die großen Abnehmer (von 100 PS. ab) direkte Anschlüsse an das Hochspannungsnetz erhalten.

Nachzutragen ist noch die Anzahl der im Kabelnetz eingebauten Trans= formatoren mit (1907) 357 Stück und 12637 KW, die Anzahl der Hausanschlüsse 10280, der Elektrizitätszähler 28100 mit 88537 KW Kapazität, Anzahl der Pauschalanlagen 3150.

Preistarif ber städtischen Eleftrizitätsmerte.

Für	Straßenbahn	16	\mathbf{h}	per	KW-St.	
,,	öffentliche Beleuchtung	35	,,	,,	"	
,,	Privatbeleuchtung .	7	"	,,	HW-St.	
	großen Konfum	4,5			,,	

, Kraftzwecke 4 " " "

Als großer Konsum gilt eine Überschreitung von 600 Brennstunden per Jahr durchschnittlicher Benütung.

Für Akkumulatoren besonderes Übereinkommen. Elektrizitätszähler= rente nach Zahl der KW jährlich:

Für	1	Zähler	bis	zu	1	KW	jährlich	12	K
,,	1	"	,,	"	2	"	,,	24	"
							"		
							"		

Finangen der städtischen Eleftrizitätswerte.

A. Bautosten, Ausstattung, Erweiterung.

Anlehen ber Stabt Wien vom Jahre 1900 (Nominale 30 000 000 K), abzüglich ber Tilgungen bis Ende 1906 29 770 000 K.

Teilbetrag bes Anlehens ber Gemeinde Wien ex 1902.

1. Für Betriebsfonds effektiv	800 000 K
2. " Erweiterungsbauten effektiv .	30 604 746 "
Zusammen effektiv	31 404 746 K.
Nominale	33 232 536 K
bavon Tilgung bis Ende 1906	54 469 "
	33 178 066 K.

Dazu ist folgende Erläuterung nötig: Bis Ende 1904 standen für ben Bau der Elektrizitätswerke zur Verfügung effektiv:

```
Aus dem Elektrizitätsanlehen von 1900 . . . . . 29 400 000 K

""" Investitionsanlehen " 1902 . . . . . 10 000 000 "

Im Jahre 1903 Vorschuß aus dem Investitionsanlehen

gegen seinerzeitige Refundierung aus dem Reingewinn

des Elektrizitätswerkes zu Bauzwecken . . . . 4 000 000 "
```

Zusammen effektiv bis Ende 1904 43 400 000 K

Da das Nominale der Anlehensgelber, desgleichen die Vorschüffe aus dem Investitionsanlehen mit $4^{1/2}$ %, das Betriebskapital mit $4^{0/0}$ zu verzinsen sind, belief sich der Aufwand für diese Posten 1907 auf $2\,325\,039$ K und $81\,223$ K für Amortisation. Weitere große Lasten sind:

	In Aronen								
	1902	1902 1904		1907					
Gehälter, Löhne, Betriebsmaterialien . Erhaltung ber Gebäube, Maschinen, bes	660 511	2 146 543	3 121 025	4 366 572					
Kabelnetes, Zähler, Instrumente usw.	22 430	191 892	283 210	818 193					
Abschreibungen		741 095	1 328 673	1 652 632					
Summe ber Ausgaben	1 487 150	5 016 099	6 920 651	9 868 229					

Diefen Ausgaben fteben Ginnahmen gegenüber (vollständig):

	In Aronen						
	1902	1904 1906		1907			
Stromabgabe: a) Straßenbahn		3 924 670 2 756 556		5 252 161 7 713 897			
Lampen usw	10 590	159 982	313 437	427 782			
Sonstige Einnahmen	3 420	35 311	102 882	141 692			
Summe ber Einnahmen	1 205 937	6 876 520	10 609 707	13 535 533			

Vollständig	feit	Eröffnung	:
--------------------	------	-----------	---

	1902	1903	1904	1905	1906	1907
Cinnahmen Ausgaben	1 205 937 1 487 150	4 828 913 3 853 670	6 876 520 5 016 099	8 605 807 6 131 702	10 609 707 6 920 658	13535533 9868229
Reingewinn bzw. Defizit	— 281 213	975 242	4 860 420	2 474 105	3689049	3667304

Reingewinn (- Defizit) abgeführt (gebeckt) an "Eigene Gelber ber Gemeinbe Bien".

C. Städtische Strafenbahnen.

Literatur.

Wien am Anfang des 20. Jahrhunderts. I. Bo. Straßenbahnen von P. Liez. Betriebsführung von L. Spängler. 1905. Stadtbauamt Wien, Anlagen der elektrischen Strußenbahnen. Wien 1904. Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien. 1899 ff.

Ein langjähriger erbitterter Kampf der Gemeinde Wien mit der Wiener Tramman-Gesellschaft (f. unter Teil II, 1. Abschn. C) fand im Jahre 1898 seinen Abschluß durch einen Bertrag der Gemeinde Wien mit der Firma Siemens & Salste, Die sich verpflichtete, Die Wiener Tramman-Gesellschaft ju liquidieren und unter Bilbung einer neuen Gefellschaft mit bem Titel: Bau= und Betriebsgesellschaft für städtische Strafenbahnen, die Elektri= fierung und Erweiterung bes bestehenden Trammannenes als Beauftragte ber Gemeinde Wien vorzunehmen. Um nicht auf die Lorteile, welche das Kleinbahngeset von 1894 den Kommunen einräumt, verzichten zu muffen, erwarb die Gemeindeverwaltung die Ronzeffion im eigenen Namen. (Das R. B. G. gewährt ben Kommunen 90 jährige Konzession und Ber= zicht bes Staates auf heimfall ober Einlöserecht.) Der Bertrag mit Siemens & Halste, beffen ungeanderte Unnahme durch die Bau- und Betriebsgesellschaft die Firma garantierte, enthielt die Ginführung einer Tarifermäßigung, stipulicrte einen Gewinnanteil der Gemeinde, die Über= führung bes Netes in elektrische Traktion und ben Ausbau bes Geleise= netes. Die Elektrifierung follte innerhalb breier, ber Ausbau bes Ge= leisenepes innerhalb fünf Jahre vollendet sein. Im allgemeinen follte der Betrieb durch Oberleitung erfolgen, nur für ben Ring und anliegende Abzweigungen, sowie einige befonders wichtige Stragenlinien, mar bas Schlitfanalinstem in Aussicht genommen (unterirdische Stromzuführung).

Im April bes Jahres 1902 wurden zwischen ber Gemeinde Wien

und der Firma Siemens & Halske vier Urkunden gewechselt, die sich mit der Übernahme der Straßenbahnen in städtischen Besitz und Betrieb besaßten, gleichzeitig erfolgte ein Übereinkommen mit der Deutschen Bank (Berlin) und der Länderbank in Wien über die Begebung eines Investiztionsanlehens von 285 Millionen K, aus dessen Erlös unter anderem die Straßenbahnen erworben wurden. Die vier oben erwähnten Urkunden betreffen die Übernahme der zum Straßenbahnnetz gehörigen beweglichen Sachen (55 840 000 K), Immobilien (6 250 000 K), das Bahnnetz samt Wagenpark und Zubehör (39 510 000 K).

Dazu kam August 1902 ein Vertrag mit der Firma Siemens & Halske, ber dieser den weiteren Ausbau der Straßenbahnen und dessen Betrieb bis auf weiteres übertrug. Der Betrieb wurde aber schon 1. Juli 1903 der Gesellschaft abgenommen und in Eigenregie übernommen. Als Grund wurde die dringende Verbesserung der Lage der Straßenbahnbediensteten angegeben, wozu man die Bau= und Betriebsgesellschaft nicht nötigen konnte. Mit der Verbesserung der Pensions=, Lohn= und Dienstbezüge verband die Gemeinde eine Erhöhung der Tarife.

Die Unlage ber Straßenbahn.

Das Wiener Stadtgebiet zeigt eine ringförmige Anordnung der einzelnen Bezirke um das Stadtzentrum, soweit die Donau und der Donaukanal diese Bauentwicklung nicht gehindert haben. Kreißförmig um die innere Stadt liegen die sogenannten alten Bezirke (Bestand von 1858) II—IX, während der X. Gemeindebezirk im Süden der Stadt abliegt. Sine zweite Ringordnung bilden die zu Beginn des letzten Jahrhundertziahrzehnts eingemeindeten Bezirke XI—XIX, die sich im Westen dis an die Ausläuser des Wienerwaldes, im Süden dis auf die marinen Bildungen des Wiener Berges erstrecken. Sin XX. Gemeindebezirk wurde auf der aus Donaustrom und Kanal gebildeten Insel (II. Bezirk Leopoldstadt) geschaffen und ein XXI. am jenseitigen Donaustromuser aus zahlreichen großen und kleinen Gemeinden.

Das Berkehrsnes der Straßenbahnen paßt sich nun dieser konzentrischen Topographie an; es zerfällt in Ringlinien, die neun an der Zahl, jedoch nur in einem Falle einen vollständig geschlossenen Kreisring bilben und in Bendellinien, die den radialen Berkehr besorgen. Die Einteilung in Sektoren (6) und Zonen (5) bildet die Grundlage des Tariss.

Breistarit.

1. An Werktagen.

- a) Für bis 7 Uhr 30 Minuten morgens angetretene Fahrten, Ginheitspreis 10 h.
- b) Für Fahrten, die nach 7 Uhr 30 Minuten morgens angetreten werben
 - a) für zwei Teilstrecken 12 h.
 - β) für mehr als zwei Teilstreden 20 h.
 - y) für mehr als vier Teilstrecken, wenn Zone V berührt wirb, 30 h.
 - 2. An Sonn= und Feiertagen.
- a) Bei Fahrtbeginn bis 12 Uhr mittags, Ginheitspreiß 20 h.
- b) Bei späterem Fahrtbeginn
 - a) ohne Rücksicht auf Teilstreckenzahl, aber nur eine Teilstrecke in V. Zone, 20 h.
 - bei mehr als vier Teilstreden, wenn eine ober mehr in Zone V
 fallen, 30 h.

3. Rinber.

Bis 2 Jahren frei. Bis 1,30 m Höhe, Einheitspreis 10 h (auch an Sonn= und Feiertagen).

Schüler zwischen Wohnung und Schule 10 h.

4. Wagenwechsel.

Das Umsteigen ist bei allen Kartenkategorien gestattet, sofern es zur Erreichung bes Fahrzieles nötig.

5. Abonnements.

Monatsfarten 24 K. Salbjahrsfarten 120 K.

Dieser Tarif bebeutet gegenüber dem der Bau= und Betriebsgesellschaft insofern eine Verteuerung, als die einfache Fahrt von 10 h auf 12 h erhöht wurde, dafür wurde allerdings gestattet, mit der 12 Hellerkarte umzusteigen, was dei der 10 Hellerkarte nicht der Fall war. Das von der Stadtgemeinde geschaffene Novum des erhöhten Sonntagstarifs hat natürlich hestige Angriffe von seiten des Publikums zur Folge gehabt. Es ist in der Tat eine durchaus unsoziale Maßnahme, die in keiner Weisezu billigen ist. Einen gleichen Tadel verdient die Abwesenheit von Arbeiterstarten, die in anderen Städten, auch wo es sich um einen Privatbetrieb

ber Straßenbahnen handelt, den Arbeitern die Fahrt zu und von der Arbeitsstätte verbilligen. Der billige Morgentarif von 10 h zwingt den Arbeiter bei der Heimkehr die ganze Karte, also gewöhnlich 20 h zu zahlen, da die ausgegebenen Abonnements erst bei mehr als vier Fahrten täglich rentabel werden. Diese engherzige Tarispolitik der Gemeindeverwaltung wirkt verhängnisvoll auf die Wohnungszustände in den Arbeitervierteln, wo schwere Überfüllung und Wohnungsnot herrscht, wie auch hindernd auf die zu wünschende Dezentralisation, für die innerhalb der Gemeindegrenzen ein Übersluß von noch agrar genutzten Bauland zur Verfügung stünde.

Berwaltungsgebäude, Werkstätten, Wagenhallen, Fahrbetriebsmittel.

Die städtischen Straßenbahnen werden von drei Verwaltungsgebäuden aus geleitet, sie verfügen über 17 Bahnhöfe, die in den äußeren Bezirken verteilt und mit Werkstätten, Betriebsräumen und Wagenhallen aus=gestattet sind.

Die Gesamtgrundsläche dieser Objekte beläuft sich auf $234\,584\,$ qm, wovon zirka $78\,000\,$ qm auf Wagenhallen, $3300\,$ qm auf Werkstätten und Betriebsräume, $9700\,$ qm auf Verwaltungsgebäude fallen, im ganzen $120\,880\,$ qm verbauter Fläche.

Die Streckenlänge betrug Ende 1907 ohne die Linien der ehemaligen Dampftrammay-Gesellschaft 190 770 m, davon

```
Hauptgeleise . . . . 353 200 m

Nebengeleise . . . . 8 482 m

Bahnhof und Hallengeleise 39 103 m

Gleislänge 400 785 m.
```

Die Wartehallen längs ber Straßenbahnstrecke sind 74 an ber Zahl, in ber Regel schmale Eisenzellen von zirka 1,5 m Breite und 4—8 m Länge, nur an großen Verkehrszentren größer und oft mit Telephonzellen versehen.

An Fahrbetriebsmittel sind 1055 Motorwagen und 994 Beiwagen, burchaus zweiachfige Wagen zusammen 2049 vorhanden, die einen Fassungs-raum von 42 793 Sitz- und 35 042 Stehplätzen zusammen 77 835 Persfonen haben.

Der Verwaltung stehen außerdem an Werk= und Transportfuhrwerk

Der Rabstand beträgt 2,2 m, so daß ein Schaukeln ausgeschloffen ist. Die noch aus dem Pferdebetrieb stammenden Wagen wurden dementsprechend abgeändert.

zirka 210 Stud zur Verfügung, ein Pferbebestand von 70 Stud und 13 Automobile, wovon sechs Automobil=Omnibusse.

Berkehrsnes, Ober= und Unterbau, technische Details.

Ende 1907 betrug die totale Gleislänge 400 785 m, die bis auf 2400 m neuester Anlage in Betrieb standen. Bei 15588 m ist unter= irdische, sonst hoch geführte Zuleitung vorhanden. An 72 Speisepunkten tritt den städtischen Elektrizitätswerken entstammender Gleichstrom von 550 Bolt Spannung in die Leitungen ein und kehrt bei oberirdischer Zuleitung durch die Schienen, bei unterirdischer Zuleitung durch die zweite untere Stromschiene zurück. Die Übertragung auf den Motorwagen geschieht durch Bügelkontakt im ersten Fall und durch das herabgelassene Kontaktsschiffchen im zweiten Fall.

Die Schienen und Geleise sind regelmäßig leitend verbunden, Rückleitungen von den Speisepunkten fangen die vagabundierenden Ströme ab. Die Oberleitung besteht auß 8 mm Kupferdraht und ist an Masten und Hauswandplatten beseskigt. Streckenisolation mit Streckenausschaltern, Blitableiter (Hörnerform) usw. sorgen für die Sicherheit des Betriebs. Seit 1900 ist eine kräftige Rillenschiene allgemein im Gebrauch (175/125 mm, 15 m Länge, 50,61 kg per laufenden Meter.)

Die Unterlage ber Schienen bilbet ein foliber Schottergrund, bie überdies forglich unterframpten Schienen folgen einer Reihe 2,6 m eingebauten 85/10 mm starken Spurstangen. Abîtand von Hölzerne Querschwellen und Betonlangschwellen werden nur ausnahme= weise gelegt. Eine Stoßverbindung wurde auch in den Strecken angebracht, die keiner Auswechslung des Oberbaus unterzogen wurden. Stromzuführung durch Unterleitung erfolgt, murben fogenannte Ranalschienen verwendet, die auf gußeisernen Boden, die wieder bas Gerippe bes aus Beton hergestellten Kanales bilben, aufruhen. Im Kanal sind Folatorenkästen alle 4,2 m beiderseits eingemauert und enthalten Fola= toren, die die Leitungsschienen tragen. Jeder Motorwagen hat zwei "Schiffchen", die burch ben Schienenschlit mittels einer Rettenwalze und Handkurbel beim Führerstand, herabgelassen werden können, wodurch der Anschluß hergestellt wird. Der Betonkanal besitzt die lichten Maße 60×32 cm, hat 16 cm bide Wände und mißt von der Oberfläche 76 cm. Die Reinigung erfolgt burch große Kammern und Abläufe in ben Stragenkanal. Die Geleisezone ift mit 2,53 und 5,06 m für ein einfaches bezw. boppeltes Geleisepaar festgesett. Die Spurmeite ift 1440 mm, ber kleinste Kurvenradius 18 m, das größte Gefälle 73 %00.

Chriften 130. Erftes Seft. - Gemeinbebetriebe III. 1.

Der Verwaltungsbericht ber Strafenbahnen enthält in wohltuender Weise alles Wichtige und Wiffenswerte, wodurch er fich vorteilhaft von den Berichten ber anderen gewerblichen Wirtschaftsbetriebe unterscheidet. erfahren baraus, daß das investierte Kapital von 1903 bis 1907 von 126 302 431 K auf 134 408 075 K gestiegen ift. Diese neuen Investitionen fliegen aus zwei Quellen, einmal aus ben Betriebseinnahmen, sobann aus bem Teilbetrage der im Investitionsanleben von 1902 für die Übernahme, den Ausbau, Umbau und die Erweiterung der Straßenbahnen mit 116 Mill. K genehmigt murbe, inzwischen aber burch Birements im Betrage von 4656871 K (wovon 3 Millionen K aus der Anleiheverwendungspost in gleicher Sohe für die Wienflugregulierung, der Rest aus der Anleihe= post: Rudzahlung einer schwebenden Schuld, genommen murbe) und burch Bevorschuffung mit 7235088 K (aus ber Bost: Bau ber zweiten Hochquellenleitung) auf die Summe von 127 891 959 K Ende 1907 ge= fliegen ift, welche effektive Summe nach ben Tilgungen, welche ber Betrieb von 1902-1906 in der Höhe von 798 102 K vorgenommen hat, mit 133 609 972 K zu Buche steht (entsprechend dem Nominalwert der Anlebens Anteils). Die Investitionen im Betrieb, die aus ben Betriebs= ergebnissen gedeckt wurden, belaufen sich bis 1906 auf 1042293 K, wozu 1907 253 956 K als Widmung aus bem Gebarungsüberschuß traten. Dieser Gebarungsüberschuß wird mit 2800416 K ausgewiesen, entsprechend

> Einnahmen per 31 157 929 K Ausgaben per 28 357 513 " Gebarungsüberschuß 2 800 414 K.

Der Rückgang des Erträgnisses gegen 1906 war vorausgesehen und nur mit 2196070 K präliminiert, da im Berichtsjahre ein Erneuerungsfonds mit 441 350 K mehr dotiert wurde als im Vorjahre und unter der Rubrik Personal durch Lohnerhöhung und Wohlfahrtseinrichtungen eine Mehrbelastung von rund 991 000 K eintrat.

Bilanz der Städtischen Straßenbahnen 1904—1907. Aktiva.

	1904	1905	1906	1907
Bahnanlage, Bau	128 191 900 1 525 136 508 412 2 333 219	129 850 000 2 029 305 708 124 2 505 461	132 078 078 1 802 337 2 548 651 3 756 595	134 450 368 2 252 583 2 632 031 4 899 649
Summe	132 558 669	135 092 890	140 185 662	145 234 633

Baffiva.

	1904	1905	1906	1907
Investitionsanlehen-Konto abzüglich d. Tilgungen	126 699 764	128 988 092	130 673 413	133 609 972
Anlehentilgungs-Konto . Investitionen aus Be-	275 550	438 070	616 327	798 102
triebsergebnissen	565 203 125 903	105 307 610 342	90348 1772890	253 956 3 063 066
Rreditoren	1 623 440 459 445	1 588 252 579 673	2 006 075 638 032	$\begin{array}{c} 2\ 651\ 517 \\ 1\ 269\ 262 \end{array}$
Überschuß	3 349 361	3 090 470	3 690 584	2 800 416
meinde Wien	1 650 000	1 800 000	2 000 000	2 200 000

Die Verwaltung ber städtischen Straßenbahnen betreibt auch zwei Automobilomnibuslinien, eine von Simmering nach Kaiser-Ebersdorf, eine zweite Linie im XXI. Bezirk von Kagran nach Leopoldsau und Florisdorf. Auf beiben Linien zusammen sind fünf Automobile tätig. Beide Linien wurden im Jahre 1907 eröffnet und haben in neun resp. zwei Monaten bei 716 Betriebstagen eine Personenbeförderung von 273 526 Passagieren aufzuweisen gehabt, 89 373 Wagenkilometer geleistet und eine Bruttoeinnahme von 26 051 K ausgewiesen. Es besteht ein namhaftes Desizit, wie auch die billigen Fahrpreise von Ansang an keinen Überschuß erwarten ließen. Der Fahrpreis beträgt für eine Teilstrecke 12 h, zwei Teilstrecken 20 h (Schüler 10 h).

Das Personal der Straßenbahnen belief sich Ende 1907 auf 7582 Personen, wovon 5944 auf den Betrieb entfallen, 683 auf die Hauptwerkstätte und 581 auf Bauleitung und Werkplatz. Die Lohnstumme wird in den Betriebsrechnungen nicht spezialisiert. Im Jahre 1906 wurden die dis dahin vielkach nicht entsprechenden Gehalt= und Lohnsverhältnisse der Beamten und Arbeiter einer großen Revision und Bersbesseung unterzogen, die mit einer Mehrbelastung der Straßenbahnen von über einer Million Kronen jährlich verbunden ist.

Aus der Betriebsrechnung 1903 bis 1907.

	Strecken- Lausend		L Laujeno	î .	innahmen	Betriebsausgaben		
	länge in	Fahrt	beförderte	in	per km	in	per km	
	km	km	Perfonen	1000 K	h	1000 K	h	
1903	170 863	22 997	80 520	21 936	51,20	17 472	40,78	
1904	185 401	48 953	171 993	24 625	50,30	15 908	32,50	
1905	187 471	52 571	181 763	25 970	49,40	16 390	31,18	
1906	189 027	58 578	199 437	28 454	48,60	17 923	30,60	
1907	190 770	62 430	216 902	30 885	49,50	18 745	33,00	

Ergänzung des Straßenbahnneges durch Zufauf schon bestehender Verkehrsunternehmungen.

Neben der eleftrisierten und verstadtlichten Tramman = Gesellschaft, bestanden kleinere Berkehrsunternehmungen mit Gleisanlagen, die die Berbindung bes Stadtzentrums mit Bororten, auch ber Bororte untereinander, vermittelten, teils durch Pferdebetrieb, teils durch Traftion mit Stragenlokomotiven. Es lag im Interesse eines geordneten Berkehrs, biefe vielfach im Betrieb rückständigen, untereinander wenig zusammen= Verkehr verteuernden Unternehmungen hängenden. den städtischen Stragenbahnnet zu vereinigen. In Frage kamen Unternehmungen: Die 1872 gegründete Reue Wiener=Tramman= Gefellschaft, die im Sahre 1901 bei einem Aftienkapital von 3774 400 fl, über gehn Linien im Ausmaße von 30,7 km, verfügte bei 57,8 km Gleislänge und einem Wagenpark von 91 Pferdemagen, 10 Dampfwagen und 104 Wagen für gemischten Betrieb. Die Traftion beforgten 29 Lokomotiven und 564 Pferde. Die Fahrtleiftungen beliefen fich im gleichen Jahr auf 9 600 000 Fahrgafte, 35 000 000 Wagenkilometer. Die Betriebseinnahmen auf 1400 000 K, die Ausgaben auf 1600 000 K, es bestand also ein Defizit.

Diese Gesellschaft wurde durch Bermittlung der Länderbank elektrisiziert und Ende 1903 dem Netze der städtischen Straßenbahnen einverleibt. Die Kosten, welche der Stadt Wien aus diesem Geschäft erwuchsen, betrugen für den Erwerb des Sigentums der Gesellschaft . . . 6993892 K für die Überführung in den elektrischen Betrieb . . . 8606108 "

Zusammen 15 600 000 K

bie aus dem Investitionsanlehen auf Rechnung bes Krebitposten "Straßenbahnen", vorschußweise entnommen wurden.

Die zweite einbezogene Linie befindet sich im II. und XXI. Gemeindebezirk, ihre Gründung erfolgte 1898 bei Gelegenheit eines Jubiläumsefestschießens, für das das Unternehmen als Berkehrsmittel in Betracht kam. Die Firma Ritschel & Cie. erstellte eine elektrische Straßenbahn vom Praterstern dis nach Kagran, unter Überschreitung des Donaustromes und eine Zweiglinie vom letztgenannten Ort nach den östlich gelegenen "Kaisermühlen". Die Gemeinde hatte sich Sinlösungsrecht und 5 % der Bruttoeinnahmen vertraglich gesichert. Im Jahre 1902 bot die Gesellschaft, die inzwischen in den Besitz der Banksirma "von Koenen & Cie." übergegangen war, die Einlösung auf der Basis von 1608 000 K an, sexte aber ihre Forderung 1904 auf 1200 000 K herab, worauf die Gemeinde

zustimmte. Die Angliederung ans Straßenbahnnet erfolgte am 1. Juni 1904. Die Kosten belasteten den Investitionskredit ber Straßenbahnen mit 1 158 363 K, mährend zirka 64 000 K als Aquivalent der elektrischen Anlagen dem städtischen Elektrizitätswerke überantwortet wurden.

Schließlich gelangte auch die Dampftramway-Gesellschaft, vormals Krauß & Cie. (gegr. 1880) zur Sinlösung, nicht ohne einen jahrelangen von vielen Prozessen begleiteten Streit mit der Kommune, welch letztere wieder zu schwer zu billigenden Mitteln griff, um die Gesellschaft gefügig zu machen. Es handelte sich darum, daß die Gesellschaft sich im Vertrag von 1885 verpslichtet hatte, von einem 6% übersteigenden Reingewinn einer Linie eine progressive Abgabe an die Gemeinde zu entrichten, eine Vertragsklausel, die nie praktisch wurde, da der in der Gesellschaftsbilanz ausgewiesen Reingewinn nie den fraglichen Rentabilitätsfat überstieg.

Im Jahre 1903 entbeckte nun die Gemeinde, daß nach ihrer (ber Gemeindeverwaltung) Ansicht in der Bilanzierung durch vorangehendes Zuweisen an Reservesonds, Erneuerungsfonds und Amortisationsfonds, welche Zuweisungen nicht in der Bilanz Platz gefunden hatten — eine Bersichleierung eines abgabepflichtigen Überschusses in den Jahren 1897 bis 1900 stattgefunden hätte, welche Abgabensumme mit Verzugszinsen zurüczzuzahlen die Gesellschaft verpflichtet sei. Als die Gesellschaft nun diese Verpflichtung bestritt und die fraglichen Summen nicht abführte, faßte der Gemeinderat am 29. November 1904 den Veschluß, den Vertrag von 1885 als ausgelöst zu betrachten und die Gesellschaft zur Käumung der in ihrer Venützung stehenden Straßengründe binnen 14 Tagen auszusordern.

Als nun die Gesellschaft weber eine Antwort erteilte, noch beim kompetenten Gericht Einspruch erhob, suchte der Magistrat beim Bezirks= gericht um zwangsweise Räumung der Straßengrunde an, was das Bezirksgericht zurudwies.

Gegen diese Zurückweisung rekurrierte die Gemeinde an das K. K. Landesgericht in Zivilsachen und erhielt einen obsiegenden Entscheid am 1. Januar 1905, aber gleichzeitig die Verständigung, daß das Bezirks-gericht die zwangsweise Durchführung der bewilligten Räumung erst nach Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde im Sinne § 25 (Exekutions-Ordnung) vornehmen werde können. Gegen den Bescheid des Landesserichtes rekurrierte die Gesellschaft, gegen den des Bezirksgerichtes (betr. des Einvernehmens mit der Aufsichtsbehörde) die Gemeinde. Während letzteres noch anhängig war, entschied der Oberste Gerichtshof den Rekurs der Gesellschaft gegen das Urteil der zweiten Instanz in dem Sinne einer

Wieberherstellung bes erftinstanzlichen Urteils, also ben ganzen Prozeß zu Gunften ber Gesellschaft.

Die weitere Entwicklung des Streites, eine Feststellungsklage der Gesellschaft, daß zwischen ihr und der Gemeinde Wien kein Bestandvertrag bestehe, und sie zur Nachzahlung der Reinertragsüberschüsse nicht verspslichtet sei, welche Klage abgewiesen wurde; und das weitere Versahren der Gemeinde, die die Wiederaufnahme der Räumungsklage betrieb, wurden plöglich abgebrochen, da inzwischen die Aktien der Gesellschaft größtenteils in den Besitz der Länderbank übergegangen waren, was zu neuen Friedenseverhandlungen Anlaß gab. Als letzte Feindseligkeit gegen die Gesellschaft veranlaßte die Gemeinde die Donauregulierungskommission der Dampstramway-Gesellschaft die Benützung der Donaubrücke zu kündigen und kündigte selbst der Gesellschaft den Wasserbezug zur Speisung von Lokomotiven.

Schließlich kam 1907 ein Vertrag zustande, nach welchem die Einlösung der fünf Linien der Dampstramway-Gesellschaft zum Kaufpreisvon 4644551 K per 1. Januar 1907 vorgenommen wurde, wobei noch die Gesellschaft die Rente für die Linie Gaudenzdorf — Hiezing per 44000 K jährlich fortbezieht. Der Fahrpark der Gesellschaft bestand zur Zeit der Übernahme aus 32 Lokomotiven, 109 Personen=, 25 Last= wagen usw.

Betriebseinnahmen 1906											1203152	K
Betriebsausgaben 1906		•									809497	,,
Betriebsüberschuß											338 001	"
Nach Dotierung der Posten: Zinsen, Erneuerungsfonds,												
Dubiosen, resultiert ein	Q	3erl1	uſt	voi	n						32289	K
Aftienkapital 7600000	K	(1	0 0	00	Pr	ior	ität	sat	tier	t à	400 K, 90	00
Stammaftien à 400 K).												

D. Das Lagerhaus.

Vorwiegend bazu bestimmt, dem Getreidehandel, soweit er sich des Donaustroms als Verkehrsweg bedient, zu fördern, wurde ein Lagerhaus 1874 an das User des Stromes verlegt und die große Maschinenhalle der Wiener Weltausstellung von 1873, welche sich unweit des Users des sindet, mit Kaianlagen durch Schienenstränge verbunden, so daß das Lagerhaus heute aus der großen Halle (800 × 50 × 20 m), die zur Einlagerung von zirka 350 000 g Getreide genügt und den Kaimagazinen mit Belegraum für 165 000 g Getreide besteht. Die Kosten der Adaptierung der Halle beliefen sich zwar auf 800 000 K, doch war damit kein modernes Lagerhaus geschaffen. Von modernen maschinellen Einrichtungen, Kranen,

Förber= und Hebeeinrichtungen ist auch heute noch keine Spur vorhanden. Entsprechend der Technik von 1876 ist noch heute der ganze Betrieb. Eine Ausnahme macht die im Jahre 1905 in die Halle eingebaute Gersteputzerei, die durchaus modernen Anforderungen entspricht. Die Kosten der Gersteputzerei beliefen sich auf 148476 K, sie hat eine Leistungs= fähigkeit von 1200 bis 1500 q Gerste per Tag.

Neben ber Einlagerung von Körnerfrucht übernimmt das Lagerhaus auch Zuder, Bein, Spiritus, Öle und sonstige Waren zur Einlagerung; es kann über die Waren Warrants ausstellen, die nach Muster der französischen Lagerscheine aus zwei Teilen bestehen, dem Besitzschein und dem Lagerpfandschein (Warrant), welche Indossements, zum Zweck der Besitzübertragung, wie auch der Verpfändung der eingelagerten Waren erhalten können.

Bewährt hat sich diese Einrichtung nicht und findet auch gar keine Unwendung. Belehnungen eingelagerter Waren vollziehen sich direkt zwischen Banken und Vorschußnehmer.

Die fich aus der Statistif ergibt, ift der Warenumsat bes Lager= hauses seit geraumer Beit in stetigem Rudgang begriffen. Gine Er= scheinung, die nicht nur für ben Gelbbeutel ber Stadtgemeinbe, sondern auch für die Stadt als natürliches Zentrum bes öfterreichischen Getreibe= handels sehr schmerzlich ift. Die primitiven Verladungsanlagen, die noch primitivere Art ber Getreideaufbewahrung (bloges Aufschütten auf ben Boden) und die dadurch erhöhten Manipulations= und Lagergebühren haben ben österreichischen Getreidehandel von Wien abgedrängt, so baß manche fleine Provingstadt es barin überholt hat. Schon 1891 schilbert ber Bericht bes Lagerhauses bie zur Berfügung stehenden Räumlichkeiten als zu flein und schlägt bie Ginführung mechanischer Berladevorrichtungen vor, was aber bis heute nicht geschehen ist. 1895 murde im Ge= meinderat der vielen Klagen und Beschwerden wegen, eine beschleunigte Behandlung ber Frage beschloffen. 1902 nahm fich fogar bas Parlament, ber Sache an und in ben letten Sahren mar es ber Gemeinderat, ber die bislang so fehr vernachlässigte liberale Gründung endlich seiner Aufmerksamkeit murdigte. Die Errichtung der Gersteputerei mar der erste Schritt zu einer gründlichen Mobernisierung, Die wohl in allernächster Beit greifbare Formen annehmen wird.

Wie groß im Anbeginn bes Unternehmens seine Aussichten waren

geht baraus hervor, daß die Gebarungsüberschüffe des Lagerhauses, so lang solche bestanden, die Sinrichtungskosten nicht nur völlig zurückzahlten, sondern deren Wert um eine halbe Millionen Kronen überstiegen.

Städtisches Lagerhaus.

I. Betriebsstatistif.

A. Wareneinlagerung 1896-1906.

A. Einlagerung in 100 Tonnen.

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Jahr	Weizen	Roggen	Mais	zusammen Feldfrüchte u. Mühlen= erzeugnisse	verschiede= ne andere Waren	Gefamts fumme aller Waren
1900	407	449	592	2331	69	2400
1901	277	279	876	1995	79	2074
1902	405	279	837	2108	123	2231
1903	356	390	346	2072	105	2177
1904	190	196	642	2098	129	2227
1905	235	251	155	1545	94	1649
1906	178	196	374	1353	131	1484

Anm.: Kolonne 4 enthält die Sinlagerungkziffern von Kolonne 1, 2, 3, bazu die Ziffern für Gerfte, Hafer, Hirfe, Bohnen, Erbsen, Malz, Raps, Hanst, Widen, Wehl, Kleie. Kolonne 5 enthält die Einlagerungsziffern für Zucker, Wein, Spiritus (hl à 100%), Die und Fette.

B. Warenumfat nach Beförderungsmitteln

in 100 Tonnen.

	mittels Eisenbahn		mittels Straßenfuhrwerk		mittels Schiff		Gesamt=
	Eingang	Ausgang	Eingang	Ausgang	Eingang	Ausgang	umfaţ
1896 1898 1900 1902 1904 1906	1310 1218 842 644 476 540	2177 1773 1521 1533 1231 914	48 46 43 31 123 58	730 894 760 771 965 525	1627 1451 1515 1557 1628 887	45 43 27 70 39 35	5937 5421 4708 4606 4463 2659

II. Finanzen.

A. Rosten der Anlage

in Aronen.

	eigene Gebäude	Adaptierung	zusammen
Aufwand 1876—1906	744 185	1 183 137	1 937 323
Abschreibungen bis 1906 Abschreibung i. J. 1907	357 983 15 083	571 864 23 662	929 847 38 746
Buchwert ber Anlage Ende 1907	381 118	587 610	968 749

B. Beamte, Silfsbeamte und Arbeiter.

a) Beamte und Hilfsbeamte . . 25 Unterbeamte und Diener . . 15 Zusammen 40

beren Gefamtbezüge 105511 K.

b) Arbeiter und beren Entlohnung.

		Gefamte Arbeiterlöhne	373 591 K
Weibliche und Jugendliche	13	1,65 " " "	6315 "
Männliche Stücklöhner .	6 8	8,38 " " "	138 744 "
Männliche Tagelöhner	138	2,79 " " T .	116 000 "
Wochenarbeiter	88	24,48 K p. W.	112531 K
	Zahl	Durchschnittsverdienst	gesamtaufwand
			Kahres=

C.

a) Ruhe und Verforgungsgenüsse an 21 Personen Summa 28 157 K b) Rranken=, Unfall=Versicherung 10 848 K

Summa bes Perfonalaufmanbs.

B. a. 105 511 K

B. b. 373591 "

C. a. 28157 "

C. b. 10848 "

518 107 K

D. Einnahmen und Ausgaben.

In den unter B und C aufgeführten Ausgaben für Gehälter und Löhne, welche den größten Teil der Ausgaben überhaupt ausmachen,

fommen noch Posten für Erhaltung, Bersicherung, Miete, Pachtzinse Steuern, Gebühren, Kanzleierfordernisse, im ganzen 137820 K berart, daß eine Ausgabensumme von 655927 K für das Jahr 1907 resultiert. Die Einnahmen seßen sich zusammen auß:

```
Lagerzins
                               191359 K
Arbeitsgebühren
                               447 648
Versicherungsprämien
                                42 520 "
Binfen für Borfcuffe (Fracht)
                                11092
Miet= und Pachtzinse
                                 1602
Warenabfall und Sonftiges
                               \boldsymbol{12\,215}
      Summa ber Einnahmen
                               706439 K
      Summa ber Ausgaben .
                               655\,927
                    Überschuß
                                50 512 K
```

Dieser Überschuß muß als günstig bezeichnet werben, nicht bloß weil er um 58 811 K besser ist als das Präliminare, welches einen Abgang von 8300 K in Aussicht stellte, sondern weil in den letzten Jahren überhaupt die Desizite überwogen. 1903, 1905, 1906 waren Desizitjahre, die mit Gebarungsausfällen von 22 000, 10 000 und 32 000 K abschlossen, unsgerechnet die außerordentlichen Investitionen auf Rechnung der Gemeindesfasse, die 1902: 17 484 K, 1903: 6229 K, 1904: 6867 K, 1905: 117 773 K, 1906: 30 702 K ausmachten.

E. Leichenbestattung.

Überall bort, wo die Leichenbestattung dem Privatbetrieb überlassen ist, zeigen sich Unzukömmlichkeiten, die in zahlreichen Fällen die Übernahme des ganzen Leichenbestattungsdienstes in städtische Regie veranlaßt haben. In Wien, wo diese Unzukömmlichkeiten besonders arg auftraten, wo nicht nur über die Gesellschaften für Leichenbestattung, sondern auch über die Pfarrer, die sich zahlreiche Überschreitungen der Stolatage zu Schulden kommen ließen, geklagt wurde, in Wien gerade hat es ziemlich lange gewährt, dis die Gemeindeverwaltung sich entschloß, das Leichenbestattungsegeschäft zu übernehmen. Dieses Geschäft besorgte die dahin eigentlich nur zwei Gesellschaften, die troß einer Unzahl kleiner Betriebe sast konkurrenzelos dastanden, die sogenannte "Entreprise" und die "Concordia". Erstere eine Aktiengesellschaft mit dem Titel "Entreprise de pompes sundbres", einem Aktienkapital von Nom. 1000000 K, 5000 Aktien à 400 K, wovon aber bei der Gründung (1870) nur 1500 und später 500 Aktien ausgegeben wurden. 1906 waren 1654 Aktien im Umlauf. Kurs:

600 K. Dividende seit 1900: 34—40 K. Die zweite Gesellschaft Concordia war im Besitz eines Geschäftsmannes namens Beschorner, war gleichsalls 1870 gegründet worden.

Die Entreprise besaß eine kleine Torffabrik bei Gmünd, hatte eine eigene große Realität in Wien, zwölf Filialen und mehrere Agenturen in der Provinz. Die Concordia wurde zusammen mit einer Metallsargsabrik betrieben und besaß 16 Filialen in Wien. Bei der Entreprise lagen die Bedingungen für den Ankauf ziemlich klar, man nahm Einblick in die Geschäftsbücher und fand einen durchschnittlichen Reingewinn von 108 000 K per Jahr. Bei der Concordia belief sich der gesamte Inventarwert auf 115 793 K, was den Besißer nicht hinderte, eine Forderung von 1 000 000 K zu stellen. Die Entreprise forderte 2 400 000 K, was eher berechtigt war.

Genau genommen war ein Ankauf der beiden Unternehmungen übershaupt ganz überflüssig, die Gemeinde hätte bei Errichtung eines Konkurrenzsbetriebes in allerkürzester Zeit den Hauptteil des Geschäftes an sich gezogen. Bon den Beerdigungen, welche die Gesellschaften aussührten, kam der größte Teil von kleinen Vereinen und Bestattungsgeschäften, die kein eigenes Fuhrwerk hatten und bei billigerer Taxe sosort zur Gemeinde übergegangen wären. Ein großer Teil der Begrähnisse kam auch direkt von der Gemeinde, als Armenbegrähnisse usw., die also bei einer eigenen Regie auch für die Gesellschaften verloren gegangen wären. Die Gemeindeverwaltung schlug jedoch diesen Weg nicht ein, sondern erwarb beide Unternehmungen um zusammen 2 350 000 K, wovon 1 700 000 K auf die Entreprise und 650 000 K auf die Concordia sielen. Dabei war die Metallsargsabrik der Concordia nicht inbegriffen.

Die außerordentliche Überzahlung, die besonders bei der Concordia vorliegt, hat die Verwaltung mit der Existenz eines idealen Geschäftswertes zu rechtsertigen versucht. Da man bei einer Leichenbestattung wohl nicht von dergleichen sprechen kann, ist diese Verteidigung wohl sehr un= geschickt.

Wenn man gehofft hat, daß mit der Übernahme der Leichenbestattung, die Übelstände, die man bisher beklagt hat, abgestellt werden würden, hat man sich sehr getäuscht. Die Tarife zeigen durchaus keine hinreichende Ermäßigung gegenüber den Tarifen der Privatgesellschaften. Die

¹ Ermäßigt wurde die VI. und V. Klaffe um 5 und 10 Kronen auf 55 bzw. 110 Kronen; auch eine Aufzahlung auf Säulenwagen in der obersten Klaffe wurde ermäßigt.

lächerliche altmodische Klasseneinteilung nach dem aufgewandten Prunk sind beibehalten worden, ebensowenig wurde die Leichenaufbahrung in der Wohnung unterdrückt 1, die bei der ärmeren Bevölkerung zu geradezu un= glaublichen Dingen führt.

Die hohen Tarife sicherten natürlich eine große Rentabilität. Zwar hat die Gemeindeverwaltung versichert, die Unternehmungen nicht in der Absicht auf Gewinn angekauft zu haben, sondern um die Übelstände des Agenturwesens zu beseitigen und die Übervorteilungen gerade der ärmeren Bevölkerungsschichten durch die Gesellschaften zu verhindern, aber troß dieser Versicherung strebt die Geschäftsführung große Gewinne an.

Aus der Bilanz von 1907, welche die neun Monate April bis Dezember umfaßt, ergibt sich ein Betriebsüberschuß von 153 554 K und zwar nach Abzug von 109 329 K Abschreibungen und 80 716 K Kapital= verzinsung. Die Überzahlung tritt im Bilanzkonto, wo der rein ideelle Geschäftswert, der über den Inventarwert hinausgeht, mit 872 871 K gesbucht ist, zu Tage. Der Inventarwert der städtischen Leichenbestattung wird mit 2 362 740 K bezissert.

F. Das Brauhaus der Stadt Wien.

Der große Bierkonsum Wiens wird zum größten Teil von riesigen Brauereien gebedt, die fich begreiflicherweise beim Mittelstand und Gaftwirtgewerbe feiner großen Beliebtheit erfreuen. Berftändlich ift es baher. daß das Projekt eines Kampfes gegen die großen Brauer auf dem Wege einer genoffenschaftlichen Produktion, viele Sympathien fand und die Brundung eines Brauhauses als Genoffenschaft mit beschränkter Saftung, bei einem Kapital von 2 Millionen Kronen hinreichend Zeichner auftrieb. Noch vor Beendigung der Bauperiode sah sich der Wiener Magistrat ver= anlaßt, als Behörde in bem Brauhausunternehmen zu intervenieren; Unlaß bazu gab ber Söllenlärm einiger Tageszeitungen, die in bem Brauhaußunternehmen ein Unternehmen der Gemeinderatsmajorität sahen und bie ohnedies standalösen Zustände im Brauhaus noch übertrieben. amtliche Revision, die 1902 veranstaltet murde, ergab nun ein höchst bebenkliches Resultat und riet man dem Unternehmen möglichst rasch den Betrieb zu eröffnen, mas auch bei ganglich erschöpften Mitteln 1903 geschah. Gin Gebeihen bes Unternehmens mar natürlich ausgeschloffen, die Braucreien muffen große Kredite gemähren und lange auf Bezahlung marten.

¹ Nur bei, aus einem Raum bestehenden Wohnungen, ift dies bisher ber Fall.

Im Jahre 1905 ging es absolut nicht weiter und es schien, als ob die Wiener Brauherrn den Betrieb als warnendes Beispiel und Siegestrophäe ihren Betrieben um wohlfeilen Preis einverleiben wollten.

Da trat die Gemeinde Wien als Retter dazwischen, ließ Erhebungen anstellen, die die Lage des Brauhauses äußerst rosig schilderten. Das Unternehmen, so führt das Gutachten aus, ist für eine Jahresproduktion von 100—130 000 hl technisch völlig entsprechend eingerichtet. Ausgezeichnetes Brauwasser in genügender Menge, eigenes Rieselselb usw. Die Ökonomie, die zum Brauhaus gehört, umfaßt 153 ha 28 a 28 qm erstklassiger Gründe, die auch Braugerste liefern, vorzügliche Milchwirtschaft (70—100 Kühe). Die Schätzung ergab bei Zurechnung aller Debitoren ein Aktivum von 4106 800 K

gegen ein Paffivum von

Herbitoren 1821 700 K Rrebitoren 250 000 K 2 071 700 K.

Es ware also ein reines Vermögen von 2035 100 K vorhanden, auf Richtigkeit konnten jedoch nur die Ziffern der Hypothekarschuld Anspruch machen.

Die Intervention ber Gemeinde Wien hatte eine lebhafte Nachfrage nach Anteilscheinen zur Folge, so daß das gezeichnete Kapital auf 3 260 500 K. stieg bei einer Anzahl von 1400 Genossenschaftern.

Der Stadtrat beschloß Juni 1905 dem Gemeinderat den Ankauf des Brauhauses zu empsehlen und dieser stimmte am 30. Juni 1905 mit allen gegen sieben Stimmen dem Ankaufsantrag zu. Die Übernahme erfolgte 1. September 1905. So kam das Wiener Brauhaus in den Besitz der Gemeinde Wien, ohne daß aber die Gemeindeverwaltung unmittelbar nach Abschluß der Verhandlnugen dem Gemeinderate über die Situation außsührlichberichtet hätte. Das geschah erst 16 Monate später am 31. Dezember 1906, wobei man erfuhr, wie versahren die Brauhaussache schon war.

Man höre! Sechzehn Monate nach Übernahme in den Gemeindebetrieb wurde der Bertrag dem Gemeinderate bekannt gegeben und gleichzeitig die Bilanz für diese Zeitdauer publiziert. Man erfuhr aus dem Bertrag, daß der Kaufpreis aus drei Teilen bestand. Erstens bezahlt die Stadt Wien alle Schulden der Genossenschaft. Zweitens löst sie die gekündigten Genossenschaftsanteile ein (400 500 K). Drittens zahlt sie aus dem Reingewinn des Unternehmens die Anteile (3 030 917 K) zurück und verzinst sie zur Rückzahlung.

Der Bertrag enthielt auch Borschriften über Aufstellung ber Bilanz, bie eine förmliche Zwangsjacke für die Betriebsverwaltung bilben.

Aus der Bilanz erfuhr man, daß bei der Abschätzung des Brauhauswertes nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches sich gegenüber
der Abschätzung, die dem Kause zugrunde lag, ein Minderbetrag von
1983 821 K herausstellte und daß dieser Betrag nicht wie es sich gehörte,
als Berlust vorgetragen wurde, sondern infolge der fraglichen Bilanzbestimmungen unter den Aktiven als Geschäftserwerdskonto (Bortrag zur
Amortisation) ausgeführt wurde. Dieser Posten wird so als ideeller Geschäftswert geführt, als ob der Geschäftswert des Brauhauses um diese Summe
den Inventarwert überstiegen hätte. Natürlich wird durch diesen Posten,
für den die Bilanzanordnung des Bertrags keine Tilgungsmöglichkeit gibt,
der Eintritt eines rechnungsmäßigen Reingewinns auf lange Zeit hinausgeschoben. Die Produktion und der Absat von Bier in den ersten
16 Monaten zeigt durchaus keine hoffnungsvolle Entwicklung und das
war ja zu erwarten, denn weder steigt der Bierkonsum in Wien, noch
ist es möglich, die eingesessenen, eingeführten Biere zu verdrängen.

So konnten nur etwa 100 000 Hektoliter in den 16 Monaten abgesetzt werden und diesenurunterriesigen Verkaufsspesen und verschwenderischer Kreditzgewährung. Die Verkaufsspesen beliesen sich auf 270 000 K, die Debitoren 608 000 K, so daß auf den Hektoliter 2,70 K effektive Verkaufsspesen kommen. Ein Verlust von 446 888 K ist das ziffernmäßige Ergebnis der Vilanz, wofür noch für Gutschreibung der Zinsen von Genossenschaftsanteilen ein weiterer Vetrag von zirka 140 000 K tritt, so daß ungefähr 600 000 K Verlust das Geschäftsresultat vorstellen.

Das zweite Geschäftsjahr (1907) bes Brauhauses rechtsertigte die schlimmsten Befürchtungen, die die Skeptiker von Anfang an gehegt hatten. Das Desizit erhob sich auf 426 721 K für 12 Monate und das, obwohl der Bierabsat sich auf 116 719 Hektoliter erhoben hatte, gegen 112 495 in den 16 ersten Monaten. Allerdings bildet ein Berlustposten von 90 000 K einen hervorragenden Teil des Abgangs. Er beruht auf Berlusten, die durch einen unsinnigen Hopfeneinkauf der Einkaufskommission, der jedes sachliche Berständnis mangelte, verursacht worden waren. Die zum Brauhaus gehörende Ökonomie hat sich als aktiv erwiesen, sie liefert einen geringen Reinertrag.

Die bis Ende 1907 investierten Gelber inkl. Verluste belaufen sich auf zirka 9 Millionen Kronen. Sicher ist noch nie eine Stadtverwaltung bei Übernahme eines Betriebes derartig hineingelegt worden. Ursprünglich hatte man ja erflärt, mit 5 bis 6 Millionen Kronen die Brauhausproduktion auf 200 000 hl bringen zu wollen. Wir geben die Bilanz vom 31. Dezember 1907 hier wieder.

Bilangfanta 31. Dezember 1907.

Aftiva.		_	Passiva.
	Aronen		Rronen
I. Betriebsvermögen	2 333 906	I. Wiener Brauhaus in Li=	
darunter		quidation	3 085 500
Debitoren per 1410499 K.		II. Gemeinde Wien, Invefti=	
II. Unbewegliches Anlage=	0.40=.00=	tionsanlehen	
vermögen	3 427 007	III. Sonstige Areditoren	819 005
III. Bewegl.Anlagevermögen	726 978		
IV. Geschäftserwerbskonto .	1 983 417		
V. Salbo:			
Berlustvortrag ex 1906 per 446 888 K.			
Verlust aus Geschäfts=			
betrieb per 31. XII.			
07 per 336 380 K.			
Verlust an Hopfenkauf			
per 31. XII. 07			
90 340 K.	873 608		
	9 344 919		9 344 919
Ge	winn= und	Verluftfonto.	
			Sahen
Soll.			Haben.
	Aronen		
	Rronen	i de la companya de l	Kroner
Soll.	Rronen . 85 908	Überschuß Bierkonto	Aroner
Soll. Allgemeine Regie	Rronen . 85 908 . 331 584	Überschuß Bierkonto	Aroner . 621 240 . 25 15
Soll. Allgemeine Regie Berkaufsspesen	Rronen . 85 908 . 331 584 . 301 390	Überschuß Bierkonto	Aroner . 621 240 . 25 150 . 426 720
Soll. Allgemeine Regie Berkaufsspesen Binsenkonto	Rronen . 85 908 . 331 584 . 301 390 . 1 482	Überschuß Bierkonto	Aroner . 621 240 . 25 150 . 426 720
Soll. Allgemeine Regie	Rronen . 85 908 . 331 584 . 301 390 . 1 482 . 60 000	Überschuß Bierkonto	Aroner . 621 240 . 25 150 . 426 720
Soll. Allgemeine Regie	Rronen . 85 908 . 331 584 . 301 390 . 1 482 . 60 000 . 8 917	Überschuß Bierkonto	Aroner . 621 240 . 25 157 . 426 720
Soll. Allgemeine Regie	#ronen	Überschuß Bierkonto	Aroner . 621 240 . 25 150 . 426 720

G. Die tommunalen Spartassen, die Zentralspartasse und das ftädtische Pfandbriefinstitut.

Durch die Einverleibung der ehemaligen Vororte, kam die Gemeinde Wien in den Besitz von Sparkassen die in den Jahren 1881 in Gemeinde Sechshaus und in der Gemeinde Florisdorf, 1883 in der Gemeinde Oberdöbling (gem. mit Nußdorf), 1884 in Währing, 1890 in Hernals gegründet worden waren. Durch die Einbeziehung dieser Gemeinden trat

bie Stadt Wien auch in beren Rechte und Pflichten gegenüber ben fünf oben erwähnten Instituten.

Außerbem gab es 1906 in Wien noch zwei Sparkassen, die "Erste öfterreichische Sparkasse", ein altes, hochangesehenes Institut (gegr. 1819) und die jüngere "Neue Wiener Sparkasse" (gegr. 1872). Zu erwähnen wäre auch noch die K. K. Postsparkasse, ein Rieseninstitut, das sich über ganz Österreich erstreckt und durch den von ihr organisserten Scheckverkehr internationale Anerkennung und Nachahmung gefunden hat. Leider enthält ihre Statistif die Zissern für Wien nicht speziell ausgewiesen, doch übertrifft sie aller Wahrscheinlichkeit nach alle übrigen lokalen Sparkassen an zahlenmäßiger Bedeutung. Die zahlenmäßige Bewegung und Verteilung nach Einlage und Guthaben, soweit städtische Sparkassen in Frage kommen, geben die Tabellen auf S. 148 für das Jahr 1906 wieder.

Der Zinsfuß war bei allen kommunalen Sparkassen ab 1902 für Einlagen bis $10\,000~{\rm K}~3^{1/2}\,^{0/0}$, für höhere Summen $3^{1/4}\,^{0/0}$, ausgenommen bie im bamals noch nicht eingemeinbeten XXI. Bezirk befindliche Kasse, bie $4\,^{0/0}$ vergütete.

Für Einlagen, die 1. November 1899 bereits bestanden haben, wird der ursprüngliche Zinsfuß von $4\,^{\rm o}/_{\rm o}$ fortbezahlt, wobei eine jährliche Neueinlage von 200 K gestattet ist.

Dementsprechend waren in 1906 von zirka 685,3 Millionen Kronen Sin- lagen zirka 16,3 Millionen zu $4^{\circ}/_{\circ}$, 556,3 Millionen zu $3^{1/2}$ % und 111,9 Millionen zu $3^{1/4}$ % angelegt. Der Zinsfuß für Hypothekar= Darlehen der Sparkassen hielt sich seit 1902 bis 1906 auf $4^{1/4}$ %, der Wechseleskompte, den nur die Hernalser Sparkasse betrieb auf $5^{1/2}$ %, Vorschüffe auf Wertpapiere $4^{1/2}$ — $5^{\circ}/_{\circ}$. Die Florisdorfer Sparkasse war gezwungen, höhere Verzinsung im Aktivgeschäft zu erzielen.

Das Hypothekengeschäft der Sparkassen gab in den letzten Jahren Anlaß zu manchen Bedenken, die darauf zurückzuführen sind, daß trot der Borschriften über die Beleihungsgrenze von 50 % des Schätwertes bei einer gewohnheitsmäßigen Überschätzung der Realitäten durch die Schätzeneister, die Sparkassen diese Grenze mit ersten Hypotheken nicht selten überschreiten und oft gezwungen sind, durch Selbsteintritt bei Subhastationen ihr bedrohtes Eigentum wenigstens nominell zu retten. Viele Klagen über diese Zustände, die auch durch die große Konkurrenz der

Provinzsparkassen auf dem Wiener Plat mit verschuldet sind, sind in der letzten Zeit laut geworden. Eine Anderung des Sparkassenstauts wird sich wohl bei Fortdauer dieser Dinge als notwendig erweisen. Dies gilt wohl für die meisten österreichischen Sparkassen, besonders in der Provinz. Eine verläßliche Statistif ihrer Verluste in letzter Zeit, wo sich diese Vershältnisse besonders entwickelt haben, ist nicht vorhanden.

Die schon ermähnt, liegen bie ftabtischen Sparkaffen, ju benen bie Gemeinbe gekommen mar, burchwegs weit entfernt vom Stadtzentrum und dienen eigentlich nur der minder wohlhabenden Bevölkerung der Um auch in dem Stadtzentrum und den alten Bezirken Spar= ftellen errichten zu können, wohl auch um bei Gelegenheit eine Bentralisation bes Sparkassenwesens burchzuführen, murbe schon 1900 bas Projekt einer Zentralsparkasse im Gemeinderat diskutiert. Man konnte sich aber zwischen dem Projekt einer Zentralsparkasse und dem anderseits vorgeschlagenen Projekt einer städtischen Bank nicht schluffig werben, fo baß erft 1905 bas Projekt einer Zentralsparkasse bem Gemeinberat fig und fertig vorgelegt wurde. Man hatte bas Bankprojekt fallen laffen zu muffen geglaubt, weil es großes Kapital benötigt hatte und wohl auch, weil die Stimmung der Wiener Finang einem folchen Projekt teineswegs günstig war. Man verfolgte auch ben Plan als Hypotheken= barleiher auf dem Wiener Markt aufzutreten und der Sausbesitzerschaft, bie ber Rathausmajorität fehr nabe steht, einen besser angemessenen Sypothefarfredit zufommen zu laffen. Bu diefem 3wede auch murbe faum ein Jahr nach Gründung der Zentralfparkaffe biefer ein Bfand= briefinstitut angegliebert, welches weite Vollmachten über Pfandbriefaus= gabe besitt, wofür die Gemeinde Wien die Burgichaft übernimmt.

Die Zentralsparkasse wurde 1906 gegründet und von der Gemeinde Wien mit einem Gründungsfonds von 200 000 K ausgestattet. Die Bilanz für das erste Berichtsjahr 1907 lautet: Siehe Tabelle S. 146.

Bei der kurzen Zeit seit Gründung der Zentralsparkasse und des Pfandbriefinstitutes ist es nicht möglich, etwas über die Aussichten der beiden Institute zu sagen. Die Zentralsparkasse hat ein sehr günstiges erstes Geschäftsjahr gehabt, sie berichtet über einen Einlagenzuwachs von 14 Millionen K, was um so merkwürdiger ist, als die wirtschaftliche Situation bei den anderen Sparkassen einen Einlagenausfall gegenüber dem sonstigen Durchschnittszuwachs hervorrief. Freilich wird für Gemeindebetriebe die Reklametrommel gerührt, was ja sonst von seiten der Sparkassen gar nicht geschieht und die persönliche Agitation in der Be-

Aftiva in 1000 K	Paffiva in 1000 K
Rassa)	Guthaben der Inter=
Eigene Wertpapiere . \ 739,9	effenten 14713,7
Bankguthaben	Gründungsfonds 200,0
Wechsel=Estompte 1399,0	Binsen 61,3
Effekten=Vorschüsse 7226,2	Steuern und Gebühren 1,6
Hypothekar=Darlehen . 5526,1	Kreditoren 13,8
Zinsen u. Debitoren . 61,0	Gewinn per Saldo 67,8
Inventar und sonstiges 105,6	15 058,0
15 058,0	
Auslagen	Einnahmen
Ausbezahlte u. verrech=	3insen 297,2
nete Einlagezinsen . 222,9	Regiebeiträge 72,8
Steuern und Gebühren 3,3	Estompte 0,8
Verwaltung 49,8	Verschiedenes 0,2
Abschreibung 22,7	371,0
Kursverlust 3,8	2,0
Rourtage 0,5	
Reingewinn 67,8	
371,0	

amtenschaft wird wohl auch einiges beigetragen haben, den Erfolg herbei= zuführen.

Die Errichtung bes Pfandbriefinstituts fand den lebhaften Widerstand der Opposition im Gemeinderat, was auch durch die Fassung des Motivenberichtes, wonach die Aufgabe des Instituts sei, die Wiener Haussbesitzerschaft bei der Beschaffung von Hypotheken zu unterstüßen und durch die Aufnahme von Bestimmungen im Statut; durch die einer großen Überschreitung der hypothekarischen Deckung durch Pfandbriefausgabe keine Riegel vorgeschoben werden, erklärlich ist.

Einnahmen und Ausgaben der ftädtischen Sparkaffen in 1000 Kronen.

	E i n n a h m e n			Ausgaben		
	Summa	aus Zinsen	fonstige Ein= nahmem	Summa	Berwal= tungs= auslagen	sonstige Verluste
1902 1906	4471 6782	3832 6201	638 581	3124 3492	2979 3350	144 142

	Gewinn	Kurs (Gewinn + Verlust —)	Gebar.= Ergebnis (+ —)	Gemein= nütige u. Wohltätig= feitszwecke		Referve= fonds	Gesamt= reserven am Jahresende
1902	1347	+ 3647	+ 4994	266	170	4558	33 52 5
1906	3290	— 1146	+ 2143	272	701	1169	3 9 9 35

Mus ber Bilang in Millionen Aronen.

Attiva.

	Hppo= thekar= darlehen	öffentl. Dar= lehen	Wechsel	Vor• ∫chüffe	Wert= papiere	Reali= täten	zeitliche An= lagen	Raffa	zusam= men
1902	329,2	2,8	57	55	144	12,2	21	4,5	629
1906	356,1	3,9	70	79	181	13,2	23	3,4	733

Paffiva.

Ginlagen	Reservesonds	Spezialreserve	Sonstiges	zusammen
589	25	8	6	629
685	32	7	8	733

Sparkaffenbücher bei den fünf kommunalen Sparkaffen 1.

im U	mlauf	im Berlau	von 1906	erfolgte Zahl ber		
Anfang 1906	Ende 1906	neu ausgegeb.	getilgt	Einzahlungen	Rückzahlgn.	
599 488	602 610	79 142	76 020	57 4 24 5	418 797	

Bon ben Sparkaffenbuchern lauteten auf Betrag am Jahresenbe 1906:

unter 200 K.	200—1000 🕏.	1000—4 0 00 R.	4000—10 000 ℜ.	über 10 000 K.
249 825	177 505	136 5 96	31 062	8 622

¹ Die fünf Sparkaffen sind durchweg in den Bororten gelegen und zählen zu ihren Runden fast ausschließlich wenig wohlhabende Bevölkerungsschichten.

10 *

		афв	Abfall	~	Durch= fchnitts= guthaben Ende 1906	
Anfang 1906	Rapital= einlage	zugerechnete Zinsen	rückgezahltes Kapital	Ende 1906		
675 432 186	192 072 312	23 007 747	205 196 126	685 316 119	1137	

Guthaben der Ginleger in Kronen.

Gebarungsergebnis ber Sparkaffen.

Reingewinn.

1900			25187	K
1 90 2			1402258	,,
1906			446707	

Der Reingewinn wird für wohltätige Zwecke und zur Anlage von Reserven verwendet,

Stäbtische Raiser Franz Josef=Jubilaums, Lebens= und Renten=Bersicherungsanstalt.

Aus Anlaß bes fünfzigjährigen Regierungsjubiläum Kaisers Franz Josef im Jahre 1898 beschloß unter anderen die Gemeinde Wien, als Erinnerung an den sestlichen Tag, die Gründung einer Versicherungsanstalt vorzunehmen, die nach § 2 der Satungen hauptsächlich zu pslegen habe: "Alle Versicherungszweige, welche sich auf das menschliche Leben beziehen, insbesondere die Pflege jener Art der Vorsorge, durch welche den materiellen Nachteilen der Arbeitsunfähigkeit infolge von Alter oder Invalidität begegnet werden soll".

Die Anstalt beruht auf Gegenseitigkeit der Mitglieder. Als Gründungsfonds spendete die Gemeinde 40 000 K als Kaiser Franz Josef Jubiläums=Fonds zur Förderung des speziellen Zweckes der Anstalt und Sicherheitskonds 1 Millionen K. Weitere Fonds wurden aus der Rückftellung der Prämienreserven wie aus den Betriebsüberschüssen gesbildet. Aus diesen erfolgt Abschreibung der Gründungskosten, sodann Auffüllung des Reservesonds dis 200 000 K und erst von diesem Zeitpunkt ab eine Berteilung von 50% der Betriebsüberschüsse als Dividende, woran aber bloß vier Kategorien der Versicherung, nämlich: Todeskalle, Gemischtes, Erlebens= und Rentenversicherung teilnehmen.

Die oberften Organe ber Anstalt sind ber Gemeinderat von Wien und ber Verwaltungsausschuß ber Anstalt.

Die Entwicklung ber Anstalt verlief recht gunstig, so baß Ende 1907 bie Versicherungsbestände sich auf

14 938	Ablebens= u. gem. Berficherungs=Polize	en n	n.	31 816 582	K	Rapital
4 606	Erlebensfall=Berficherungs=Polize mit			9 301 180	,,	"
	Leibrenten					
605	Invalidität= und Witwenversicherung			$\mathbf{496965}$,,	,,
	_	٠.	Ţ			

20831

Rapital 41 117 762 K Rente 881 578 K

beliefen.

Die Prämieneinnahmen abzüglich der Rückversicherung beliefen sich auf 2195115 K, davon 602723 K einmalige, 1592391 K terminliche Abfuhren, die Auszahlungen auf 409354 K, davon 205177 auf Todesfälle, 204177 K auf Renten. Die Summe der Prämienreserven betrug 7228481 K.

Zweiter Abschnitt.

Aleine Berwaltungsbetriebe.

A. Wiener Rathausteller.

Schon 1871 hat die K. K. Landwirtschaftsgesellschaft in Wien beim Gemeinderat die Errichtung eines Ratskellers angeregt, das Unternehmen sollte den niederöfterreichischen Weinbauern zu gesteigertem Absat verhelfen.

1894 wurde die Angelegenheit wieder aufgenommen und 1898 das Kommissionsprojekt bewilligt. Den nördlichen Kellerräumen des Rathauses gab man eine moderne, heitere Ausschmückung, wozu erste Wiener Künstler herangezogen wurden. Die Eröffnung fand am 11. Februar 1899 statt. Vom künstlerischen Standpunkt ist der Ratskeller sehr gelungen. Bezüglich des Betriebes wurde beschlossen, den Einkauf und den Ausschank des Weines in eigener Regie zu führen, den übrigen Betrieb aber zu verpachten. Der pachtende Wirt ist verpslichtet, nur Weine und Mineralswässer der Gemeinderegie zu verkaufen und für allen übrigen Speis und Trank selbst Vorsorge zu treffen. Das Kellers und Schankpersonal stellt die Gemeinde bei. Die erste Pacht betrug 6000 K jährlich. 10 % vom Bruttovertrag der von der Regie gelieferten Getränke, fallen dem Wirt zu. Die gesamten Umgestaltungsarbeiten, die künstlerische Ausschmückung

ber Räume, sowie die sonstige Einrichtung des Rathauskellers erforderten bis 1900 einen Kostenauswand von 114483 K. Im niederösterreichischen Weingebiet wurden für den Weinkeller mehrere Lagerkeller beschafft und schließlich entschloß man sich zur Errichtung eines großen Lagerkellers in Gumpoldskirchen, der 1906 erössnet wurde und einen Auswand von 433346 K beanspruchte. Der Gumpoldskirchner Keller gewährt Raum für 15000 hl Wein.

Ende 1906 stellt sich der Inventar= und Anlagemert des Rathaus= fellers auf $1\,313\,966\,$ K, wovon $433\,346\,$ K auf den Gumpoldskirchener Keller, $330\,954\,$ K auf die Herstellungskosten von Rats= und Bolkskeller sallen. Diese beiden Posten werden der Gemeinde mit $4\,$ % verzinst und der Betriebsvorschuß von $700\,000\,$ K mit $4\,$ 1/2 %.

1907 betragen die ordentlichen Einnahmen 2550634 K, wobei auf Inventarwerte: Borräte, Einrichtung usw. 1326751 K fallen, die zum Zwecke der Bildung des Reinertrags hierin aufgenommen wurden. Sonstige Einnahmen:

Erlös aus verkauften Wein	1180367	K	
Mineralwasser, Ansichtskarten usw.	33530	,,	
Sonstiger Berkauf	8 9 0 8	,,	
Zinsen	1075	,,	
Obengenannter Inventarmert	1 326 751	"	
_	2 550 6 34	K	
1907 betrugen die ordentl. Ausgaben	2 367 041	"	_
so daß sich ein Reinertrag von	183 593	K	ergab.

B. Fouragelieferung am Zentralviehmarkt.

Neben der Unterbringung der Tiere in Stallungen, besorgt die Gemeinde auch die Futterbeistellung am Zentralviehmarkt, und zwar die Lieferung von Heu, Hafer und Stroh auf dem Rinder= und Schafmarkt, von Kernmais, Gerste und gemischten Schrot und Stroh am Borsten=viehmarkt.

	(Stroh 1087 t	
Manitanniahmantt	Rernmais 809 "	
Dot penotegnatu	Serstenschrot 482 "	
	Stroh 1087 t Kernmais 809 " Gerstenschrot 482 " Gemischtes Schrot 1171 "	
		3549 "
	Rusammen	9869 t

Ginnahmen und Ausgaben in Kronen.

	1903	1904	1905	1906	1907
Einnahmen Ausgaben .	992 545 909 996	1 126 531 1 042 618	1 284 219 1 137 381	1 132 626 1 010 533	1 299 648 1 182 524
Nettoertrag	82 549	83 913	146 838	122 093	117 123

C. Städtische übernahmstelle.

1905 hat die Gemeinde eine städtische Übernahmstelle gegründet, die sich, wie der G.R.B. lautet, in voller Kenntnis der Bezugsquellen und Auftriebsverhältnisse zu halten und behufs Auskunsterteilung und entsprechender Einslußnahme mit den als Einsendern in Betracht kommenden Personen, einen ständigen Verkehr unterhalten soll. Sie soll:

"Lebendes und geschlachtetes Bieh zum Berkauf übernehmen und nach bem jeweiligen Stand ber Marktpreise bestmöglich verwerten.

Die mit ber Fleischversorgung Wiens zusammenhängende Geschäfte besorgen."

Die Übernahmstelle versuchte mit den landwirtschaftlichen Produzenten Fühlung zu nehmen, veranstaltete Agitationsreisen in der Provinz, erzielte aber nur geringe Erfolge. Im Jahre 1908 gelang es der Übernahmstelle mit einer landwirtschaftlichen Organisation, die ähnliche Zwecke verfolgt, eine Berbindung einzugehen, die dieser die Landagitation überläßt. Außegeschlossen ist nicht, daß sich diese Kombination bewährt und die Viehzusuhr nach Wien davon prositiert.

Vom 1. Juni bis 31. Dezember 1905: Geschäftsfälle 242, verkaufte Rinder 1333 Stück, verkaufte Schweine 3353 Stück, verkaufte Kälber 161 Stück, verkaufte Lämmer 50 Stück, verkauftes Fleisch 1042 kg, Bruttoerlöß 990 823 K.

Da die Tendenz der Übernahmstelle einen Gewinn ausschloß, so wurde ihr für den Betrieb ein Kredit von 18000 K eröffnet. Die Ausgaben

betrugen 16098 K, die Einnahmen (Spesenrückersätze) 5370 K, demnach die Nettoausgaben 10728 K. Bon diesen kommen noch 1801 K in Abzug, welche vorausgezahlte Spesen betreffen, so daß das Nettoerfordernis 8464 K beträgt.

Für das Jahr	1906	bet	rugen	die	2 1	โนธิ	gabe	n	26 334,25 K
die Einnahmen		•					•		13 533, 50 "
das reine Erfor	dernis								12 800,75 K
gegenüber bem	Vorschl	lag	von	•			•		15 000 ,0 0 "
eine Ersparung	von								2 199,25 K

D. Bestattung und Graberausschmudung.

Der gärtnerisch und baulich prachtvoll ausgestattete Zentralfriedhof in Wien stammt aus dem Jahre 1869, als der Grundsomplex von 1900000 qm in der damaligen Gemeinde Kaiserebersdorf von der Gemeinde angekauft wurde. 1874 wurde ein Teil des Grundstücks der Benützung übergeben. Erweiterungen mußten wiederholt vorgenommen werden. Nach 1900 wurde von der Gemeinde eine Einsegnungsstirche, Leichenhäuser, Arkadengrüfte und Kolumbarien erbaut.

Außer diesem Zentralfriedhof besitzt die Stadt noch Vorortefriedhöse, die bei der Eingemeindung übernommen und fortbetrieden werden. Im allgemeinen sinden die Bestattungen aus den Bezirken I—X und XX am Zentralfriedhof statt, aus den anderen Bezirken in den ihnen zugeteilten Friedhösen. Doch ist jeder berechtigt, Angehörige auf einem beliedigen Friedhof der Stadt bestatten zu lassen.

Die Gemeinde betreibt Beerdigung und Grabausschmüdung in eigener Regie, sowohl am Zentralfriedhof, wie auf den anderen noch in Gebrauch stehenden Friedhöfen (32 Friedhöfe bei 2707751 qm Totalsgrundsläche aller Wiener Friedhöfe im Jahre 1906).

Die ordentlichen Ausgaben für den Beerdigungs= und schmudungsbetrieb beliefen sich 1907 am Zentralfriedhof auf	515150 K
und auf anderen Friedhöfen zusammen auf	213162 "
Summe der Ausgaben	728 312 K
Die Einnahmen vom Zentralfriedhof	6 5 3 195 K
und von anderen Friedhöfen	201 087 "
Summe der Einnahmen	854 282 K
Reingewinn	125 970 K

E. Städtijche Bader.

Ende 1907 gab es in Wien 30 städtische Bäder, worunter 17 Bolksbäder, 4 offene Bäder im Donaustrom, 4 offene Bäder im Donaukanal und an gedeckten Bädern 4, dazu das im Jahre 1907 errichtete Bad Gänsehäufel.

Bon den Donaustrombädern ist das größte, das am rechten Donauuser gelegene, 1876 errichtete Bad, das ein großes Schwimmbassin mit den Maßen: 175,4 m Länge, 48,7 m Breite und 4 m Tiefe besitzt, außerdem zwei Männer=, zwei Frauenvollbäder von je zirka 400 qm. Das Bad kann von 1198 Personen gleichzeitig benützt werden. Die Frequenzzisser schwankt nach der Witterung zwischen 50= und 110 tausend Badegästen während der Monate Juni, Juli, August und Ansang September. Die Preise betragen für erste Klasse (mit Wäsche und Kabine) 60 h, zweite Klasse 30 h, Kinder, Schüler und Abonnement billiger.

Ein städtisches Freibad liegt am linken Donauufer. Es ist einem Pächter übergeben, der Wäsche und Kleiderkästen vermietet (4 bis 30 h). Das Bad und von der Gemeinde beigestellte Kästichen sind gratis. Es hat zwei Bassins, die durch ein Gitter getrennt sind und ein nur für Männer zugängliches Schwimmbassin. Der Besuch schwankt in den letzen Jahren zwischen 35 und 55 000 Personen, darunter zirka 10 % Frauen. Wo die Donau in das Gemeindegebiet eintritt, sind an beiden Ufern je ein Strombad angelegt: das Florisdorfer Strombad am linken Ufer und das Floßbad vom XIX. Bezirk am rechten. Ersteres hat Männer= und Frauenabteilung mit 53 bezw. 39 Kabinen, 34,5 bezw. 26,5 m Bassinlänge. Preise: 30 h, Minderbemittelte 20 h, Kinder und Schüler 15 h, Bäsche per Stück 10 h. Das Bad ging 1906 in den Besitz der Stadt Wien über, in diesem Jahr war die Besuchsziffer 5085.

Nach Erbauung der Donaukanalsammelkanäle wurden 1904 und 1905 in dem nunmehr vor Berunreinigungen aus den Kanälen geschützten Donaukanal vier schwimmende Bäder errichtet, die mit elektrischer Beleuchtung versehen, bis 10 Uhr Nachts benützt werden können.

Die vier Bäber sind alle von ziemlich gleichem Typus, haben Herrenund Frauenabteilung von zirka 268 bezw. 225 m Länge (die neuen sind etwas größer) mit 12 Kabinen und 80 Kästchen bezw. 13 Kabinen und 60 Kästchen (die neuen Bäder haben um 120 bezw. 80 Kleiberkästen mehr). Preise: Erste Klasse 70 h, zweite Klasse 30 h, Kinder und Schüler erster Klasse 40 h, zweiter Klasse 20 h. Saison 20 K bezw. 12 K. Personal für die Saison per Bad: Ein Bademeister, zwei bis drei Badediener, zwei Badedienerinnen. Besuchsziffer aller vier Bäder zusammen 1906: 82 925, davon 26 427 weibliche Gäste.

Sonst bestehen noch außer bem Strandbad am Gänsehäufel drei Bäder im XIII., XVII. und XII. Bezirk, welche die Gemeinde bei der Eingemeindung von den Bororten übernommen hat. Das Schwimmbad im XIII. Bezirk hat zwei Bassins und zehn Wannenbadzellen, es ist verpachtet gegen eine Pachtsumme von jährlich 2820 K und wird nur im Sommer betrieben. Preise für Wannenbad erster Klasse 1,20 K, zweiter Klasse 1 K, Bollbad 60 h, Kinder 40 h, Abonnement billiger.

Das Boll= und Schwimmbab im XVII. Bezirk wird in eigener Regie betrieben, hat zwei Bassins, die zusammenhängen und im ganzen 32 m lang, 10,5 m breit sind, Preis: 60 h bezw. 30 h. Bestuch 1906: 13153.

Das Theresienbad im XII. Bezirk hat Dampf=, Wannenund Schwimmabteilung (diese nur im Sommer). Preise: Wanne 1 K und 80 h, Dampsbad an Wochentag Vormittag 1 K, sonst 60 h. Nach= laß bei zehn Karten.

Bolfsbäber.

Un Bolksbädern bestehen in Wien berzeit 17 und ist ein achtzehntes im XXI. Bezirk im Bau begriffen. Die Bolksbaber find nach einem ziemlich einheitlichen Typus erstellt, an dem wenig geändert wird. Auch bie Gestehungskosten zeigen nur bas Ansteigen, bas mit Lohn= und Materialpreissteigerungen zusammenhängt. Die Volksbäber sind gewöhnlich zweistöckige Häuser mit Kasse und Ankleide=, sowie Baderaume für Frauen und Mädchen im Erdgeschof, im ersten Stock find Ankleideräume und Bader für Manner und Knaben. Ift noch ein Stock vorhanden, dient er als Reservebad ober auch für Wohnung des Bademeisters. Männer und Anaben, Frauen und kleine Mädchen sind jeweils getrennt. Die innere Einrichtung besteht in vom Baderaum getrennten Austleidezimmern mit Kleiderkästen, das Bad aus durch Monierwände getrennten Brausenischen mit Klinkern als Fußbobenbelag. Das warme Wasser wird nicht zu= gemeffen, eine kalte Braufe ift für je eine Reihe marmer Braufen vor= handen. Das Wasser ist der Trinkwasserleitung entnommen (mit einer Ausnahme). Die Heizung durch Niederdruckdampfanlage. Babezeit an Samstagen von fruh bis abends, an Wochentagen im Sommer von 7 bis 9, 2 bis 8 Uhr, im Winter von 2 bis 8 Uhr, an Sonntagen nur Bormittags. Der Besuch zeigt ein starkes Steigen. 1907 wurden 2 161 915 Babekarten à 10 h ausgegeben, so daß auf Kopf der Gesant-bevölkerung Wiens ungefähr ein Bad kommt. In Ermangelung der Schulbäder werden Freikarten für Schüler der Volksschulen verteilt.

Das Personal steht unter Leitung von Ingenieuren bes Stadtbauamts, bie die Leitung nebenamtlich besorgen. Ein Babemeister ist angestellt, Diener und Dienerinnen werden gegen Taglohn aufgenommen.

Der Preis beträgt 10 h, wobei zwei Wäschestüde inbegriffen sind. Die Gestehungskosten ber Volksbäder zeigen eine burchschnittliche Höhe von zirka 100 000 K, so baß ihr Inventarwert wohl auf 1 700 000 bis 2 000 000 K geschätzt werden barf.

Stäbtische Baber im allgemeinen.

Die Bäber sind begreiflicherweise passiv, besonders gilt dies von den Bolksbädern, die wesentlich hygienischen Zwecken dienen sollen und daher unter den Selbstkosten wirtschaften.

Der Inventarwert ber städtischen Baber im Donaustrom wird mit 2 800 000 K beziffert,

der städtischen Bäber im Donaukanal .	2830000 K
dazu die Ufereinbauten	90 000 "
Bad im XIII. Bezirf ,	80 000 "
Bad im XVII. Bezirf	334 000 "
Bad im XII. Bezirk	46 9 000 "
Inventarmert der städtischen Bader	3 803 000 K
" " " Bolfsbäder	1850000 "

Die Rubrif Babeanstalten verzeichnet für 1907:

Nettoausgabe von			603 047 K
Einnahmen von .	•	•	399 383 "
Ausgaben von .		•	1 002 430 K

wovon auf außerordentliche Ausgaben 378 972 K fallen.

Die letzteren zerfallen in Restzahlungen für Bolksbäber und in Teilzahlungen für ein geplantes, zweites Freibad im Donaustrom, sowie für ben Erwerb und die Neueinrichtung des Strandbades "Gänsehäufel".

Die 17 Bolksbäber erforderten an Ausgaben .	367 638 K
gegenüber Sinnahmen	219 634 "
<u> Nettoausgabe</u>	148 004 K
Die vier Donaufanalbaber beanspruchten	45 096 K
und brachten	21 582 "
<u> Nettoausgabe</u>	23 514 K
Die vier Donaustrombäber: Ausgaben	84 536 K
Einnahmen	24 362 "
<u> Nettoausgabe</u>	60 174 K
Die übrigen Baber: Ausgaben	118 298 K
Einnahmen	133 831 "
<u> </u>	15 533 K

Die Ausgaben bei den Bolfsbädern.

Badepersonalbezuge a) effektiv.	97 770 K
b) Zinswerte	6 6 00 "
Hilfspersonal	17 000 "
Betriebsleiter	1700 "
Wasserwerte	16 470 "
Zinswerte ber Lokalitäten	84 610 "
Instandhaltung	53000 "
Wäsche	6 000 "
Sonstiger Bedarf	96 300 "
_	379 450 K

F. Öffentliche Beleuchtung.

Die städtischen Gaswerke liefern das Gas und die Bedienung für die Straßenbeleuchtung umfonst. Wie groß die Leistung, geht daraus hervor, daß 22 118 Glühlichtlampen installiert sind und per Brenner pro Jahr gegen fünf Glühkörper verbraucht werden, der Gaskonsum beläuft sich 1907 auf 7 000 000 cbm. Die Gemeindeämter erhalten das Gas zum Selbstkostenpreis 12 h per Kubikmeter.

Die Elektrizitätswerke liefern den Strom für ganznächtige Zehnkerzenlampen per Jahr zu 47,45 K, 16 kerzige Lampen zu 75,90 K, 25 kerzige zu 118,60 K, halbnächtige zu 24,30 K bezw. 38,80 K und 60,60 K. In die Ümter liefert das Werk Elektrizität zu 4,5 h die Hektowattstunde.

In den Bororten, wo die Gasgefellschaften herrschen, zahlt die Gemeinde für Gasglühlampen ein Pauschale von 42 bezw. 66 K 69 h per Jahr. Die Wiener Straßenbeleuchtung geschieht seit Beginn des Regiebetriebes mit Auerglühlichtbrenner, in 1907 hat man mit der Einsführung von Invertlicht begonnen.

	Gasauslagen ¹ K.	Gasverbrauch cbm	Auslagen für Elektrizität K.
1900	469 250	9 487 176	18 884
1901	495 545	9686416	18 884
1902	521 060	9807294	23 294
1903	538 781	9 965 439	28 883
1904	557 824	9991926	131 534
1905	625 792	10222470	192 749
1906	637 605	10392333	267 369
1907	666 090		366 082

Öffentliche Beleuchtung.

G. Serausgabe des Amtsblattes und der Blätter für Armenwesen.

Seit dem Jahre 1891 erscheint zweimal wöchentlich das "Amtsblatt der K. K. Reichshaupt= und Residenzstadt Wien", welches den stenographischen Bericht der Gemeinderatssitzungen und sonstige offizielle Mitteilungen, Anstündigungen, Ausschreibungen enthält. Daneben erscheinen statitische Wochen= und Monatsberichte des Magistrats und ein monatliches, magistratisches Bersordnungsblatt. Die bis 1901 als Beiblatt mit dem Amtsblatt gemeinsam erschienenen Blätter für das Armenwesen der Stadt Wien, erscheinen seit diesem Datum einmal monatlich separat. Sie erfuhren eine Ausdehnung ihres Inhalts auf das gesamte Armen= und Stiftungswesen und werden den Armenräten, Waisenwätern und =Wüttern, den Beamten, die in der Armenpslege tätig, den Kultus= und Pfarrgemeinden, Gemeinderäten usw., unentgeltlich zugestellt.

Der Abonnementspreis des Amtsblattes beträgt für Wien 14 K pro Jahr mit Einschluß der statistischen Berichte und des Verordnungsblattes des Magistrats.

Die Blätter für Armenwesen kosten für Wohltätigkeitsvereine 3 K, für andere Abonnenten 5 K jährlich.

¹ Betrifft bie Ausgaben für Beleuchtung bes XI. bis XIX. Bezirks. Bom ftäbtischen Gaswerk wird das Leuchtgas gratis geliefert für Bezirke I bis X und XX.

A. Amtsblatt famt Beilagen für 1907.

B. Blätter für Armenwefen.

 Ausgaben
 .
 .
 4418 K

 Einnahmen
 .
 .
 450 "

 Abgang
 .
 .
 3968 K

Dritter Abschnitt.

Wirtschaftliche Verwaltungszweige.

A. Die Bafferverforgung.

Ein Ruhmesblatt der Geschichte des liberalen Regimes in Wien bildet die Errichtung der ersten Hochquellenwasserleitung (in Folge erste Wasserleitung genannt), die 1874 in Betrieb gesetzt wurde und damit einem disparaten Zustand der Wasserversorgung ein Ende machte. Bis dahin wurde der Wasserbedarf der Stadt aus Schöpfbrunnen, Quelleitungen aus dem Wienerwald und der Ferdinandischen Wasserleitung besorgt, welch letztere dem Donauschotter bei Heiligenstädt ein hygienisch nicht einswandsreies Trinkwasser entnahm. Die erste Wasserleitung, deren Anlage und Bau sich an die Muster römischer Leitungsanlagen hielt, vereinigte zuerst die Stizensteiner Quelle und den sogenannten Kaiserbrunnen am südwestlichen und östlichen Fuße des Schneebergmassiv, doch mußten in der Folge einer 100 % überschätzung ihrer Ergiedigkeit wegen, eine ganze Reihe von in demselben Riederschlagsgebiet liegender Quellen, angeschlossen werden.

Der Aquadukt bis Wien erhielt eine Länge von 95,15 km mit einer Leistungsfähigkeit von 138000 cbm in 24 Stunden, er stellt ein gesbecktes Gerinne vor, das auf hohen Bogenäquadukten die Taleinsenkungen überschreitet. Syphons konnten dem Stand der damaligen Technik ents

¹ Unter den Einnahmen 1906: Abonnement 8850 K, Inserate 4620 K.

fprechend nicht angebracht werben. 1878 erwies es sich nötig, die Wasserlieferung für Wien zu verstärken, man errichtete daher in Pottschach ein Schöpswerk, das aus acht Tiefbrunnen 16800 cbm in 24 Stunden förderte und dessen Wasser in den Äquadukt aus Überfallkammern einfließt.

Die Gesamtkosten resp. Inventarwert der ersten Wasserleitung beliefen sich im Jahre 1876 auf zirka 41 Millionen K, im Jahre 1905 auf 83 291 420 K.

Die bis jum Sahre 1899 aufgelaufenen Roften.

I. Äquaduftstrede.

Baukoften des Aquadukts						24 882 089,— K
" " Pottschacher Schöpfwerks						2140590,- "
Grundeinlösungen, Entschädigungen	•	•				11 260 157, "
Berwaltung		•	•	•	•	1 472 472,— "
					•	39 755 310,— K

II. Die Wasserverteilungsobjekte.

ber	Wa	serbe	hälter	jam	t :	Ne	ben	gel	äui	en			9 082 377,— K
"	Wa	fferh:	ebesteU	e in	Br	eit	enf	ee 1	ı. F	avc	rite	en	1 398 298,— "
des	gefo	ımten	Roh	rnețe	ß								23 779 159,— "
der	Flu	ßfreu	zunge	n .	•						•		370 529,— "
,,	Wa	sserm	esserp	cobie:	ran	ίtο	ilt						24 185,— "
ıgsto	ften	ber	Wasse	rmess	er								1 587 985,— "
öfun	gsto	ften											1 470 305,— "
ıg													1 469 604,— "
	des der " gsfo öfun	" Wa bes gefo ber Flu " Wa gsfoften öfungsfo	" Wasserh des gesamten der Flußfreu " Wasserm gsfosten der ösungsfosten	" Wafferhebestell des gesamten Rohn der Flußtreuzunge: " Wassermesserpi gskosten der Wasse ösungskosten	" Wasserhebestelle in des gesamten Rohrnetze ber Flußfreuzungen " Wassermesserprobiergsfosten ber Wassermessölungsfosten	" Wasserhebestelle in Br des gesamten Rohrnetzes der Flußtreuzungen " Wassermesserprobieran gskosten der Wassermesser ösungskosten	" Wasserhebestelle in Breit des gesamten Rohrnetzes. der Flußfreuzungen " Wassermesserprobieransto gskosten der Wassermesser . ösungskosten	" Wasserhebestelle in Breitense des gesamten Rohrnetzes der Flußfreuzungen " Wassermesserbieranstalt gskosten der Wassermesser ösungskosten	" Wasserhebestelle in Breitensee udes gesamten Kohrnepes ber Flußfreuzungen	" Wasserhebestelle in Breitensee u. F bes gesamten Rohrnetzes ber Flußtreuzungen " Wassermesserprobieranstalt gskosten ber Wassermesser ösungskosten	" Wasserhebestelle in Breitensee u. Favo des gesamten Rohrnetzes	" Wasserhebestelle in Breitensee u. Favorite des gesamten Rohrneges	ber Wasserbehälter samt Nebengebäuden " Wasserhebestelle in Breitensee u. Favoriten bes gesamten Rohrnetzes

Zusammen 38 801 918,42 K

Gesamtkosten 78 557 228,73 K

Bis zum 31. Dezember 1900 betrugen die Gesamtkosten 81 324 716,— K " " 31. Dezember 1905 " " " 83 291 420,— "

(Die Gesamtposten ohne Abzug ber Ginnahmen. Die heller nur in ben Summen angeführt.)

Wasserverteilung.

Die Höhendifferenzen innerhalb des Gemeindegebietes bewegen sich zwischen 160 und 270 m, daher war die Anlage mehrerer Bersorgungs= gebiete nicht zu vermeiden.

Es find zu unterscheiben

- 1. Gebiete, die durch die natürliche Schwerkraft des Waffers und folche,
- 2. die durch fünstliche Hebung zu verforgen sind.

Die erstgenannten Gebiete zerfallen wieder in Hoch= und Nieberbruck= gebiete mit Wasserbehältern in der Meereshöhe von 236 bezw. 207 m. Bom Reservoir am Rosenhügel (244 m), wo die Äquaduktleitung endigt, wird das Wasser den einzelnen Reservoirs zugeführt.

	2	Reereshöhe in m	Fassungsraum in cbm
am Rosenhügel .		244	120503
am Wienerberg .		273	36850
auf der Schmelz .		238	$36\ 046$
am Laerberg		207	23069
in Breitensee		274	$\mathbf{28860}$
Dornbach=Schafberg		267	17828
in Favoriten	•	270	1047

Gesamtfassungsraum 264 202 cbm.

Wassertiefe 3,7-5 m. Gestehungskosten ber sieben Re= fervoirs bis 1902: 8,89 Millionen K.

In die Hochdrucksone fallen die Gemeindebezirke I, IV dis IX und Teile von III, X, XIII dis XIX. In die Niederdrucksone fallen die Gemeindebezirke II, XI, XX, XXI.

Hebt und von dort an die hochgelegenen Teile zur Bereitlung bringt.

Das Rohrnet besteht aus gußeisernen Muffenrohren (Kitt-Blei-Hanfbichtung) von 80—950 mm Durchmesser. Seine Gesamtlänge betrug 1906: 923669 m, davon lagen außerhalb des Gemeindegebiets 1473 m, am Zentralfriedhof 34800 m, am Zentralviehmarkt 8777 m, in den Gärten 9865 m.

Außerdem befinden sich im Wiener Boben noch Rohrstränge der Wienstalwasserleitung (154 728 m), einer Nutwasserleitung, sowie verschiedener

älteren Trinkwasserleitungen, wie die der Kaiser Ferdinand-Wasserleitung, beren Rohrnetz zum Teile seit 1905 in das Hochquellenrohrnetz einbezogen wurde, fünf kleinere Leitungen, die teils Trink- teils Nutzwasser liefern und die, von ehemaligen Vororten übernommenen Leitungen.

Die Wasserabgabe an die Konsumenten erfolgt durch Bermittlung der Hausanschlußleitung, einer Bleirohrleitung, die von der Decke des Straßenrohrs horizontal in die Kellerräumlichkeiten des Hauses geführt wird, unterhalb des Trottoirs, durch den Straßenwechsel und vor Eintritt in den Wassermesser im Haus, durch den Hauswechsel absperrbar ist. Die Wassermesser verschiedenen Systemen an und werden vor Einsstellung geprüft.

Hausanschlüsse waren 1906 31 302 vollzogen, 7461 Häuser waren noch nicht mit Hochquellenwasser versehen. (Davon 2754 im neuen XXI. Bezirk.)

Bei der Berechnung des Wasserpreises werden 25 1 per Kopf der Hausdewohner als Normalbedarf bezeichnet, was der Hausdesitzer anmelden und auf jeden Fall bezahlen muß. Der Preis für den täglichen Normalsbedarf beträgt 5 K für Heftoliter im Jahre, aber eine 10 % Überschreitung des Normalbedarses wird nicht berechnet. Was darüber ist, wird für den Heftoliter Mehrverbrauch mit 4 h berechnet. Außergewöhnlicher Bedarf und industrielle Zwecke zahlen 8 K für den täglichen Heftoliter im Jahre.

Alle Abnehmer haben einen Betriebskoftenbeitrag von 1 K per Jahr abzuliefern. Die Wassermesserrente steigt von 10 bis 40 K jährlich.

Das Wiener Hochquellenwasser nach hygienischer und demischer Beschaffenheit, Zufuhr und Berbrauch.

Das Hochquellenwasser ist von ganz vorzüglicher Beschaffenheit, wenig Großstädte der Welt können sich eines Trinkwasser rühmen, das so wie das Wiener den höchsten Ansprüchen, die man an Trinkwasser stellen kann, in vollem Maße genügt. Die Temperatur des Wassers übersteigt selbst in der heißen Jahreszeit nie 10°C, bietet also auch im Sommer ein erfrischendes Getränk, das der Wasserleitung entnommen, das guteleitende Gesäß an der Außenseite beschlägt. Die bakteriologische Untersuchung des Hochquellenwasser ist wiederholt vorgenommen worden und hat immer äußerst günstige Resultate ergeben. Die Keimzahl bewegt sich an der Quelle zwischen 9 und 13 für den Kubikzentimeter, doch erfährt sie unterwegs eine Erhöhung, die vielleicht von der Beimischung aus dem Pottschacher Schöpfwerk herrührt, dessen Wasser eine Keimzahl von 248 per Kubikzentimeter ausweist. Eine Untersuchung, die der Vorstand des bakteriologischen Schriften 130. Erstes Heft. — Gemeinbedetriebe III. 1.

Instituts an der Wiener Universität Prof. Weichselbaum vornahm und wobei 22 Proben untersucht wurden, die während dreier Monate verschiedenen Konsumstellen entnommen worden waren, ergab eine Keimzahl, die zwischen 14 und 78 im Kubikzentimeter schwankte und die vollständige Abwesenheit pathogener Bakterien.

Eine Schäbigung d. h. Vermehrung der Reimzahl durch die Pottschacher Beimengung konnte bei diesen Bersuchen nicht konstatiert werden, das reine Hochquellenwasser zeigte in Wien ohne Beimengung von Pottschacher Grundwasser eine ähnliche Keimzahl wie mit diesem vermengt.

Die chemische Analyse bes Wassers ergibt verschiedene Resultate je nach der Quelle, an welcher die Probeentnahme stattsindet. Das Wasser im Rosenhügel=Reservoir (Wien) wies auf 100 000 Teile: 0,43 Alkalien, 7,39 Kalk, 1,39 Magnesia, 15,5 Kohlensäure auf. Bon organischen Substanzen waren 0,1 Teile, von Trockensubstanz 17,5 vorhanden. Die Härte betrug 9,4 deutscher Grade, das spezifische Gewicht 1,00028, die Temperatur 6—10° C.

	per Tag im Durchschnitt hl	per Jahr hl
Kaiserbrunn und Stigensteinerquelle		295 737 282
Quellen oberhalb des Kaiserbrunn an 274 Tagen Pottschacher Schöpswerk an 109 Tagen	333 518 149 322	95 241 132 16 276 076
Totalquantum	1 115 766	407 254 490

Die Ergiebigkeit der Quellen im Jahre 1906.

Da die Bevölkerung Wiens im Jahre 1906 zirka 1958 323 Einwohner betrug, so kommen also auf den Kopf bloß 67,7 l, was als ungenügend bezeichnet werden muß.

Die Wientalmasserleitung.

Die Wientalwasserleitung ist kein städtisches Unternehmen, sondern ift im Besitz einer belgischen Gesellschaft und hatte ursprünglich den Zweck, die westlichen Vororte Wiens mit Trinkwasser zu versorgen. Seit der Eingemeindung dieser Vororte wird die Gesellschaft nur mehr zur Lieserung von Nutwasser herangezogen. Die belgische Gesellschaft ist in den Jahren 1896—1898 mit der Gemeindeverwaltung in einen heftigen Konslitt gestommen, der zu unzähligen Verwaltungsstreitigkeiten Anlaß gegeben hat.

1898 fam ein Bertrag zwischen beiben Teilen zustande, ber ber Stadt Wien ben Bezug eines täglichen Wasserquantums bis 25 000 cbm

sicherte, das zu öffentlichen und industriellen Zwecken Verwendung sindet. Die Stadt Wien hat das Recht, bei Ausbleiben des garantierten Tages=quantum eine Vergrößerung des Werkes zu fordern, überhaupt innerhalb 30 Jahre, eine Vergrößerung der Anlage auf Leistungsfähigkeit bis 50000 cbm filtrierten Wassers per Tag.

Die Erhebungen über Niederschlagsverhältnisse haben die zur Verfügung stehenden Wassermengen mit 50 000 cbm täglich als Minimum bezissern lassen.

Die Anlagen der Wientalwasserleitung sind technisch von großem Interesse; vier Reservoirs sammeln die Wassermengen eines Niederschlags= gebietes von 109,71 qkm.

Das größte Reservoir ist im Wiental selbst gelegen, der sogenannte Wolfsgrabenstauweiher hat einen Fassungsraum für 1,35 Millionen chm Wasser, die dazu gehörige Talsperre ist 13,5 m hoch 262 m lang.

Sine burchaus moderne Filteranlage (Wormfer Sandplatten) garantiert eine fast völlige Bakterienfreiheit des Filtrats, obgleich das Wasser nur zu Nutzweden Anwendung findet. Überdies bevorzugen die Fabriken und besonders die Staatsbahnverwaltung das Wientalwasser vor dem Hoch= quellenwasser, seiner geringen Härte wegen.

Im Jahre 1905 ergaben wiederholte Wasserproben so ungünstige Resultate, daß der Wiener Magistrat als Sanitätsbehörde die Verwendung des Wassers untersagte. Die Streitigkeiten zwischen Gemeinde und Gessellschaft begannen von neuem.

Nach einem zwischen der Gemeinde und der belgischen Gesellschaft geschlossenen Übereinkommen (G. R. V. v. 6. Juni 1906), übernimmt die Stadt Wien an ihrer Grenze bei Hüttelborf, die aus der Wiental-leitung benötigte Wassermenge durch Wassermesser. Der Preis ist 11 h per Kubikmeter.

Während der Vertragsdauer obliegt der Gemeinde Wien die Erhaltung der im Betriebsgebiete der Gemeinde hergestellten Rohrleitungen und Objekte, wie auch des Wientalleitungsreservoirs in Breitensee. Dies erstreckt sich jedoch nur auf Rohrleitungen, die nach dem Rormale der Hoch= quellenwasserleitung hergestellt sind.

Im Jahre 1907 bezog so die Gemeinde Wien 4 422 050 cbm Wasser, wosür 486 425 K zur Gebührverschreibung gelangten. Betrieb und Berwaltung beanspruchten 36 083 K. Außerordentliche Ausgaben (Bauarbeiten und Rohrlegungen) 64 080 K, wovon 46 318 K dem Investitionsanlehen entnommen sind.

Die Einnahmen bestehen in Wasserbezugsgebühren, die sich 1907 auf 743 746 K belaufen und die Bergütungen für Einleitung, Wassermesser

11*

usw. mit 6264 K, bazu treten die außerordentlichen Einnahmen mit 17762 K auf Rechnung des Investitionsanlehens und 46318 K zur Erweiterung der Wientalleitung auf Rechnung eigener Gelder der Stadt Wien.

Orbentliche Ausgaben.	Orbentliche Einnahmen.
486 425 K	743 746 K
36 083 "	6264 "_
522 508 K	750 010 K
Außerorbentliche Ausgaben.	Außerordentl. Ein nahmen.
64 080 K	17762 K
	46 318 "
64 080 K	64 080 K

Retto-Einnahme.
750010 K
522508 "
227502 K

Die zweite Hochquellenleitung.

Das Leitungsvermögen bes Aquabukts ber ersten Hochquellenleitung beträgt pro 24 Stunden 138 000 cbm. Die Einwohnerzahl Wiens betrug 1890: 817 299, stieg aber durch die Eingemeindungen bis 1897 auf 1572 348. In der gleichen Spanne Zeit stieg der Wassersonsum per Tag von durchschnittlich 54 947 cbm auf 830 495 cbm, während die Wasserergiedigkeit der einverleibten Quellen und des Pottschacher Schöpfwerkes sich im Winter auf zirka 68 000 cbm, im Sommer auf zirka 110 000 cbm beliefen.

Die im letzten Jahrzehnt bes Jahrhunderts einverleibten Quellen im Naßwald und Preintal 1891 und 1892, sowie im Preintal 1898 änderten wenig an der Tatsache, daß es auch bei einer Anspannung des Äquadukts auf seine höchste Leistungsfähigkeit unmöglich sei, den Wasserbedarf Wiens daraus zu becken.

Das liberale Regime hat in ben Jahren 1893—96 umfangreiche Untersuchungen zwecks Trinkwasserbeschaffung anstellen lassen, einmal an beiben stromauswärts gelegenen Donauusern, aber auch stromabwärts und am linken User bis ins Marchseld. Ein Versuchsbrunnen bortselbst ergab während eines halbjährigen Probebetriebes 7000—8000 cbm täglich.

Schließlich verzichtete man aber auf Grundwaffer aus bem Donautal, um

sich ben Alpen wieder zuzuwenden, wo eingehende Untersuchungen verschiedener Duellgebiete vorgenommen wurden und die ungewöhnlich reichaltigen Duellen der Salza an der niederösterreichisch=steirischen Grenze, was Wasserreichtum und Qualität des Wassers betrifft, als in jeder Beziehung für die Wasserversorgung Wiens geeignet befunden wurden. Im Jahre 1895, vor Abtreten des liberalen Regimes, war schon die Entscheidung für die Salza=Quellen gefallen.

Im Jahre 1900 (21. März) faßte der Wiener Gemeinderat den Beschluß, zur Ergänzung der Wasserversorgung Wiens eine zweite Hochquellen= wasserleitung, unter Einbeziehung der im Salzagebiet liegenden Quellen, eventuell auch noch anderer, in der Trasse dieser Leitung befindlicher Quellen zu bauen. Das Stadtbauamt wurde beauftragt, schleunigst ein Projekt für eine Leistungsfähigkeit von 200 000 cbm täglich auszuarbeiten, als Kostenbetrag wurden zirka 100 Millionen K in Aussicht genommen.

Diesem Ereignis war eine genaue Untersuchung bes fraglichen Quellgebiets vorausgegangen.

Das Salzaquellgebiet liegt in Steiermark unweit der niederöfter= reichischen Grenze im Hochschwabgebiet. Die später einbezogenen Quellen sind:

Kubikmeter in 24 Stunden. Dezember 1902.

Die	Brunngrubenquelle		25142
"	Höllquelle		33091
,,	Kläfferbrünne		34 560
,,	Siebenseequelle .		78 710
,,	Schreierklammquelle		18576
,,	Seifensteinquelle .	•_	10 886
		_	200 965

Die Ausführung des Riesenprojektes begann mit dem Erwerb der Forstbesitzungen im Quellengebiet, die sich in wenigen Händen befanden, schwieriger war die Bodenfrage längs der 192 km langen Leitungstrasse, die 2 Kronländer, 6 politische, 10 Gerichtsbezirke, 74 Katastral= und 38 Ortsgemeinden berührt. 2300 Katastralparzellen wurden mit Zwangs= servituten belastet und 1300 Grundeigentümer mußten in ihren An= sprüchen befriedigt werden.

Die Aquaduktstrecke setzt sich aus ben Rohrleitungen, die die Zu= leitung der Kläfferbrunne, der Siebensee= und Schreierklammquelle ver= mitteln und aus der Hauptleitung zusammen. Die Rohrleitungen haben auf 8,1 km Länge 900 m Stollen und brei Rohrbrücken von 135 m Länge. Die Hauptleitung besitzt von der Kläfferbrünne bis Mauer bei Wien eine Länge von 166,7 km, wovon auf

- a) Stollen 72,6 km
- b) Kurrente Kanalstrecke 76,3 km
- c) 100 Brücken und Aquadukte 6,3 km
- d) auf 19 Siphons 11,5 km

entfallen.

Beabsichtigt wird, die zweite Hochquellenleitung dis Dezember 1910 fertig zu stellen. Bon diesem Zeitpunkt an wird die Wasserversorgung Wiens eine Steigerung von zirka 200 % erfahren, denn die Tagesleistung der ersten Hochquellenleitung ist sehr häusig hinter 100 000 cbm per Tag zurückgeblieben. Ja, in dem neuen Jahrhundert wiederholen sich in den trockeneren Jahren Wasserkalamitäten, welche besonders im Herbst und Winter des Jahres 1908 zu einer wahren Wassernot anwuchsen und zu Absperrungen und Droßlungen der Hausleitungen führten.

Schon 1906 versuchte man dem Wassermangel dadurch abzuhelsen, daß man der Gemeinde vertraglich das Recht sicherte, aus den anfangs der neunziger Jahre einverleibten Quellen (genannt "die Mehreinleitung von 1894"), von deren Ertrag die Gemeinde höchstens 36 400 cbm täglich entnehmen durfte, in Zukunft (d. h. die zur Eröffnung der zweiten Hochsquellenleitung) von dem überschüfsigen, dieher in die Schwarza abgelassenen Wassers die zum Ausmaße von 300 000 cbm bei einer Limitierung auf 12 000 cbm per Tag Wasser zu entnehmen. Um bei ganz besonderen Notfällen dieses Quantum erhöhen zu können, wurde die Möglichkeit der bedarfsweisen Heranziehung einer weiteren Wassermenge die insgesamt 500 000 cbm vorgesehen.

Wie aus dem obigen hervorgeht haben diese Maßregeln den Eintritt einer sehr akuten Wassernot im Herbst und Winter 1908/9 nicht hindern können. Nicht mit Unrecht wurde der Gemeindeverwaltung Saumseligskeit in dem Bau der zweiten Hochquellenwasserleitung vorgeworfen. In der Tat hat die Gemeindeverwaltung, von der für den Ausdau der zweiten Leitung bestimmten Anteilsrate des Investitionsanlehen von 75 Millionen K, dis Ende 1906 erst zirka 11 Millionen K investiert, die zum großen Teil auf Grunderwerb sielen, der Bau selbst wurde erst 1906 energisch aufsgenommen.

A. Ginnahmen und Ausgaben ber I. Sochquellenleitung

in 1000 Kronen.

	1903	1905	1907
E i n n a	hmen.		
Ordentliche Einnahmen. Waffergebühren	5610 569	6208 535	6469 600
Durchgef. Wasserverte	205 100	240 108	220 107
Summa	6486	7092	7396
Außerordentliche Einnahmen	223	89	805
hauptsumme der Ginnahmen	6709	7181	8201
Ordentliche Ausgaben. Erhaltung und Betrieb Durchgef. Wasserwerte Rosten ber Hauszuleitung	931 151 193	999 141 224	1140 — 226
Summa	1258	1365	1366
Tubanan San Ariska Orusaa Kan			
Uußerordentliche Ausgaben. Fertigstellung und Erweiterung der I. Hochquellenleitung	800	486	810
Fertigstellung und Erweiterung ber	800 2059	486 1851	810 2176
Fertigstellung und Erweiterung der I. Hochquellenleitung	2059		

Im Investitionsanlehen war ein Teilbetrag von 7,2 Millionen Kronen für Fertigstellung und Erweiterung der I. Hochquellenleitung bestimmt. Dieser Kredit wurde bis 1902 auf 8,4 Mill. K. erhöht, sodann bis 1906 2,06 Mill. K. davon in Anspruch genommen. 1907 betrug die Beanspruchung 0,805 Mill. K., sodas pro 1908 noch 5,5 Mill. vorhanden sind, die im Vorschlag mit 690 000 Kronen angesprochen werden.

Die gesamten Koften ber Anlage belaufen fich bis Ende 1903 auf

Berginfung bes Wafferanlehens von 1894 zu 35 Mill. R., per 1907 1 399 682 R.

B. Die kleinen Wafferleitungen im Gemeindebetrieb, sowie der Bau der II. Hochquellenleitung

in 1000 Kronen.

	1903	1905	1907
Einne	ı h m e n.		
Dr dent liche Einnahmen. II. K. Fr. JHochquellenleitung 1. Kaiser Ferdinands-Wasserleitung Albertinische Wasserleitung Wientalwasserleitung 2 Sonstige Wasseranlagen	3,800 0,200 13,000 551,000 18,000	15,000 0,212 18,200 608,300 44,200	18,226 0,100 14,268 720,928 3,340
Außerorbentliche Einnahmen. II. A. Fr. JHochquellenleitung	10,100 19,600	12,560 35,000	6 149,000 65,500
Nusg	aben.		
Orbentliche Ausgaben. II. Hochquellenleitung	5,600 3,000 7,600 419,800 3,200	24,100 2,900 12,400 470,900 2,700	20,600 1,700 6,100 467,800
Außerordentliche Ausgaben. II. Hochquellenleitung im Bau	417,300 235,400	2646,500 233,000	6149,000 64,700

Gefamtrefultat der Aubrif Wafferleitungen nach dem Rechnungsabschnitt von 1907.

	Ordentliche	Außerordentl.	Ordentliche	Außerordentl.
	Einnahmen	Einnahmen	Ausgaben	Außgaben
	Kronen	Kronen	Kronen	Kronen
I. Hochquellenleitung	7 417 644	985 510	$\begin{array}{c} 2020102 \\ 23687 \\ 522934 \end{array}$	1 621 527
II. Hochquellenleitung	20 863	7 528 405		7 528 405
Wientalwasserleitung	750 170	64 081		64 081
Alle Wafferleitungen	16 763 708		11 1	52 792

Nettoeinnahme 5 610 915 Rronen.

¹ Miet= und Pachtzinse, Forsteinnahmen.

² Innerhalb des Gemeindegebietes, in Berwaltung der Gemeinde.

B. Die Entwässerung.

Literatur.

Die Affanierung von Wien; herausgegeben von Th. Weil, Leipzig 1902. Darin Entwäfferung von P. Kort. Wien am Anfang bes XX. Jahrhunderts. Die Entwäfferung von J. Kohl, Wien 1905.

Sahresbericht ber Rommiffion für Berkehrsanlagen 1892 ff.

Bericht über die Ermittelung der Größe und Form der Profile, Stadtbauamt 1885. Ludwig Allmeyer, Die Berwertung des Kloakeninhalts usw. durch das Marchseld, Wien 1883.

Zeitschrift bes Öfterr. Ingenieur= und Architektenvereins, Jahrgarg 1893, 1894, 1898, 1900, 1903.

Gemeindeverwaltung der Stadt Wien 1896—1906. Statistisches Jahrbuch 1896 ff.

Die Stadt Wien liegt zum Teil auf alluvialem Grund, der eine Senkung bis auf noch unbekannte Tiefe ausfüllt, anderseits erstreckt sich bas Stadtgebiet auf die wellige Oberfläche der Bergabhänge des Wiener-waldes, dessen Steilrand die Stadt vom Eintritt der Donau ins Stadtgebiet im N.W. und W. mit einem Kranz grüner Hügel umgibt.

So liegen die westlichen Vororte an den langsam ansteigenden Abhängen des Wienerwaldes gelagert, beträchtlich höher als das Niveau des Stadtzentrums. Der Westbahnhof z. B. 54,26 m über dem Nullpunkt der Ferdinandsbrücke, die Stadtgrenze bei Mauer zirka 87 m usw.

Diese langsam ansteigenden Gehänge waren von kleinen Bächlein durchfurcht, die sich zum Teil in den Donauarm, heutigen Kanal, ergossen, zum Teil in den Wienfluß, der wieder im Stadtzentrum sich in den Donaukanal ergiekt.

Aus allebem ist zu entnehmen, daß selten die Lage einer Stadt für eine planmäßige Kanalisierung günstiger sein kann, als es in Wien der Fall ist. Aufgabe der Tiefbautechniker war es, das Kanalnet der topographischen Beschaffenheit des Wiener Stadtgebietes anzupassen, von selbst stellte sich dann hinreichendes Gefälle und Schwemmwasserzufluß ein.

Schon im 14. Jahrhundert besaß Wien, damals nur der Stadtteil, ber heute als innere Stadt bezeichnet wird, Kanäle, die den Unrat in den an der Stadt vorüberfließenden Donauarm schwemmten. Als die Bororte heranwuchsen, benützen sie die schon erwähnten Wienerwaldbächlein, um den Unrat abzuschwemmen, was natürlich im Sommer bei Trockenheit gute Wege hatte. Die Senkgrube war sonst die herrschende Abfuhr=einrichtung in den Bororten.

In der inneren Stadt zeigt sich schon seit Maria Theresia eine

gemisse Rücksichtnahme auf ben öffentlichen Gesundheitszustand und eine bementsprechende Vorsorge für die Kanalisation. Für den Beginn des 19. Jahrhunderts werden zirka 20 km Kanäle für die innere Stadt und zirka 90 km für die unmittelbaren Vorstädte nachgewiesen. 1830 waren von 8037 Häusern 6870 an die Kanalisation angeschlossen. Die Choleraepidemie im Jahre 1830 bewirkte ein energisches Vorgehen gegen sanitäre Übelstände und ab 1831 werden ein rechter und linker Wienslußsammler erstellt, die Einwölbung des Ottakringerbaches, des Währingerbaches, des Alsbaches, und schließlich auch des Schmidtgraben in der Rossau vorgenommen. Diese Arbeiten wurden in der Hauptsache bis 1843 fertigegestellt, erstreckten sich aber dis anno 1850. Bis zu ersterem Zeitpunkt waren 14,2 km große Kanalbauten aufgeführt, mit einem Totalauswandvon 2800000 K, was die Stadt aus ihren ordentlichen Einnahmen beckte.

Nach einem Rückschlag im Interesse für Kanalbauten in den Jahren nach 1848 wurden die Arbeiten eifrig fortgesetzt. Große Probleme entstanden durch die Niederlegung der Festungswerke (1858) und die Einverleibung der Vororte (1890).

Die größten Arbeiten auf dem Gebiet der Kanalisation waren die Anlage von Sammelkanälen an beiden Usern des Donaukanals, der bisher durch die Abwässer des größten Teils des Stadtgebietes verunreinigt wurde. Der Bau des linksseitigen Sammlers wurde im Jahre 1893 begonnen und binnen Jahresfrisk fertiggestellt, er begleitet den Donaukanal auf einer Strecke von zirka 7 km durch die Stadt und erforderte einen Kostenauswand von 1700000 K. Der rechte, weitaus wichtigere Sammler wurde in den Jahren 1894 bis 1902 hergestellt, wozu noch 1903/4 eine Berlängerung kam. Seine totale Länge beträgt 12,5 km und waren ursprünglich seine Kosten mit 10300000 K in Aussicht genommen. Schließlich betrugen die Kosten für den linken Sammler 1700000 K, für den rechten Sammler 8 400000 K.

Die Kanalrohre sind in Wien in der Regel in der Straßenmitte 3,80 bis 4,50 m tief eingebettet, tiefer bis 14 m liegen die Rohre der großen Sammelkanäle, aber auch sonst zwingt die Beschaffenheit des Bodens und die Aufrechterhaltung des Gefälles zu mancher Ausnahme. Die Kanalprofile haben im Lauf der Zeit manche Anderung erfahren, gerade so wie das verwendete Baumaterial und die Prosilgröße, die natürlich steigende Tendenz zeigt. Diese muß der Menge der sesten und flüssigen Extremente, der Meteorwässer und Brauchwässer angepaßt sein, deren Schätzung nach verschiedenen Prinzipien vorgenommen wird. Man rechnet

auf 100 000 Einwohner per Jahr zirka 4500 t Faeces und 20 810 t Die Meteormäffer find nach der Niederschlagshöhe des Ortes und bem Ausmaße der Bebauung festzustellen, je dichter diese, besto mehr Meteor= maffer fliekt in die Ranale ab. Bei fehr bichter Bebauung beträgt ber Abfluß bis 90 % ber Niederschlagsmenge, so daß bei ber Kanalisierung bis 150 Sekundenliter per Hektar berücksichtigt werden muffen. große Mehrzahl ber Zweigkanäle hat die Maße $\frac{105}{70}$ cm ein eiförmiges Profil, sie find in Beton ausgeführt und haben eine Steinzeugsohle zur Berhinderung der ftarken Abnützung burch Schwemmaterial. Gefälles hat sich in manchen Teilen des Nepes die Notwendigkeit heraus= gestellt, von Zeit zu Zeit Spulungen und Abschwemmungen vorzunehmen. Bei den Bachkanälen murden bei Beginn der Einwölbung oft fehr malerische Spulteiche angelegt, die an Bahl ständig vermehrt werden und auch zur Spülung bes rechten Donauhauptsammelkanals beitragen. Gefälle besitenden Wienfluffammelkanäle versorgt das Staumerk in Gegen die Invasion von Schotter sind vor vielen Ein= Weidlingau. wölbungen Schotterfänge angebracht.

Durch Einsteigschächte, die in Entfernungen von 80 bis 120 m auf die Straßenkanäle niedergebracht sind, ist die Möglichkeit der Reinigungsund Reparaturarbeiten gegeben, wie auch für die Bentilation vorgesorgt ist. Die Schächte sind aus Beton mit quadratischem Querschnitt von 60×60 cm, oben durch ein gußeisernes Gitter geschlossen. Das Straßenwasser sließt aus dem Rinnstein in kurze Einfallschächte, die 45 cm im Quadrat messen und einen halbmeter langen Schlammfang besißen, der Überlauf erfolgt oberhalb des Schlammfangs durch eine 30 cm weite Steinzeugröhre, die steil zum Kanal abfällt. Die Entleerung des Schlammfängers sindet mindestens einmal monatlich statt und wird die Ausrüstung mit ausnehmbaren Simern ergänzt. Die heute noch stellenweise angewendete Form des Ausschöfen und Abführens ist wohl für die Passanten und benachbarten Hausbewohner sehr lästig. Zu erwähnen wären noch die Schneceinwurfsschächte, die zu start wasserührenden Kanälen niedergebracht sind, auch Einsteigschächte sinden für diesen Zweck Berwendung.

Die Einnahmen ber Gemeinde von der Kanalisation setzen sich zussammen aus Kanaleinmündungsgebühren, die von den Hausbesitzern einmal erhoben werden, die gezwungen sind einen Neubau an das städtische Kanalnetz anzuschließen; sodann aus Gebühren für Räumung der Kanäle, welche die Hausbesitzer nach der Höhe des Hauszinses zu entrichten haben. Wie hoch diese Abgaben sind, geht daraus hervor, daß im Jahre 1907 an

Einmündungsgebühren 422 414 K, an Beiträgen für Räumung 892 327 K zur Gebühr erwuchsen. In letzgenannten Räumungsgebühren sind auch die Zahlungen für Leerung von Senkgruben inbegriffen. Die Räumungen werden an Unternehmer vergeben und von städtischen Aufsehern kontrolliert. Der Aushub fester Stoffe in den Sitkästen ist gering, in den alten Bezirken erfolgt er in eisernen Kübeln, die auf dem Donaustrom verfrachtet und dann entleert werden. In den Donausernen Bezirken wird der feste Aushub an abgelegenen Orten nach Desinfektion vergraben.

Die Entleerung der Senkgruben geschieht mit pneumatischen Pumpen und in Latrinenwagen, welche den Inhalt in Kanaleinlässe entladen. Wo Mangel an Kanälen, wie in den Bezirken XII bis XIV erfolgt die Sammlung in Berdünnungsreservoirs und Abschwemmung durch Stau-wasser in den Wientalsammelkanal.

Wie aus bem vorhergehenden sich ergibt, hat ursprünglich bie ge= samte Beseitigung der Abfallstoffe in den Donaukanal stattgefunden, mas zu einer berartigen Berunreinigung Anlaß gab, daß schon lange, bevor die Frage der Sammelfanäle fpruchreif mar, nach Mitteln gefucht murbe, den Wasserlauf, der an dem Stadtzentrum vorbeiführt, vor Verunreinigung zu bewahren. Das Projekt einer Beriefelung bes Marchfelds wurde lange Zeit biskutiert, es vereinigte die Vorteile einer rationellen Berwertung der Abfallstoffe mit der völligen Reinhaltung des Donauftroms. Dagegen sprach, die für Wien günstige Unbewohntheit der unterhalb Wien gelegenen Donauufer, die bis Pregburg feine größeren Ort= schaften aufweisen und weiter sprach gegen die Berieselung auch die starke Berdunnung, die die Dungstoffe im Wiener Abwasser burch Einleitung fämtlicher Meteorwäffer erleiben, sowie die riesigen Kosten einer hinreichenden Rohrleitung über ben Donauftrom ins Marchfeldgebiet. Seute, wo die Sauptsammelkanäle icon weit außerhalb bes bichtbebauten Stadtgebietes in den Donaukanal einmunden, ift von einer Beläftigung irgend welcher Unwohner nicht zu reben. Die Selbstreinigungskraft ber Fluffe funktioniert so erakt, daß bei Preßburg an der ungarischen Grenze von den Wiener Berunreinigungen feine Spur mehr vorhanden ift.

Außerorbentliche Aufwendungen für Kanalbauten von 1903 bis 1906.

1 90 3			806 406 K
1904			938425 "
1905			614039 "
1906		•_	413 115 "
1906	Summa		2798985 K
1907			310 494 "
1907	Summa		3108479 K

Totalaufmendungen 1851 bis 1907 48 300 000 K.

Einnahmen und Ausgaben 1903-1906

in 1000 Kronen.

	1903	1904	1905	1906
a) Ein	nahme	e n.		
1. Orbentliche Einnahmen. Beiträge für Kanalherftellung und Benützung	5,2 553,0 814,2 25,3 1397,8	35,1 625,6 843,5 26,2 1530,4	29,7 624,7 827,9 26,0 1508,5	16,5 468,6 850,0 33,5
2. Außerordentliche Einnahmen	270,0	765,8	241,2	80,5
Hauptsumme der Einnahmen	1667,5	2296,3	1749,7	1458,8
1. Orbentliche Ausgaben.	3 gabe:	1		l
Kanalbauten	$686,2 \\ 658,0$	871,0 648.7	646,0 644.8	$651,1 \\ 601.0$
Erhaltung der Kanäle	187,3 276,6 732,2 193,7 6,9	245,1 279,3 691,7 200,1 11,9	183,5 273,4 700,2 216,5 7,2	253,6 307,1 727,6 215,4 3,6
Zusammen	2741,1	2948,1	2672,1	2759,5
2. Außerorbentliche Außgaben.	806,4	938,4	614,1	413,1
Hauptsumme Ausgaben	3547,5 1667,5	3886,5 2296,3	3286,2 1749,7	3172,6 1458,8
Nettoausgabe	1880,0	1590,2	1536,5	1713,8

Bevölferung, Länge ber Ranale im Stadtgebiet von 1903.

(Nach J. Kohl l. c.)

Jahr	Zivil= bevölkerung	Straßen= Łanäle km	Hanäle km	Jahr	Zivil= bevölkerung	Straßen: fanäle km	Hau&= Fanäle km
1833	308 405	115,7	?	1900	1 648 335	622,1	984,4
1862	702 935	182,1	269,6	1901	1 682 589	638,4	1030,2
1874	944 472	280,3	362,4	1902	1 717 555	658,3	1058,6
1880	1 090 119	338,2	528,3	1903	1 753 247	674,6	1100,5
1885	1 207 725	395,6	633,8	1904	1 789 681	694,6	1128,2
1890	1 341 897	451,4	746,0	1905	1 891 017	706,8	1162,5
1895	1 488 463	563,8	847,2	1906	1 931 701	772,5	1237,01

Bahl ber Senkgruben.

 1896
 6403

 1898
 . . . 6125

 1900
 . . . 6012

 1902
 . . . 5816

 1904
 . . . 5408

 1906
 . . . 5568

Räumung von Ranalen und Sentgruben.

•	Räumungsläng	e in Kilometern	burch bie Ge=	in die Donau entleerter Aushub
	Straßenkanäle	Hauskanäle	Senkgruben	m ³
1906	6627	14 844	2551	11 115

Erfolg von 1907.

1718340 K

C. Straßenwesen.

Straßenmefen.

Die gesamte Straßenpflege erfolgt durch die Gemeindeverwaltung mit Einschluß jener Straßen, die im Eigentum des Staates oder des

¹ Davon 559 km fcbliefbar, 678 km Rohrleitungen.

Landes stehen, und wofür diese bestimmte Beiträge leisten. Ursprünglich durch Unternehmer besorgt, hat die Gemeindeverwaltung seit 1901 das Bestreben an den Tag gelegt, das gesamte Straßenwesen allmählich in eigene Regie überzuführen. Sie hat zu diesem Zweck den städtischen Fuhrwerksbetrieb ins Leben gerusen, der heute schon einen großen Teil des Straßenwesens besorgt.

Die Einbeziehung der Vororte, die zum Teil noch über große Strecken agraren Gebietes verfügen, hat die Grundfläche der Stadt Wien, wie auch die Ausdehnung der Straßen sprunghaft vergrößert.

Nach Einverleibung von Vororten im Jahre	Umfang des Stadtgebiets	Grundfläche bes Stadtgebiets
1890 Gemeindebezirk X—XIX einverleibt	63 km	17812 ha
1904—1906 13 Gemeinden und Gemeindeteile, jett Bezirk XXI einverleibt	95,6 km	27 308 ha

Die Straßen, Plätze Gassen und Gehwege in der Erhaltung der Stadt Wien bedeckten 1906 eine Fläche von 13 200 000 m qm, wovon 6 800 000 m qm gepflastert und 6 400 000 m qm ungepflastert waren.

Das hauptsächliche Pflastermaterial ist Granit, ber zum kleineren Teil (20%) aus ben Brüchen, welche die Stadt Wien in Oberösterreich besitzt, stammt, hauptsächlich aber durch Submission aus böhmischen, obersösterreichischen ober bayrischen Brüchen beschafft wird. Die junge geologische Formation des Wiener Beckens sichert der Stadt Wien eine Fülle wertvoller Bau- und Ziersteine, reichliches Material für die Ziegelsabrikation, sür widerstandssächiges Material aber, das zur Pflasterung taugt, muß man dis Oberösterreich im Westen, Steiermark im Süden, gehen, wo einerseits die Ausläuser der Sudeten, anderseits die der Zentralalpen granitisches Gestein führen. Der böhmische Basaltgranit wird in den letzten Jahren, seiner Widerstandssächigkeit wegen, stark verwendet.

Schon in den achtziger Jahren hat die Gemeinde Wien Granitbrüche bei Mauthausen in Oberösterreich, an der Donau gelegen, angekauft, doch haben sich diese Brüche als wenig reich erwiesen, sie mußten durch Zukauf wiederholt ergänzt werden und ihre Ertragfähigkeit übersteigt kaum ein

Fünftel bes Wiener Jahresbebarfes. Für die Schotterbeschaffung besteht an der Westgrenze Wiens ein städtischer Steinbruchbetrieb, der aber keine besondere Qualität liefert. 1902 versagte der Bruch überhaupt und mußte durch Zupacht (der Grundbesitzer ist das K. K. Forstärar) erweitert werden.

Nach bem Hauptvorschlag für 1908 sollen die oberösterreichischen Brüche der Stadt 545000 7" Würfel (Normalpflasterstein) und zirka 300000 andersgeformte Pflastersteine und Fassonsteine abliefern. Der Kaufwert dieses Betriebsersolges wäre 509000 K, während die Beschaffungsstosten sich auf 448000 K belaufen. Das wäre also ein Nettoertrag von 60000 K. Für den Exelberg wird eine Ablieferung von 27400 cdm Geb. Riesel, Schlögel und Sand erwartet. Bei 164000 K Gestehungsstosten und 219000 K Marktwert als Nettoertrag zirka 54000 K.

So ist die Gemeinde Wien gezwungen, sowohl Pflastersteine wie Schotter in großem Umfang anzukaufen. Im Jahre 1907 wurden an sogenannten Siebener Würfeln (180 mm = 7") allein 2 900 000 Stück angeschafft, so daß die Auswendungen für das gekaufte Pflastermaterial in Siebener Würfeln allein 1 900 000 K beanspruchte.

Die beiben Steingewerke werden vom Inventar auf 410 640 K gesicht, die baulichen Anlagen bestehen aus je fünf Gebäuben.

	Neupflasterung	Straßenflächen- Umpflasterung mit neuem Material	fonstige Umpflasterungen
1902	126 380	40 021	840 262
1903	185352	41 251	982151
1904	157 046	63 196	$915\ 163$
1905	201 104	46 630	1 103 477
1906	181 25 2	28 323	1047064

Strafenpflafterung in Quadratmetern.

Die Aufwendungen für die Pflasterwirtschaft sind also sehr bedeutend und weisen eine stark steigende Tendenz auf. Bis 1902 dennoch immer aus den ordentlichen Einnahmen bestritten, hat die Gemeinde im Investitions= anlehen 11 500 000 K für Pflasterung und Steinbrüche bestimmt, die bis heute fast aufgezehrt sind. Bon der Gesamtsumme dieser Aufwendungen sind für die Steinbrüche nur ganz unbedeutende Quoten aufgewendet worden, die Pflasterung hat alles in Anspruch genommen. Besbenkt man, daß die Pflasterung je nach Qualität des Materials eine mehr

oder weniger dauernde Anlage ist, wird man gegen die Beschaffung auf dem Wege außerordentlichen Kredits, vielleicht nichts einwenden, aber in Wien ist das verwendete Kapital einem Anlehen entnommen, das erst nach 90 Jahren getilgt sein wird, während die Lebensdauer des Granitspslasters mit 17 bis 20 Jahren jedenfalls nicht zu kurz angenommen ist. In neuerer Zeit wird von vielen Seiten für städtische Pflasterwirtschaft in größeren Städten eine Art Fondsbildung vorgeschlagen, die eine planmäßige Organisation der Pflasterwirtschaft durch regelrechte Amortisation der Pflasterwerte usw. ermöglichen würde.

Städtischer Fuhrmerksbetrieb.

Der Gemeinderat hat 1902 mit der Einrichtung eines städtischen Fuhrwerksbetriebes begonnen, der planmäßig erweitert wird und allmählich das gesamte Straßenwesen mit Ausnahme der Pflasterungen besorgen soll. Diese große Unternehmung beschäftigt nach dem Borschlag für 1908: 15 Beamte, 8 Kanzlisten, 547 Leute im Depot, deren Bezüge sich auf 763 610 K belausen. Der Wagenpark umfaßt an Fuhrwerk gegen 580 Stück, darunter 130 Kehrmaschinen, 95 Sprizwagen, 172 Kehricht= wagen usw. Der Pferdebestand erreicht 571 Stück.

Der Fuhrwerksbetrieb besorgt 1908 Straßensäuberung und Erhaltung in drei Gemeindebezirken, die nächtliche Reinigung gepflasterter Straßen mit Rehrmaschinen in allen Bezirken, die Erhaltung und Säuberung von ungepflasterten Straßen in vier Bezirken, die Hauskehrichtsammlung in neun Bezirken, Straßenbesprizung in vier Bezirken. Im XVII. Bezirk wird das ganze Straßenwesen in eigener Regie besorgt (Pflasterung außgenommen). Das Gesamtersordernis für den Fuhrwerksbetrieb ist für 1908 mit 1780 000 K vorgeschlagen.

Straßenfäuberung.

Unter biesem Titel fassen bie Publikationen ber Gemeindeverwaltung bie Kosten für die zur Straßensäuberung verwendeten Arbeitstage und die Kehricht=, Kot=, Schneefuhren mit eigenem und fremdem Fuhrwerk zusammen. In allen Arbeitszweigen zeigt sich ein Steigen des nötigen Arbeitsauswands und baher der Kosten. Die Zahl der Arbeitstage wächst von 913218 im Jahre 1902 auf 1169005 in 1906. Die gesamten Auslagen steigen von 1902 bis 1906 von 3500000 auf 4800000 K.

In diesen Auslagen sind die Kosten nicht inbegriffen, welche die Schriften 130. Erstes heft. — Gemeindebetriebe III. 1.

Investitionen für Straßensäuberung in Maschinen, Geräten, Bauten usw. verursacht haben.

Für die Einführung der Straßensäuberung in städtische Regie, wurden vom Stadtbauamt für 1908 850 000 K gefordert, die aber von dem Stadtrat auf mehrere Jahre verteilt wurden. Es sind für diesen Zweckauß dem Investitionsanlehen dis 1906 1 360 000 K, und aus eigenen Gelbern der Gemeinde 1 170 000 K, zusammen 2 530 000 K verwendet worden.

Bereitzustellen waren nach bem Plan bes Investitionsanlehens für Straßensäuberung Investitionen bis 2000 000 K, so daß nach Inanspruchenahme von 1360 000 K bis 1906, und von annähernd 84 000 K in 1907 bis Ende 1907 1445 000 K zur Berrechnung gelangten und baher nur zirka 550 000 K für die Forderung des Stadtbauamtes erübrigen, das sich 1908 eben mit dem Rest des Anlehensanteils begnügen muß.

Straßenbefprigung.

Baffer zur Bespritzung ber Strafen und Garten mird jum Teil ber Sochquellenwafferleitung entnommen, in den westlicher ge= legenen Bezirken aus der Wientalwasserleitung, wie auch aus großen Schöpfbrunnen, welch lettere in der Statistif nicht aufgenommen find. Die Straßenbespritzung erfolgt teils durch alte Schlauchschleuberwagen. teils durch modernere Fagmagen, bei ersteren zweimal bei letteren täglich breimal. Die Bespritungsfläche umfaßte 1906 8800 000 gm und murbe ein Wasserquantum von 188719 cbm im Wasserwert von 905471 K verbraucht. Der Bedarf an Nutwasser mächst außerordentlich, mährend bie Gemeinde 1900 täglich 4975 cbm aus der Wientalwasserleitung ent= nahm, ist die Nutwassermenge 1907 auf durchschnittlich täglich 10 750 cbm geftiegen und in dem Sahr der großen Waffernot 1908 murden mahrend bes Sommers bis 24 000 cbm täglich verbraucht und die Leiftungsfähigkeit ber Wientalleitung (25 000 cbm) aufs äußerste angespannt. Die Ge= meinde bezweckt nun das nach Anlegung ber großen Sammelkanäle auf beiden Ufern ziemlich harmlofe Waffer des Donaukanals zu Nutzwecken ju verwenden und will mit einem eleftrisch betriebenen Schöpfwert in Sommerszeit täglich zirka 6000 cbm Baffer für Stragenbefprengung beschaffen.

Die Kosten ber Straßenbesprengung beliefen sich 1906 auf 905 471 K, für 1908 waren 1155 470 K in Vorschlag gebracht.

Saustehrichtabfuhr.

Auf diesem Gebiete strebt die Gemeinde völlige Einbeziehung in eigene Regie an und ist bis 1908 damit ihrem Ziel schon sehr nahe ge=

Technisch steht der Betrieb durchaus nicht auf der Söhe der Zeit. Wie vor 20 Jahren, wird von fogenannten Ausläutern zweimal wöchentlich den Hausparteien durch Läuten mit einer Handalode bas Nahen bes Rehrichtmagens angefündigt, ber in eine Staubwolfe gehüllt. die der Wind oft weit wegführt, sich langfam nähert und von dem Dienst= personal den, in den allerverschiedensten Gefäßen aufbemahrten Saustehricht in Empfang nimmt. Alle Bersuche (und ihre Bahl ist Legion) das Abfuhrspftem zu verbeffern, find gescheitert, entweder am Rostenstandpunkt oder daran, daß die Berbefferung der Fehler bes jezigen Syftems, burch Nachteile anderer Art erkauft werden mußten. Gerade wie die Abfuhr ist auch die Beseitigung des Hauskehrichts noch eine offene Frage. schiedene fleine Städte in ber Proving scheinen mit der Berbrennung und mit Weiterverwendung der dabei entstehenden Beizkraft gute Erfolge er= zielt zu haben, wie auch folches aus Berlin und Samburg gemeldet wird. Aber man zögert in Wien vor den großen Rosten, ehe nicht endgültige Resultate vorliegen. Den hauskehricht als Dünger zu verwenden, hat man endgültig aufgeben muffen. Ihn zu fortieren, hat bei einer Bevölferung mit burchschnittlich niedriger Lebenshaltung feinen Sinn, fo blieb bisher nur bas Auffüllen von erschöpften Sandgruben und fonstigen Platen mit Niveauverluft übrig, mas zur Beläftigung ber Nachbarschaft führt und auf die Dauer feine Lösung ber Frage vorstellt.

In der allerletten Zeit hat der Bürgermeister von Wien die bevorsstehende Lösung der Kehrichtfrage angekündigt, ob die Bersuche der städtischen Elektrizitätswerke eine, die obige Außerung veranlassenden Erfolg vielleicht aufzuweisen haben, ist nicht bekannt.

Die Aufwendungen für Kehrichtabfuhr wachsen von Jahr zu Jahr. Sie betrugen 1906 544698 K unter Zurechnung durchgeführter Zins= werte und der Arbeitsleiftungen des städtischen Fuhrwerksbetriebes.

Für 1908 werden 624870 K angesprochen, wobei auf eigenes Fuhrwerk 346000 K, auf fremdes 265000 K als effektive Auslagen für Fuhrleistungen sallen. Dazu kommen noch Auslagen für Miete der Abladepläße, Requisitendepots und durchgeführte Zinswerte für 1908 mit 23030 K veranschlagt. Diesen Ausgaben stehen für das gleiche Jahr an Sinnahmen 84220 K gegenüber, die aus dem gelegentlichen Berkauf von Kehricht, wie aus Rückvergütungen für Kehrichtabfuhr resultieren. Damit wäre, nach Abzug der Sinnahmen= von der Ausgabensumme der Bedarf für die Kehrichtabfuhr im Jahre 1908 mit 563680 K bemessen.

180

Straffenwefen.

Ausgaben und Einnahmen von Straßenwesen-Pflasterwirtschaft, Straßenfäuberung, sbauskehricht in 1000 Kronen.

		Ausgaben			
	ordentliche Ausgaben	außerordentl. Ausgaben	Summa	Einnahmen	Nettoabgang
1900 1901 1902 1903 1904 1905	14 871 13 467 12 965 12 733 11 573 12 993	355 851 628 4944 3019 2306	15 227 14 319 13 594 17 677 14 592 15 299	3740 4574 3824 5686 2664 3070	11 487 9 745 9 770 11 919 11 928 12 229
1906 1907	13 093 14 208	2829 5504	$15725 \\ 19712$	3061 7953	12664 11759

Aus dem Rechnungsjahr 1907.

Einnahmen.

A. Orbentliche Ginnahmen.
Beiträge von Ürar, Land, usw 644 000 K
Beiträge von Elektrizitätsgesellschaften, Straßenbahnen,
Fuhrwerk usw
Platgelber aller Art
Berkauf von Straßengründen
Sonstige Einnahmen
Ertrag Steinbruch Exelberg
Summa ordentlicher Einnahmen 2916118 K
B. Außerordentliche Einnahmen.
Auf Rechnung der Gemeinde Wien 2300 K
Aus dem Investitionsanlehen ersett 4753236 "
Auf Rechnung des Investitionsanlehens 490 883 "
Summa ber außerorbentlichen Einnahmen 5255420 K
Ausgaben.
A. Orbentliche Ausgaben.
I. Pflasterungen und Straßenherstellungen 4024279 K
Erhaltung ungepflasterter Straßen . 2105574 "
(Kinlösung non Brundnersellen 359 707
Unkauf von Grund und Realität zur
Strapenermeiterung 997 795
Ottubenetweiterung 997725 "

7 480 377 K

II.	Straßensäuberung. Bersonallasten		9047400 1	7
	Fuhrwerkskosten	• •	3 047 428 I 1 438 243	
	Hauskehricht	• •	501550	
	Aufstreusand, Zinsen, Mieten .		106 050	,
	Bespannung für Schneepflüge	• •	10.999	
	Supplimiting fur Supresprings.	• •	19304 ,	5 202 132 K
III.	Straßenbespritung.			3 202 132 K
	Personalausmand		139 572 H	C
	Fuhrwerkstosten		601 328 ,	,
	Wassergebühren		230108 ,	,
	Requisitendepot		1890 ,	,
	Requisiten		32 363 ,	<u></u>
TX7	00 . F			1005264 "
IV.	Werkzeuge, Requisiten.			_
	Barrieren, Schranken		265 785 H	_
	Betriebsfosten Exelberg	•	107 937 ,	
	Stadtregulierung	•	74884 ,	
	Verschiedenes	•	62 328 "	-
				510 434 "
	Summa der orden	ıtliche	n Ausgaben	14 208 210 K
	Summa ber orben B. Außerorbentlich			14 208 210 K
a) 2		e Ar	sgaben.	
,	B. Außerordentlich Auf Rechnung eigener Gelder der	e A1	isgaben. 1einde Wien	,
þ	B. Außerorbentlich	e Ar Gen	ısgaben. 1einde Wien itionsanlehen	, ,
, A	B. Außerorbentlich Auf Rechnung eigener Gelber der Jauptfächlich Rücerstattungen an das F Betriebsabgang der Stadtbahn und	e Ar Gen	isgaben. 1einde Wien itionsanlehen	, ,
, h	B. Außerorbentlich Auf Rechnung eigener Gelber ber Jauptfächlich Rückerstattungen an das J Betriebsabgang ber Stadtbahn und Investitionen	e Ar Gen Invest verso	isgaben. 1einde Wien itionsanlehen	· ·
b) 2	B. Außerorbentlich Auf Rechnung eigener Gelder der Jauptfächlich Rückerstattungen an das J Betriebsabgang der Stadtbahn und Investitionen	e Ar Gen nveft verfo ens.	isgaben. 1einde Wien itionsanlehen	· ·
b) 2	B. Außerorbentlich Auf Rechnung eigener Gelber der gauptsächlich Rückerstattungen an das J Betriebsabgang der Stadtbahn und Investitionen	e Ar Gen investi verso ens.	isgaben. 1einde Wien itionsanlehen	499 883 K
b) 2	B. Außerorbentlich Auf Rechnung eigener Gelder der Jauptfächlich Rückerstattungen an das J Betriebsabgang der Stadtbahn und Jnvestitionen	Gen Gen invest verso ens.	sgaben. neinbe Wien ktionsanlehen hiebene fleine	499 883 K
b) 2	B. Außerorbentlich Auf Rechnung eigener Gelber der gauptsächlich Rückerstattungen an das J Betriebsabgang der Stadtbahn und Investitionen	Gen Gen invest verso ens.	sgaben. neinbe Wien ktionsanlehen hiebene fleine	499 883 K
b) 2	B. Außerorbentlich Auf Rechnung eigener Gelber der gauptfächlich Rückerstattungen an das J Betriebsabgang der Stadtbahn und Investitionen	Gen Knvest verso ens. gs=	sgaben. neinbe Wien itionsanlehen hiebene fleine 	499 883 K
b) 2	B. Außerorbentlich Auf Rechnung eigener Gelber der Jauptfächlich Rückerstattungen an das J Betriebsabgang der Stadtbahn und Jinvestitionen Auf Rechnung des Jinvestitionsanleh E) Grunderwerb=, Straßensäuberun und =erweiterungsinvestitionen . E) Pssafterungen u.Straßenherstellung	Gen Knvest verso ens. gs=	isgaben. neinbe Wien ktionsanlehen hiebene kleine 2883947 K 2170612 " en Ausgaben	499 883 K 5 004 559 " 5 504 442 K
b) 2	B. Außerorbentlich Auf Rechnung eigener Gelber der gauptfächlich Rückerstattungen an das I Betriebsabgang der Stadtbahn und Investitionen	Gen Knvest verso ens. gs=	isgaben. neinbe Wien ktionsanlehen hiebene kleine 2833 947 K 2170 612 " en Ausgaben	499 883 K 5 004 559 " 5 504 442 K
b) 2	B. Außerorbentlich Auf Rechnung eigener Gelber der Jauptfächlich Rückerstattungen an das J Betriebsabgang der Stadtbahn und Jinvestitionen Auf Rechnung des Jinvestitionsanleh E) Grunderwerb=, Straßensäuberun und =erweiterungsinvestitionen . E) Pssafterungen u.Straßenherstellung	Gen Knvest verso ens. gs=	isgaben. neinbe Wien ktionsanlehen hiebene kleine 2883947 K 2170612 " en Ausgaben	499 883 K 5 004 559 " 5 504 442 K
b) 2	B. Außerorbentlich Auf Rechnung eigener Gelber der gauptfächlich Rückerstattungen an das I Betriebsabgang der Stadtbahn und Investitionen	e Ar Gen invest verso ens. gs= gen	isgaben. neinbe Wien ktionsanlehen hiebene kleine 2833 947 K 2170 612 " en Ausgaben	499 883 K 5 004 559 " 5 504 442 K 653 K 689 "

Wasenmeisterei.

Diesem Zweck dienen drei städtische Anstalten: Im III. Bezirk, die Wasenmeisterei; im XI. Bezirk, die thermochemische Anstalt und eine Wasenmeisterei in Pysdorf.

Die Vernichtung ber Üser erfolgt in ber thermochemischen Anstalt, bie (1876 bis 82) erbaut einen Inventarwert von zirka 250000 K bessist. Die Anstalt besitzt brei Digestoren für Seuchenäser, zwei Digestoren für nichtverseuchte Üser, hat Knochenbrecher und Knochenstampfer, zwei Dampstessel, einen Motor von 16 HP., ist vollkommen modern eingerichtet, hat auch Ställe und Schlachträume zur Genüge. Die Wasenmeisterei in der Stadt dient nur als Avisort und für weggelausene Hunde. Errichtet 1864. Wert 107 072 K. Der Betrieb ist verpachtet gegen eine Abgabe von 13 600 K jährlich, für Sinsammeln der Üser und Füttern der Hunde werden extra Gebühren bezahlt.

Für das Jahr 1907:

0							
Einnahmen.					ι.	Ausgaben.	
Pacht .		•	•	•	13 600 K	Bezüge d. Wasenmeisters Erhaltung der Gebäude	3 8 33 K
						und Objekte	4364 "
						Steuern und Gebühren	2 062 "
							10 360 K

Nettoeinnahmen 3289 K.

D. Approvisionierung.

Die städtischen Einrichtungen für Zwecke der Approvisionierung. Die Approvisionierung Wiens war, wie dessen Assanierung ein Gegenstand eifriger Borsorge des liberalen Regimes. Ohne sich in große Schulden zu stürzen, hat dieses Regime seinen Nachfolgern eine große Anzahl von für die Lebensmittelversorgung der Stadt nötigen Borstehrungen, als da sind Markthallen, Biehmärkte, Schlachthäuser usw. hinterslassen, die noch heute zum größten Teil ihrer Aufgabe völlig genügen Freilich hat sich die Zeit sehr geändert. Seitdem Wien die zweite Million erreicht hat, erwachsen den für die Approvisionierung verantwortlichen Behörden ganz andere Aufgaben als früher. Fast allgemein wird aber die Art und Weise der Versorgung Wiens mit Nahrungsmitteln scharf kritisiert. Die Preise zeigen eine stark steigende Tendenz, die wohl nicht auf Wien beschränkt ist, aber doch in einem Lande mit regem Agrarezport überrascht. Die Rindsleischpreise sind z. B. in dem ersten Jahrsünft des neuen Jahrs

hunderts so gestiegen, daß ein heftiger Konsumausfall trot machsender Bevölkerungsziffer eintrat.

Das Fortbestehen offener Märkte trägt sicher dazu bei, gemisse mittel, wie Gemüse, Obst usw. im Preise zu steigern, auch die Marktstontrolle, die auf offenen Märkten viel schwieriger durchzuführen ist, würde bei Markthallenzwang bessere Arbeit leisten.

Hindernd für manchen Fortschritt ist es, daß im Nahrungsmittelsgewerbe noch der Kleinbetrieb dominiert und die Rücksicht auf ihn den mittelständischen Gemeinderat hindert, energisch vorzugehen. Überhaupt zeigt sich in der Approvisionierungspolitik der Gemeindeverwaltung ein zögerndes, unentschlossenes Borgehen, das zu der Energie, die sie in der gewerblichen Wirtschaftspolitik an den Tag legt, stark kontrastiert.

Die oben erwähnte Rindsleischteuerung kann als die direkte Folge ber unzureichenden Biehzufuhr betrachtet werden, die wieder auf verschiedene Ursachen zurückgeht.

Einmal wird ber Biehmarkt ber Stadt Wien vom öfterreichischen Bieherport, der nach der großen Seuchenperiode in den letten 20 Jahren bes vergangenen Jahrhunderts sich endlich wieder erholt hat, vollständig gemieden, indem bas Mastvieh, welches zur Bersendung kommt, in den Ställen gefauft und bireft verschickt wirb. Die Regierung weigert sich auch, Wien als Sandelsviehmarkt anzuerkennen, bis gemiffe Migstände, bie zur Seuchenübertragung Anlag geben können, am Wiener Biehmarft beseitigt sind. Ein solcher Mißstand ist die Abwesenheit eines entsprechenden Kontumazmarktes, Stalles und Schlachthauses mit getrennter Abtriebrampe an der Eisenbahn und vollständiger Trennung vom allgemeinen Biehmarkt, wie auch bisher ber Mangel eines modernen Schweineschlachthauses (ein folches geht seiner Vollendung entgegen). Ein von der Genoffenschaft ber Fleischselcher errichtetes Schweineschlachthaus ift gut eingerichtet, aber überdies bestehen in Wien noch gegen 600 private Schweinestechbruden, benn ein Schlachthauszwang für Schweine besteht nicht. Die Besitzer ber privaten Stechbruden find berechtigt, nach vorhergehender Unmelbung bei ber Behörde, Schweine zu schlachten, ihre Bahl ift, wie oben ermähnt, febr hoch, und da fich die Schlachtungen überdies in gewiffen Zeitpunkten (vor Feiertagen usw.) häufen, die Fleischbeschau an Bersonalmangel leidet, fann die Kontrolle hochgespannten Ansprüchen nicht entsprechen. lette große Preissteigerung im Rindfleischhandel ist auch eine Folge ber auf Beranlassung ber Agrarparteien eingetretenen Aussperrung ber ferbischen Biehzufuhr. Serbien pflegte bis 1905, befonders in den Sommermonaten, mit großen Mengen auf dem Markte zu erscheinen, gewöhnlich im Monat August mit zirka 15000 Stud Rinder berart, daß es mit bazu beitrug, ben für unsere Produktion allzu hohen Export in seiner preissteigernden Wirkung abzuschwächen. Die österreichische Biehproduktion zeigt trot aller Anstrengungen, die von Regierungsseite gemacht werden, keinen wirklichen Fortschritt.

Es ist flar, daß die Gemeindeverwaltung angesichts der argen Ergebnisse der Statistik über Rinderauftrieb, Fleischkonsum usw. nach Mitteln suchte, in das Fleischapprovisionierungswesen Ordnung und Stetigseit zu bringen. Da die Außeinandersetzungen mit der Regierung über die Erklärung Wiens als Handelsmarkt zu keinem Resultat führten, entschloß sich die Gemeindeverwaltung einmal zur Errichtung der Vieheinkaußstelle, sodann zu einer Beteiligung bei der Großschlächterei-Aktiengesellschaft, über welch letzteres Unternehmen, aus berufener Feder, hier schon berichtet wurde.

Die Liehverkaufshallen in St. Marg.

Der Viehmarkt bilbet ein riefiges Rechted, welches durch von breiten Zwischenräumen getrennten Viehhallen, die mit der Längsseite parallel zu einander errichtet find, gebilbet wird, an drei Seiten von den Viehställen umgeben ist, währen an der vierten Seite die Verwaltungsgebäude und Schlachthäuser liegen.

Die Kinderhalle (114,4 m Breite, 224 m Länge, 25625,6 qm Fläche), zwei dreischiffige Hallen, dazwischen ein gedeckter Weg als Berstehrsraum. Firsthöhe der beiden Mittelhallen 16,36 m, Außenhallens dachsäume 7,60 m. Fassungsraum zirka 6000 Kinder. Klinkerpstaster auf Beton, Kanalisation und Gasbeleuchtung.

Im wesentlichen der Rinderhalle gleich: Die Kälberhalle, ein geschlossener Hallen (86,9 × 64,26 m). Fassungsraum 4500 lebende, 12000 geschlachtete Kälber. Die Schafhalle (77,54 × 51,5m), Fassungszaum für 6000 Stück.

Schweinehallen find zwei vorhanden, mit geräumigem, gleichfalls zur Schaustellung verwendetem Hofe zwischen den beiden dreischiffigen Hallen, die seitlich offen und nur an den kurzen Wänden durch eine, mit großen Fenstern verschene Holzwand gegen Wind geschützt sind. Raum ift für 15000 Schweine vorhanden.

Biehftälle.

Süblich und westlich von ber Rinderhalle befinden sich in zirka einem Dutend Gebäuden die Rinderstallungen, die eine Grundsläche von 22 425 qm einnehmen und in einer Doppelreihe zwischen der Biehschleppbahn und ber Rinderhalle angebracht sind, sie haben einen Fassungsraum von zirka

5000 Stück Großhornvieh und ist ihre Ausstattung als gut zu bezeichnen. Die Schweinestallungen flankieren die Nordostecke des Areals, indem sie die Schweinehalle von Norden und Osten einschließen, sie waren ursprünglich ziemlich primitiv angelegt, zerfallen in die sogenannten Szalasen für Fettschweine (Fassungsraum 9500 Stück), aus sechs Objekten bestehend, und einer Gruppe aus drei Gebäuden (nördlich der Schweinehalle) für zirka 3000 Jungschweine. An dem ganzen Komplex von Viehställen werden jährlich zahlreiche und kostspielige Verbesserungen vorgenommen, um ihre Ausstattung auf eine zeitgemäße Höhe zu bringen.

Rindfleischpreife.

Von Interesse find die Vorgänge, die sich auf dem Wiener Rinder= markt und im Rindsleischhandel überhaupt im letzten Jahrzehnt abspielten. Zusammengefaßt handelt es sich darum, daß durch das fortwährende Steigen der Preise ein Konsumrückgang eintrat.

Ob dieses Steigen der Preise selbst eine Folge der Abnahme des Rinderauftriebs auf dem Wiener Viehmarkt war oder nicht, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen.

Der Gesamtauftrieb von Schlachtvieh (bas sind Rinder und Büffel) am Wiener Zentralviehmarkt zeigt in den Jahren 1895—1900 ungefähr die gleiche Höhe von zirka 280 000 Stück Schlachtvieh, die Schwankungen sind minimal.

Von 1900—1906 zeigen die Auftriebsziffern eine Abnahme von 48 560 Stud Schlachtvieh.

```
1900 279 670 Stüd Schlachtvieh

1901 275 116 " "

1902 261 635 " "

1903 257 585 " "

1904 253 669 " "

1905 242 881 " "

1906 231 110 " "
```

Bon biesen Ziffern wurden an Fleischhauer des Wiener Gemeinde= gebietes abgesett:

```
1900 240 530 Stüd Schlachtvieh

1901 233 142 " ".

1902 234 732 " "

1903 233 989 " "

1904 227 734 " "

1905 227 250 " "

1906 222 356 " "
```

Das bebeutet einen Rückgang von 7,5%, mährend eines Zeitraums, in welchem sich die Bevölkerung des Wiener Gemeindegebiets von 1741886 auf 1988855 Einwohner, also um 18,7% vo vermehrte.

Der Auftrieb und Ankauf von Jung-, Stech- und Borftenvieh zeigt in der kritischen Beriode eine kaum merkliche Abnahme. Für den Wiener Bedarf wurden angekauft:

	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906
Schafe Schweine Kälber { lebend ausgew.	$ \begin{array}{c} 26\ 907\\ 513\ 718\\ \\ 188\ 040 \end{array} $	$26\ 540$ $554\ 545$ $42\ 786$ $170\ 039$		15 698 522 571 33 169 158 607	19 063 519 222 30 945 163 245	14 298 504 951 33 673 176 077	15 059 544 467 36 019 176 055

Die Abnahme ist wohl keine absolute und kann als solche nur gelten, wenn man das starke Wachsen der Wiener Bevölkerungsziffer seit 1900 berücksichtigt.

Nach einem Bericht des Magistrats an den Gemeinderat betrugen die Rindfleischpreise von 1896—1906 per 100 kg Lebendgewicht in Kronen:

	I. Qualität	II. Qualität	III. Qualität
189	6 76,4	63,3	46,5
189	9 82,2	62,7	48,6
190	2 84,6	65,2	49,2
190	86,3	68,4	51,6
190	4 87,9	68,5	51, 8
August . 190	5 92,3	75,1	55,0
November 190	5 98,5	83,1	59,0
August . 190	6 98,0	84, 0	66, 0
Oftober . 190	6 97,0	84,0	63,0

Man sieht eine sehr bedeutende, dauernde Steigung der Engrospreise.

Die Detailpreise verhalten sich wie folgt: Für 1 kg vorderes Rindssleich II. Qualität resp. hinteres Rindsleisch I. Qualität mit Zuwage (b. h. Knochen) bezahlte man im Detailhandel jeweils im Monat Oktober burchschnittlich in Hellern:

	I. Qualität	II. Qualität
1902	151,7	121,7
1903	157,6	126,8
1904	158,7	128,5

	I. Qualität	II. Qualität
1905	165,9	137,9
1906	175,3	147,9
1907	176,2	148,2

Dafür nahm ber Pferbefleischsonsum einen bisher noch nicht das gewesenen Umfang, obgleich auch Pferbefleisch bebeutend im Preise stieg, von 52 bis 100 h für das Kilogramm erster Qualität und von 46 bis 88 h für das Kilogramm zweiter Qualität im Zeitraume von 1902—1906. Die Zahl der Pferdesleischverkaufstellen ist von 282 im Jahre 1900 auf 360 im Jahre 1906 gestiegen.

Shlachthaus.

Der Schlachthauskomplex in St. Marx schließt sich unmittelbar an ben Zentralviehmarkt an und besteht aus einer mit den Kurzseiten im Rechted angeordneten Reihe von Schlachträumen und Viehställen, die aus den verschiedensten Zeiten stammen. Wirklich modern eingerichtet ist nur eine Schlachthalle, die aber an zwei Großschlächter, von denen einer die oben erwähnte Großschlächterei Akt.-Ges., verpachtet ist. Hier sinden sich alle Errungenschaften der Schlachthaustechnik, bewegliche Spreizen, Tragkagen auf Laufbahnen, die es gestatten, das geschlachtete Tier über die Laufbahn rollend direkt in die Kühlräume zu bringen, wie überhaupt diese Halle musterhaft und bequem eingerichtet ist. Durchaus nicht bequem sind die anderen Schlachthallen, die teils nach Kammersystem, teils nach Hallensystem eingerichtet sind. Den Abschluß des Hoses bildet das Kühlhaus.

Das Töten ber Tiere erfolgt burch Stirnschlag bezw. burch jübisches Schächten, eine unvergleichlich humanere Art der Tötung. Ein Erlaß des Wiener Magistrats, der das Schächten verbot, wurde vom Ver=waltungsgericht annulliert.

Den Beterinärdienst besorgen städtische Tierärzte. Wie schon erwähnt, ist ihre Zahl nicht außreichend. Für das Schlachthaus in St. Mary führt der Hauptvorschlag für 1907 einen Obertierarzt als Verwalter, einen Bezirkstierarzt, zwei Tierärzte und einen Veterinäramtspraktikanten an.

Das Beterinäramt der Stadt Wien hat überhaupt zu Beginn 1907 einen Personalbestand von nur 1 Direktor, 8 Obertierärzten, 12 Bezirks= 36 Tierärzten und 21 Praktikanten.

Drei Obertierärzte sind als Verwalter von Schlachthäusern disloziert, je ein Bezirkstierarzt leitet das Schlachthaus in Nußdorf und Meibling, einer ist in St. Mary zugeteilt, je zwei Tierärzte in den Schlachthäusern St. Mary, Gumpendorf, Meibling, Hernals, ein Tierarzt in St. Mary.

Es find also im ganzen 93 tierärztlich geschulte Personen im Dienste ber Gemeinde beschäftigt.

Schlachthausgebühren.

```
Für ein Rind { bis 400 kg 1,— K barüber . 1,40 "
" " Schwein . . . 1,— "
" " Kalb . . . . .—,24 "
" " Schaf oder Ziege .—,16 "
" " Lamm oder Kiţ. .—,16 "
" " Pferd . . . . . 1,40 "
```

Viehmarktgebühren am Bentralviehmarkt.

```
Rinderhalle.
                                       Rälberhalle.
Maft= und Weidevieh
                  . . 2,— K
                                  lebendes Kalb . —,16 K
Beinlvieh . . . . . 0,60 "
                                  ausgew. Kalb . -,14 "
per Stüd (Stallgebühr . . 2,- "
                                         Schwein -,20 "
und Tag Unterstandsgebühr 0,10 "
                                         Schaf . --,06 "
                                         Lamm . -,06 "
       Borstenviehmarkt.
                                    Schafmartt.
     lebendes Schwein — 20 K
                                  lebendes Schaf 2 h
```

Markthallen und offene Märkte.

Die Statistif gibt die Zahl der hierher fallenden Gemeindebetriebe mit 53 an, wovon 40 offene Lebensmittelmärkte sind, 6 Sondermärkte und 7 Markthallen. Bon den offenen Lebensmittelmärkten sind 34 für den Kleinverkauf, 6 für den Großverkauf bestimmt. Die Sondermärkte sind der Zentralviehmarkt, dessen wir schon gedacht haben, der Fischmarkt am Donaukanalufer (seit 1904), der Zentral= und Pferdemarkt im V Gemeindebezirk, ein Körnermarkt im XXI, ein Zentralmarkt im XIV Bezirk.

Der bemerkenswerteste Betrieb neben dem Zentralviehmarkt ist die städtische Zentralmarkthalle im III Gemeindebezirk nahe dem Stadtzentrum gelegen, die als Annexe zwei große Anlagen, die Fleischhalle und die Viktualienhalle (eröffnet 1906) besitzt.

Die Zentralmarkthalle ist 1865 eröffnet worden, dient aber seit 1868 ihrem heutigen Zwecke, dem Großhandel mit marktüblichen Lebensmitteln. Sie grenzt an die Geleise der Stadtbahn und bedeckt eine Grundsläche von 7789 qm. Biktualienhalle und Fleischalle liegen mit ihren gemeinssamen Längsagen parallel zur Seite der Stadtbahnstrecke und ist die Fleischhalle durch eine gedeckte Brücke mit der gegenüberliegenden Großsmarkthalle verbunden, ihre Maße betragen 2351 resp. 2317 qm Grundsläche.

Mit der Eröffnung der Viktualienhalle wurde eine Erneuerung der Marktordnung beschlossen. Die wichtigste Maßregel war die Abschaffung aller Beschränkungen des Detailhandels in der Großmarkthalle und die Gestattung des Aleinverkehrs an Samstagen wie an Vorseiertagen, von 6—9 Uhr Abends.

Die Einhebung ber bisher eingezogenen Lizitationsprozente für ben Armenfonds und gewisser Taxen wurde abgeschafft. Alle bisher in der Großmarkthalle tätigen Händler, die nicht mit Fleisch, Geslügel, Wild oder Fischen handelten, wurden in die Liktualienhalle versetzt. Dadurch wurde die Großmarkthalle zum ausschließlichen Fleischmarkt, wo auch Detailverkauf gestattet ist. (Kriterium: Gebrauch der Hack.)

Finanzielles.
A. Ginnahmen und Ausgaben für ftädtische Märkte in Kronen

	1905	1906	1907
Einnahmen.			
1. Zentralviehmarkt	978 104	999 658	971 735
2. Großmarkthalle	$258\ 320$	254845	263 106
3. Detailmarkthallen	90473	88 148	85 256
4. Pferdemarkt	43584	$40\ 272$	$38\ 246$
5. Marft für Heu und Stroh	6049	6257	_
6. Gebühren von offenen Märkten .	461306	$480\ 329$	$487\ 102$
7. Brückenwagen	36579	39409	41 946
8. Sonftige Einnahmen	4 608	3 618	2 401
Summa ber Einnahmen	1 874 025	1 912 541	1 889 792
Orbentliche Ausgaben.		i	
1. Zentralviehmarkt	413 348	472031	$486\ 970$
2. Großmarkthalle	146 407	161399	161952
3. Detailmarkthallen	78 363	67758	62331
4. Pferdemarkt	10 208	8 780	9423
5. Markt für Heu und Stroh	2768	2451	2952
6. Sonstige (offene) Märkte	79562	83 435	96183
7. Brückenwagen	16686	16793	17439
8. Marktaufsicht	557 787	590 545	680 880
Summa der ordentl. Ausgaben	1 310 288	1 401 798	1 518 130
Außerordentliche Ausgaben.			
Rentralviehmarkt	34 651	49 556 1	80 258 2
Großmarkthalle	199 082	151 371	74 686
Kischmarkt	48 654		-
Brückenwagen	1 230	4 334	9042
Nettoerträgnisse ber stäbtischen Märkte	563 737	510 743	371 662

¹ Davon aus Inv.=Anlehen: 50 186 K.

² Davon aus Inv.=Anleben: 37 988 K.

B. Einnahmen und Ausgaben der ftädtischen Schlachthäuser in Kronen.

	1905	1906	1907
Ordentliche Einnahmen. St. Mary { Rinder	408 342	474 701	470 101
	15 594	12 554	13 385
	74 641	71 659	22 384
	110 342	103 110	113 346
	69 243	61 116	58 078
	8 267	7 087	7 934
Summe der ordentlichen Einnahmen	686 431	730 230	685 230
Außerordentliche Einnahmen .	22 74 8	212 599	181 501
Ordentliche Ausgaben. St. Mary { Rinder	219 798	257 422	256 123
	4 010	3 878	3 795
	43 777	43 102	16 810
	75 587	75 718	84 979
	55 377	49 712	47 820
	10 020	6 003	12 045
Summe der ordentlichen Ausgaben Außerorbentliche Ausgaben	408 570	435 837	421 575
	25 921	212 599	181 501
Summe der Ausgaben	434 492	648 599	603 076
	709 180	942 829	866 731
	274 688	294 230	263 655

Ann. Die außerorbentlichen Ginnahmen find bem Inveftitionsaulehen ente nommen und jum Bau bes Pferbeschlachthauses im X Bezirk bestimmt.

Das Programm bes Investitionsanlehens hat 3 500 000 K für Er= weiterung und Ausbau bes Marktwefens vorgesehen.

Dieser Kredit war Ende 1908 erschöpft, eigentlich bereits überschritten. Die Hauptaufwendungen fallen auf den Bau des Pferdeschlachthauses mit 886069 K und der Viktualienhalle im III Bezirk mit 844280 K. Für das im Bau befindliche, auf zirka 1,1 Millionen K Baukosten präliminierte Schweineschlachthaus waren nur mehr 688772 K zur Verfügung, so daß der Rest aus dem, für die Reuanlage eines Kontumazmarktes bestimmten Kredit per 500000 K entnommen werden mußte.

Große außerorbentliche Aufwendungen, die aus dem Investitions= fredit gedeckt wurden, erforderten auch die Erbauung einer sechsten Sza= lasengruppe, eines zehnten Rinderstalles, von acht Kellerstallungen und Erweiterung der Kühlanlage, der Eiserzeugung, der Rampenpflasterung usw., alles am Zentralviehmarkt in St. Mary. Auch die Errichtung eines neuen Fischmarktes und die Ausgestaltung der Großmarkthalle wurden aus obiger Summe bestritten.

Die Einnahmen dieser Betriebe rechtfertigen die Answendungen voll= ständig.

E. Grundeigentum.

1. Gärten.

Das letzte Jahrzehnt hat Wien einen reichen Gartenschmud beschert, ber trot ber damit verbundenen Anschaffungs= und lausenden Kosten alls gemeinen Beifall bei allen Klassen der Bevölkerung gefunden hat. Es besteht speziell bei dem an der Spize der Gemeindeverwaltung stehenden Bürgermeister eine große Reigung, wo nur möglich im Häusermeer der Großstadt solche grüne Inseln anzubringen, was ja neben dem ästhetischen, auch von größtem hygienischen Werte ist. Dadurch nehmen allerdings die Auswendungen für diese Zwecke einen verhältnismäßig großen Teil der Ausgabensumme vorweg, und der letzte, höchst persönliche Plan des Bürgermeisters, die Stadt Wien mit einem Wald= und Wiesengürtel zu umgeben, dürste enorme Summen beanspruchen.

Die Wiener Stadterweiterung vom Jahre 1858 hat einen Kranz von Gartenanlagen an der Stelle der alten Befestigungen geschaffen, und die nach Einverleibung der Bororte im Jahre 1892 vorgenomme Anslegung eines zweiten ringförmigen Straßenzuges um die Stadt schuf, zum Teil längs beider Seiten der Stadtbahnstrecke schmale lange Anlagenstreisen, die sich über den Untergrundlinien der Stadtbahn zu größeren Anlagen, Kinderspielpläßen usw. vereinigen. Auch sonst wurde im Laufe der letzten zehn Jahre sozusagen jedes freie Pläßchen zu Gartenanlagen verwendet.

Schon 1905 umfassen die Gartenanlagen, die dem Publikum frei zugänglich sind, 9980606 qm, wovon 1393710 qm unter Berwaltung der Gemeinde stehen. Zirka zwei Drittel der Wiener Gartenanlagen sind Eigentum des K. K. Hofärars, in dessen Besitz sich 6978110 qm bessinden, darunter der Stolz Wiens, der Prater, mit 5365000 qm, der Schönbrunner Schlößgarten und Borpark mit 730400 qm, der Augarten mit zirka 500000 qm und der Hetendorfer Hofgarten mit 138000 qm usw. Man unterscheidet drei Arten Gärten:

- A. Bloße Zieranlagen, bem Publikum unzugänglich, ohne Fußwege, sowie kleine Kinderspielplätze, waren im Jahre 1905 im Ausmaße von 168 082 gm vorhanden.
- B. Größere Anlagen, bem Publikum zugänglich, unter obigen Ziffern mit eingerechnet, teils als Erholungs= und Promenabenanlagen, teils

als Kinderspielplätze in Berwendung: Ausmaß 355 734 qm, wovon auf die alten Bezirke I bis IX zirka 170 000 qm fallen, das übrige auf die Gemeindebezirke X bis XX. Sie sind fast ausschließlich im Besitz der Gemeinde Wien.

C. Parkanlagen, zum großen Teil im Besit bes Hofärars, bann im Besitz von Gemeinde, einige in Privatbesitz. Anlagen in französischen ober englischen Stil: Ausmaß von 9624800 qm.

Den Gesamtwert der im Besitz der Gemeinde befindlichen Garten= anlagen beziffert das Inventar für 1907 mit 5 966 000 K. Die Wert= zunahme gibt die folgende Tabelle wieder.

Wert der Gartenanlagen in 1000 K.

1901			2960	1905			4989
1902			3302	1906			5343
1903			3874	1907			5966
1904			4414				

Einnahmen und Ausgaben bei öffentlichen Gartenanlagen und Alleen in 1000 Kronen.

	Einnahmen	Aus	gaben	Ausgaben	Überschuß		
	Cititatymen	ordentliche	außerordentl.	zusammen	der Ausgaben		
1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907	31,6 74,8 30,2 48,7 64,3 53,4 78,8	438,7 521,5 701,2 791,8 932,1 923,1 1064,8	384,8 426,8 719,6 719,1 695,6 564,9 711,7	823,5 948,3 1418,8 1510,9 1627,8 1488,0 1776,6	791,9 873,5 1388,6 1462,2 1563,5 1434,6 1697,8		

Unter den Ausgaben von 1907 finden sich

Beamtengehälter		27 064 K
Gärtner und Gehilfen		95 462 "
Arbeitslöhne und Hilfspersonal		409748 "
Personalauslagen zusammen .		532 326 K

Die Stadtgärtnerei ist eine größere Organisation mit einem Stadt= gartendirektor an der Spitze, einem Ober= und vier Stadtgärtnern, 21 städtischen Gärtnern und zirka 35 Gehilfen.

Es existieren fünf Glashäuser und eine Baumschule in Albern.

Die außerorbentlichen Ausgaben werden in ihrer Gesamtheit von ber Ausgestaltung und ber Neuanlage von Gärten, Glashäusern und versschiedenen Baumpflanzungen in Anspruch genommen.

2. Forstbesit ber Gemeinde Bien.

Die Gemeinde Wien besitzt im Wienerwald Forste, die nach Bermessung von 1893 eine Gesamtsläche von 267,728 ha umfassen. Der Komplex gliedert sich in elf voneinander getrennten Stücken, die aber immerhin durch eine Kreislinie von 10,5 km Durchmesser einzuschließen sind. Sie sind von verschiedener Größe, von 0,256 bis 145,446 ha und führen die, oft mehrere Einzelstücke zusammenfassenden Bezeichnungen: Ob. St. Beit Bald, Hüttelborfer Bald (aus sieben kleineren Wäldern bestehend), Ottakringer Gemeindewald und Dornbacher Wald, Bögleins= dorfer Wald und Obersiveringer Wald.

Nach Nutung betrachtet, entfällt von dem oben ermähnten Gefamt= areal von 267,728 ha auf

Landwirtschaftlich genutte Fluren . 14,490 "

Das Walbland wird in einer Ausdehnung von zirka 220 ha im schlagweisen Femelbetrieb bewirtschaftet, der Rest von zirka 29 ha im Plenterbetrieb.

Der Bestand setzt sich aus Buche, Siche und Beisbuche zusammen und ist hochstämmig, mit Ausnahme kleiner Teile. Frgendwelche siskalische Zwecke hat man bei der Bewirtschaftung nicht im Auge, der Brennholzertrag ist sehr gering, und fällt zum guten Teil als Deputat verschiedenen Armenanstalten, Wachposten und dergl. zu. Die Oberaufsicht wird im Nebenberus von einem staatlichen Beamten der Domänenverwaltung, gegen ein Honorar von jährlich 500 K ausgeübt, ähnlich ist drei staatlichen Förstern der Aussichts und Forstschutzbienst übertragen.

Außer diesem unbedeutenden Besitz ist die Gemeinde Wien Eigentümerin großer Forste im Quellgebiet der ersten und nun auch der zweiten Hochquellenwasserleitung, die sie zum Schutze der Intakthaltung des Quellgebietes erwerben mußte und überdies Verwalterin von Fondsforsten. Bei Einführung der Gemeindeautonomie bestanden gewisse, unter spezieller Verwaltung besindliche Zwecksonds, die der Gemeinde nicht zum Eigentum sondern bloß zur rechnungspflichtigen Verwaltung überantwortet wurden. So werden z. B. die beiden großen Güter mit Forstbesitz, das dem "Allgemeinen Versorgungssonds" gehörige Stiftsgut in Ebersdorf an der Donau, und das in Spitz an der Donau im Eigentum des "Wiener Schisten 130. Erstes hest. — Gemeindebetriebe III. 1. Bürgerversorgungsfonds" befindliche Forstgut durch die Gemeinde bewirtschaftet.

Was die zur Quellsicherung erworbenen Forstbestände betrifft, so setzt ihre Erwerbung mit der Erbauung der ersten Hochquellenleitung in deren Quellgebiet ein.

1898 besaß die Gemeinde (nach Knort) daselbst Areale:

1 15	, ,		٠,						
Im Bereiche des Ko	riferbrunnens							1728,75	ha
Im Quellgebiet bein	n Höllental .							37,84	,,
Im Bereich der Fu	chspaßquelle							105,53	,,
Den Gräflich Hon	osschen Besit	im	Na	βwa	ľδ	u	nb		
Oberhof								521,23	,,
Im Quellgebiete der	Wasseralmque	lle un'	d de	r H	eif	tale	r=		
quelle								2166,59	,,
	Also im g	anzen	ein	Ar	eal	nt	n	4559,94	ha

Stetige Erweiterung bes Quellgebietes und die Notwendigkeit der Abrundung bes Forstbesitzes ließ diesen Besitz bis Ende 1906 auf 5803,7952 ha anwachsen.

Im Quellgebiet ber zweiten Hochquellwasserleitung mußten in ben Jahren 1900 und 1902 große Ankäuse von Forstterrain vorgenommen werden, die das Quellgebiet vor jedem fremden Eingriff, insbesondere Abstodung, sichern und vollständig in die Hand der Gemeinde Wien bringen sollten. Unter vielen Schwierigkeiten erwarb man im Jahre 1900 im Siedensegebiet vom Stift Admont sodann in Weichselboden vom Herzog von Parma, in Weichselboden und Aschdach vom Grasen von Meran Jagdreviere und schließlich in Aschdach, sowie in Wildalpen verschiedene kleine Realitäten, alles zusammen um eine Summe von 1 200 000 K, wofür zirka 2168 ha, fünf Realitäten, eine Mühle in ben Besitz der Gemeinde Wien übergingen.

In Wildalpen besaß ber steirische Religionsfonds, in Weichselboben und Aschbach das kaiserliche Ürar umfangreiche Waldungen, welche die Gemeinde Wien aus Gründen der Arrondierung des Besitzskandes im Quellgebiet, aber auch des Bestehens von Abstockungsrechten halber, die seit einem Jahrhundert dem steiermärkischen Religionssonds, wie dem kaiserlichen Arar auf die vom Herzog von Parma und dem Grafen Meran erwordenen Grundslächen zustanden, aufkaufte. Diese Abstockungsverträge wurden von seiten der Gemeinde Wien sofort gekündigt, jedoch diese Kündigung gerichtlich abgewiesen, worauf der Wiener Gemeinderat besichloß, gegen Ärar und Religionssonds die Klage zu erheben, die Auf-

fündigungen seien rechtswirksam und es stehe den bisher Berechtigten teinerlei Recht mehr zu.

Zur Überreichung dieser Klage kam es nicht mehr, sie war ja auch ziemlich aussichtslos. Die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen und es kosteten die Gemeinde Wien mehrere teure Zugeständnisse, die zu einem annehmbaren Ergebnis führten. Nach Abschluß dieser lang-wierigen Verhandlungen wurde mit den beiden Prozeßgegnern über die Erwerbung des, in ihrem Besitz besindlichen Quellenterritoriums verhandelt, und die sondsherrschaftlichen Grundstücke in Wildalpen im Ausmaße von 3039,3863 ha um den Preis von 700 000 K und die ärarischen Grundstücke in Weichselboden und Aschdach im Ausmaße von 805,4785 ha um den Preis von 500 000 K erworben.

Das Forstgebiet der Gemeinde Wien im Salzatal erreichte damit ein Ausmaß von 6012,602 ha. Es besteht aus drei getrennten Komplegen, dem kleinen Brunngruberquellengebiet am Beginn der Leitung, dem Gebiet der Höllquellen und Kläfferbrünne und dem größten Kompleg der Siebensee, Seisensteiner= und Schreierklammquelle, von wo sich die Leitung nach Norden ins Niederösterreichische wendet. (Vergleiche auch unter: Wasserbeschaffung).

Spätere Ankaufe von Grund und Boden, sowie der Ankauf von bestehenden Gebäuden, Errichtung von solchen, teils für dauernden Bestand, größtenteils aber für die Zeit der Bauperiode (Arbeiterbaracken, Magazin=, Kanzlei= und Kantinenbaracken) haben bis Ende 1906 einen Gebäudebesit im Gebiet der zweiten Hochquellenleitung ergeben, der sich auf 38 Gebäude in dem steirischen Gebiet der Leitung, und 43 Gebäude auf niederösterreichischem Boden beläuft; das Wort Gebäude im weitesten Sinne genommen. Die Kosten des Forstareals beliefen sich auf 2210000 K.

Forftwefen.

Auslagen und Einnahmen im	ıJ		0Y 2 (
		Einnahmen	Ausgabe	n
Forstwesen im Quellgebiet der ersten Kaiser Fra	ınz			
Josef-Hochquellenleitung		25 479 K	63 004	K
Durchgeführte Zinswerte		-	4058	,,
Forstwesen ber zweiten Hochquellenleitung .		12 087 "	$\boldsymbol{6297}$,,
Forstwesen im Wienerwald	•	9112 "	6 950	,,
		46 678 K	80 309	K
			46678	,,
		•	33 631	K
		1	19 *	

Das Inventar ber Stadt Wien gibt ben Waldbesitz der Stadt mit insgesamt 86 159 403 qm Grundsläche an, davon sind zirka 3 800 000 qm innerhalb der Gemeindegrenzen gelegen und zirka 82 200 000 qm außershalb. Die in Verwaltung der Stadt Wien besindliche Waldarea der Fondsgüter beträgt 15 300 000 qm.

Die Jagbpacht bringt pro Jahr 13072 K ein und erforbert Ausgaben von 2323 K, hat also einen Reinertrag von 10749 K.

3. Boben = und Wohnungspolitif.

Die Stadt Wien verfügt über ausgedehnten Besitz an Grund für agrare und Baunutung, von Gärten, Forsten, Realitäten.

Die in ihrem Besitz befindlichen Gründe repräsentieren Ende 1907 einen Wert von 23,0 Mill. K, die zinstragenden Realitäten 31,6 Mill. K.

Die im Wiener Gemeindegebiet gelegene Grundfläche, die sich im Besit ber Gemeinde befindet, beträgt im Jahre 1906 36,5 Mill qm,

bavon	fin	b t	erb	aut			1,0	Mia.	qm
Äcter							5,1	,,	,,
Wiesen							2,6	,,	,,
Gärten							3,0	,,	,,
Wald							3,8	"	"

Außerhalb bes Gemeindegebietes befaß

die Stadt Ende 1906					113,4	Mia.	$\mathbf{q}\mathbf{m}$
wovon auf Wald allein .					82,3	"	,,
auf Hutweiden und Alpen					10,5	,,	,,

Außerdem befinden sich, wie schon erwähnt, große Güter in der Verwaltung der Gemeinde, die gewissen Fonds gehören und der Gemeinde nur zur rech= nungspflichtigen Berwaltung übergeben sind. Mit diesen Fondsgütern verwaltet die Gemeinde innerhalb der Gemeindegrenzen 62,5 Mill. qm, und außerhalb derselben 132,8 qm, zusammen 195,3 Mill. qm.

Man sollte benken, daß die Gemeinde, die über einen so großen Besits an Grund und Realitäten verfügt, doch der Boden= und Wohnungsfrage größere Aufmerksamkeit schenken würde. Das ist aber offenbar nicht der Fall. Und diese Vernachlässigung ist sicher mit ein Grund, daß sich eben in Wien ein Wohnungselend breit gemacht hat, daß dringender Abhilfe bedarf.

Die Bautätigkeit ist seit Jahren im Rückgang begriffen, die Bobenpreise zeigen eine rasch steigende Tendenz. Die Bauplätze an der Peripherie sind zum Teil schon in festen Händen, kurz, es zeigt sich uns das Bild, welches die Boden- und Wohnungsreformbewegung stets als abschreckendes Beispiel an die Wand malt. Zurückzuführen ist dies einmal auf die veraltete Bauordnung, die noch aus 1883 stammt, also vor Eingemeindung der Bororte erlassen wurde. Außerdem drückt die große steuerliche Belastung des Mietertrags (bis 48% obes Bruttozinses) die Baulust herab. Dazu kommen in dem letzten Jahr gesteigerte Materialpreise und Arbeitslöhne derart, daß ein enormer Rückgang in der Bautätigkeit zu vermerken ist. Die Zahl der Neubauten zeigt folgende Entwicklung:

 1902: 494
 1906: 689

 1903: 641.
 1907: 509

 1904: 790
 1908: 352

 1905: 732

Da die Bevölkerung jedes Jahr um ca. 40 000 Menschen zunimmt, genügt in den letzten Jahren der Neubau der Bevölkerungsvermehrung nicht mehr, besonders wenn man noch die Demolierungen berücksichtigt.

Die vielfach von Fachmännern geäußerte Meinung, die starke Verbreitung der Tuberkulose in Wien stehe in ursächlichem Zusammenhang mit der Wohnungsüberfüllung, ist seinerzeit durch Beobachtungen des Wiener Stadtphysikats bestätigt worden.

Die Anpassung ber alten Bauordnung oder vielmehr die Schaffung einer modernen Bauordnung scheint vielen das allerwichtigste Erfordernis für die Gesundung der Zustände. In der Tat hat eine Gemeinderatsommission einen Bauordnungsentwurf fertiggestellt, doch verschwand er, trozdem die Fachleute ihm einen freundlichen Empfang bereiteten, und hat man seit langem nichts mehr von ihm gehört. Der Bersuch der Gemeinde, ein Bohnungsnachweisamt zu gründen, ist an der mangelnden Energie, mit der die Sache angepackt wurde, soviel wie gescheitert. Es ist auch möglich, daß die Biener Hausbesitzerschaft, die großen Einsluß in der Gemeinde besitzt, den jezigen Zustand vorzieht und gegen eine Nesorm agitiert. Die Gemeinde hat es auch vermieden, durch billige Tarisierung der Straßenbahnen einen Erodus des Proletariats in die noch halbagraren Gegenden zu ermöglichen.

Was sonst die Politik der Gemeinde in der Bodenfrage anlangt, ist sie jedenfalls bestrebt, ihren Grundbesitz nach Möglichkeit zu vergrößern, und tut dies mit Borliebe in noch ländlichen Teilen des Gemeindegebietes, wie das große Unternehmen des Walde und Wiesengürtels beweist, dessen Grunderwerbkosten sich wohl dis auf 100 Millionen Kronen belaufen werden.

Ist es auch vielleicht öfonomisch klug gehandelt und bebeutet ber Wald- und Wiesengürtel sicher in hygienischer und äfthetischer Hinsicht einen großen Geminn für die Stadt, so liegen doch Bedenken bagegen vor,

besonders da man sich mit der Absicht trägt, die Bebauung längs der Höhenstraße einzuschränken. Die riesige Summe, welche dieses Projekt verschlingen wird — auf eine planmäßige Wohnungs= und Bodenpolitik aufgewendet — würde jedenfalls mehr zur Bekämpfung der Tuberkulose in Wien beistragen als die schönste Höhenstraße.

Die Stadt Wien besitt:

Zinstragende Realitäten im Werte von 31,6 Mill. K und einem baren Zinserträgnis von 909 132 K.

Anstalten und Amtsgebäude im Werte von 79,8 Mill. K und einem burchgeführten Zinsertrag von 1 865 780 K.

Gebäube für Schulzwecke im Werte von 69,6 Mill. K und einem burchgeführten Zinsertrag von 3 408 920 K.

Gebäude verschiedener und gemischter Verwendung im Werte von 18,2 Mill. K.

Einnahmen und Ausgaben aus dem unbeweglichen Bermögen im Jahre 1907.

Einnahmen:

A. Orbentliche Ginnahme.

Barer Zing	ertr	ag .						•	909 132 K
Durchgefüh:	rte Z	}insn	ert	e					5 274 700 "
aus Pachtsc	hiUi:	ngen							231 962 "
									482 425 "
Gemeindew									9 112 "
Rasernen									208 035 "
Gutsbesiţ									97 79 "
Sonstigem									125 808 "
							~		

Summa: 7 250 958 K

Ausgaben.

A. Orbentliche Ausgaben.

Steuern		372 72 2 K
Erhaltung und Reparaturen		1 190 716 "
Beleuchtung, Aufficht, Bestallung, Kanalräumung, L		
Usseturanz		15 460 "
Steinbrüche		447 460 "
Sonstiges	<u>.</u>	60 193 "

Summa: 2 433 282 K

В.	Außerordentliche Ausgaben.	Summa				8 447 360 K
	Darunter Realitäten=Erwerb					3 875 315 "
	Schulbauten					3 753 619 "
	Außerordentliche Ginnahmen					3 411 996 K
	hauptsumme ber Ginnahmen					10 662 954 "
	Hauptsumme der Ausgaben					10 880 642 "
	Netto=Ausgabe					217 687 K

Städtisches Wohnungsnachweisamt.

Ein in seinen Anlagen völlig mißglüdter Versuch ist das Nachweisamt für Wohnungen, das ebenso überstüssig ist, wie ein wirkliches Wohnungsnachweisamt in der Stadt Wien notwendig wäre. Im Jahre 1901 erst probeweise eingeführt, wurde die Einrichtung im selben Jahre auf alle Bezirke erstreckt, mit Sit in den Kanzleien der Bezirksvertretungen. Der Versuch, einen teuren Tarif einzuführen, mißglückte, aber die Herabsetzung bzw. die Unentgeltlichkeit hatte keinen größeren Erfolg. Die vom Vermieter zu entrichtende Gebühr beträgt 1 Krone für eine Jahreswohnung, für eine Monatwohnung 50 Heller. Auskünfte sind jett gratis.

Der Kardinalsehler der Einrichtung ist so arg, daß man es sich förmlich zu schreiben schämt. Es haben nämlich die Bezirksämter nur die leersstehenden Wohnungen im eigenen Bezirk in Evidenz und sind über die ansliegenden Bezirke nicht informiert. Die Zahl der angemeldeten Mietsobjekte betrug 1906 zusammen 216, die Einnahmen des Instituts beliefen sich im gleichen Jahr auf 211 Kronen, die Ausgaben auf 29 Kronen und 60 Heller. Ein glänzendes Resultat.

Zweiter Teil. Die städtische Wirtschaftspolitik.

Erster Abschnitt.

Die Erwerbung der Betriebe.

A. Seichichte des Gasmertes.

Die Entwicklung ber Gasbeleuchtungsfrage zeigte in vielen beutschen Städten einen typischen Berlauf, ber fast immer mit dem Gintritt einer englischen Gesellschaft ins Bertragsverhältnis zur Stadtgemeinde und der Abernahme der Erbauung von Gaswerken beginnt, in jahrelanger mono= polistischer Tätigkeit ber Gaslieferung, die allmählich immer mehr zu Rlagen Unlaß gibt, sich fortsett, schließlich jum Kampf zwischen Gasgesellschaft und Stadtgemeinde führt und gewöhnlich mit einem Sieg ber Gemeinde endigt, indem diese fich durch Rauf, Übernahme, Beimfall in ben Besitz der englischen Gaswerke setzt oder durch Bau eigener Werke die Engländer verdrängt. In Wien hat die vielfach auf dem Kontinent tätige Imperal Kontinental Gas-Affociation um das Ende der ersten Sahrhunderthälfte die Gasbeleuchtung übernommen, nachdem bort ichon 1818 Prechtl Bersuche von allerdings wenig Erfolg, mit Gasbeleuchtung gemacht hatte. Langfristige Berträge mit ber Stadtverwaltung sicherten der Gesellschaft monopolistische Ausübung ihres Gewerbes und reichen Gewinn, ber fich mit zunehmender Stadtgröße und Bevölkerungsziffer immer steigerte.

Hatte man die Gasbeleuchtung als riesigen Fortschritt begrüßt, als sie noch neu war, so tauchten bald Klagen auf über die rücksichtslose Ausenutzung des Monopols durch die Engländer und schon sehr früh, machten sich Stimmen geltend, die die Übernahme der Werke in den Regiedetrieb anrieten. Schon im Beginn der achtziger Jahre beschloß der Wiener Gemeinderat, den 1877 ablaufenden Vertrag mit der Gasgesellschaft nicht

mehr zu erneuern und bie Gaslieferung in eigener Regie zu beforgen. Ingenieur R. Rühnell entwarf 1872 ein Projekt für ben Bau einer Gasanstalt, boch magte sich bie Gemeinde trothem nicht an die Sache heran und schloß einen neuen Vertrag mit der Gesellschaft, der erst 1899 ablief. Immerhin mahrte sich die Gemeinde das Recht, erstens nach Ablauf von zwölf Jahren für drei Jahre zu fündigen und nach Vertragsablauf. bie Ablösung ber Berte jum Schätmert vorzunehmen. Die Berhältniffe besserten sich aber nicht, die Gemeindeverwaltung wurde mit Klagen aus bem Publifum überhäuft und beschloß daher 1880 ben Bertrag 1889 aufzulöfen. Um biefe Beit taucht ichon bie Gasrohrfrage auf, bas heißt die Frage, ob die Gesellschaft verpflichtet sei, nach Ablauf ihres Vertrages bas Rohrnet aus ben Strafenkörpern zu entfernen ober nicht, mas bie Bemeinde bejahte, die Gefellschaft aber verneinte. Es handelt sich babei natur= lich sowohl um riefige Bermögenswerte, wie auch um Berkehrsstörungen und sonstige Belästigungen bes Bublifums, die mit dem Aufreißen ber Straken, burch bas Entnehmen ber alten und Legen ber neuen Rohre verbunden sind, und mas ja Wien schließlich bis auf die Reige ausgekostet hat. Der Zweifel über den Ausgang der Präjudizialklage, welche die Stadt Wien zur Feststellung biefer Frage einbrachte, besonders die Befürchtung bei ungunftigem Entscheid im Regiebetrieb mit der Konkurreng der Gesellschaft fämpfen zu muffen, ließ die Stadt abermals vom Entschluß zur Eigenregie abstehen, wozu auch beitrug, daß die aus 1872 stammenden Plane Rühnells, die den Eigenbauplänen der Stadt wieder zugrunde lagen, als veraltet bezeichnet murben. Man schätte auch die Frift bis 1889 als für ben Bau einer Gasanlage, unter ben bamaligen Berhältniffen, als zu furz. So nahm ber Gemeinderat seinen Beschluß, für 1889 zu fündigen wieder zurud und befchloß, bis zum Beimfall zum Schätmert (1899) auszuharren. Um biese Zeit führt bie J. C. G. A. (1885) eine Ermäßigung best Gas= preises auf 91/2 Kreuzer für den privaten Konsum und 7 Kreuzer für den öffentlichen Konfum durch, ein Breis, den für den privaten Berbrauch erft die Eigenregie 1908 herabsette.

Ein Dringlichkeitsantrag im Wiener Gemeinderat aus dem Jahre 1890 regte die Gasfrage an und forderte Übernahme in eigene Regie. 1892 nach Einverleibung der Vororte, die bisher Separatverträge mit der Gasgesellschaft geschlossen hatten, lehnte der Stadtrat den Antrag der Gasgesellschaft, alle für das erweiterte Gemeindegebiet geschlossenen Gasverträge in einen Vertrag zu vereinigen ab. In der Begründung dieser Abslehnung führte der Stadtrat aus, die Gemeinde beabsichtige nicht, den Vertrag von 1877 zu verlängern.

Die Gesellschaft zog baher alle Vorschläge zurück, und die Gemeinde traf Anstalten zur Erbauung der Gaswerke. Während der nächsten zwei Jahre wurde eine gerichtliche Schätzung der Gasanstalt durchgeführt, um die Wertbestimmung resp. den Einlösungspreis von 1899 zu ermöglichen. Die Schätzung ergab 16 159 200 fl (32 318 400 K) für den 12. November 1894. Die Gemeinde setzte unterdes ihre Vorarbeiten fort. 1892 erfolgte eine internationale Preisausschreibung für das Projekt einer städtischen Gasanstalt, 1893 die Ausarbeitung der Kostenvorschläge und Detailprojekte, zu dem, mit dem ersten Preis ausgezeichneten Projekt Schimmig. Für Vorarbeiten bewilligte der Gemeinderat 300 000 fl.

Bei Behandlung bes Projektes Schimmig burch ben neu ernannten technischen Konsulenten Ingenieur Herrman, traten nun so wesentliche Mängel des Brojektes zutage, daß sein Fallenlassen und die Ausarbeitung eines neuen Projektes geboten erschien. Diefes murbe bem neuen tech= nischen Konsulenten übertragen, ber barin auch ben Ratschlägen von, aus Deutschland berufenen Fachmännern, Raum gab. Der Unkauf bes Grundftudes, für das herrman fein Projekt ausdrücklich bestimmt hatte, an der Donaukanallände im III. Gemeindebegirk (Simmering) gelegen, murbe 1894 vom Gemeinderat bewilligt. Bemerkt sei noch, daß das Projekt Herrman auch die neu einverleibten Vororte ber Stadt Wien mit um= faßte. Um aber über die Ausdehnung des fünftigen Bersorgungsgebietes Rlarheit zu haben, erhob die Stadtgemeinde Feststellungsklage gegen die Gasgesellschaft, betreffend eine von der Gemeinde behauptete Erlöschung ber Gasvertrage zwischen ber Gesellschaft und ben einverleibten Vororten burch die Einverleibung. Die Berhandlungen mit ber Gasgesellschaft bauerten unterbessen fort, sie bewegten sich in der Richtung, einer Berabsetzung ber Raufsumme unter ben Schätzungsmert.

Im Jahre 1894 verstarb der Wiener Bürgermeister Dr. Joh. Nep. Prix, ein Mann von seltener verwaltungstechnischen und organisatorischen Begabung. An seine Stelle trat Dr. Raimund Grübel, der ein Jahr darauf resignierte. Die Wahl seines Nachfolgers siel auf den Führer der Opposition Dr. Lueger, dessen Bestätigung jedoch von Kaiser Franz Josef verweigert wurde. Da er jedoch wiedergewählt wurde, erfolgte regierungsseits eine Auflösung des Gemeinderats, eine Kassierung der Gemeindeautonomie und die Einsetzung vom K. K. Bezirkshauptman Dr. v. Friedeis als Leiter der Gemeindegeschäfte.

Am 6. Mai 1906 wurde bei neuerlicher Bürgermeisterwahl Josef Strobach, ein Strohmann Dr. Luegers gewählt, der der Hauptperson der Komödie bald Blat machte. Die wichtigsten Berhandlungen in der Gas-

frage fallen noch in die Zeit der Ara Strobach, der nur ein Sprachrohr Dr. Luegers war.

Bezirkshauptmann Dr. v. Friebeis hatte es vermieden, in der Gasfrage einen Entscheid zu treffen, da aber der entscheidende Moment heranzückte, wo die Gemeinde ihre Absicht, das Gaswerk 1899 einzulösen, bekannt geben mußte, 31. Dezember 1896, sicherte er wenigstens der wiederzeinziehenden Autonomie durch Antrag beim niederösterreichischen Landtag, die Bewilligung für ein 60 Million-Kronen-Anlehen (die Gasanleihe).

Die Gastommission bes neuen Regimes hatte ihre Gründe für den Antrag der Erbauung eines eigenen Gaswerkes in ein Gutachten zusammengefaßt Sie erkannte an, daß 1. durch den eventuell Berlust des Bororteprozesses die Bororte als Beleuchtungsgebiet wegfallen; 2. daß dei Heimfall 1899 die Kommune alleiniger Gasproduzent werde; 3. daß die Jnvestitionen, die im englischen Betrieb zu machen wären, nicht die Höhe der Kosten des Eigenbaues erreichen; 4. daß die Gemeinde bei Ginlösung der Werke kein Risiko für das richtige Funktionieren des Betriebes übernehme; 5. daß die Berkehrsstörungen vermieden würden.

Dagegen erklärt die Gaskommission, daß für den gesteigerten Konsum eine Erweiterung der Gasbehälter und der Rohrquerschnitte nötig wäre, daß die Gaswerke Döbling, Fünshaus, Belvedere sehr veraltet und versallen und bis 1899 wahrscheinlich wahre Ruinen seien. Es sei fraglich, ob die Gasanlage 16 Millionen Gulben wert sei. Die Kosten der Gaswerke für Eigenregie würden 30 Millionen Gulben nicht übersteigen. Der Konkurrenz in den Vororten, sollte die Gemeinde den Prozes verlieren, sei sie gewähsen. Die sicher zu erwartenden Erträgnisse aus dem Gaswerk würden auch das städtische Desizit beseitigen. Die Kommission beantragte schließlich die sofortige Aufnahme des Baues der Werke.

Die stark eingeschüchterte Gesellschaft begann nun in den Untershandlungen Nachgiebigkeit an den Tag zu legen, nachdem sie zuerst für die Übernahme am 1. Januar 1897, woran der Stadt viel gelegen war, einen horrenden Preis forderte. Knapp vor Ablauf des letzten Termins brachte sie einen für die Gemeinde außerordentlich günstigen Vertrag in Vorschlag.

Dieser lette, für die Gemeinde günstigste Vorschlag wurde dem Gemeinderat nicht zur Kenntnis gebracht. Als Bürgermeister Strobach in der Gemeinderatsitzung erklärte, die englische Gesellschaft habe sich bei den Verhandlungen wenig zuvorkommend benommen und habe keine Propositionen eingereicht, erwiderte die J. C. G. A. durch eine Einsendung an die Neue Freie Presse vom 17. Dezember 1896, daß sie Propositionen schriftlich überreicht habe und führte die vorgeschlagenen Vertragspunkte an.

Dieser Vertrag wäre für die Gemeinde ohne Zweisel ein ausegezeichnetes Geschäft gewesen. Sie wäre nach 20 Jahren unentgeltlich in den Besitz der Gesamtanlagen gekommen und hätte vom Vertragsebeginn an sofort am Reingewinn der Werke mit der Hälfte partizipiert. Weiter hätte die Gesellschaft sich verpflichtet, die Gaswerke Fünshaus und Döbling neu auszubauen, Gasglühlicht, neue Kandelaber, allgemeine Versbesserungen einzuführen, den Preis für Privatbeleuchtung auf 8 Kreuzer per Kubikmeter, für gemeindliche Zwecke auf 6 Kreuzer per Kubikmeter herabzusezen. (Die Gemeinde war nicht imstande, die Gaspreise der Eigenregie gegenüber denen der Gesellschaft zu ermäßigen, sie hat die Preise 19 h für Lichtgas, 14 h für Rutgas von Anbeginn der Eigenregie bis 1907 aufrecht erhalten, 1907 einen Einheitspreis von 17 h per Kubikmeter eingeführt.)

Man wird sagen müssen, daß die letzten Borschläge der Gesellschaft so günstig für die Gemeinde waren, daß es eigentlich unverzeihlich war, sie zurückzuweisen. Die Sache lag wohl so, daß die neue Berwaltung, die keineswegs fest im Sattel saß, das Bedürfnis empfand, rasch ein großes Unternehmen ins Werk zu setzen, welches die Parteianhänger und Agitatoren nach den mageren Jahren der Opposition mit Ümtern, Würden und guten Verbeienst versehen sollte.

B. Geichichte des Gleftrigitätswerkes 1.

Bevor die Stadt Wien an die Selbsterzeugung elektrischer Kraft herantrat, wurde der Bedarf an Clektrizität durch drei Gesellschaften befriedigt, die rasch hintereinander im letzten Fünftel des verslossenen Jahrehunderts auf den Blan traten.

Den Anstoß zu der raschen Entwicklung hat wohl die internationale Elektrizitätsausstellung gegeben, die einen großen Sindruck hinterließ, besonders durch eine kleine elektrische Sisenbahn, die 1879 auf der Berliner Gewerbeausstellung das erstemal gezeigt wurde und deren winzige Lokomotive heute einen wohlverdienten Ruhestand im Münchner "Deutschen Museum" seiert. Zwei Jahre nach der Ausstellung erward ein Ingenieur namens Fischer eine Konzession für Bau und Betrieb einer elektrischen Kraftzentrale, die nach seinem Plan im Stadtzentrum zu errichten gewesen wäre. Im folgenden Jahre übertrug aber Fischer, dessen Projekt bei der Finanz nicht genügend Unterstützung fand, seine Konzession an Siemens u. Halske, insbesondere auch weil er daran verzweiselte, mit der Gemeinde

¹ Über die Errichtung bes eigenen Gleftrigitätswerfes der Gemeinde, f. S. 115.

Wien einen Vertrag über bie Benutjung bes Strafenuntergrundes jum Legen ber Leitungen zustande zu bringen.

Der Firma Siemens u. Salste gelang bies im Laufe von einem Sahre, zwei weitere vergingen bis bas Bentralfraftwerf im September 1889 ben Betrieb eröffnen konnte. Schon im Jahre 1891, also in nicht gang zwei Sahren ging biefer im Stadtzentrum gelegene Betrieb an eine Gesellschaft über, an die Allgemeine öfterreichische Gleftrizitätsgesellschaft, bie unter Führung ber Anglo-öfterreichischen Bank ad hoc gegründet worben mar. Die neue Gefellichaft trat mit Genehmigung ber Stadt Wien in ben Bertrag ber Stadt Wien mit Siemens u. Halske, an Stelle ber letteren ein. Im felben Jahre errichtete fie eine größere Zentrale in der Leopoldstadt. Bei dieser Gelegenheit murde mit der Rommune Wien ein neuer Bertrag für ben gefamten Betrieb abgeschloffen, nach bem biefe ihr Ginlösungsrecht nur für beibe Betriebe gusammen, geltend machen fonnte. Dieser Vertrag von 1893 sichert ber Gesellschaft zwar bas Recht ber Rabellegung, doch ift bies Recht fein ausschließliches. Grundzins per laufenden Meter Leitungsanlage 1 Kreuzer per Sahr für Ausschalter ertra. Die Gemeinde erhält 3 % vom Bruttoertrag der Eleftrizitäts= lieferung. Stragenbenutungsrecht ber Gefellschaft bis 1939. Auflösung bes Bertrags möglich am 1. Juli 1904, 1. Juli 1914, 1. Juli 1924 nach jeweilig breijähriger vorausgehender Kündigung. Bei Bertragsablauf (1939) geht das Gesamtinventar innerhalb ber Gemeinbegrenzen, also Leitungen, Apparate, Ginrichtungen in bas freie Eigentum ber Gemeinde über. Die Realitäten und Erzeugungsstätten fann die Gemeinde bei dreijähriger Boranfundigung jum Schätzungswert erwerben. Bei Auflöfung 1914 find die 1939 heimfallenden Objette nach Schätzungspreiß (unter Abzug von 100/0) zu bezahlen, alles andere nach unverfürztem Schätzungspreis. Bei Auflösung 1924 erhebt sich der obige Abzug auf 50 %.

Die Gemeinde konnte der Allgemeinen österreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft schon darum kein Monopol einräumen, weil 1888 schon eine zweite Elektrizitäts-Gesellschaft ins Leben getreten war, die unter dem Firmatitel, Wiener Elektrizitäts-Gesellschaft, sich vorwiegend die Strom-lieserung für den Bezirk Mariahilf und die angrenzenden Bezirke Margareten und Neubau (also V., VI., VII. Gemeindebezirk) zum Ziele setze. Die Initiatoren waren Ing. Prof. Engländer und die Fabrikanten K. Leisten und J. Kremenetzti, wie überhaupt eine starke Beteiligung der Fabrikanten der obengenannten Bezirke zu vermerken war. Die im März 1887 erteilte Konzession gestattete den Bau eines elektrischen Kraftwerkes im VI. Bezirk (Kanitzgasse). Ein übereinkommen mit der Allgemeinen öster-

reichischen Elektrizitäts-Gesellschaft traf eine Abgrenzung ber beiben Beleuchtungsgebiete und schloß jede Konkurrenz aus.

Ein Jahr später trat eine dritte Produzentin von elektrischer Kraft auf und errichtete im II. Gemeindebezirk Leopoldstadt ein Kraftwerk, das hochgespannten Wechselstrom erzeugte und mit den beiden anderen Gessellschaften in Konkurrenz trat. Diese Gesellschaft war von der Firma Ganz u. Cie. gemeinsam mit der Unionbank gegründet worden und hatte ihren Betrieb am 15. November 1890 eröffnet, ihr Firmatitel lautet: "Internationale Elektrizitäts-Gesellschaft".

Die Straßenbenutungsverträge waren bei allen drei Gesellschaften ungefähr gleichlautend, nur erstreckte der zweite Vertrag der Allgemeinen österreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft, deren Straßenbenutungsrecht auf die anfangs des letzten Jahrhundertjahrzehnts einverleibten Vororte, also das ganze damalige Gemeindegebiet.

Das Berhältnis zwischen ber Gemeinde Wien und den Elektrizitätssesesellschaften war kein schlechtes, bis die Gemeinde als Produzent von elektrischer Kraft auftrat. Bon diesem Augenblick an setzen die Feindseligsteiten und Schikanen gegen die Gesellschaften ein, also eine ähnliche Politik, wie gegen das englische Gaswerk und die Straßenbahnen einsgeschlagen worden war.

Die Gemeindeverwaltung begann den Kampf in der Weise (1901/2), baß fie die Gesuche ber Cleftrigitäts-Gesellschaften um Bewilligung neuer Rabeltracen unerledigt liegen ließ, bis die Elektrizitäts-Gesellschaften gemeinfam gerichtliche Rlage auf Erledigung ber Gesuche erhoben. Gleichzeitig erklärten die Gefellschaften aber, auf die Klagen zu verzichten, wenn Rabellegungen sofort bewilligt würden, worauf die die wichtiasten Gemeinde einging. Im gleichen Sahre murbe die elektrische Stragen= beleuchtung burch Ründigung ben Gleftrizitäts-Gefellschaften abgenommen und dem ftädtischen Elettrizitätsmerk übergeben. Dasselbe geichah auch bei städtischen Amtshäusern, ein Borgeben, welches ichon barum berechtiat mar, weil es für die Gemeinde eine bedeutende Berabsetzung der Rosten mit sich brachte, benn bie städtischen Werke lieferten Glektrizität jum Preise von 3,5 h, dem Selbstfoftenpreis für die Bektomattftunde, also für die 12 Ampère Bogenlampe bei ganznächtiger Brennbauer je 715 K 55 h Pauschale, für halbnächtige 365 K 72 h. Im ganzen wurden für öffentliche elektrische Beleuchtung durch 33 Bogenlampen im Jahre 1902, 23 294 K aufgewendet.

Die Gemeinde hatte sich zwar verpflichtet, Hausanschlüsse zu bewilligen, aber ber Magistrat ber Stadt Wien trat plöglich als politische Behörbe auf und verbot aus straßenpolizeilichen Gründen den Elektrizitätsgesellschaften, Hausanschlüsse vornehmen zu lassen. Bei dem Berhältnis zwischen Magistrat und Gemeindeverwaltung fand die Entschuldigung der Gemeindeleitung, sie habe keine Ingerenz auf die Beschlüsse des Magistrats als politische Behörde, wenig Glauben. Die Polizei versagte ihre Mitwirkung, als die Gemeinde von ihr, eine gewaltsame Inhibierung der Hausanschlüsse, welche die Gesellschaften trot des Berbotes vornehmen wollten, forderte. Da ließ man die Feuerwehr gegen die Elektrizitätssesellschaften ausrücken und die Hausanschlüsse zerstören. Vor dieser Geswalttat zogen sich die Elektrizitätsgesellschaften zurück.

Vom Beginn 1906 ab, hätten die Gesellschaften vertragsgemäß das Recht gehabt, wieder Hausanschlüsse herzustellen und es wäre wohl sicher zu neuem Streit gekommen, wenn nicht ein Übereinkommen mit der Unionbank und der Internationalen Elektrizitätsgesellschaft die Spannung zwischen den beiden Parteien behoben hätte.

Die Gemeinde erwarb das Recht, bis zu dem in das Jahr 1914 fallenden, im Vertrag von 1889 festgesetzten Einlösungstermin die Wiener Elektrizitätserzeugungs- und Lieferungsanlagen der Gesellschaft nach zweijähriger Kündigung (nur im Monat April) zu erwerben. Der Gemeinde wurde unter einem, eine Erhöhung der Betriebsabgabe zugestanden, wogegen sie die Duldung von Wassersührungsanlagen und von Kabeln der Gesellschaft zugestand. Mit der Unionbank wurde über die Geldsbeschaffung für den Erwerb des Elektrizitätswerkes ein Vertrag abgeschlossen.

Vierzehn Tage nach Abschluß bieses Vertrages übermittelte bie Gemeinde der Geselschaft die Kündigung, so daß am 1. Mai 1908 die Übergabe in den Besitz der Gemeinde vollzogen wurde.

Schon im Jahre 1907 hat die Gemeinde die Einlösung der Wiener Elektrizitäts-Gesellschaft beschlossen und zwei Monate später schon den Betrieb übernommen. Der Kaufpreis für die Werke

C. Geschichte der Stragenbahn.

Die erste Pferdebahn in Wien murde 1865 dem Betrieb übergeben. Drei Jahre später schloß die Gemeinde den ersten Bertrag mit der Wiener Trammay-Gesellschaft, der sich auf 35 Jahre erstreckte. Später murde dieser Bertrag bis 1925 verlängert. 1872 murde die Neue Wiener Trammay gegründet, die sich insbesondere dem Borortverkehr widmete. 1882 hatte die

Wiener Tramway-Gesellschaft ein Kapital von 7,756 Mill. fl investiert, bas später durch Tilgung herabgemindert wurde; die Geleiselänge belief sich auf 60,3 km im Jahre 1886, die Zahl der Fahrkilometer auf 11,0 Mill. km, die der Passagiere auf 40,0 Mill., Wagen gab es 657, Pferde 2380.

Schon in ben 90 er Jahren begannen die Klagen des Publikums über Mißstände im Tramwayverkehr. Die Gesellschaft legte auch in der Tat trot reichlicher Einnahmen und Rentabilität eine Sparsamkeit an den Tag, die zur Überfüllung der Wagen, Verlängerung der Fahrtdauer usw. führten. Gemeinde und Stadthalterei bemühten sich vergeblich durch Abslehnung der eingereichten Fahrordnungen usw. Abhilfe zu schaffen.

Im Jahre 1896 war die Geleiselänge der Wiener Tramway-Gesellssichaft auf 80,7 km gestiegen, die Zahl der Wagen auf 1422 bei 3886 Pferden, die Zahl der ausgegebenen Fahrscheine betrug 60,1 Mill., der Fahrtkilometer 14,6 Mill., die Betriebseinnahmen 10725922 K, die Betriebsausgaben 8472372 K, also einen Überschuß von 2253550 K. Die Aktien der Gesellschaft notierten an der Börse ungefähr 1000 K.

Das Jahr 1897 brachte ben Beginn ber Verhandlungen über bie Einlösung ber Wiener Tramway-Gesellschaft. Die Gemeinbeverwaltung und besonders deren Leiter Dr. Lueger legten im Kampf gegen die Forderungen der Tramwayaktionäre die größte Erbitterung an den Tag. Das Angebot der Gesellschaft zu 477 fl die Aktie an die Gruppe der Deutschen Bank abzugeben, wurde zurückgewiesen. Der Vizepräsident der Gesellschaft hatte dei Gelegenheit eines Tramwaystreikes folgende Propositionen gemacht: Die Kommune kauft das Ganze der Gesellschaft gegen 4% Annuitätsobligationen um 1000 K per Aktie. Die Gesellschaft liquidiert. Es bildet sich eine Vetriedsgesellschaft, die den Vetried pachtet und elektrissieren läßt. Die Vetriedsgesellschaft soll 5—8 Mill. Kapital besitzen, für 50 Jahre die Pacht bekommen, sie zahlt dafür die Annuitäten, Zinsen und Amortisation für die Elektrisierung. Vom Reingewinn erhalten die Uttionäre 5%, der Rest fällt zu 218 an die Gemeinde, Ablösungsrecht nach 10 Jahren.

Siemens u. Halste ichlugen vor:

Die Kommune erwirbt von der Wiener Tramway-Gesellschaft sämtliche Geleise und Anlagen um den Buchwert 6,26 Mill. fl und vergütet der Gesellschaft die 1887 erhaltenen 1,5 Mill. fl samt 4% 3insen = 2,5 Mill. fl. Die Barreserve von 5 Mill. fl = 64 fl per Aftie wird ausgezahlt. Die Kommune erwirdt die Konzession für die elektrische Bahn. Eine Bau= und Betriebsgesellschaft tritt ins Leben, die

- 1. ben Fundus instructus ber Bahn ablöft,
- 2. die Aftionare durch Bezugsrecht ober Genußscheine mit Anrecht auf Superdividende, entschädigt
- 3. die Bahn in elektrische Traftion überführt,
- 4. den Ausbau der Linien vornimmt.

Pachtvertrag bis 1925, also auf 28 Jahre. Als Gegenleiftung für bie Kommune, 4% Anteil am Reingewinn, ber die Summe der Berzinsung des Ankaufspreises decken muß (mindestens 400 000), Garantie für Gewinn=anteil per 5000 fl für den Kilometer alten Neges, also mindestens 400 000 fl Summa, gibt 800 000 fl Mindestgarantie. Danach kommen 4% für die Aktionäre, vom Rest erhält die Kommune 40%. Kückauf, das Fünfzehnsache des durchschnittlichen Erträgnisses der letzten drei Jahre. Also zahlt die Kommune:

Geleise und Anlage		6,26	MiA.	fl
Konzeffionsgebühr, Rüderfat		2,5	"	,,
Fundus Instruktus		5,0	"	"
Barreserven	•	5,0	"	,,
		18,76	MiA.	fl

Also für die Aftie 265 fl., für den Genußschein 65 fl., aber in der Aftie stedt der Gewinnstanspruch auf die Aftie der Betriedsgesellschaft.

Dieser Antrag Siemens und Halske wurde von Gemeinderat an= genommen 1.

D. Die Finanzierung der Biener Betriebe.

Man hat die großen Betriebe, wie Gas=, Elektrizitätswerk, Straßen= bahnen usw. vollständig auf eigene Füße gestellt, ihnen selbst die gesamte Führung und Verwaltung des Betriebs überlassen, desgleichen die Verzinsung und Tilgung der investierten Gelber übertragen, so daß neben der Kontrolle, die von der Gemeindekommission ausgeübt wird, die Leitung der großen Wirtschaftsbetriebe ziemlich freie Hand hat.

Das erste (Gas) Anlehen bes heutigen Regimes wurde der Stadt Wien noch unter der Verwaltung des Regierungskommissionärs v. Friebeis bewilligt, der in dem Streit zwischen Stadtgemeinde und Gasgesellschaft begreislicherweise keinen endgültigen Entscheid treffen wollte, aber um die Bewilligung des Darlehens durch die Regierung ansuchte, damit bei Rückstehr der Selbstverwaltung die Gemeinde in jeder Beziehung freie Hand

¹ Das weitere siehe unter Straßenbahn im ersten Teil. Schriften 130. Erstes heft. — Gemeinbebetriebe III. 1.

habe. Das Anlehen selbst stieß auf unerwartete Hindernisse, die auf der Gegnerschaft der Wiener Finanz beruhten. Die die Herrschaft antretende Partei hatte als Opposition Börse und Finanz in der unglaublichsten Weise geschmäht, so daß eine seltene Solidarität der großen Finanz an den Tag trat, als die Stadt Wien die neue Anleihe unterbringen wollte. Man ließ ohne weiteres erkennen, daß die neue Gemeindeverwaltung das Vertrauen der Börse nicht besitze und zwang sie, im Ausland auf Geldsuche zu gehen. Freilich war der mit dieser Aufgabe betraute Vertrauensmann nicht die geeignetste Persönlichkeit, in England, Belgien usw. klopste er vergeblich an, dis schließlich das vierprozentige Anlehen an die Deutsche Bank in Berlin zum Kurse von 98% begeben werden konnte. Schon bei diesem Anlehen tritt das Bestreben auf, die Tilgung möglichst weit hinauszuschieben, wie der Typus der 90 jährigen Tilgungsfrist, die dieses Anlehen zuerst ausweist, zum Normaltypus der unter dem neuen Regime aufgenommenen Anlehen wird.

Die Bewilligung bes Anlehens durch niederöfterreichisches Landesgeset datiert vom 17. September 1896 und es ist bestimmt "zur Anlegung einer allgemeinen Beleuchtung (Gasanleihe)". Die Anleihe ist eingeteilt in Stücke von 10 000, 2000, 1000, 2000, 1000 K. Kupons 2. Januar und 1. Juli ohne jeden Abzug. Amortisation innerhalb 90 Jahre durch Berlosung am 1. Juli (erste 1898, lette 1987) zur Auszahlung am 2. Januar zum vollen Rennwerte. Berstärkte Tilgung ab 1908 zulässig. Ende 1906 unverlost 59 240 000 K. Pupillarsicher. Aufgelegt am 19. April 1898 zu 99,30 % in Wien, Belgien, Deutschland, Holland, Schweiz. Kurse in Wien Ende 1898—1906: 99, 97,30, 95,80, 95, 95, 99,40, 100,50, 99,65, 100, 99,20. Wird an sieben ausländischen großen Börsen notiert.

Das 30 Millionen K Anlehen (1900) konnte schon in Wien selbst untergebracht werben, es war gleichfalls 4% und in 90 Jahren tilgbar. Die K. K. privilegierte österreichische Länderbank und die Aktiengesellschaft Österreichische Schuckertwerke übernahmen gemeinsam Anleihe und Bau der neuen Elektrizitätswerke in der Weise, daß die Länderbank die Obligationen der Anleihe zum Kurse von 98% bis zur höhe der Gesamtersordernisse für die Herstellung und in Betriebsetzung der städtischen Elektrizitätswerke samt allen Nebenanlagen (d. i. 30 Millionen K) anzunehmen sich verpslichtete. Darüber hinaus verpslichtete sich die K. K. privilegierte österreichische Länderbank zur Annahme von Obligationen sur Mehrleistungen, welche der Firma Österreichische Schuckertwerke überstragen wurden, nicht aber, wenn die Gemeindeverwaltung diese durch eine andere Firma besorgen läßt. Sollte über die Preise dieser Mehrleistungen

mit den Schukertwerken keine Übereinstimmung erzielt werden, so darf die Gemeinde sie zum selben oder niedrigeren Preis, keineswegs aber zu einem höheren Preis an andere Firmen vergeben, ohne daß aber dann die Übernahme neuer Obligationen von der Länderbank gefordert werden könnte.

Die Länderbank übernahm auch das ganze Auszahlungsgeschäft beim Werkbau gegen entsprechende Vergütung und verpflichtete sich der Gemeinde Wien einen Vorschuß von bis 30 % der überlassenen Obligationen auf ein Jahr zu 4 % derchnet, zu leisten.

Dieses 4% Anlehen ber Stadt Wien von 1900 wurde burch niebersösterreichisches Landesgesetz vom 22. September 1899 zum Bau und Betrieb städtischer Elektrizitätswerke bewilligt. Die Einteilung besteht aus Stücken von 10000, 5000, 2000, 1000, 200 K.

Kupon 1. April, 1. Oftober ohne irgendeinen Abzug. Amortisation innerhalb 90 Jahre durch Berlosung 1. Oftober, zur Auszahlung 1. April. Berstärfte Tilgung ab 1910 zulässig. Ende 1906 unverlost 29 720 000 K. Übernommen von der Länderbank à 98%. Notiert in Wien seit 11. Mai 1900, pupillarsicher. Kurse Ende 1900 bis 1906: 96,50, 95,25, 99,10, 100,50, 99,90, 100, 99, 25. Im Ausland nicht notiert.

Es ist überslüssig, darauf hinzuweisen, daß die Tilgungsfrist in keinem Berhältnis steht zu der voraussichtlichen Dauer des Anlagewertes und daß es die spätere Generation übermäßig und ungerecht belasten heißt, leicht unmodern werdende und technisch rasch sich entwickelnde Betriebe durch Auswendungen von solcher Tilgungsdauer zu bestreiten.

Die Anfechtbarkeit dieser Finanzpolitik wird aber noch überboten durch die dritte große Anleihe des christlich-sozialen Regimes, die sogenannte Investitionsanleihe, die zwei Jahre später (1902) kontrahiert wurde.

Zuvor sei noch erwähnt, daß die Gemeindeverwaltung durch ihre sehr freigebige Wirtschaft schon im Jahre 1900 einem Jahresdesizit gegenüberstand, das in der Höhe von 3893000 K nicht leicht zu bedecken war. Troß seines Zustandekommens auf ordentlichem Wege, beschloß die Gemeindeleitung zu seiner Deckung die Aufnahme einer schwebenden Schuld von höchstens 12 Millionen K, die in Form eines Kontokorrent-Kredites aufzunehmen wäre und zu größeren Grunds und Häusereinlösungen, wie für Vorarbeiten für den Bau der 2. Wasserleitung, eines Jubiläumsskinderspitals, des Baues einer Kaserne und zu ungestörter Kassengebarung dienen sollte. Eine Beschwerde, die ein Mitglied der Opposition gegen die Aufnahme dieser Schuld beim Verwaltungsgerichts

14*

hofe einbrachte, wurde abgewiesen. Noch im gleichen Jahre tauchten Gerüchte über eine neue große Anleihe auf, die die Gemeinde beabsichtigte und im Jahre 1901 wurde die Aufnahme eines Investitionsanlehen von 285 Millionen K beschlossen. Es sollte nach folgendem Programm verwendet werden.

Finanzprogrammgemäß genehmigte Spezialkredite der Berwendung des Inveftitionsanlehens von 1902.

		Bräliminierter Betrag in 1000 Aronen	Berausgabt bis Ende 1907 in Kronen
1.	Übernahme, Umbau, Ausbau		
	der siädt. Strakenbahnen	116 000	127891959
2.	Bau der II. Kaiser Franz		
	Josef-Hochquellenleitung .	75 0 00	44 048 363
3.	Erweiterung ber I. Hoch:	5 000	0.415.000
	quellenleitung	7 200	8 417 020
4.	der Wientalleitung	3 000	3 000 000
5	Vollendung der Wienfluß=	3 000	3 000 000
0.	regulierung	3 000	_
6.	Brückenbauten	3 000	3 000 000
	Städt. Gasmerfe, Betriebs=		
	fonds u. Erweiterungsbauten	6 000	6 000 000
8.	Städtische Elektrizitätsmerke.		
	Ausbau, Erweiterung des Kabelnetes, Betriebsfond	10.000	22 122 722
_	Rabelnetes, Betriebsfond	10 000	32499526
9.	Bau von Amtshäufern	$\frac{1000}{7600}$	1 000 000
10. 11.		11 500	7 600 000 11 500 000
	Pflasterungen u. Steinbrüche Straßensäuberung	2 000	$\frac{11300000}{2000000}$
13.	Marktwesen	3 500	3 500 000
	Feuerwehrmesen	1 000	1 000 000
	Friedhofmesen	5 000	5 000 000
	Bau eines Museums	2500	2500000
17.	Schuldenzahlung	12 000	10 343 128
18.	Referve	25	25 000
	Summa	269 325	269 325 000

Das Investitionsanlehen ist 4% ig 285 000 000 K, (Niederöster=reichische Landesgeset vom 20. Februar 1902), lautet auf Mark, Franks, Pfund Sterling, holländische Gulben, Dollars. Von der Anleihe über=nahmen die Deutsche Bank und die Länderbank 50,0 Millionen K à 94,50 %, zur Einlösung der Straßenbahnen 115,0 Millionen K six a 94,50 %, 120,0 Millionen K in Option. An eine französische Gruppe wurden 120 Millionen K weitergegeben, Subskriptionskurs in Wien 97,25 %. Plaziert wurden 220 Millionen K im Ausland. Der Kurs

schwankt in Wien in engen Grenzen um bas Nominale. An neun auß= ländischen Börsen notiert.

Das überraschende an diesem Anlehen ist die Aufführung von Kredit= posten, die in der Regel aus ordentlichen Ginnahmen bestritten werden und in einem Unlehen mit 90 jähriger Tilgungsfrist boppelt anfechtbar In erster Linie erregen diese Bedenken die Bost 11 und 12, bei benen an eine auch nur annähernde Berginfung ober Dauer von ber Laufzeit bes Anlehens keine Rebe fein kann. Die Gemeindeverwaltung hat sich überdies an das Investitionsprogramm nicht gehalten und hamit Bustimmung bes Gemeinderats, Birements in großem Umfange por= genommen. Große Mehrauslagen gegenüber ben präliminierten Krediten, haben insbesondere die Elektrizitätswerke, wie aus der Tabelle ersichtlich, 22,5 Millionen K, die städtischen Stragenbahnen 11,89 Millionen K, mehr als präliminiert mar, in Anspruch genommen ebenso die Post, Erweiterung ber ersten Hochquellenleitung 1,2 Millionen K. Die Summen murben teils mirklich burch Virements übertragen, teils als Vorschuß gegen seinerzeitlichen Rückersat ausgeliehen. Viriert wurden auf die Stragenbahnen 4,65 Millionen K und auf bie Bost, Erweiterung ber ersten Sochquellenleitung 1,2 Millionen K, bevorschußt bie Stragenbahnen mit 7,23 Millionen K und die Elektrizitätswerke mit 22,499 Millionen K. Entnommen murben die Birementsposten der Rredit Post 2 der Tabelle, Bau der zweiten Hochquellenleitung mit 1,2 Millionen K, der Boft 5, Wienflußregulierung mit 3 Millionen K, die Borfcuffe per 29,7 Millionen K der Post 2 der Tabelle.

Zweiter Abschnitt.

Die Betriebe im Rahmen der Gemeinde.

Rolle im Gemeindehaushalt.

Gehen wir baran, die Bebeutung der Gemeindebetriebe für die finanzielle Gebarung der Gemeinde zu resumieren, so müssen wir einige Worte über die Art, wie die Verrechnung und Aufstellung der Rechnungs=abschlüsse ersolgt, sagen. Die drei großen Betriebe, aber auch die Leichensbestattung, Lagerhaus, Brauhaus, sind in ihrer sinanziellen Gebarung von der allgemeinen Verwaltung vollständig getrennt, bilanzieren wie irgendwelche Privatbetriebe und ist ihnen, wenn möglich, Verzinsung und

Tilgung ber für sie aufgewendeten Anlehenskapitalien zugewiesen. Stammen die Investitionen oder Betriebsmittel aus den eigenen Gelbern der Stadt Wien, so sind sie in der Regel, wie andere Borschüsse zu betrachten und auch zu verzinsen. Ist ein Betrieb nicht im Stand, die Zinsen zu bezählen, wird ihm der Betrag gestundet oder aus den eigenen Geldern der Stadt bezahlt. Dies geschieht z. B. für die $4^{0}/_{0}$, $4^{1}/_{2}^{0}/_{0}$ und $5^{1}/_{2}^{0}/_{0}$ Jinsen der Beträge zum Bau des Lagerkellers in Gumpoldskirchen, welche die Gemeinde aus eigener Kasse als Fruktisikatzinsen des Investitions= anlehens auszahlt. Die Leichenbestattung bezahlt Zinsen sowohl für das investierte Kapital ($4^{0}/_{0}$ und $4^{1}/_{2}^{0}/_{0}$), wie für den vorübergehend, ihr zur Verfügung gestellten Betriebssonds $(5^{1}/_{2}^{0}/_{0})$.

Seitdem die Trennung der Wirtschaftsbetriebe von der städtischen allgemeinen Verwaltung burchgeführt ift, erscheinen nur beren Beiträge zur Berzinsung und Tilgung von Anlehen und etwaige neue Investitionen aus Anlehens= und Gemeindegelder, wie auch die abgelieferten Überschüsse im Rechnungsabschluß. Diese Organisation hat ben Vorteil, daß die Bermaltungsberichte und Bilanzen der Wirtschaftsbetriebe nach faufmännischen Prinzipien abgefaßt find und baber einen flaren Einblid gestatten. Eine geradezu fürchterliche Verwirrung herrscht im statistischen Jahrbuch der Stadt Wien, bessen Angaben in Bunkt Kinanzstatistik von den Angaben ber Betriebsbilanzen burchaus abweichen. Da nur die gewerblichen, selbständigen Betriebe einer genauen Untersuchung zugänglich find, die anderen aber megen bem Fehlen einzelner Posten, die für die gange Gemeindeverwaltung gemeinsam abgerechnet werden, wie Bersonallasten ufm. nicht rein und absolut verläßlich isoliert werben können, so beschränken wir uns hier auf diese oben ermähnten Betriebe, für die überdies ber Begriff Wirtschaftsbetrieb zweifellos feststeht.

Die folgende Tabelle gibt nach dem Verwaltungsbericht und für 1907 nach dem speziellen Bericht jedes Betriebs, die Gebarungsüberschüsse, von denen nach Abzug von Anlehenstilgung und anderen Posten die Abfuhr an die eigenen Gelder der Stadt Wien erfolgt.

8 945 602 K

```
Gasmerte.
```

o a s w	erte.
Reingewinn	Reingewinn
1900 3 704 926 K	1904 2 848 139 K
1901 4 176 272 "	1905 3 508 541 "
1902 4 449 802 "	1906 4 164 923 "
1903 3 035 018 "	1907 3 799 506 "
Elektrizitätsmerke.	Straßenbahnen.
Reingewinn	Reingewinn
1903 1 077 677 K	1 345 103 K
1904 2 008 859 "	3 349 361 "
1905 5 282 689 "	3 090 470 "
1906 3 785 205 "	3 690 584 "
1907 3816337 "	2 800 416 "
Lager	haus.
+ Reinger	vinne
	ngsausfall
1900 + 92648	K
1901 + 76061	"
1902 + 22094	"
1903 - 15476	" (22 677 K)
1904 + 64551	"
1905 — 9 799	"
1906 - 32262	"
1907 + 50511	"
Brauhaus. Stäb	tische Leichenbestattung.
Verlufte	Reingewinn
906 446 888 K	1907 153 554 K

Von den selbständigen Betrieben erhält die Gemeinde also eine reine Abfuhr von 8945000 K. Das Brauhaus hat pro 1907 einen Berlust von (den Öfonomiegewinn berüdsichtigt) 355802 K, der aber nicht liquidiert, sondern aus Investitionsanlehen vorschußweise gedeckt wurde. Außerdem entrichteten aus ihren Gebarungsüberschüffen, die großen Betriebe die Tilgungsquoten für die, auf sie kommenden Anlehensteile.

1906 1907

426 720 "

und aus den laufenden Ginnahmen, die Berginfung der Anlehensanteile.

Das städtische Lagerhaus hat seinen Inventarwert bereits getilgt.

Also tragen die selbständigen Betriebe zur Verzinsung der kommunalen Anlehen 10780000 K bei. Da das Nominale der kommunalen Anlehen, seit Beginn der Regiepolitik im Jahre 1896, 375000000 K betrug und im Jahre 1907 14890000 K Zinsen erforderte, decken die großen Wirtschaftsbetriebe 72,4% der Kommunalschuldenzinsenlast, und rechnen wir die Abkuhr an die eigenen Gelder der Gemeinde (siehe oben) hinzu, so zeigt sich, daß die oben erwähnten Betriebe die Summe von

8 945 000 K 10 785 000 " 19 730 000 K

erarbeiten, die die totalen Zinsen ber Anlehensschulben seit 1896 nicht nur aufbringt, sondern auch noch um zirka fünf Millionen überschreitet und daß trothem von dem gesamten Anleiherlöß nur ein Teil ihnen zufloß.

Von dem Nominale der Anlehen per 375 000 000 K erhielten die drei großen Betriebe:

Nominale.

Gaswerke						65	6 38	380	K
Elektrisches	W	erf	٠.			6 9	446	07 0	,,
Straßenbah	n					132	44 8	622	,,
						267	533	112	ĸ

Effettiv.

Gaswerke								64	128	269	K
Eleftrisches	W	erf						5 6	226	5 36	,,
Straßenbah	n							125	201	7 85	"
Summe t	er	effe	ettir	en	In	veji	t	245	556	590	K

Nach biesen Resultaten wird man sagen mussen, bag bie Wirts schaftspolitik der Gemeinde, mas die drei großen Betriebe betrifft, glänzende Resultate ausweist. Was die anderen gewerblichen

Betriebe betrifft, Die wirtschaftlich nicht selbständige Organisationen bilben, so folgen Tabellen über ihre Erträgnisse.

1. Rathauskeller.		ler.	2. Futtergeschäft am Zentralviehmarkt.
Reingewinn			Reingewinn
190 0	47 600	K	1900 57 311 K
1901	89 772	"	1901 130 813 "
1902	$113\ 584$	"	1902 98 472 "
1903	140 609	"	1903 82 549 "
1904	$145\ 272$	"	1904 83 913 "
1905	188928	"	1905 146 838 "
1906	98 611	,,	1906 109 389 "
1907	183 593	"	1907 105 658 "

Bieh und Fleisch gegr. 1905.

3. Übernahmstelle für 4. Beerdigungs= und Gräber= ausschmüdungsbienft.

```
Abgänge
                                Reingewinn
1905
     10 728 K
                              1900 169 591 K
1906 12800 "
                             1901
                                   189 138 "
                             1902 169 415 "
1907
     11 666 "
                             1903 209 495 "
                             1904 129 565
                             1905
                                   47\ 187
                             1906
                                    61\ 592
                             1907 121 970 "
```

5. Städtische Bäder. 6. Öffentliche Beleuchtung.

\mathfrak{A}	bgang			Abgang	
1900	67 659	K	1900	$538\ 111$	K
1901	104 448	"	1901	546 648	,,
1902	113 715	"	$\boldsymbol{1902}$	$612\;555$,,
1903	117 051	,,	19 03	$717\ 543$,,
1904	71 561	"	1904	820 117	,,
1905	$\boldsymbol{128\ 585}$	"	1905	$958\;262$,,
1906	$168\ 932$,,	1906	1 165 832	,,
1907	2 16 1 59	,,	1907	1 338 600	,,

Die Abgange zeigen eine fteigende Tendenz, mas auf dem ftarken Wachsen ber Ausgaben für das Beleuchtungswefen beruht. In diefem Punkt treibt die Gemeinde großen Lugus und scheut keine Ausgaben.

Abgange ber kleinen Betriebe in Rronen.

1900		331268
1901		241373
1902		344 799
1903		401941
1904		532929
1905		714 622
1906		874561
1907		1155206

Wasserversorgung, Entwässerung, Straßenwesen und Approvisionierung, bie große Verwaltungszweige vorstellen, sind teils aktiv, nämlich Wasserversorgung, Approvisionierung, teils passiv wie Straßenwesen, Entwässerung.

	Nettoertrag	Nettoabgang
Wasserbeschaffung	. 5610915 K	_
Entwässerung	. —	1862176 K
Straßenwesen	. —	11 681 974 "
Approvisionierung	. 727 061 "	
	6 337 976 K	13 544 123 K

Fraglich ist es, ob die Post Wasserleitung auch nach Eröffnung ber zweiten Hochquellenwasserleitung aktiv bleiben wird.

Der technische Fortschritt in den Betrieben.

Im allgemeinen herrscht wohl die Meinung, daß Regiebetriebe, was Anpassung an den technischen Fortschritt betrifft, mit der Privatindustrie nicht gleichen Schritt halten. Man nimmt an, daß die Konkurrenz oder die Furcht eine monopolistische Stellung einzubüßen, als Stimulus wirkt, in der Betriebsweise und den Einrichtungen des Betriebes nicht zurüczzubleiben, und daß dies bei an und für sich monopolistischen Regiebetrieben eben nicht droht. Der Wiener Gemeindeverwaltung kann man in diesen Dingen viel eher vorwersen, mit Neuerungen und kostspieligen Bersuchen zu rasch bei der Hand zu sein, zu verschwenderisch dem technischen Fortschritt zu solgen und zu gleichgültig zu sein, gegen die damit verbundenen Kosten und die Verluste am Material. Lassen wir die ganze Reihe der gemeindlichen Wirtschaftsbetriebe Revue passieren, werden wir etwa mit Ausnahme des Lagerhauses keinen einzigen entbecken können, der technisch als zurückgeblieben bezeichnet werden könnte. Natürlich darf man das Wort zurückgeblieben nicht so verstehen, etwa das Gaswerk, welches heute

freilich anders anzulegen wäre, beshalb als rückftändig zu erklären, obwohl seit der Zeit seiner Errichtung wichtige Neuerungen besonders in
der Form der Ösen vorgeschlagen und zum Teil schon ausprobiert worden
sind. Eine völlige Umgestaltung der Ösen wäre mit ungeheueren Kosten
verknüpft, die sich nicht rentieren würden. Hingegen wird im Gaswerk
die neue Methode mit Kammerösen einer ausgiebigen Erprobung unterworsen, indem 15 sogenannte Kopperösen seit längerer Zeit im Betrieb stehen.

Beim Elektrizitätswerk wurde ber Übergang vom Dampfmotor zur Turbomaschine in dem Moment vollzogen, wo dieses System seine höhere Leistungsfähigkeit und Ökonomie klar erwiesen hatte.

Die städtischen Straßenbahnen insbesondere sind mit den allerjüngsten Errungenschaften der Technik ausgerüftet, besonders in der Detailaus= rüstung, den Sicherungen, Widerständen, Bligableitern, Bremfen, Wagen= formen usw.

Ühnliches Bestreben, die Betriebe technisch auf dem Laufenden zu ershalten, kann man auch in den anderen Unternehmungen der Gemeinde beobachten. Allerdings schöpfte die Gemeindeverwaltung bisher aus dem Bollen, hatte viele Millionen zur fast freien Verfügung und einen Gemeinderat, in dem jede Opposition unterdrückt wurde. Wie sich die Dinge gestalten werden, wenn als Folge der übergroßen Verschuldung sich eine chronische Sbe in den Kassen der Stadt einstellen wird und man auf die Reinerträge der Wirtschaftsbetriebe unverkürzt angewiesen sein wird, diese also weniger aus den Betriebsüberschüssen, auf Betriebsinvestitionen werden verwenden dürfen, das ist noch die Frage.

Tarifpolitik.

Wir haben uns über die Tarifierung ber Gemeindeleiftungen bereits bei den einzelnen Betrieben geäußert.

Ein Bergleich der Tarife der Regiebetriebe mit den Tarifen, welche die Privatbetriebe seinerzeit erhoben, kann zu keinem befriedigenden Resultat führen, so sehr haben sich die Zeiten seitdem geändert. Die große Steigerung der Löhne, die auf eine allgemeine Berteuerung der Lebens-haltung zurückzuführen ist, die erheblich gesteigerten Materialkosten auch die Zunahmen in der direkten und indirekten Besteuerung, haben Betriebs- und Gestehungskosten in jeder Hinsicht verteuert. Dagegen hat der technische Fortschritt sicher auf eine Herabminderung der Gestehungskosten hingewirkt. Wie dem auch sei, ein völlig sicheres Urteil kann bei einem Bergleich der Tarise von 1890 mit den von 1907 nach ihrer absoluten

Höhe nicht erzielt werben. Eines ist sicher, Ermäßigungen sind bei Übernahme in die Gemeinderegie nie vorgenommen worden, und auch ist sicher, daß nie die Privatbetriebe ähnliche Reinerträgnisse aus ihren Unternehmungen zogen, wie es die Gemeindeverwaltung heute tut. Gegen die Eigenregie spricht auch die Ohnmacht des Publikums, das sich bei Beschwerden und Unzufriedenheit mit dem Regiebetrieb, eben an den wenden muß, dessen Interesse oft eine objektive Wertung der Klagen verhindert.

Submissionswesen.

Das, mas man im allgemeinen unter einem geordneten Submissions= wefen verfteht, gibt es bei ber Gemeindeverwaltung Wien überhaupt nicht. Die Submissionen werden im Amtsblatt ausgeschrieben, aber auch das geschieht nicht immer, oft werden einzelne Firmen zu einer beschränkten Bergebung eingeladen. Gine Bindung an das billigfte Angebot, überhaupt irgendwelche für die Submissionskeiter bindende Vorschriften, eristieren nicht. Es existiert bloß ein zweibandiger Preistarif, der vor einigen Jahren neu aufgelegt wurde und bei Ausschreibungen als unverbindliches Hilfsmittel dient. Es ift icon vorgekommen, daß Arbeiten an Firmen vergeben murben, die bei ben Submiffionsverhandlungen gar nicht vertreten maren, wie überhaupt biefer Zweig ber Gemeinbeverwaltung auch die schärfsten Angriffe zu erdulben hat. Natürlich zeichnen sich die Lieferungsvertrage, die die Gemeinde abschließt, durch Abmefenheit aller fozialpolitischen Bestimmungen aus, etwas wie Arbeiterschutz kommt im Cbensowenig Submissionswesen gar nicht por. wird auf die Be= porzugung inländischer Arbeitsfräfte Wert gelegt. Für Erbarbeiten merben burch die Unternehmer größtenteils italienische oder südslavische Arbeiter eingestellt, ohne daß die Gemeindeverwaltung dagegen Ginfpruch erhebt.

Daß Gewerbetreibende und Industrielle israelitischen Glaubens bei der Bergebung von Arbeiten und Lieferungen praktisch ausgeschlossen werden, wo immer es nur möglich ist, entspricht dem Parteiprogramm der herrschenden Partei. Das Schicksal will es, daß trot alledem viele Lieferungen nichtarischer Provenienz durch Strohmänner, Zwischenhändler an die Gemeinde kommen, sehr zum Arger der eifrigen Antisemiten in der Partei. Bemerkt muß werden, daß die Parteisührer in den letzten Jahren sehr viel Wasser in ihren Wein gegossen haben und die Antipathie gegen das jüdische Kapital, sich eigentlich nie auf die jüdische Hochsinanz erstreckt hat, die nach der ersten Aufregung die besten und einträglichsten Geschäfte mit der Gemeinde macht.

Bas im Submissionswesen vorkommt, dafür ist charakteristisch, daß

bie Preise, welche für den Ankauf von Kohlen für große Wirtschafts= betriebe bezahlt werden, streng geheim gehalten werden, weshalb es auch unmöglich ist, diese Ziffern beim Kapitel "Gaswerk" zu geben.

Das Gewinn und Verlustkonto, wie auch der Verwaltungsbericht des Gaswerkes, enthält die Post nicht spezialisiert.

Im Jahre 1909 hat die öfterreichische Regierung ein Reglement für das öffentliche Lieferungswesen herausgegeben, doch erstreckt sich dieses nicht auf autonome Verwaltungen. Zu hoffen wäre eine Ausdehnung auch auf diese, wodurch viel Mißbrauch verhindert werden könnte.

Eigenregie der Bemeinde.

In Fragen ber Eigenregie hat die Gemeindeverwaltung sehr gute Erfahrungen gemacht und energisch Anstalten getroffen, sich immer mehr bei öffentlichen Arbeiten, von Bestellung fremder Arbeit zu befreien.

Bir haben schon bes städtischen Fuhrwerks gedacht, für das große Opfer auch aus dem Investitionsanlehen gebracht worden sind, und das wohl in Jukunft das gesamte Straßenwesen besorgen wird, die Pflasterung vielleicht ausgenommen. In den Betrieben der städtischen Straßen=bahnen, deren Hauptwerkstätte 1907 einen Mannschaftsstand von 636 Mann hat, wird alles gemacht, was nach maschineller Anlage und Ausrüstung der Berkstätte möglich ist. Darunter auch Arbeiten, wie die Bergrößerung der Radstände bei alten Tramwaywagen zur Verhinderung des Schwingens bei der Fahrt, neue Ausstüstritte, große Reparaturen, die durch Jusammenstöße verursacht wurden usw.

Wirklich ausgezeichnet bewährte sich die Eigenregie bei dem Bau der 2. Hochquellenleitung, wo besonders Stollenarbeit in eigener Regie hersgestellt wurde. Der Göstlinger Hauptstollen, wie auch fämtliche Leitungsstollen sollten ursprünglich in eigner Regie hergestellt werden. Mitsbestimmend war, neben den bereits gemachten guten Ersahrungen ein Magistratsbericht, daß möglicher Beise durch die Quellenausschließung Anderungen des Fassungsprojektes nötig sein könnten. Schließlich beschloß man aber von der Erstellung aller Leitungsstollen abzugehen und in Regie bloß auszusühren:

- a) Die Quellfassung und die 8,1 km lange Zweigleitung von ber Siebensee= und ber Schreierklammerquelle bis jur hauptleitung.
- b) Einen 79,6 km langen Teil der Hauptleitung (mit Ausnahme einer Ausmauerung von 1290 m, die ein Unternehmer besorgte).
- c) Ranalstrecken, 28 Kanalbrücken und Aquaedukte und 5 Siphons zusammen (ohne die 1290 m Unternehmerarbeit) 87,6 km.

Die gesamte Leitungöstrecke wurde in 24 Baulose geteilt und die Lose 12—14 und 14a, 16—20, 22—24 zur Aussührung an Unternehmer gegeben. Die von Unternehmern gearbeitete Strecke beträgt 77 km, davon 64,5 km kurrenten Kanal und 8,4 km Stollen. Die Aussührung der Siphons wird an den Schluß der Bauarbeit verlegt. Bon 19 Siphons stellt die Gemeinde in Eigenregie 5 her, die eben in die Regiestrecke fallen. Die Ingenieure werden vom Stadtbauamt entsendet. Es ist anzunehmen, daß die Eigenregie große Ersparungen mit sich bringt; bestimmte Angaben sind aber darüber bisher nicht gemacht worden.

Erwähnt sei noch, daß das Räumen der Kanäle langsam in Eigenregie übergeführt wird, mit der Hauskehrichtabfuhr ist das bereits geschehen.

Die Gemeindebetriebe der Stadt Brigen.

Don

Dr. C. Bernard. Stadtbaurat in Villach. Franzensfeste, das Tor des Südens, hart anstoßend daran Brigen als erste Stadt des Südens, ein Städtchen beutscher Junge, auf Boden südlicher Sonne. Dieser Umstand erscheint dem Verfasser dieses reizend genug, auch einmal die wirtschaftliche Tätigkeit dieses Gemeinwesens einer Schilderung und näheren Beleuchtung zu unterziehen.

Ginleitung.

Vorausgeschickt seien einige Daten über das Eisacktädtchen im allgemeinen. Am Einflusse der Rienz in den Eisack an der Brennerbahn,
liegt in zirka 560 m Höhe über der Adria die alte Bischosstadt, das
ehemalige Prichsna, heute der Sitz mehrerer Amter. Nicht ganz 6000 Einwohner zählt die Stadt. Sine, wenn auch in nichts scharf charakterissierte,
so doch durchaus liebliche Umrahmung und ein mildes, gesundes Klima
bestimmen Brigen zu einem gern besuchten Fremdenort, der mit seinen
alten Bauten und den amphitheatralisch gelagerten Rebengärten gerade
dem seineren Kenner manche Augenweide zu bieten vermag.

Lange hat dies Dornröschen unter den tirolischen Städten geschlafen und nur das Nötigste geschah, um einigermaßen Schritt zu halten mit den Nachbarorten. Erst die jüngste Zeit hatte jenen Fortschritt zu bringen, der auf eine Einnahmewirtschaft hin zielte. Diese setzt zuwörderst mit dem Betriebe eines für die Bershältnisse Städtchens großartig und großzügig angelegten Elektrizistätswerfes ein.

I.

Das Elektrizitätswerk.

Eine in 8 km vom Stadtzentrum entfernte Gefällsstufe des Rienzsflusses dient zur Gewinnung von insgesamt 2700 PS Energie. Zur Zeit sind 1800 PS in Maschinenleistung eingebaut und zwar in zwei Aggregaten à 900 PS, so daß eigentlich nur 900 PS als ständige Leistung, Schriften 180. Erstes heft. — Gemeindebetriebe III. 1.

bie weiteren 900 PS als Reserve bienen. Aber auch 900 PS waren von vornherein für die kleine Stadt zu reichlich bemessen und die Betriebsleitung der "Rienzwerke" mußte durch die Ausbildung des Unternehmens zu einer Überlandzentrale genügenden Absat suchen. Die Stadt hatte hierbei den sesten Konsumkern zu bilden. Die diesbezüglichen Bemühungen waren schon im ersten Betriebsjahre von Ersolg begleitet. Ende 1903 kam das Werk in Betrieb und die ansangs 1905 gelegte Bilanz erwieß bereits das Unternehmen als rentabel. Es wurden dis heute der Reihe nach alle umliegenden Ortschaften, zehn an der Zahl, und weiters der Großbahnhof Franzenssesset mit noch fünf anderen Bahnshöfen der Südbahn angeschlossen.

a) Rentabilität.

Der Betrieb dieses Werkes war seitens der Gemeinde von Anfang an als Einnahmsquelle betrachtet worden. Seine Überschüffe wurden denn auch der Verbesserung von Straßen = anlagen und ähnlichem zugewendet, bzw. wurde solchermaßen die sonst unvermeidlich gewesene Erhöhung der Gemeinde = umlagen hintangehalten.

Die Gesamtaktiven bzw. Passiven erreichten für anfangs 1908 1675 000 K. Nach ordnungsmäßigen Abschreibungen ergaben sich 1904 8000 K, 1905 9000 K, 1906 15 000 K und 1907 20 000 K Reinzgewinn. Eine Steigerung der Überschüffe in der oben angezeigten Progression ist auch fernerhin zu erwarten, als Stadt wie Umgebung an sich aufblühen, zumindest nicht durch die Existenz dieses Werkes, und als andere Unternehmungen wie Bergbahnen u. dgl. durch die Rienzwerke inauguriert erscheinen.

b) Personalstand.

Der Personalstand ist heute kein stärkerer denn für die erste Betriebszeit; 1 Betriebsdirektor, 2 kaufmännische Hilfskräfte, 2 Betriebsvorstände, 8—10 technische Hilfskräfte. Diese Konstantheit liegt im Charakter des Unternehmens und kommt wesentlich der Rentabilität zustatten. Trop höherer Gewinnchance gleicher Personalauswand und zwar ohne wesentlich höhere Inanspruchnahme der einzelnen Verson.

c) Preispolitif.

Das Unternehmen arbeitet fast ausschließlich unter Zugrundelegung eines Pauschaltarifes. Der Kosument zahlt pro Normallampe (à 16 Nor=

malkerzen) und Jahr je nach Benützung. Eine fünfkerzige Lampe gilt ein Drittel Normallampe usw. Um die Benützung praktisch zu fizieren, sind Klassen angenommen für Ubikationen von annähernd gleicher Beleuchtungsdauer pro Tag bzw. relativ pro Jahr. In der billigsten Klasse zahlt die Normallampe 8 K, in höheren Klassen 32 K und mehr. Ühnslich ist der Borgang für Motoren und zwar für die Pferdestärke als Einheit. In der Handhabung ist dieser Tarif äußerst liberal geübt — und wie die oben gegebene Kentabilität zeigt, gewiß nur zum Borteile des Unternehmens. Man zahlt im Durchschnitte kaum mehr als 10 K pro Normallampe und 80 Kronen pro Pferdestärke.

Die Stromgebühren werden zwecks regelmäßigeren Einganges einfassert und zwar monatlich in gleichen Beträgen. Gerade letzteres wird angenehm empfunden, da der Konsument zur Zeit seines höchsten Lichtstonsumes, das ist zu Weihnachten, mithin zur Zeit seiner ohnehin höchsten Berausgabung nicht mehr als zur Sommerzeit zahlt. Er hat vorgespart. Immerhin darf nicht vergessen werden, daß dies nur eine Wasserkraft-anlage sich leisten kann. Das Werk hinwieder mit seinen regulären Monatsausgaben an Gehalten usw. kommt bei dieser Gebarungsweise stets zu flüssigen Mitteln.

In kleineren Orten bietet die Einholung von Abrechnungen oftmals Schwierigkeiten; ausgleichend nach dieser Richtung hin wirkte die Fixierung des 1. Februars als Bilanzabschlußtermin im Gegenhalte zum allgemein üblichen Termin per Ende des Jahres.

d) Inftallationsbetrieb.

Eine nicht unwesentliche Rolle spielt die Organisation des Installationen ftallationsbetriebes. Ersthin war bei der Menge der Installationen dieser Betrieb einer beschränkten Konkurrenz anheimgeben. Lediglich eine zehnprozentige Abgabe wurde (kaum mit Recht) eingehoben. Nach Inbetriebsetzung des Werkes zogen die besseren Installateure ab, die Arsbeiten schwanden auf ein übersehbares Maß, Personale und Werkzeug waren zu erschwingen und so entschloß sich das Werk zur Monopolissierung. Die Ergebnisse waren überraschend erfreuliche. Mit einer gewissen Konstantheit waren seither 20000—25000 K Überschüsse aus diesem Geschäftszweige zu verzeichnen, abgesehen von den son stigen direkten und indirekten, übrigens durch den Versasser dieses an anderer Stelle (Elektrotechnische Zeitschrift Berlin) eingehend erörterten Vorteilen.

Busammenfassung.

Die kleine Stadt Brigen hat in ihrem großzügig angelegten Elektrizitätswerk bei Unwendung eines billigen Pauschaltarifes und bei Monopolisierung des Installationsbetriebes sich eine dauernde und ergiebige Einnahmsquelle zu verschaffen gewußt.

Durch die Schaffung des Elektrizitätswerkes konnte die Stadt nicht nur die öffentliche Beleuchtung und die Beleuchtung ihrer sonstigen Objekte zu Selbstkosten beforgen, weiters mit der überschüssigen Tagesenergie die Kanzleien und andere Räumlichkeiten in städtischen Gebäuden beheizen, sondern es ergaben sich hieraus auch noch zwei neue Betriebsunter= nehmungen.

II.

Die Rühlanlage (Schlachthaus und Bichmarktplak).

Diese ist mit einem Aufwande von zirka 25000 K in alten für diesen Zweck aber sehr geeigneten Rellerräumlichkeiten in unmittelbarer Rähe des Schlachthauses untergebracht. Auch ließ es die Stadt an reich-licher und geschmackvoller Ausstattung nicht sehlen. Der heimische Gewerbesleiß konnte sich an der Erstellung der zwölf Rühlzellen betätigen. Den Betrieb besorgt ein Monteur des Elektrizitätswerkes, die Berwaltung dieses selbst. Die Rühlgebühren werden pro Duadratmeter vermieteter Fläche in der Höhe von 70 K jährlich eingehoben, und zwar zahlbar in zwei Halbjahresraten, deren Fälligkeit so eingerichtet ist, daß ein Auflassen der Mietung im halben Jahre praktisch nicht tunlich ist.

Die Einnahmen aus diesem Betriebe deden gerade die Spesen; ein Gewinn ist direkt nur insoserne zu verzeichnen, als das Elektrizitätswerk zuzeiten überschüssiger Sommer=kraft Energie abzuseten in der Lage ist. Eigentlich erst in=direkt rentiert sich die Kühlanlage durch die Haltung preis=würdigeren Fleisches usw. Dasselbe gilt auch hinsichtlich zweier in die gleiche Kategorie fallender Betriebe, die wegen ihrer sonstigen finan=ziellen Geringfügigkeit hier nur im Anhange kurz gestreift sein mögen. Es sind dies der Betrieb eines kaum mehr als modern zu bezeichnenden, kleineren Schlachthauses und der Betrieb des neuen Biehmarktplazes, der den Ruf genießt, im Lande und weitum nicht nur der zwedmäßigste sondern auch der schönstangelegte zu sein.

III.

Die Schottererzeugungsanlage.

Der Eisacksluß lagert am Nordende der Stadt einen beträchtlichen Teil seines Geschiebes, bestehend im mesentlichen aus blauem Granit, ab. Bislang schon wurden durch Stadtarbeiter zur masserarmen Beit die sogenannten Bachkugeln an das Land gekarrt und sodann da= felbst zu Schotter geschlegelt. Wenngleich diese Betriebsweise, ba meist burch ohnehin der Armenversorgung Anheim= gefallene, kaum besondere Kosten verursachte, so mar doch eine Ber= besserung erwünscht, da mit dem Ausbau des Straßenneges mehr Schotter und in fürzeren Terminen angesprochen wurde. Es wurde deshalb eine elektrisch betriebene Steinbrechmaschine in einer solid ge= bauten, neuen Holzbarake aufgestellt. Die Kosten betrugen girka 6000 K. Schotter wie Sand murben in erster Linie felbst verwertet, in zweiter Linie an bas Straffenarar und an Private billig abgegeben. Auch biefer Betrieb fällt in die Grenze zwischen Bufchuß= und Ginnahme= betrieb und erst in direkt erweist sich berselbe als vorteilhaft burch ben besseren Zustand ber Stragenförper.

IV.

Das Waijerwerk.

Zu Ende des Jahres 1899 wurde die alte Wasserleitung (Wiesenstellenfassung, Holzrohrleitung) durch eine neue, hygienischen Ansprüchen genügende, moderne Anlage (Bergstollenfassung, Eisenrohrleitung) ersetzt und als Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung dem Betriebe übergeben. 26½ Liter per Sekunde ist die kleine Stadt zu entnehmen berechtigt, gewiß eine auch für die absehdare Zukunft sehr außreichende Menge.

Der Preis war ursprünglich für das mittels Messern gezählte Wasser pro Rubikmetern normiert von 24—4 h, fallend mit der Steigerung der Abnahme im einzelnen Objekte. Nach dem einige Jahre hindurch die Handhabung dieses Tarises die Bedarfsverhältnisse bei den einzelnen Abenehmern genau ermittelt worden waren, machte man den Versuch nach Durchschnitten zu pauschalieren — nicht ohne an den Sparsamkeitssinn der Bürger zu appellieren. Allein ohne durchschlagenden Erfolg. Zwar wurden hierbei die Sinnahmen in nichts alteriert, jedoch die Wasser-

entnahme stieg so enorm (burch gewissenlose Berschwendung zu Gartenbespritzungen und Dachkühlungen im Sommer), daß trot des relativ großen Zuflusses von $26^{1/2}$ Sekundenliter das Reservoir meist leer war, für Feuerlöschzwecke sohin erschöpft gewesen wäre. Diese Beobachtung mahnte zur schleunigsten Umkehr und heute wirkt wieder der alte Tarif.

Über die finanzielle Gebarung gibt die nachfolgende Aufstellung alles Wissenswerte.

Einnahmen:

Jahr	Wafferzins K	Anfcflußgebühren K	Verschiedene Einnahmen K
			Darlehen
1899	-		401 800,—
1900	25 040,61	einschließlich Anschlußges bühren als Erträgnis der Leitung damals gebucht	4,80
1901	27 124.02	bito	74.30
1902	20 466.24	bito	102,—
			einschließlicher Anschluß
	ł		gebucht
1903	19 617,24	<u> </u>	8 037,40
1904	21 098,99		2 892,45
1905	22 076,46		23 038,41
	,	nur Anschlüsse	,
1906	21 900,02	5 458,22	12 400,64
1907	21 897,31	3 367,74	11 588,48
_1908	n	och nicht abgeschlossen und re	vidiert.

Ausgaben:

Jahr	Dienstliche Be= züge K	Zinfen von Paffivkapitalien K	Rückzahlung von Passivkapitalien K	Verschiedene Erfordernisse K
1899		20.60	1 100	147 352.13
	_	39,62	1 100,—	
1900	-	16 476,—	2 004,—	38 694,08
1901		16 592,82	1 487,18	39 992,85
1902		16 532,58	1 547.42	30551.07
1903	l <u> </u>	16 370,65	1 709,35	38 929,41
1904	i	16 577,05	2 274,—	9 706,43
1905	l	16 476.05	2 375.01	19 012,72
1906	1 969,27	17 255,95	2 313,10	13 172,17
				7 592,94
1907	2 322,70	17 929,41	2 089,63	1 592,94
1908		noch nicht abgeschl	offen und revidiert.	

Paffivbelaftung bes Fonds:

Darlehen	ex	1899			401 800,00	K
,,	,,	1903			19 276,20	,,
,,	,,	1905			17 950,00	,,
,,	,,	1906			11 250,00	,,
,,	,,	1907			11 250,00	,,

Die erfolgten Rüchahlungen find sub Ausgabetitel erfichtlich.

Das Wasserwerf, bessen Leitung ursprünglich bem Stadtbauamte zugeschrieben war und seit bem Bestande des Elektrizitätswerkes folge=richtig als Betriebsunternehmen mit der Leitung dieses Werkes vereinigt ist, hat an ständigem Personale außer dem Vorstande des Stadtbauamtes bzw. Elektrizitätswerkes nur noch einen Brunnenmeister zu verzeichnen. Diesem werden für bauliche Arbeiten fallsweise gegen Fondsverrechnung Stadtarbeiter zugewiesen. Die Verbuchungsarbeiten sowie sonstige schrift=liche Arbeiten besorgt ohne weitere Honorierung die Stadtgemeindeverwaltung.

Anschlüsse wie Erweiterungen werden durchaus in eigener Regie gegen Berrechnung von Normalgebühren ausgeführt. Der Installations= betrieb ist für Privatobjekte ansässigen konzessionierten Installateuren über= lassen.

Als Eigentümlichkeiten biefer Anlage mögen hier ver= zeichnet sein:

- a) die Einführung von Dachhydranten zur Berwendung bei Feuers= gefahr gegen kostenlose Wasserabgabe (fast in jedem Objekte ein= geführt) und
- b) die Verpflichtung der Einzahlung für die Benützung von öffent= lichen Brunnen seitens aller jener Hausbesitzer, die in ihrem Hause keine Wasserinstallation haben.

Das Wasserwerk ist bem Betrieb nach nahe bem Zuschußbetriebe, hat wesentlich nicht abgeworfen, seine Erfordernisse bislang gedeckt — und so dürfte es auch fürderhin mit zunehmender Erweiterung bleiben. Und man kann wohl, gerecht urteilend, nicht sagen, daß bergestaltige Berhält= nisse schlechte seien.

 \mathbf{V} .

Souftige Betriebe.

Un Betrieben außer ben vorangeführten maren noch zu nennen:

- a) die städtische Schwimmschule,
- b) die städtische Blakatierung,

- c) die Gebühreneinhebung für ständige wie für periodische Miete von Marktständen und
- d) die Eintrittsgebühr für ben hiftorischen Stadtsaal.

Alle diese Betriebe fallen wirtschaftlich nicht in Betracht und verdienen lediglich der Bervollständigung des Bildes halber der Erwähnung.

Für eine erst in den letten Jahren vollendete Schwemmkanalisation werden Anschlufgebühren eingehoben. Diese Gebühren haben jedoch nur abministrative Bedeutung.

An bewirtschaftbaren Grund= und Walbbesitz hat die Stadt Brigen einiges zu verzeichnen. Bornehmlich war sie gezwungen, derartigen Besitz zwecks Anlegung ihres Elektrizitäts= und Wasserwerkes zu erwerben. Wie bei anderen kleineren Orten, so ist auch hier die Stadt kaum eine geeignete Berwalterin hierfür; jedenfalls dürfen die bezüglichen Betriebe nicht als Einnahmebetriebe bezeichnet werden.

Etwas günftiger steht die Sache hinsichtlich neu errichteter städtischer Gebäude, gewidmet der Bermietung bzw. dem Militärbelage; hier kommt die Stadt wenigstens neben einer mäßigen Abschreibung auf eine ansgemessene Berzinsung der investierten Kapitalien (Umts= und Wohngebäude, Kasernen). Einige (jedoch zum Großteil ältere) Baulichkeiten sind charistativen und Bilbungszwecken gewidmet und fallen sohin hier gänzlich außer Betracht (Waisenhaus, Spital und Armenhaus, Schulen).

Sinsichtlich ber Betriebe ware noch ber Ansatze zum Baue eines modernen Krankenhauses und ber Einrichtung ber städtischen Dienstvermittlung zu gedenken. Beide Betriebe versprechen das ihre abzuwerfen; insebesondere ersteres, bestimmt nicht nur für Brigen, sondern für einen ganzen Bezirk.

Der Stadt gewinnbringende konzessionierte Privatbetriebe existieren zur Zeit nicht.

Schließlich und endlich führt die Stadt mit ihrem wenig geeigneten aber billigen Materiale an versorgungspflichtigen Stadtarbeitern auch noch fleinere Erhaltungsarbeiten an städtischen Objekten, öffentlichen Straßen, Gassen, Wegen und Plätzen, sowie an Pflasterungen und Kanalisationen aus. Wohl mehrsach setze die Tendenz zur Erweiterung und Festigung dieser Betriebsform ein, doch bislang nimmer mit durchschlagendem Erfolge. Größere Arbeiten wurden stets von Fall zu Fall vergeben — und an den kleineren Arbeiten wurde namhaft nichts verdient.

Schlußbemerkungen.

Die kleine Stadt Brigen verbankt ihren Aufschwung der letzten Zeit gewiß einmal den günstigen klimatischen Verhältnissen und dem starken Aufblühen des tirolischen Fremdenverkehres, aber auch dem glücklichen Umstande des neuerlichen Erstarkens einer betriebsamen Familie, deren Oberhaupt das Stadtregiment fest in Händen hält. Dr. Otto von Guggenberg, durchdrungen von der Güte der Ideen Damaschkescher Gemeindepolitik, ist eigentlich der Urheber der vorerwähnten Hauptbetriebe, er ist es, der angesichts der Ausdehnung der Stadt für eine zielbewußte Grunderwerdung zwecks Verbilligung der Erweiterungen und zwecks Einschränkung der Bodenspekulation sorgte und der schon an mehreren Stellen mit Vorteil für Verpächter und Pächter das Leaseholdsystem und zwar wohl ein erstesmal in Tirol eingeführt hat.

Die unter der Agibe dieses Bürgermeisters inaugurierte Kommunalisserung fast aller in Betracht kommender Betriebe setzte, um zum Schlußsworte zu kommen, die Stadt Brigen nicht zu einem geringen Teile in die Lage, den wachsenden Anforderungen ohne nennenswerte Umlagenerhöhung, und auch ohne Jnanspruchnahme der wenig leistungsfähigen Ortssparkasse gerecht zu werden.

Die Bemeindebetriebe der Stadt Salzburg.

Don

Dr. Julius Sylvester.

hof- und Berichtsadvokat in Salgburg.

Zusammenstellung

betreffend die Betriebe ber Stadtgemeinde Salzburg.

I. Aufführung der einzelnen Betriebe.

- 1. Gaswerf,
- 2. Rühlanlage mit Kunfteiserzeugung,
- 3. Drudwasserleitung,
- 4. Nutwafferleitung,
- 5. Fleischbank,
- 6. Shlachthof,
- 7. Friedhofgärtnerei,
- 8. Mirabellgärtnerei,
- 9. Bollbad im Raifer Frang Josefs=Barke,
- 10. Babeanstalt im Rurhause,
- 11. Volksbrausebad,
- 12. Stadttheater,
- 13. Stragenpflafterung,
- 14. Ranalherstellung,
- 15. Trottoirherstellung,
- 16. Stadtreinigung,
- 17. Bermietung einer größeren Anzahl städtischer häuser und Berpachtung städtischer Gründe.

II. Unterschied diefer Betriebe.

Von diesen 17 Betrieben haben das Gaswerk, die Kühlanlage, die Friedhofgärtnerei, die Mirabellgärtnerei und die Vermietung einer größeren Anzahl städtischer Häuser und Verpachtung städtischer Gründe den Charakter von Einnahmebetrieben, während die anderen als Zuschußbetriebe zu gelten haben.

III. Bedeutung diefer Betriebe für den Gemeindehaushalt.

Lon den genannten Betrieben werfen nennenswerte Ginkunfte ledig= lich das Gaswerk und die Ruhlanlage hinsichtlich der Kunsteiserzeugung,

bie Druckwasserleitung und die Friedhofgärtnerei ab, mährend alle übrigen nur ganz geringe Erträgnisse ausweisen ober überhaupt passiv sind. Das nur geringe Erträgnis aus den Mietobjekten wird durch die in Österzeich bestehende hohe Hauszinssteuer und die hohen Landeszund Gemeindeumlagen bedingt.

IV. Preispolitik.

Erwerbseinkunfte werben beansprucht von dem Gaswerk, der Kühl= anlage, der Friedhofgärtnerei, der Mirabellgärtnerei und der Vermietung einer größeren Anzahl städtischer Gebäude und Verpachtung städtischer Gründe. Nach dem Prinzipe der Gebühreneinkunfte werden verwaltet die übrigen Betriebe mit Ausnahme der Straßenpflasterung und der Stadt=reinigung, welche unentgeltlich erfolgen.

V. Eigenregie.

In Eigenregie werden berzeit ausgeführt: Ranal=, Trottoir=, Wasser= und Gasleitungsherstellungen, sowie Stragenbauten und Pflasterungen.

Diese Arbeiten haben für die Stadtgemeinde einen sinanziellen Wert, weil die direkte Materialbeschaffung und das für die permanenten Herstellungen geschulte Arbeitspersonal, sowie die bereits vorhandenen Spezial= arbeitswerkzeuge ein billigeres Arbeiten ermöglichen, als wenn die fragslichen Herstellungen durch Vergebung an Unternehmer zur Ausführung gelangen würden. — Auch wird die Einheitlichkeit und Solidität der Herstellungen und des Materials durch die Regiearbeiten am besten gewährsleistet.

VI. Gemeinde= und Privatbetrieb.

Als Gemeindebetrieb, welcher vormals in privaten Händen war, kommt nur das Gaswerk in Betracht. Bei diesem ist jedoch eine Bergleichung zwischen den Betriebsergebnissen von früher und jest aus dem Grunde kaum möglich, weil gelegentlich der Übernahme seitens der Stadtgemeinde bedeutende Investitionen und Vergrößerungen stattsfanden und daher nicht mehr eine entsprechende Basis für eine derartige Vergleichung vorliegt.

VII. Konzessionierte Privatbetriebe.

Als folche kommen die Salzburger Eisenbahn= und Tramwaygesellschaft und die Aktiengesellschaft Elektrizitätswerke Salzburg in Betracht, welchen seitens der Stadtgemeinde das Recht eingeräumt ist, die städtischen Straßen zu Geleiseanlagen und Kabellegungen zu benutzen. Die erstere besitzt dieses Recht gegen Zahlung des Pauschalbetrages von 1000 K jährlich. Die letztere hat für den laufenden Meter des verlegten Kabels eine Anserkennungsgebühr von 2 h zu entrichten. — Die Elektrizitätswerke werden in kurzer Zeit von der Stadtgemeinde übernommen werden, welch letztere auch eben eine elektrische Stadtbahn erbaut und in Betrieb gesetzt hat.